

Beschluss Eine Einladung

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 11.06.2021
Tagesordnungspunkt: PB-E Eine Einladung

1 **DEUTSCHLAND. ALLES IST DRIN.**

2 **Programm zur Bundestagswahl 2021**

3 **Eine Einladung**

4 Liebe Wähler*innen,

5 durch Wahlen entscheidet eine Gesellschaft, wer sie sein will. Das gilt erst recht für
6 diese

7 Bundestagswahl am 26. September. Mit ihr endet eine Ära und eine neue kann
8 beginnen.

9 Zukunft ist aber nichts, was uns einfach widerfährt. Sie, liebe Wähler*innen,
10 können mit Ihrer Stimme selbst entscheiden, welche Richtung sie nimmt.

11 Wir, BÜNDNIS[[n1](#)] 90/Die Grünen, legen mit diesem Programm unser inhaltliches
12 Angebot an Sie

13 vor.

14 Wir tun dies in einer Zeit des globalen Ausnahmezustands. Die Pandemie hat uns alle
15 bis ins

16 Mark getroffen. Sie hat im Guten gezeigt, zu welcher Gemeinsamkeit, Innovationskraft
17 und

18 Widerstandsfähigkeit wir Menschen erreichen können. Sie hat aber auch die
19 Schwachstellen

20 unserer

21 Gesellschaft schonungslos offengelegt, und das in einer ohnehin verwundbaren Welt.
22 Die

23 globalen Krisen dieser Zeit – zuallererst die Klimakrise als wahre Menschheitskrise –
24 wirken

25 in unser aller Leben hinein und gefährden Freiheit, Sicherheit und Wohlstand.

26 Wir haben aber die Wahl: Wir können entscheiden, ob uns die Krisen über den Kopf
wachsen

oder wir über sie hinaus. Die Erfahrungen in der Pandemie zeigen, dass wir Krisen in
gemeinsamer Kraftanstrengung bewältigen können. Durch die Solidarität, mit der
unsere

Gesellschaft den Verletzlichsten den stärksten Schutz gegeben hat. Durch
Rücksichtnahme, die

so viele Menschen an den Tag legen. Durch Wissenschaft und Fortschritt. Täglich
wachsen in

der Pandemie Menschen über sich hinaus – im Krankenhaus, im Altersheim, im
Supermarkt, im

Labor, Kinder, Eltern und Lehrkräfte im Distanzunterricht, Jugendliche allein zu Hause,
Selbständige, die größte Anpassungsfähigkeit zeigen. Jetzt ist es Zeit, dass die Politik
über sich hinauswächst.

über sich hinauswächst.

27 Wir können aus Fehlern lernen. Wir haben erlebt, wie fragil der Status quo ist, wie
28 zerbrechlich eine rein auf Profit ausgerichtete Wirtschaft, aber auch, welche
Bedeutung
29 Grundrechte haben und wie stark unsere Gesellschaft ist. Wir haben erfahren, wie
begrenzt
30 nationale Antworten auf globale Fragen sind, gesehen, wie viel Unsicherheit entsteht,
wenn
31 man nur auf Sicht fährt, und wie notwendig eine Politik mit Weitblick und für Frieden
32 ist. Je besser wir vorsorgen, je widerstandsfähiger wir werden, je besser wir schützen,
umso
33 freier können wir leben.

34 Als Gesellschaft haben wir den Schlüssel für so vieles schon in der Hand. Wir wissen,
wie
35 man eine Industriegesellschaft sicher ins Zeitalter der Klimaneutralität führt. Wie man
36 dafür den Kohleausstieg beschleunigt und Versorgungssicherheit gewährleistet, wie
viel mehr
37 Strom aus Wind und Sonne gewonnen werden kann und der Naturschutz gestärkt wird.
Wir wissen,
38 wie man eine sozial-ökologische Marktwirtschaft entwickelt, die zukunftsfähige Jobs,
39 sozialen Schutz und fairen Wettbewerb in Deutschland und Europa zusammenbringt,
wie man der
40 Globalisierung klare Regeln setzt und multinationale Konzerne angemessen besteuert.
Wir
41 wissen, wie wir in eine starke Gesundheitsversorgung und eine moderne Infrastruktur,
in gute
42 Schulen und öffentliche Räume, in einen gut funktionierenden und bürger*innennahen
Staat
43 investieren können. Es ist möglich, Ungleichheit zu verringern, gleichwertige
44 Lebensverhältnisse auf dem Dorf, in der Kleinstadt und in der Metropole herzustellen
und
45 Kinder ins Zentrum zu rücken. Wir können eine volle Gleichberechtigung der
Geschlechter
46 erreichen und eine vielfältige Einwanderungsgesellschaft gestalten. Wir sind in der
Lage und
47 fest entschlossen, Europa als Wertegemeinschaft demokratisch zu stärken und im
globalen
48 Systemwettbewerb gerechter und handlungsfähiger zu machen. Das lässt sich mit
49 internationaler Solidarität meistern und wenn wir unsere Art, zu leben und zu
wirtschaften,
50 so
51 gestalten, dass wir Krisen an anderen Orten der Welt nicht verschärfen. Aber Worte
allein
52 reichen nicht, wir müssen es auch tun. Jetzt ist die Zeit fürs Machen.

53 Reaktive Politik hat die letzten Jahre über versucht das Schlimmste zu verhindern.
Aber es
54 geht darum, das Beste zu ermöglichen. In kurzer Zeit eine klimaneutrale Gesellschaft
zu
55 werden, ist eine epochale Aufgabe mit inspirierender Kraft. Wir wollen einen
Aufschwung
56 schaffen, der über das rein Ökonomische hinausgeht. Einen Aufschwung, der das

ganze
57 gesellschaftliche Leben in seiner Stärke und Vielfalt erfasst: Bildung und Kultur, Arbeit
58 und Digitalisierung, Wissenschaft und Innovation.

59 Dieses Programm ist dafür ein Anfang. Es schlägt konkrete und ehrgeizige Projekte für
60 politisches Handeln in einer Bundesregierung in den kommenden vier Jahren vor. Die
Aufgaben
61 sind groß, die Widerstände ebenfalls. Aber die letzten Jahre haben gezeigt, dass viele
62 Menschen in der Gesellschaft der Politik weit voraus sind. Lassen Sie uns also
gemeinsam die
63 politische Arbeit auf die Höhe der Zeit bringen. Wenn Sie, liebe Wähler*innen, uns
64 das Mandat dafür erteilen und wir diese Projekte mit Ihnen Schritt für Schritt umsetzen
dürfen, schaffen wir zusammen die Grundlagen für ein Jahrzehnt des mutigen
65 Vorangehens, des
66 Machens, des Gelingens. Macht ist in einer Demokratie nur geliehen. Diese Leihgabe
67 verpflichtet zu sauberer Politik – zu einer Politik, die das Wohl der Bürger*innen über
das
68 persönliche Interesse stellt, die Rechenschaft ablegt und sich selbst Grenzen setzt. In
69 diesem Sinne werden wir handeln.

70 Wir werden manch gute Tradition auf neue Weise zum Tragen bringen, manch Neues
begründen,
71 manch Gewohntes ablösen, aber wir schaffen Sicherheit im Übergang. Nach einer Ära
der
72 politischen Kurzfristigkeit bringen wir den langen Atem, den klaren Kompass und die
73 Durchsetzungsfähigkeit mit, um unser Land – im Herzen Europas, der Welt zugewandt
– in eine
74 bessere Zukunft zu führen. Ja, zu führen. Erstmals in der Geschichte der
Bundesrepublik
75 kämpfen wir, BÜNDNIS 90/Die Grünen, um die politische Führung in diesem Land,
inhaltlich und
76 personell. Wir stehen auf einem festen Wertefundament und sind tief verwurzelt in der
Gesellschaft. Wir haben ein klares Ziel für dieses Jahrzehnt vor Augen: klimagerechten
77 Wohlstand. Wir sind gewachsen und gestärkt durchs Regieren in Kommunen, Ländern
78 und im Bund.
79 Mit Erfahrung und Kompetenz, mit Herz und Weitblick, mit Zuversicht und
Leidenschaft, offen
80 und lernfähig, so gehen wir in dieses Jahrzehnt. Das ist unser Angebot und so werben
wir um
81 Mehrheiten für die kommenden vier Jahre. Wir laden Sie ein, mit uns diesen Weg zu
gehen.

Beschluss Kapitel 1: Lebensgrundlagen schützen

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 11.06.2021
Tagesordnungspunkt: PB-L Kapitel 1: Lebensgrundlagen schützen

1 **Kapitel 1: Lebensgrundlagen schützen**

2 Die Klimakrise ist die Existenzfrage unserer Zeit. Daher ist Klimaschutz keine
3 Zukunftsaufgabe, sondern Klimaschutz ist jetzt. Wenn wir zu Beginn dieses Jahrzehnts
4 konsequent handeln und die sozial-ökologische Transformation einläuten, können wir
5 die
6 Klimakatastrophe noch verhindern und zu einer klimagerechten Welt beitragen.
7 Klimaneutralität ist dabei eine große Chance für höhere Lebensqualität, mehr soziale
8 Gerechtigkeit und einen klimagerechten Wohlstand. Sie gilt es zu ergreifen.

9 Wir haben in den vergangenen Jahren mit Hitzesommern, Waldsterben,
10 Überschwemmungen und
11 Dürren die Klimakrise bereits zu spüren bekommen. Sie hat dramatische
12 Konsequenzen bei uns
13 und auf der ganzen Welt: etwa für die Gesundheit der Menschen – und es sind vor
14 allem die
15 mit den geringsten Einkommen und insbesondere die Menschen im globalen Süden,
16 die den Preis
17 dafür zahlen, dass der ökologische Fußabdruck der Reichsten am größten ist. Oder für die
18 die
19 Bäuer*innen, denen zunehmend die Grundlage entzogen wird. Und für den
20 Zusammenhalt in
21 unserer Gesellschaft. Alle diese Folgen werden sich vervielfachen, wenn wir jetzt nicht
22 umsteuern. Je entschiedener wir handeln, desto mehr Freiheiten und Alternativen
23 sichern wir
24 für jetzige und künftige Generationen. Wir werden deshalb konsequent den Weg zur
25 Klimaneutralität gehen.

26 Das verlangt Können, Mut und Machen. Wir stellen in einer künftigen Regierung das
27 Pariser
28 Klimaabkommen in den Mittelpunkt und richten das Handeln aller Ministerien danach
29 aus. Wir
30 lenken all unsere Kraft darauf, Maßnahmen auf den Weg zu bringen, die uns auf den
31 1,5-Grad-
32 Pfad führen. Klimagerechtigkeit ist eine Frage des politischen Kanons. Wir begreifen es
33 als
34 unsere Aufgabe, bessere Regeln zu schaffen, nicht den besseren Menschen. Solch
35 klare
36 politische Ordnungsrahmen entlasten auch uns als Menschen im Alltag und schaffen
37 Freiheit.

38 Natürlich bedeutet Klimaneutralität Veränderung, aber diese Veränderung schafft Halt
39 in der
40 Zukunft. Denn sie bewahrt uns davor, Kipppunkte zu überschreiten, und ermöglicht ein
41 klimagerechtes, ein besseres Leben. Wir bringen deshalb Strom, Wärme, Verkehr und

Industrie

- 27 zusammen, beenden Energieverschwendung und sorgen so für eine effiziente
Verzahnung dieser
- 28 Bereiche. Statt auf Kohle, Öl und fossilem Gas wird das Energiesystem auf Sonnen-
und
- 29 Windenergie basieren. Statt an fossilen Verbrennungsmotoren festzuhalten, schaffen
wir eine
- 30 neue Mobilität mit der Bahn, dem Rad, zu Fuß oder mit emissionsfreien Autos. Statt Öl
und
- 31 Erdgas wärmt uns künftig die Kraft der Erneuerbaren. Die Zukunft wird damit leiser,
32 sauberer, gesünder, günstiger und sozial gerechter. Weniger Autos in der Stadt
bedeuten mehr
- 33 Platz für uns Menschen. Leisere Straßen und saubere Luft dienen besonders jenen, die
sich
- 34 nicht die Villa am ruhigen Stadtrand leisten können. Mehr Angebote an klima- und
35 umweltfreundlichen Verkehrsmitteln, zum Beispiel Rufbussen oder Carsharing,
erleichtern zu
- 36 pendeln und befördern ein gutes Leben auf dem Land.
- 37 Mit dieser großen Veränderung entstehen neue Geschäftsfelder, neue Industriezweige,
neue
- 38 Arbeitsplätze. Andere Bereiche werden sich wandeln, einige werden verschwinden. Für
viele
- 39 Menschen ist das auch eine große Herausforderung, ja Zumutung. Die sozial-
ökologische
- 40 Transformation gelingt nur, wenn wir gemeinsam alles dafür tun, Verluste zu
verringern und
- 41 Brücken zu bauen. So müssen diejenigen, die neue Chancen oder Weiterbildung
brauchen, sie
- 42 auch bekommen. Und es ist unsere Aufgabe, Sorge dafür zu tragen, dass die Kosten
und
- 43 Belastungen dieser Veränderung gerecht verteilt sind. Klimagerechter Wohlstand
bedeutet
- 44 Ökologie und Soziales zusammenzudenken und den Übergang
- 45 gut zu gestalten: für Menschen in der Stadt und auf dem Land. Für die Handwerkerin
wie für
- 46 den Stahlarbeiter.
- 47 Der Verlust an intakter Natur und Umwelt ist ebenso dramatisch wie die Klimakrise
und eine
- 48 der größten Bedrohungen für ein gutes und gesundes Leben. Wenn wir unsere
Lebensgrundlagen
- 49 schützen wollen, wenn wir auch die zweite große ökologische Krise, das Artensterben,
50 eindämmen wollen, dann bedarf es mehr als einer Kurskorrektur, dann brauchen wir
einen neuen
- 51 Kurs. Wir machen die planetaren Grenzen zum Leitprinzip unserer Politik und tragen so
auch
- 52 zu mehr Umweltgerechtigkeit bei. Entsprechend verändern wir die Wirtschaftsweise,
denn auf
- 53 einem endlichen Planeten kann es kein unendliches Wachstum geben. Wir setzen
Prioritäten.
- 54 Von jetzt an wird belohnt und gefördert, was Mensch und Tier, Klima und Natur

schützt. Und
55 was zerstörerisch wirkt, muss dafür auch die Kosten tragen und so schnell wie möglich
56 überwunden werden. Indem wir den Schutz der Meere und Gewässer, des Klimas und
der Böden,
57 der Tiere und der Pflanzen zum Bestandteil unseres Wirtschafts- und Rechtssystems
machen,
58 kann es gelingen, die Stabilität der Ökosysteme und unserer Lebensgrundlagen zu
59 gewährleisten. Und damit auch unsere Grundlagen für ein gutes und friedliches
Zusammenleben.

60 **Wir schaffen klimagerechten Wohlstand**

61 **Mehr Lebensqualität durch Klimaneutralität**

62 Der Weg in die Klimaneutralität bietet riesige Chancen auf mehr Lebensqualität:
Städte mit
63 weniger Staus und Abgasen, mit Platz, um sicher Rad zu fahren und zu Fuß zu gehen,
zu
64 spielen und zu leben. Dörfer, die endlich angebunden sind an den öffentlichen
Nahverkehr.
65 Wälder, in denen auch unsere Kinder noch die Schönheit der Natur entdecken können.
Gesundes
66 Essen, hergestellt unter Wahrung von Tierrechten und Umweltschutz. Klimaschutz ist
so viel
67 mehr als reine Technik, er ist die Voraussetzung für ein gesundes Leben auf einer
gesunden
68 Erde.

69 **Die Energierevolution: erneuerbar heizen, wohnen, wirtschaften**

70 Klimaneutralität heißt: raus aus den fossilen Energien. Nicht nur der Strom, auch das
Benzin
71 in unseren Autos, das Kerosin im Flugzeugtank, das Schweröl im Schiff, das Öl für die
72 Heizung und das Gas im Industriebetrieb müssen auf erneuerbare Energien umgestellt
werden.
73 Das ist nichts weniger als eine Energierevolution. Dazu braucht es zuallererst eine
massive
74 Ausbauoffensive für die Erneuerbaren, die so schnell wie möglich umgesetzt wird.
Daran
75 hängen die Zukunft unseres Industriestandortes und unsere Versorgungssicherheit.
Der
76 Ausbaupfad wird durch die Kraft und Kapazität von Industrie und Handwerker*innen
beschränkt,
77 darf aber nicht von den politischen Rahmenbedingungen begrenzt werden. Daher
beseitigen wir
78 in einem kontinuierlichen Prozess bestehende Ausbauehemmnisse – naturverträglich
und
79 zugunsten der Bürger*innen. Unser Ziel ist ab sofort ein jährlicher Zubau von
mindestens 5
80 bis 6 Gigawatt (GW) Wind an Land, ab Mitte der 20er Jahre von 7 bis 8 GW, bei Wind
auf See

81 wollen wir 35 GW bis 2035. Im Bereich Solarenergie werden wir den Ausbau von
beginnend 10
82 bis 12 GW auf 18 bis 20 GW pro Jahr steigern ab Mitte der 20er. Mit einer umfassenden
83 Steuer- und Abgabenreform wollen wir dafür sorgen, dass die Sektorenkoppelung
vorankommt und
84 Strom zu verlässlichen und wettbewerbsfähigen Preisen vorhanden ist. Das
Energiemarktdesign
85 ändern wir, sodass erneuerbarer Strom nicht länger ausgebremst wird. Wir stellen
Sonne und
86 Wind ins Zentrum und ermöglichen es Industrie, Gewerbe und Handel, über flexibleren
87 Verbrauch besonders viel zur Integration der Erneuerbaren beizutragen.
Erzeugungsspitzen
88 machen wir nach dem Prinzip „nutzen statt abschalten“ für Speicher und die
Produktion von
89 Wärme oder grünem Wasserstoff nutzbar. Doppelte Belastungen und andere
Bremsklötze schaffen
90 wir ab. Kritische Infrastrukturen sichern wir mit notstromfähigen Solaranlagen.
Verteilnetze
91 und Verbraucher*innen statten wir mit intelligenter Technik aus, damit sie flexibel
92 reagieren können, wenn gerade viel erneuerbarer Strom produziert wird.

93 **Energieeffizienz - weniger ist mehr**

94 Auch in einer Welt der Erneuerbaren ist Energie ein wertvolles Gut, mit dem wir
sparsam und
95 effizient umgehen müssen. Das gilt umso mehr, solange wir noch Kohle, Öl und
fossiles Gas
96 verbrennen. Unser Ziel sind Gebäude, die gut gedämmt sind, verbrauchsarme Autos,
auch wenn
97 sie elektrisch betrieben werden, effiziente Gewerbe- und Industrieprozesse sowie
Weitergabe
98 und Nutzung von Abwärme. Dafür machen wir klare ordnungsrechtliche Vorgaben.
99 Strompreisvergünstigungen für Unternehmen, die im internationalen Wettbewerb
stehen, sollen
100 an die Umsetzung von Energieeffizienzmaßnahmen geknüpft werden. Denn je weniger
Energie
101 benötigt wird, desto schneller schaffen wir 100 Prozent Erneuerbare, erreichen die
102 Klimaziele und sparen Kosten für Energieinfrastruktur. Klimaschutz lohnt sich.

103 **Ein Ordnungsrahmen für eine sozial-ökologische Marktwirtschaft**

104 Wir müssen unsere Wirtschaft auf Klimaneutralität und die planetaren Grenzen
ausrichten und
105 eine Kreislaufwirtschaft etablieren. Den wirtschaftlichen Aufbruch nach der Corona-
Krise und
106 die ökologische Modernisierung wollen wir zusammenbringen. Dazu braucht es eine
sozial-
107 ökologische Neubegründung unserer Marktwirtschaft. Wir wollen mit ehrgeizigen
Vorgaben in
108 Form von Grenzwerten, CO₂-Reduktionszielen und Produktstandards der deutschen
und

109 europäischen Wirtschaft Planungssicherheit geben und Impulse für neue Investitionen
setzen.
110 Faire Preise sorgen dafür, dass sich klimagerechtes Handeln lohnt. Forschung und
111 Innovationen für klimagerechtes Wirtschaften wollen wir stärker fördern. Die
öffentliche
112 Beschaffung richten wir konsequent auf die ressourcenschonendsten und sozial
verträglichsten
113 Produkte und Dienstleistungen aus. So machen wir unsere Wirtschaft zur
Spitzenreiterin bei
114 den modernsten Technologien und schützen unsere natürlichen Lebensgrundlagen.

115 **Grüne Digitalisierung**

116 Ob vernetzte Fahrzeuge, effiziente Industrie, punktgenaue Verteilung regenerativer
Energie
117 oder intelligente Bewässerung auf Feldern: Mit digitalen und datengetriebenen
Innovationen
118 können wir den Energie- und Ressourcenverbrauch besser reduzieren und bei
119 Zukunftstechnologien führend werden. Hierzu fördern und priorisieren wir digitale
120 Anwendungen und Lösungen, die einen Beitrag zur Ressourcenschonung leisten oder
nachhaltiger
121 sind als analoge. Rebound-Effekte gilt es generell zu vermeiden, Suffizienz zu
unterstützen.
122 Wir fördern Alternativen zu kritischen Rohstoffen wie seltene Erden und deren
123 menschenrechtskonforme Gewinnung. Ausschreibungs- und Beschaffungskriterien sind
so
124 anzupassen, dass möglichst sozial-ökologisch nachhaltige Technologien vorrangig zum
Einsatz
125 kommen. Bei IT-Beschaffungen des Bundes müssen Faktoren wie
Herstellerabhängigkeit,
126 Folgebeschaffung, technische Offenheit, Sicherheit, Datenschutz, Reparaturfähigkeit,
127 Nachhaltigkeit und soziale Kriterien zwingend in die Bewertungen einfließen und
128 Zertifizierungen wie der Blaue Engel für IT-Produkte zum Standard werden. Wir wollen
alle
129 Rechen- und Datacenter des Bundes nachhaltig umstellen, mit erneuerbarer Energie
betreiben
130 und zertifizierte umweltfreundliche Hardware einsetzen. Zugleich gilt es, Anreize zu
131 schaffen, um den Stromverbrauch von Rechenzentren zu reduzieren, einschließlich
Umstellung
132 auf Wasserkühlungssysteme, und CO₂-neutrale Rechenzentren zu fördern.

133 **Neue Arbeitsplätze mit guten Bedingungen**

134 Eine ambitionierte Klimaschutzpolitik und der klimaneutrale Umbau der Wirtschaft sind
die
135 beste Chance, bestehende Arbeitsplätze in Deutschland und anderen Ländern zu
erhalten und
136 neue zu schaffen. Die sozial-ökologische Modernisierung stärkt die
Wettbewerbsfähigkeit der
137 hiesigen Unternehmen und kann zu einer Renaissance von Industriearbeitsplätzen
führen. Auf
138 dem Weg zur Klimaneutralität werden in den kommenden Jahren hunderttausende
neue Jobs

139 entstehen – Green Jobs. Sie entstehen im Handwerk und in der Bauwirtschaft, in neuen
140 Industriebereichen und der Kreislaufwirtschaft, in der Batteriezellenproduktion und der
141 Wasserstoffindustrie sowie in neuen Dienstleistungsfeldern. Wir wollen, dass die neuen
Jobs
142 nach Möglichkeit einem Tarifvertrag oder mindestens gleichwertigen Bedingungen
unterliegen.

143 Darauf werden wir auch bei der Förderung von neuen Wirtschaftsfeldern achten.

144 **Sicher im Wandel mit einem Qualifizierungs-Kurzarbeitergeld**

145 Wir sehen es als unsere Verpflichtung, Unternehmen und ihre Beschäftigten auf dem
Weg hin zu
146 einem klimaneutralen Wirtschaftssystem zu unterstützen. Gerade auch dort, wo sich
Jobprofile

147 grundlegend verändern oder Arbeitsplätze verloren gehen. Es braucht in der
ökologischen

148 Transformation ein noch viel besseres Angebot an Weiterbildung und Qualifizierung.
Dazu

149 wollen wir ein Recht auf Weiterbildung einführen und mit einem Weiterbildungsgeld
auch für

150 Erwerbstätige in Qualifizierungsphasen eine soziale Absicherung schaffen. Mit einem
neuen

151 Qualifizierungs-Kurzarbeitergeld ermöglichen wir Unternehmen, in Phasen der
Transformation

152 ihre Beschäftigten im Betrieb zu halten und nachhaltig zu qualifizieren. Die

153 Qualifizierungs-Kurzarbeit koppeln wir eng an die Sozialpartnerschaft. Zudem wollen
wir die

154 betriebliche Mitbestimmung bei Entscheidungen über die ökologische Transformation
stärken.

155 Unternehmen, Gewerkschaften und Betriebsräte wissen gemeinsam am besten, wie
die

156 Transformation zu gestalten ist.

157 **Transformationsfonds für die Regionen**

158 Die ökologische Modernisierung ist gerade für viele industriell geprägte Regionen eine
große

159 Herausforderung. Um Regionen und insbesondere die dort ansässigen kleinen und
mittleren

160 Unternehmen zu unterstützen, wollen wir regionale Transformationsfonds auflegen.
Die

161 Förderung richtet sich an Unternehmen, die aus eigener Kraft den ökologischen
Strukturwandel

162 nicht bewältigen können, mit ihrem Standort aber fest in der Region verankert sind
und dort

163 bleiben wollen. Regionale Akteur*innen aus Wissenschaft, Politik, Wirtschaft und

164 Gewerkschaften sollen eingebunden werden und gemeinsame Visionen erarbeiten, wo
die Region

165 sozial und wirtschaftlich in Zukunft stehen sollte. Gleichzeitig wollen wir neue Formate
wie

166 Reallabore und Experimentierräume fördern, in denen Zivilgesellschaft, Wissenschaft,

167 Wirtschaft und Kommunen gemeinsam an Lösungen für Herausforderungen vor Ort
arbeiten und
168 forschen.

169 **Klimaschutz-Sofortprogramm auflegen**

170 Zentrale Grundlagen unserer Politik sind das Klimaabkommen von Paris sowie der
Bericht des
171 Weltklimarates zum 1,5-Grad-Limit, der verdeutlicht, dass jedes Zehntelgrad zählt, um
das
172 Überschreiten von relevanten Kippunkten im Klimasystem zu verhindern. Es ist daher

173 notwendig, auf den 1,5-Grad-Pfad zu kommen. Dafür ist unmittelbares und
substanzielles
174 Handeln in den nächsten Jahren entscheidend. Doch aktuell lahmt der Ausbau der
erneuerbaren
175 Energien, der Kohleausstieg kommt zu spät, im Verkehrs- und Gebäudesektor geht es
kaum
176 voran.

177 Gemäß der Klimaentscheidung des Bundesverfassungsgerichts, die auch auf den
178 Sachverständigenrat für Umweltfragen verweist, müssen wir unsere Klimapolitik am
179 Budgetansatz orientieren. Der Weltklimarat beziffert das globale CO₂-Budget ab dem
Jahr 2018

180 für das 1,5-Grad-Ziel mit einer 67-prozentigen Wahrscheinlichkeit der Zielerreichung
auf 420

181 Gigatonnen CO₂. Der Sachverständigenrat hat daraus ein verbleibendes nationales
182 Kohlenstoffbudget von 6,6 Gigatonnen CO₂ ab 2020 abgeleitet. Bei fortdauernden
Emissionen

183 auf heutigem Niveau wäre das deutsche CO₂-Budget in weniger als neun Jahren
verbraucht, bei

184 einer linearen Reduktion rund um 2035. Ein längerer Zeitverlauf zur
Treibhausgasneutralität

185 erfordert überproportionale Reduktionserfolge in den nächsten Jahren. Deswegen
werden wir

186 ein Klimaschutz-Sofortprogramm auf den Weg bringen, das in allen Sektoren sofort
wirksame

187 Maßnahmen anstößt, bestehende Ausbauhindernisse beseitigt, naheliegende
Einsparmöglichkeiten

188 umsetzt und auch die Klima- und Entwicklungspartnerschaften im Sinne des globalen
189 Budgetansatzes stärkt. Wir werden das noch immer ungenügende Klimaschutzgesetz
generationen-

190 und budgetgerecht nachschärfen, jahres- und sektorenscharf ausbuchstabieren, die
Rolle des

191 Expertenrates für Klimafragen stärken und das deutsche Klimaziel 2030 auf
mindestens minus

192 70 Prozent anheben. Unser Ziel ist es, 100 Prozent erneuerbare Energien bis 2035 zu
193 erreichen.

194 So kann Deutschland in 20 Jahren klimaneutral werden.

195 **Klimagerechtes Wirtschaften belohnen**

196 Effektiver und sozial gerechter Klimaschutz muss sich auch ökonomisch lohnen.
 197 Derzeit sind die Kosten der Schäden, die durch den Ausstoß einer Tonne CO₂ entstehen, nur sehr
 198 gering eingepreist. Nach aktuellen Berechnungen des Umweltbundesamtes verursacht die
 199 Emission einer Tonne CO₂ Schäden von rund 195 Euro. Unser Ziel ist eine Wirtschaft, in der die
 200 nachhaltigsten Produkte auch die günstigsten sind. Das wollen wir durch einen klugen
 201 Mix aus CO₂-Preisen, Anreizen und Förderung sowie Ordnungsrecht und Abbau von
 202 umweltschädlichen Subventionen ändern. Wollte man die Klimaziele allein über die Bepreisung von CO₂
 203 erreichen, würde das unweigerlich zu erheblichen sozialen Unwuchten führen. Einige könnten
 204 sich rauskaufen, andere nicht mehr teilhaben. Wir sehen in der CO₂-Bepreisung also ein
 205 Instrument von vielen – und werden es wirksam und sozial gerecht einsetzen. Das EU-
 206 Emissionshandelssystem (ETS) ist im Lichte des neuen EU-Klimaziels für 2030 zu
 207 reformieren, um seine Lenkungswirkung endlich voll und ganz zu erfüllen. Mit einer deutlichen
 208 Reduktion von Emissionszertifikaten und der Löschung überschüssiger Zertifikate vom Markt
 209 erreichen wir einen CO₂-Preis im Bereich Strom, Industrie und europäischem Luftverkehr, der
 210 dafür sorgt, dass erneuerbare Energien statt Kohle und Kerosin zum Einsatz kommen, die
 211 Industrie Planungssicherheit bekommt und einen Anreiz hat, in Dekarbonisierung und
 212 Technologieführerschaft zu investieren. Für die Bereiche Verkehr und Wärme wurde in
 213 Deutschland auf Druck der Klimabewegung und von uns Grünen zudem ein CO₂-Preis
 214 eingeführt, dessen Lenkungswirkung aber weiter sozial gerecht verbessert werden muss. Wir
 215 wollen die Erhöhung des CO₂-Preises auf 60 Euro auf das Jahr 2023 vorziehen. Danach soll der
 216 CO₂-Preis so ansteigen, dass er im Konzert mit den Fördermaßnahmen und ordnungsrechtlichen
 217 Vorgaben die Erreichung des neuen Klimaziels 2030 absichert. Die Einnahmen aus dem
 218 nationalen CO₂-Preis geben wir als Energiegeld pro Kopf an die Menschen zurück.

219 **Energiegeld einführen**

220 Damit Klimaschutz sozial gerecht ist, wollen wir die Einnahmen aus dem nationalen
 221 CO₂-Preis direkt an die Bürger*innen zurückgeben. Dazu streben wir neben der Senkung der
 222 EEG-Umlage ein Energiegeld an, das jede*r Bürger*in erhält. Über das Energiegeld geben wir alle

223 zusätzlichen Einnahmen transparent an die Menschen zurück und entlasten sie direkt,
indem
224 sie eine Rückerstattung pro Kopf bekommen. So wird klimafreundliches Verhalten
belohnt und
225 es findet ein sozialer Ausgleich im System statt. Unterm Strich werden so
226 Geringverdiener*innen und Familien entlastet und vor allem Menschen mit hohem
Einkommen
227 belastet. Bezieher*innen von Transferleistungen wie Arbeitslosengeld II oder Sozialhilfe
profitieren ebenfalls, da das Energiegeld nicht auf die Grundsicherung angerechnet
werden
229 soll. Um zum Beispiel Pendler*innen mit niedrigem Einkommen bei der Anpassung zu
230 unterstützen, legen wir einen Klimabonus-Fonds auf, der mit großzügigen Hilfen
unterstützt,
231 etwa beim Umstieg auf Bus und Bahn oder ein emissionsfreies Fahrzeug.

232 **CO₂-Bremsen für alle Gesetze**

233 Wir wollen Klimaschutz systematisch in unsere Rechtsordnung aufnehmen. Die
Vorgaben des
234 Pariser Klimavertrages sowie den Atomausstieg wollen wir im Grundgesetz verankern
und
235 Ökologie als weiteres Grundprinzip staatlichen Handelns stärken. Dem Staat geben wir
mehr
236 Möglichkeiten, durch eine intelligente Steuergesetzgebung ressourcenschonendes
Verhalten zu
237 belohnen und die Erzeugung von CO₂ mit einem Preis zu versehen. Für
Genehmigungsprozesse
238 führen wir eine Klimaverträglichkeitsprüfung ein. Mit einer CO₂-Bremsen machen wir
239 Klimaschutz zur Querschnittsaufgabe, indem wir Gesetze auf ihre Klimawirkung hin
prüfen, die
240 Vereinbarkeit mit den nationalen Klimaschutzziele und dem CO₂- Budget sicherstellen
und den
241 möglichen Einsatz von klimafreundlichen Alternativen gewährleisten.

242 **Wir schaffen Versorgungssicherheit mit Erneuerbaren**

243 **Schneller raus aus der Kohle**

244 Nach dem Willen der Großen Koalition werden in Deutschland Kohlekraftwerke noch bis
2038 dem
245 Klima und unserer Gesundheit schaden. Das ist mit den Klimazielen von Paris und dem
1,5-
246 Grad-Pfad nicht vereinbar. Wir setzen uns dafür ein, den Kohleausstieg bis 2030 zu
247 vollenden. In diesem Sinne werden wir alle Möglichkeiten – auch auf EU-Ebene –
nutzen. Um
248 nicht erneut den Kohlekonzernen Milliarden an Steuergeldern zu schenken, werden wir
die
249 massiven Klimaschäden der Kohleverstromung einpreisen. Das gelingt am besten über
den EU-
250 Emissionshandel – mit einem lenkenden CO₂-Preis. Sollte dieser auf europäischer

Ebene nicht
 251 schnell genug erreicht sein, setzen wir auf einen nationalen CO₂-Mindestpreis im ETS
 für
 252 Industrie und Strom von 60 Euro pro Tonne CO₂. Ein beschleunigter Kohleausstieg
 bedarf im
 253 Sinne der Versorgungssicherheit eines massiven Ausbaus der erneuerbaren Energien
 und einer
 254 Ausrichtung des Energiemarktdesigns auf Sonne und Wind. Zugleich wollen wir für den
 255 Gesundheitsschutz die Grenzwerte für den Ausstoß von Schadstoffen, insbesondere
 Quecksilber,
 256 aus Großfeuerungsanlagen anschärfen. Niemand soll mehr für einen Tagebau sein
 Zuhause
 257 verlassen müssen. Den durch den Braunkohletagebau Garzweiler von Enteignung und
 Vertreibung
 258 bedrohten Menschen muss das Land Nordrhein-Westfalen endlich Planungs- und
 Rechtssicherheit
 259 für Erhalt und Zukunft ihrer Dörfer geben. Dies wollen wir im Bund mit den richtigen
 260 Rahmenbedingungen unterstützen. Das Bergrecht werden wir grundlegend
 überarbeiten und
 261 Betroffenenrechte, Umwelt- und Naturschutz stärken. Naturholz ist als Rohstoff
 vielfältig
 262 einsetzbar und zu wertvoll, um es in Großkraftwerken zu verbrennen.

263 **Solardächer zum Standard machen**

264 Wir wollen eine Energiewende, bei der alle mitmachen können – Mieter*innen wie
 265 Hausbesitzer*innen. Unsere Dächer, Fassaden und Balkons können zu Kraftwerken
 werden – jede
 266 Fläche mit Solaranlage hilft dem Klimaschutz. Die eigene Strom- und Wärmeenergie
 wird
 267 dezentral und vor Ort erzeugt und genutzt. Unser Ziel sind 1,5 Millionen neue
 Solardächer in
 268 den kommenden vier Jahren. Deshalb werden wir Solardächer fördern und zum
 Standard machen.
 269 Beginnend mit Neubauten, öffentlichen und Gewerbegebäuden sowie
 Dachsanierungen wollen wir
 270 diesen neuen Standard perspektivisch auf den Bestand ausweiten. Leasing-, Pacht-
 und
 271 Contractingmodelle können hier unterstützend wirken. Für besonders erhaltenswerte
 272 Bausubstanz werden wir Lösungsansätze erarbeiten. Die Mieterstrom-Regeln werden
 wir deutlich
 273 vereinfachen und Mieterstromprojekte fördern. Bürokratische Hürden für die Nutzung
 des
 274 Stroms vom eigenen Dach wollen wir abbauen, Eigenverbrauch und
 Direktvermarktung stärken.

275 **Photovoltaik auf dem Land**

276 Die Photovoltaik wollen wir nicht nur auf die Dächer, sondern auch in die Fläche
 bringen,
 277 indem wir die politischen und rechtlichen Rahmenbedingungen verbessern und den

Bau

278 erleichtern. Der Ausbau soll vorzugsweise auf versiegelten Flächen, etwa über
 279 Parkplätzen,
 279 neben Autobahnen und Schienen und auf Konversions- oder Bergbaufolgeflächen,
 erfolgen und
 280 nicht auf wertvollem Ackerland. Neue Flächenkonkurrenzen wollen wir vermeiden und
 stellen
 281 den Mehrfachnutzen für Energieerzeugung, Biodiversität und Landwirtschaft in den
 282 Vordergrund. Agri-Photovoltaikanlagen, d. h. Stromproduktion und landwirtschaftliche
 bzw.
 283 gartenbauliche Nutzung auf einer Fläche, können einen wichtigen Beitrag für
 Klimaschutz und
 284 Ökologie leisten. Wenn man es richtig anstellt, können Freiflächenanlagen zu
 Lebensräumen
 285 werden. Landwirtschaftsbetriebe sollen für ökologische Leistungen Geld erhalten und
 so
 286 zusätzliche Erträge erzielen. Wichtig ist zudem die Möglichkeit, direkte langfristige
 287 Stromlieferverträge abschließen zu können. Bei der Planung gilt es die Bürger*innen
 288 frühzeitig einzubeziehen und zu beteiligen, von den Erlösen müssen die Kommunen
 profitieren.

289 **Mit Windenergieausbau den Wirtschaftsstandort Deutschland sichern**

290 Auch bei der Windkraft müssen wir schneller vorankommen, zum Beispiel indem wir
 den Ausbau
 291 außerhalb der Ausschreibungen stärken. Beim Windausbau gilt es den Konflikt mit
 Natur- und
 292 Artenschutz zu minimieren, Anwohner*innen zu schützen und die Verfahren zur
 Genehmigung,
 293 auch durch den Abbau bürokratischer Hürden und klare Rahmenbedingungen, zu
 beschleunigen. In
 294 einem ersten Schritt wollen wir die erneuerbaren Energien als zwingend für die
 295 Versorgungssicherheit definieren und dafür 2 Prozent der Fläche bundesweit nutzen.
 Alle
 296 Bundesländer haben hierfür ihre entsprechenden Beiträge zu leisten.
 Verhinderungsplanungen
 297 lehnen wir ab. Exzessive, pauschale Mindestabstände zu Siedlungen leisten keinen
 Beitrag zur
 298 Akzeptanzsteigerung. Wir sorgen mit frühzeitiger Bürger*innenbeteiligung vor Ort,
 klaren
 299 Vorrang- bzw. Eignungsgebieten für Wind sowie mit Ausschlussgebieten und gezielten
 300 Artenschutzprogrammen für eine anwohner*innenfreundliche und naturverträgliche
 Standortwahl
 301 und stärken zugleich den Schutz von Vögeln und Fledermäusen. Wir werden die
 Planungen und
 302 Genehmigungen durch vereinfachte Verfahren, mehr Personal und einheitliche
 303 Bewertungsmaßstäbe beschleunigen. Repowering wollen wir erleichtern, sodass alte
 304 Windenergieanlagen am gleichen Standort zügig durch leistungsstärkere ersetzt
 werden können.
 305 Über 20 Jahre alten Anlagen werden wir einen Weiterbetrieb ermöglichen. Den Bau
 von
 306 Windenergieanlagen auch in direkter Nähe zu Industrie und Gewerbe wollen wir

unterstützen,
307 um Strom dort zu produzieren, wo er gebraucht wird und wo der Lärmschutz von
Anwohner*innen
308 leichter zu gewährleisten ist. Wir bauen unsere Offshore-Parks weiter aus und
verbinden sie
309 in der Europäischen Energieunion mit den Solarparks der Mittelmeerstaaten, mit der
310 Wasserkraft Skandinaviens und der Alpen. Je vernetzter, desto stärker. Ein Kontinent
ist für
311 die Energiewende eine gute Größe.

312 **Die Bürger*innen an der Energiewende beteiligen**

313 Wir wollen, dass von der Energiewende möglichst viele profitieren. Deshalb werden wir
314 Bürger*innen-Projekte bei Wind- und Solarparks besonders fördern und alle
europarechtlich
315 garantierten Möglichkeiten für Bürger*innen-Energiegemeinschaften vollumfänglich
316 ausschöpfen. Die Kommunen beteiligen wir verbindlich an den Einnahmen aus den
Erneuerbaren-
317 Anlagen, sodass gerade der ländliche Raum von den Gewinnen profitiert. Zudem
wollen wir
318 Mieterstrom fördern, entbürokratisieren und so weiterentwickeln, dass Mieter*innen
stärker
319 vom Ausbau der Erneuerbaren profitieren.

320 **Unsere Energieinfrastruktur klimaneutral machen**

321 Klimaneutralität in weniger als 30 Jahren heißt, dass die eine fossile Infrastruktur nicht
322 einfach durch eine andere fossile Infrastruktur ersetzt werden darf. Wir leiten daher
den
323 Einstieg in den Ausstieg aus den Fossilen ein: Die Planung unserer Infrastruktur für
Strom,
324 Wärme und Wasserstoff braucht ein Update und muss Klimaneutralität in den
Mittelpunkt
325 stellen. Neue Gaskraftwerke oder Infrastrukturen, die wir für den Kohleausstieg
brauchen,
326 darf es deshalb überhaupt nur geben, wenn sie aktuell zwingend notwendig sind und
bereits
327 Wasserstoff-ready geplant und gebaut werden. Wir werden die rechtlichen Grundlagen
dafür
328 schaffen, dass neue Betriebsgenehmigungen zeitlich befristet erteilt werden und den
Wechsel
329 von Erdgas zu erneuerbaren Energieträgern enthalten. Denn auch Erdgas ist ein
330 klimaschädlicher Brennstoff, sein Gebrauch muss immer weiter abnehmen. Die extrem
331 klimaschädlichen Emissionen, die bei Erdgasförderung und -transport entstehen,
wollen wir
332 schnellstmöglich reduzieren. Neue Hafenterminals zur Anlandung von Flüssigerdgas
sollen
333 nicht mehr genehmigt werden. Neue Erdgas-Pipelines wie Nord Stream 2, die nicht auf
grünen
334 Wasserstoff ausgerichtet sind, zementieren auf Jahrzehnte Abhängigkeiten von

335 klimaschädlichen Ressourcen, konterkarieren die Energiewende und sollten gestoppt
336 werden.

336 **Eine grüne Wasserstoffstrategie**

337 Wasserstoff aus erneuerbaren Energien, sogenannter grüner Wasserstoff, ist zentral
338 für die

338 Versorgungssicherheit in einer klimaneutralen Welt. Denn Wasserstoff ist gut
339 speicherbar

339 und, wenn er mit Strom aus erneuerbaren Energien hergestellt wird, auch
340 klimafreundlich.

340 Deutschland ist bei den Technologien zur Erzeugung von Wasserstoff weit vorne. Diese

341 Führungsrolle wollen wir weiter ausbauen und die entsprechende Infrastruktur dafür
342 schaffen.

342 Mit Marktanreizen und einem umfassenden Förderprogramm werden wir die
343 Kapazitäten zur

343 Wasserstoffherstellung in Deutschland schaffen. Auch wenn grüner Wasserstoff
344 prioritär bei

344 uns produziert werden sollte, werden wir zur Bedarfsdeckung Wasserstoff importieren
345 müssen.

345 Die Infrastruktur für Wasserstoffimporte müssen wir jetzt etablieren. Für die Importe
346 werden

346 wir faire Kooperationen mit wind- und sonnenreichen Ländern anstoßen und ausbauen
347 und die

347 Exportländer bei der Energiewende unterstützen. Für den Erfolg dieser Kooperationen
348 ist es

348 unabdingbar, die lokale Bevölkerung einzubeziehen, Menschenrechte zu schützen, sich
349 an den

349 nachhaltigen Entwicklungszielen zu orientieren und dafür auch verbindliche Standards
350 einzuführen. Damit Wasserstoff zur Klimaneutralität beiträgt, muss er aus

350 erneuerbaren

351 Energien hergestellt werden. Das gilt auch für Wasserstoffimporte. Unser Ziel ist, dass
352 erneuerbare Energien effizient und wirtschaftlich genutzt und Elektrolyseure

352 systemdienlich

353 eingesetzt werden. Wasserstoff oder synthetische Kraftstoffe dürfen nicht Teil einer

354 Verzögerungstaktik sein, sondern sollen aktiv zu Klimaneutralität beitragen. Die
355 direkte

355 Nutzung von Strom über Batterien oder Wärmepumpen ist in der Regel viel effizienter.
356 Es gilt

356 daher, Wasserstoff und synthetische Kraftstoffe gerade dort zum Einsatz zu bringen,
357 wo sie

357 wirklich gebraucht werden: etwa in der Industrie, in der Schifffahrt oder beim
358 Flugverkehr.

358 **Einen Markt für Ökostrom schaffen**

359 Die Einführung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) vor über 20 Jahren war der
360 Startschuss für die Energiewende in Deutschland, inzwischen sind Sonne und Wind zu
361 den

361 günstigsten Energiequellen geworden. Doch jetzt, bei einem Erneuerbaren-Anteil von
362 fast 50

362 Prozent im Strombereich, brauche wir ein Marktdesign, das die Rahmenbedingungen

für ein
363 klimaneutrales Energiesystem richtig setzt: Es sichert den schnellen und günstigen
Ausbau
364 der Erneuerbaren, den wirtschaftlichen Betrieb von Speichern, flexiblen Erzeugern und
365 Verbrauchern sowie einen ausreichenden Netzausbau. Dafür treiben wir eine
grundlegende
366 Reform des Energierechts voran. Die Sektorenkopplung unterstützen wir, indem die
367 systemdienliche Nutzung von erneuerbarem Strom gestärkt wird und regionale
Unterschiede
368 berücksichtigt werden. Erste Wind- und große Solaranlagen benötigen bereits heute
keine EEG-
369 Zahlungen mehr, und der Trend zu langfristigen Lieferverträgen zwischen
Ökostromerzeugern
370 und Verbraucher*innen unterstützt diese Entwicklung. Ebenso sollen Endkund*innen
den Strom
371 künftig besser direkt von Ökostromerzeugern kaufen können. Das EEG entwickeln wir
so von
372 einem Förder- zu einem Absicherungsinstrument des Erneuerbaren-Ausbaus weiter.
Die EEG-
373 Umlage wird damit langfristig automatisch auslaufen.

374 **Netzausbau beschleunigen**

375 Um die Energiewende zum Erfolg führen zu können, müssen wir auch die Netze
schneller
376 ausbauen. Sie sorgen dafür, dass die Energie von dort, wo sie erzeugt wird, so schnell
wie
377 möglich dorthin gelangt, wo sie benötigt wird. Ein kluger Mix aus lokaler Erzeugung,
378 Speichern und flexiblen Verbrauchern senkt die Kosten und erhöht die
Versorgungssicherheit.
379 Voraussetzung für einen weiteren Netzausbau ist, dass er systemdienlich erfolgt und
alle
380 Möglichkeiten ausgeschöpft werden, die bestehenden Netze optimal auszunutzen und
durch
381 intelligente Systeme und Speicher zu ergänzen. Wesentlich ist eine frühzeitige
382 Bürger*innenbeteiligung. Sie erhöht die Qualität der Planung und trägt nachweislich
dazu
383 bei, dass potenzielle Klagegründe bereits zu Beginn gemeinsam ausgeräumt statt am
Ende vor
384 Gericht geklärt werden. Klar ist auch: Die Erneuerbaren genießen Vorrang im Netz. Da
385 Stromübertragungsnetze natürliche Monopole und kritische Infrastruktur darstellen,
wollen
386 wir den öffentlichen Einfluss darauf stärken. Dazu wollen wir nach Möglichkeit die
387 staatlichen Anteile an den vier Übertragungsnetzbetreibern in Deutschland erhöhen
und sie in
388 eine Bundesnetzgesellschaft in Bundeshand überführen. Wir treiben außerdem eine
Reform der
389 Netzentgelte voran, die die Transparenz stärkt, die Kosten der Energiewende fair
verteilt
390 und eine Benachteiligung ländlicher Regionen – insbesondere im Norden und Osten –

bei der
 391 Finanzierung notwendiger Netzausbaukosten beseitigt.

392 **Klima-Sanierungsoffensive bei Gebäuden**

393 Es ist höchste Zeit, dass alle Neubauten und Bauwerke inklusive der Baustoffe im
 394 gesamten
 395 Lebenszyklus klimaneutral geplant werden und entsprechend umfassende
 396 energetische
 397 Sanierungen erfolgen. Dreh- und Angelpunkt ist die Festlegung hoher Bau- und
 398 Sanierungsstandards: bei Neubauten KfW 40, was in etwa dem Passivhausstandard
 399 entspricht, im
 400 Gebäudebestand nach Sanierung KfW 55 – mit Ausnahmen für denkmalgeschützte
 401 Gebäude. Die KfW-
 402 Förderprogramme werden wir weiterentwickeln, auch in Bezug auf die Verwendung
 403 nachhaltiger
 404 Baustoffe. Für die Aussöhnung von Baukultur und energetischer Sanierung wollen wir
 405 klare
 406 Regelungen schaffen, die beiden Zielen angemessen sind. Die Sanierungsquote muss
 407 sehr
 408 schnell verdoppelt und weiter gesteigert werden. Der Einsatz von serieller Sanierung
 409 kann
 410 hier ein Weg sein. Die öffentliche Hand muss mit ihren Gebäuden als Vorbild
 411 vorangehen. Für
 412 den Bestand muss gelten: Bei jedem Eigentümerwechsel muss ein Sanierungsfahrplan
 413 vorgelegt
 414 werden. Bei der Umsetzung des Sanierungsfahrplans können Förderprogramme
 415 unterstützend
 416 wirken. Wenn im Gebäudebestand ein Heizungsaustausch ansteht oder umfassend
 417 saniert wird,
 418 aber auch im Neubau, sollen, wo möglich, ausschließlich erneuerbare Wärmequellen
 zum Einsatz
 419 kommen. Wir legen dazu ein Investitionsprogramm für zwei Millionen hocheffiziente
 420 Wärmepumpen bis 2025 auf. Auch die Fern- und Nahwärme wollen wir dekarbonisieren
 421 und richten
 422 die Förderung an klimaneutralen Lösungen aus. Für die Energieeffizienz ist es
 423 maßgeblich,
 424 von der Einzelbefehuerung weg und hin zu verknüpften Systemen zu kommen, in denen
 425 aus
 426 verschiedenen Erneuerbaren-Quellen wie Abwärme, Geo- oder Solarthermie Wärme
 427 eingespeist und
 428 gespeichert wird. Dabei werden wir auch Industrie und Wirtschaft in die
 429 Wärmesysteme
 430 einbinden. Solche verbundenen klimaneutralen Energiesysteme werden wir fördern,
 431 besonders in
 432 städtischen Gebieten.

415 **Wärmewende fair gestalten**

416 Die Wärmewende muss mit wirksamem Mieter*innenschutz und gezielter Förderung
 einhergehen.
 417 Wir wollen mit dem sogenannten Drittelmodell die Kosten für klimafreundliche
 418 Modernisierungen fair zwischen Vermieter*innen, Staat und Mieter*innen verteilen,

sodass sie
 419 für alle bezahlbar und für die Vermieter*innen angemessen wirtschaftlich werden. Die
 420 Modernisierungsumlage wollen wir strikt begrenzen, damit Kosten nicht einfach auf die
 421 Mieter*innen abgewälzt werden können. Mit einem Zuschuss zum Wohngeld, dem
 Klimawohngeld,
 422 ermöglichen wir auch Empfänger*innen von Wohngeld, in klimafreundlichen
 Wohnungen zu leben.
 423 Bei der CO₂-Bepreisung im Wärmebereich erreichen wir Lenkungswirkung, wenn
 diejenigen dafür
 424 aufkommen, die die Klima-Investitionen auch tätigen: die Hauseigentümer*innen.
 Denn sie sind
 425 es, die etwas am Zustand der Gebäude und der Wärmeversorgung ändern können,
 während sie
 426 zugleich von der Wertsteigerung durch die Modernisierung profitieren. Für Kommunen
 sollen
 427 regionale Wärme- und Energie- sowie integrierte Quartiersplanungen verbindlich
 gelten. Dabei
 428 unterstützen wir durch das Aktionsprogramm Faire Wärme mit Steuervergünstigungen,
 429 kostenloser Beratung und zielgerichteten Förderprogrammen den Umbau hin zu einer
 430 klimaneutralen Wärmeversorgung.

431 **Atomausstieg vollenden - Endlagersuche zum Erfolg führen**

432 Atomkraft ist nicht geeignet, die Klimakrise zu bekämpfen. Wir werden den
 Atomausstieg in
 433 Deutschland vollenden. Doch obwohl Atomkraft eine Hochrisikotechnologie ist, wird
 bei uns
 434 immer noch Uran angereichert, werden Brennstäbe hergestellt und exportiert. Unser
 Ziel ist
 435 es, die Atomfabriken in Gronau und Lingen schnellstmöglich zu schließen. Der Betrieb
 des
 436 Forschungsreaktors Garching mit hochangereichertem Uran gehört beendet. Zum Erbe
 der
 437 Atomenergienutzung gehört die Endlagersuche. Wir bekennen uns zum verabredeten
 Pfad der
 438 Standortsuche mit höchsten Sicherheitsstandards bei größtmöglicher Transparenz und
 439 Beteiligung der Bevölkerung. Der Rückbau der bestehenden Atomkraftwerke muss
 schleunigst und
 440 ohne Zeitverzögerung auf höchstem Sicherheitsniveau erfolgen. Auch hier gilt, dass
 wir mit
 441 diesen Altlasten nicht die nachfolgenden Generationen belasten dürfen. Voraussetzung
 dafür
 442 ist eine Zwischen- und Endlagerung von schwach-, mittel- und vor allem von
 hochradioaktivem
 443 Abfall bei höchsten Sicherheitsstandards. Dafür ist ein Gesamtkonzept Voraussetzung.
 Vor
 444 allem die Sicherheit gegen Terroranschläge muss gewährleistet sein, da die
 Zwischenlager
 445 noch lange Zeit benötigt werden. Wir werden dafür sorgen, dass die Lagerung und die
 446 Transporte streng überwacht werden. Auch in der EU wollen wir den Einstieg in den

Ausstieg

447 vorantreiben. Wir setzen uns für eine Reform von Euratom, gegen die weitere
Privilegierung
448 oder neue Förderungen der Atomkraft, und für verbindliche Sicherheitsstandards aller
449 Atomanlagen in Europa ein. So können alte und unsichere Reaktoren an Deutschlands
Grenzen
450 schnell vom Netz genommen werden. Einspruchsmöglichkeiten bei Neubau oder
451 Laufzeitverlängerung von Atomanlagen in Europa wollen wir ausschöpfen und aus der
452 gemeinsamen Haftung der Staaten für Atomunfälle aussteigen.

453 **Wir sorgen für nachhaltige Mobilität**

454 **Der Mobilitätswende eine Grundlage geben**

455 Der Weg zur Klimaneutralität erfordert, unsere Mobilität im 21. Jahrhundert
grundlegend neu
456 zu denken. Darin liegt eine große Chance: Städte und Dörfer mit mehr Lebensqualität,
457 Mobilität ohne Klimazerstörung, ohne Staus und Verkehrstote, mehr Freiheit, Teilhabe
und
458 Wohlstand sind möglich. Mit einem Bundesmobilitätsgesetz wollen wir eine neue
Grundlage für
459 die Verkehrspolitik und -gesetzgebung schaffen. Statt eines Verkehrsmittels, des
Autos,
460 stellen wir den Menschen und seine vielfältigsten Bedürfnisse in den Mittelpunkt, vor
allem
461 die der Verletzlichsten in unserer Gesellschaft, also der Kinder, Jugendlichen,
Senior*innen
462 und Menschen mit Handicaps. Mobilitätspolitik wird konsequent an den
Mobilitätsbedürfnissen
463 der Menschen, an Sicherheit, Klimaschutz, Verkehrsvermeidung, Flächengerechtigkeit,
464 Lärmschutz und Luftqualität, sozialer Teilhabe und Geschlechtergerechtigkeit
ausgerichtet.
465 Statt wie seit Jahrzehnten einen Verkehrsträger einseitig zu bevorzugen, sorgen wir für
eine
466 faire Balance – mit einer starken Bahn, einem modernen ÖPNV und besten
Bedingungen für
467 Radfahrer*innen und Fußgänger*innen. Die Mobilitätswende braucht nicht nur eine
bessere
468 gesetzliche Grundlage, sondern auch eine Beschleunigung in der Umsetzung. Dazu
wollen wir
469 eine umfassende Ausbildungs- und Forschungsoffensive starten.

470 **Investitionen für starke Bahnen**

471 Eine leistungsfähige, verlässliche Bahn ist das Rückgrat einer nachhaltigen
Verkehrswende.
472 Wir wollen den Deutschlandtakt weiterentwickeln und realisieren, um den Menschen
mit mehr,
473 resilienteren und besser aufeinander abgestimmten Bahnangeboten in Stadt und Land
attraktive
474 und für alle bezahlbare Mobilitätsangebote zu machen. Dafür wollen wir alle deutschen

475 Großstädte regelmäßig an den Fernverkehr anbinden, die Takte im Regionalverkehr
verdichten
476 und den Zugverkehr wieder stärker in die Fläche bringen. Stillgelegte Bahnstrecken
wollen
477 wir schnellstmöglich reaktivieren. Ergänzen wollen wir diese Angebote durch schnelle
478 Sprinterzüge und Nachtzüge, die alle großen europäischen Metropolen bezahlbar
miteinander
479 verbinden. Lücken und Engpässe sowohl im innerdeutschen als auch im
grenzüberschreitenden
480 Schienennetz sowie in den Bahnknoten wollen wir schließen. Den Aus- und Neubau,
die
481 Elektrifizierung und Digitalisierung des Netzes treiben wir zügig voran. Die
bundeseigene
482 Infrastruktur wollen wir vom Druck, Gewinne erzielen zu müssen, und von der
chronischen
483 Unterfinanzierung befreien und dafür entsprechende Strukturen schaffen. Wir wollen
100
484 Milliarden Euro, verteilt auf die Jahre bis 2035, zusätzlich in Schienennetz und
Bahnhöfe
485 investieren und im Zusammenwirken mit den Ländern die Regionalisierungsmittel
zweckgebunden
486 noch einmal erhöhen, sodass sich die Pro-Kopf-Investitionen an das europäische
Niveau
487 angleichen. Um die Investitionen langfristig und zuverlässig zu finanzieren, schaffen
wir
488 einen Infrastrukturfonds, der sich auch aus Einnahmen aus der Lkw-Maut speist. Die
489 Trassenpreise wollen wir deutlich senken, um Anreize für Verkehrsverlagerungen auf
die
490 Schiene zu verstärken. Bahnhöfe wollen wir zu modernen, barrierefreien
Mobilitätsstationen
491 aufwerten. Die Kombination von Bahn mit dem Fahrrad- und Busverkehr wird dadurch
deutlich
492 verbessert, dazu sollen auch die Mitnahmemöglichkeiten für Fahrräder im Zug
erweitert
493 werden. Den Lärmschutz auch an dichtbefahrenen Bestandsstrecken verstärken wir,
494 Barrierefreiheit der Bahn wollen wir in zehn Jahren erreichen. Wir sorgen dafür, dass
495 Bahnfahren für alle
496 bezahlbar ist. Gerade junge Menschen in Ausbildung oder Studium wollen wir bei
497 klimafreundlicher und
498 bezahlbarer Mobilität besonders unterstützen. Wir wollen, dass in Zukunft auch alle
499 Freiwilligendienstleistende wie Soldat*innen kostenfrei mit der Deutschen Bahn fahren
500 dürfen. Den Deutsche-Bahn-Konzern wollen wir transparenter und effizienter machen
und auf
501 das Kerngeschäft ausrichten, die Eisenbahn in Deutschland und im benachbarten
europäischen
502 Ausland. Wir setzen auf starke Verlagerungen von Straßen- und Flugverkehr auf die
Schiene.
503 Mit uns wird die Bahnbranche ein noch stärker wachsender Jobmotor mit sicheren
504 Arbeitsplätzen.

505 **ÖPNV ausbauen**

506 Busse und Bahnen sind für alle da, bieten preiswerte Mobilität und verringern den
507 Autoverkehr. Wir wollen die Fahrgastzahlen im ÖPNV bis 2030 verdoppeln. Dazu muss
508 der
508 öffentliche Personennahverkehr attraktiver, innovativer und vollständig barrierefrei
509 werden.
509 Wir wollen den ÖPNV zudem besser verknüpfen – vom Fernverkehrsnetz bis hin zu Bike
& Ride –
510 und regionale Kooperationen stärken. Zusammen mit den Ländern werden wir eine
511 Zukunfts- und
511 Ausbauoffensive starten, durch eine Mobilitätsgarantie flächendeckende Anbindungen
512 schaffen,
512 Investitionen in Fahrzeuge und das ÖPNV-Netz erhöhen und Finanzierungsinstrumente
513 wie das
513 Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz und die Regionalisierungsmittel für diese Ziele
514 ausbauen.
515 Den Einsatz von emissionsfreien Bussen wollen wir durch ansteigende Quoten und
516 durch
516 attraktive Förderung für die Kommunen vorantreiben sowie, wo möglich, vorrangig den
517 Ausbau
517 und die Reaktivierung von Straßenbahnen unterstützen. Mobilität darf nicht vom
518 Geldbeutel
518 abhängen: Länder, Kommunen und Verbünde wollen wir dabei unterstützen, attraktive
519 Preisangebote bis hin zu ticketlosem ÖPNV zu machen und neue Finanzierungsquellen
520 wie eine
520 Umlagefinanzierung zu erschließen.

521 **Deutschland wird Fahrradland und stärkt die Fußgänger*innen**

522 Das Fahrrad hat für die Mobilitätswende riesiges Potenzial. Bereits jetzt boomt die
523 Fahrradindustrie und schafft Arbeitsplätze. Um diese Potenziale auszuschöpfen, wollen
524 wir
524 Deutschland zum Fahrradland machen. Radfahren muss sicher und attraktiv sein –
525 überall.
525 Radwege in Städten, Pendelstrecken oder Verbindungen von Dorf zu Dorf wie auch
526 touristische
526 Radwege sollen sich durch hohe Qualität und hohe Sicherheitsstandards, wie eine
527 separierte
527 Radinfrastruktur, sowie eine gute Beschilderung und Kartierung auszeichnen. Unsere
528 Vision
528 ist ein lückenloses Fahrradnetz in ganz Deutschland mit Anschlüssen in den
529 Grenzregionen.
529 Die Empfehlungen des Nationalen Radverkehrsplans, die sich an den Bund richten,
530 werden von
530 uns schnellstmöglich umgesetzt; Kommunen, Länder und Unternehmen werden bei
531 der Umsetzung
531 ihres Teils der Aufgaben umfassend unterstützt. Die Anzahl der Wege mit Rad und zu
532 Fuß soll
532 bis 2030 verdoppelt werden. Um diese Ziele zu erreichen, wollen wir die Pro-Kopf-
533 Investitionen gemeinsam mit Ländern und Kommunen deutlich erhöhen. Wir
534 verstärken die
534 Bundesförderung und Beratungsangebote für den Ausbau und die Modernisierung der

535 Radinfrastruktur, schaffen ein schlagkräftiges Kompetenzzentrum Radverkehr und
bezuschussen
536 die Anschaffung von Job- und Lastenrädern sowie S-Pedelecs. Das
Straßenverkehrsrecht
537 reformieren wir, damit Radfahrer*innen besser geschützt sind und einen
gleichberechtigten
538 Platz im Straßenraum bekommen. An Verkehrswegen des Bundes sollen gut
ausgebaute Radwege
539 nach niederländischem Vorbild im Bestand und bei Baumaßnahmen zur Regel werden.
Mit einer
540 nationalen Fußmobilitätsstrategie schaffen wir Barrierefreiheit, Verkehrssicherheit und
mehr
541 Aufenthaltsqualität für Fußgänger*innen.

542 **Mobilpass einführen**

543 Autonomes Fahren, vernetzte Mobilitätsangebote, nutzen statt besitzen – der digitale
544 Fortschritt wird unseren Alltag in den nächsten Jahren grundlegend verändern. Wir
wollen die
545 deutsche Mobilitätswirtschaft zur Vorreiterin für neue Mobilitätslösungen machen und
die
546 Digitalisierung nachhaltig, inklusiv und ausgewogen für die Verkehrswende nutzen.
547 Echtzeitinformationen und ein einheitliches Ticketsystem müssen im ÖPNV Standard
werden.
548 Damit man problemlos überall von A nach B kommt, wollen wir mit dem Mobilpass die
Angebote
549 von 120 Verkehrs- und Tarifverbänden in Deutschland vereinfachen und verknüpfen
und Sharing-
550 und Ridepooling-Dienste so integrieren, dass Sozial- und Umweltdumping
ausgeschlossen sind.
551 Bei der Vernetzung sind das Open-Data-Prinzip und offene Schnittstellen zu beachten.
Wir
552 wollen den Wechsel zu Fahrrad, Bus und Bahn für alle attraktiv machen und auch
finanziell
553 fördern. Der Mobilpass soll ebenso Sozialtarife und ticketlose Nutzung fördern. Alle
554 Mobilitätskonzepte müssen barrierefrei sein und eine Teilnahme auch ohne eigene
digitale
555 Endgeräte ermöglichen. Für autonomes Fahren verbessern wir den Rechtsrahmen mit
Schwerpunkt
556 auf dem öffentlichen Verkehr. Fahrgastrechte wollen wir durch automatisierte
557 Entschädigungsverfahren stärken.

558 **Mehr Sicherheit durch die Mobilitätswende**

559 Alle Menschen sollen sich in ihrem Alltag angstfrei fortbewegen und unversehrt ihre
Ziele
560 erreichen können. Gerade Kinder, ältere Menschen oder Menschen mit Behinderung
brauchen eine
561 besondere Aufmerksamkeit bei der Verkehrsplanung. Damit mehr Menschen auf das
Fahrrad
562 steigen oder öfter zu Fuß gehen, sind zeitgemäße Verkehrsregeln, eine sichere
Gestaltung der
563 Verkehrsinfrastruktur und eine Neuverteilung der Flächen entscheidend. Unser Ziel ist

die
564 Vision Zero, d. h. keine Toten und Schwerverletzten mehr im Straßenverkehr. Um mehr
565 Sicherheit auf den Straßen zu erreichen, wollen wir in geschlossenen Ortschaften das
Regel-
566 Ausnahme-Verhältnis umkehren. Tempo 30 ist dann die Regel, Abweichungen wie
Tempo 50 werden
567 vor Ort ausgewiesen. Für die Autobahnen wollen wir ein Sicherheitstempo von 130 km/
h. Wenn
568 besondere Gründe es notwendig machen, wie beispielsweise in Städten oder
Ballungsgebieten
569 oder um sie herum, dann gelten maximal 120 km/h. Um die vielen Unfälle von
570 Fahrradfahrer*innen und Fußgänger*innen in Innenstädten zu verhindern, wollen wir
571 verbindlich technische Lösungen wie Lkw-Abbiegeassistenzsysteme, vollautomatische
572 Assistenzsysteme oder Warnsysteme voranbringen. Wir setzen uns ein für eine
Reduzierung von
573 unnötigem und mutwilligem Lärm, wie er zum Beispiel auch von zu lauten Motorrädern
und Pkws
574 ausgeht.

575 **Den Autoverkehr klimaneutral gestalten**

576 Der Automobilverkehr muss in den nächsten zehn Jahren endlich einen starken Beitrag
zum
577 Klimaschutz leisten. Bisher sind dort die Emissionen immer weiter gestiegen, es
braucht
578 jetzt die Trendwende. Zum Erreichen der Klimaneutralität muss der Autoverkehr
abnehmen und
579 gleichzeitig emissionsfrei werden. Wir werden dafür sorgen, dass dank besserer Züge,
Busse,
580 Rad- und Fußwege und flankierender Maßnahmen bis 2030 mehr als die Hälfte der
Wege im
581 Umweltverbund zurückgelegt werden. Das Auto wird aber für viele weiterhin wichtig
sein. Die
582 Autos müssen in der Summe im Sinne der Lebensqualität aller digitaler, leiser, kleiner
und
583 leichter sowie klimaneutral und besser recyclebar sein. Dabei geht es uns auch darum,
mit
584 Hilfe von Digitalisierung, autonomem Fahren und der Stärkung neuer
585 Mobilitätsdienstleistungen Autos effizienter zu nutzen und auf diese Weise mehr
Mobilität
586 bei weniger Verkehr zu fördern. Ab 2030 dürfen deshalb nur noch emissionsfreie Autos
neu
587 zugelassen werden; den Weg dorthin bereiten europäische CO₂-Flottengrenzwerte und
eine
588 ansteigende nationale Quote, die sich am 1,5-Grad-Pfad orientieren. Bis 2030 müssen
aber
589 bereits in relevantem Maße bisherige Verbrennerfahrzeuge durch E-Autos ersetzt
werden, deren
590 Anteil soll daher bis 2030 auf mindestens 15 Millionen Fahrzeuge steigen. So sorgen
wir für
591 saubere Luft, erfüllen unsere Klima- und Umweltziele und die Automobilindustrie kann

ihre
 592 Entwicklungsarbeit und ihre Investitionen verlässlich planen.
 593 Das sichert zukunftsfähige Arbeitsplätze und neue Geschäftsmodelle. Die
 Kaufförderung
 594 emissionsfreier Autos wollen wir in ein Bonus-Malus-System überführen und für
 Elektro-
 595 Leichtfahrzeuge öffnen. Klimafreundliche Autos werden billiger, klimaschädliche teurer.
 Auch
 596 die Umrüstung bestehender Verbrenner zu emissionsfreien Autos wollen wir fördern.
 Zudem
 597 nutzen wir Regulierung, verpflichtende Verbraucherinformationen und Anreize, um
 Autos
 598 insgesamt leichter und effizienter zu machen. Wir beenden schrittweise die
 Dieselsubvention
 599 und gestalten die Dienstwagenbesteuerung sozial-ökologisch um. Wir beschleunigen
 den
 600 flächendeckenden Ausbau einer einheitlichen Ladeinfrastruktur, besonders im
 ländlichen Raum,
 601 inklusive Schnellladesäulen. Laden muss flächendeckend in Deutschland und Europa
 schnell,
 602 ökologisch, günstig und bequem möglich sein.

603 **Moderne Verkehrsinfrastruktur**

604 Die Verkehrspolitik hat jahrzehntelang einseitig Straßenbau und Pkw-Verkehr
 gefördert. Sie
 605 reißt damit alle Klima- und Nachhaltigkeitsziele und führt doch tagtäglich zu Staus.
 Das hat
 606 keine Zukunft – moderne Mobilität für dieses Jahrhundert verlangt neue Prioritäten.
 607 Deutschland braucht eine Infrastrukturentwicklung, die den 1,5-Grad-Pfad einhält und
 allen
 608 Menschen zukunftsfähige und sichere Mobilität ermöglicht. Wir legen den Fokus auf
 den Ausbau
 609 von Geh-, Rad- und Schienenwegen, eine gleichberechtigte Verteilung von Flächen, die
 610 Umnutzung bestehender Infrastrukturen sowie eine intelligente barrierefreie
 Vernetzung
 611 umweltfreundlicher Verkehrsmittel. Auch die Vermeidung von Verkehr und daraus
 resultierenden
 612 Belastungen, unter anderem durch bessere Bedingungen für Homeoffice und die
 Wiederkehr der
 613 Nahversorgung in Orte und Stadtviertel, werden wir unterstützen. An den
 Verkehrswegen wollen
 614 wir für zusätzliche Bäume und ihren Bestandserhalt als Teil einer grünen Infrastruktur
 615 sorgen. Der bisherige Bundesverkehrswegeplan wird diesen Ansprüchen überhaupt
 nicht gerecht.
 616 Trotz Klima- und Artenkrise und obwohl Deutschland eines der dichtesten
 Straßennetze der
 617 Welt hat, enthält der Bundesverkehrswegeplan noch hunderte weitere
 Straßenbauprojekte, die
 618 unsere Landschaften und unsere Natur zerschneiden und den Klimaschutz gefährden.
 Deutschland

619 hat keinen Mangel an Straßen, erst recht keinen an Autobahnen. Wir wollen deshalb
den
620 Bundesverkehrswegeplan schnellstmöglich durch einen neuen Bundesnetzplan
ersetzen, der die
621 Verkehrsinfrastrukturplanung systematisch an den Erfordernissen der Mobilitätswende
622 ausrichtet und die bis 2030 vorgesehenen Neu- und Ausbauten von Autobahnen und
623 Bundesfernstraßen deutlich reduziert. Dies erfordert eine grundsätzliche Änderung der
624 bisherigen standardisierten Bewertungsverfahren, Berechnungsgrundlagen und
Kriterien unter
625 Berücksichtigung der tatsächlichen Klima- und Umweltkosten, die gründliche Prüfung
von
626 Alternativen, die auch andere Verkehrsträger einbezieht, eine Verbesserung der bisher
627 unzureichenden Beteiligung der Bürger*innen und Verbände sowie die Abkehr vom
sogenannten
628 Finanzierungskreislauf Straße. Wir schützen damit unsere Wohngebiete, Wald und
Wasser, Moore
629 und Artenvielfalt und so unsere eigenen Lebensgrundlagen. Angesichts der Klimakrise
darf
630 nicht gelten: Nur weil es schon immer so geplant war, muss das jetzt auch gemacht
werden.
631 Die anstehende Überprüfung des aktuellen Bundesverkehrswegeplans werden wir
zudem nutzen, um
632 alle nicht im Bau befindlichen Abschnitte sowie besonders umweltschädliche
Straßenneubau-
633 und Straßenausbauprojekte einer Klima-, Umwelt- und Bedarfsprüfung zu unterziehen
und sie
634 dadurch deutlich zu reduzieren. Bis zum Abschluss der Überprüfung dürfen bei diesen
635 Projekten keine irreversiblen Fakten geschaffen werden. Das gilt umso mehr, weil der
636 ausufernde Straßenneubau Mittel bindet, die wir anderswo viel dringender brauchen.
Die
637 Mittel für den Straßenneu- und -ausbau werden wir deshalb weitgehend umschichten –
zugunsten
638 der Sanierung maroder Infrastruktur und des Ausbaus der Schienen- und
Radwegeinfrastruktur.
639 Dazu gehört auch eine gründliche Bewertung der finanziellen Risiken des Straßenbaus
und der
640 neuen Autobahngesellschaft. Straßenfahrzeuge und Züge sollen leiser werden, durch
mehr
641 aktiven Lärmschutz auch im Bestand. Dort, wo wir den Lärm nicht direkt an der Quelle
mindern
642 können, sorgen wir für besseren Lärmschutz.

643 **Mobil auf dem Land durch eine Mobilitätsgarantie**

644 In ländlichen Räumen ist die Mobilitätswende am anspruchsvollsten, denn viele
Menschen sind
645 dort auf das Auto angewiesen. Zugleich schränkt diese einseitige Autozentrierung die
646 Autonomie von Kindern, Jugendlichen und Menschen ohne Auto besonders stark ein.
Wir wollen
647 erreichen, dass Mobilität auch auf dem Land ohne Auto und barrierefrei möglich ist.

Wir

648 wollen mit den Ländern eine Mobilitätsgarantie mit gesetzlich definierten Standards
für
649 Erreichbarkeit und Erschließung einführen, erweiterte Angebote an öffentlicher
Mobilität in
650 ländlichen Räumen entwickeln, lokale Initiativen unterstützen und Radwege ausbauen.
Gerade
651 in strukturschwachen Regionen braucht es eine regelmäßige, verlässliche und
barrierefreie
652 Anbindung an den ÖPNV, zum Beispiel durch Schnellbuslinien, und an
653 Mobilitätsdienstleistungen wie Ridepooling- und On-Demand-Verkehre. Dennoch ist das
Auto für
654 viele Menschen im ländlichen Raum unverzichtbar und dort gerade für viele Familien
kaum
655 wegzudenken. Deshalb setzen wir hier auch besonders auf die Chancen der
Antriebswende. Das
656 E-Auto ist insbesondere im Paket mit Solaranlagen auf dem Dach, einem
Stromspeicher im
657 Keller und einer Wandladestation in der Garage eine zukunftsfähige Lösung. Zugleich
wollen
658 wir Carsharing flächendeckend verfügbar machen und die Errichtung von Carsharing-
Stationen
659 fördern, auch an zunächst weniger rentablen Standorten.

660 **Mobilitätswende in der Stadt**

661 Nirgendwo wird die Mobilitätswende sehnlicher erwartet als in den Innenstädten:
Unfälle,
662 Staus, Abgase, Lärm, zu wenig Platz für Kinder zum Spielen und für Begegnungsräume
– die
663 autozentrierte Stadt ist nicht nur klimaschädlich, sondern auch kein schöner Ort zum
Leben.
664 Wir wollen unsere Städte lebenswerter machen und sie dazu bei der Mobilitätswende
gezielt
665 unterstützen. Wir werden es ihnen erleichtern, den Raum Straße vielfältig nutzbar zu
machen,
666 attraktive Rad- und Fußwege anzulegen, verkehrsberuhigte oder autofreie Innenstädte
und
667 Stadtviertel voranzutreiben und mehr Grünflächen auch durch Entsiegelung zu
schaffen.
668 Temporäre Umgestaltungen wie Pop-up-Bikelanes sollen erleichtert werden, um Best-
Practice-
669 Lösungen testen zu können. Den Städten und Kommunen wollen wir die
Planungshoheit
670 zurückgeben, damit sie öffentlichen Raum gerecht aufteilen können, zum Beispiel
durch eine
671 stringente Parkraumbewirtschaftung, indem Autos nicht mehr überall, sondern nur
noch auf
672 explizit dafür ausgewiesenen Flächen geparkt werden dürfen, oder durch bessere
673 Möglichkeiten, Fahrradparkplätze vorzugeben und Auto- in Fahrradparkplätze
umzuwidmen. Wir
674 wollen, auch durch angemessene Bußgelder, Schluss machen mit Falschparken auf

Radwegen und
 675 Fußwegen und zugestellten Straßenkreuzungen. Zudem stärken wir die Möglichkeiten,
 auch durch
 676 europäische Erfolgsmodelle wie eine City-Maut oder eine Nahverkehrsabgabe die
 677 Mobilitätswende zu finanzieren, zu fördern und aktiv zu gestalten. Die Ausweitung von
 –
 678 insbesondere stationsbasierten – Carsharing-Angeboten werden wir fördern, da diese
 für eine
 679 Verringerung des Pkw-Bestands in den Städten sorgen.

680 **Flugverkehr zukunftsfähig ausrichten**

681 Fliegen bringt unsere Welt näher zusammen, ist aber eine der klimaschädlichsten
 682 Fortbewegungsarten. Nach der Pandemie wollen wir kein Zurück zum unbegrenzten
 Wachstum des
 683 Luftverkehrs, sondern diesen am Ziel der Klimaneutralität ausrichten.
 Kurzstreckenflüge
 684 wollen wir ab sofort Zug um Zug verringern und bis 2030 überflüssig machen, indem
 wir massiv
 685 Bahnangebote – gerade Direkt- und Nachtzugverbindungen – ausweiten und für faire
 686 Wettbewerbsbedingungen zwischen den Verkehrsmitteln sorgen, die die ökologischen
 Kosten
 687 widerspiegeln. Die Zahl von Mittel- und Langstreckenflügen gilt es zu vermindern,
 zum
 688 Beispiel indem öffentliche und privatwirtschaftliche Geschäftsreisen durch die Nutzung
 von
 689 Videokonferenzen entfallen. Das Fliegen wollen wir nachhaltig, zukunftsfähig und
 langfristig
 690 unabhängig von fossilen Treibstoffen machen. Dafür sorgen ein strikter europäischer
 691 Emissionshandel, die Förderung moderner Flugzeugtechnologien und die Erhöhung der

 692 Beimischungsquoten mit einem klaren Anstiegspfad, der fossiles Kerosin durch
 strombasierte
 693 Kraftstoffe aus Erneuerbaren Schritt für Schritt ersetzt. Bis 2030 soll die Quote statt 2
 694 Prozent mindestens 10 Prozent betragen und im Folgejahrzehnt deutlich anwachsen.
 Den Aufbau
 695 von Produktionsanlagen dafür fördern wir. Umweltschädliche Subventionen sind
 abzubauen und
 696 fortlaufende Finanzhilfen für Flughäfen zu beenden. Außerdem setzen wir uns für die
 697 Einführung einer europäischen Kerosinsteuer ein. Bis diese in der EU umgesetzt ist,
 werden
 698 wir auf nationaler Ebene eine Kerosinsteuer für innerdeutsche Flüge einführen.
 Lohndumping
 699 durch Billigflüge muss beendet werden. Einen weiteren Ausbau der
 Flughafeninfrastruktur
 700 lehnen wir ab. Neue Entwicklungen im Flugverkehr, wie zum Beispiel Drohnen, müssen
 sich
 701 daran messen lassen, ob sie einen Beitrag zu einer nachhaltigen Mobilitätswende
 leisten
 702 können. Zur Reduktion von Fluglärm braucht es weniger Flugzeuge, eine Pflicht zum
 aktiven
 703 Schallschutz für leisere Flugzeuge, ein echtes Nachtflugverbot, die Gleichstellung von

704 militärischen und
705 zivilen Flughäfen sowie eine Novellierung der gesetzlichen Grundlagen mit strengeren
706 Grenzwerten. Für den Gesundheitsschutz wollen wir außerdem Grenzwerte für
Ultrafeinstaub
707 festlegen.

708 **Zukunftsfähiger Güterverkehr**

709 Jeden Tag werden durch Deutschland Millionen Tonnen an Gütern transportiert, heute
zumeist
710 in Form endloser Lkw-Karawanen auf unseren Straßen. In einem klimaneutralen
Deutschland muss
711 auch der Güterverkehr zukunftsfähig, emissionsfrei und weniger lärmintensiv sein. Für
712 weniger Lkw-Verkehr wollen wir den Güterverkehr von der Straße auf die Schiene
verlagern.
713 Dafür werden wir die Kombination von Straße, Schiene und Wasser ertüchtigen und
Industrie
714 und Gewerbe wieder ans Bahnnetz anschließen – auch in der Fläche. Wir fördern
Investitionen
715 in moderne Güterverkehrstechnik, intermodale Güterverkehrszentren und
Umschlagterminals für
716 den kombinierten Güterverkehr. Wir setzen zudem auf regionale Wirtschaftskreisläufe
und die
717 Chancen der Digitalisierung und Vernetzung bei der Organisation der Logistik. Den
718 ausufernden Lkw-Verkehr wollen wir durch eine CO₂-orientierte Maut so regulieren,
dass die
719 entstehenden Kosten von den Verursacher*innen getragen werden. Zusammen mit
ambitionierten
720 CO₂-Flottengrenzwerten und Quoten, der Förderung klimafreundlicher Antriebe und
dem
721 schnellen Aufbau der entsprechenden Infrastrukturen werden auch Lkw absehbar lokal
emissionsfrei. Für mehr Sicherheit im Lkw-Bereich braucht es eine bessere
Durchsetzung von
722 Arbeitszeitvorschriften. Auch die Arbeitsbedingungen der Lkw-Fahrer*innen müssen
erheblich
723 verbessert werden. Dafür werden wir das Bundesamt für Güterverkehr personell
aufstocken und
724 diesem mehr Befugnisse erteilen. In der städtischen Logistik wollen wir den Einsatz
von
725 Lastenrädern und Cargo-Trams fördern sowie neue Verteilkonzepte wie Cityhubs und
die
726 Güterbeförderung auf der letzten Meile per Konzession vorantreiben.

728 **Die Schifffahrt klima- und umweltverträglich machen**

729 Für ein außenhandelsorientiertes Land wie Deutschland ist eine international
730 wettbewerbsfähige maritime Wirtschaft von entscheidender Bedeutung. Wir setzen
uns für die
731 Entwicklung eines gemeinsamen Seehafenkonzepts durch Bund und Länder ein, das
auf
732 Kooperation der Standorte statt auf Konkurrenz setzt. Die Schifffahrt wollen wir durch

733 verbindliche Emissionsminderungsziele und eine Einbeziehung in den EU-
Emissionshandel
734 klimaneutral machen. Wir setzen die politischen Rahmenbedingungen dafür, dass die
735 Schifffahrt schnellstmöglich wekommt vom Schweröl mit seinen giftigen Abgasen und
dass sich
736 stattdessen Landstromanlagen, emissionsarme Terminals, alternative Schiffsantriebe
und
737 klimaneutrale Treibstoffe ebenso wie faire Arbeitsbedingungen für alle an der Seefahrt
738 Beteiligten durchsetzen. Dafür drängen wir auf weltweit höhere Standards.
Modernisierte
739 Binnenschiffe müssen künftig einen wichtigen Beitrag zum klimaneutralen
Gütertransport
740 liefern. Wir sehen uns in der Verantwortung für einen guten ökologischen Zustand aller
Wasserstraßen. Marode Wasserstraßen müssen umweltverträglich saniert werden, für
741 Flussvertiefungen soll es ein Moratorium und eine grundsätzliche Überprüfung im
742 Rahmen der
743 Neuaufstellung des Bundesnetzplans im Sinne der neuen UN-Dekade für die
Wiederherstellung
744 von Ökosystemen geben.

745 **Wir schützen Natur und Umwelt für ein gutes Leben**

746 **Artensterben stoppen**

747 Biologische Vielfalt sichert das Leben auf der Erde. Ökologische Leitplanken müssen
daher
748 unser Handeln definieren – als „Barometer des Lebens“. Um die Krise der Artenvielfalt
zu
749 überwinden und das massenhafte Artensterben zu beenden, brauchen wir vor allem
eine andere
750 Landnutzung. Wie beim Klimaschutz zählt auch beim Naturschutz jeder Tag. Deshalb
werden wir
751 ein Sofortprogramm Artenschutz auflegen, mit dem wir den Pestizideinsatz deutlich
verringern
752 und den Einsatz besonders schädlicher Umweltgifte wie Glyphosat untersagen. Wir
wollen den
753 Verkauf von naturwertvollen bundeseigenen Flächen sowie die Entwässerung von
Moorstandorten
754 stoppen und militärische Konversionsflächen dem Naturschutz zur Verfügung stellen.
Zur
755 besseren Vernetzung der Schutzgebiete wollen wir Naturschutzkorridore schaffen.
Gemeinsam
756 mit den Ländern werden wir die Naturschutzwirkung der Natura-2000-Gebiete
verbessern, wo
757 möglich Nationalparks und andere Schutzgebiete vergrößern bzw. neue schaffen sowie
das
758 nationale Naturerbe stärken. Damit der Naturschutz endlich ausreichend finanziert
wird,
759 werden wir neue Wege gehen: 10 Prozent der Gelder aus dem Energie- und Klimafonds
sollen für
760 Klimaschutz durch Naturschutzmaßnahmen eingesetzt werden. Wir werden den

Wildnisfonds

761 ausbauen, damit sich auf mindestens 2 Prozent der Landesfläche wieder echte Wildnis
 762 entwickelt, wo Pflanzen und Tiere ungestört leben können. Wir wollen erreichen, dass
 vor
 763 jeder Planung von Infrastrukturvorhaben die Auswirkungen auf Klima, Natur und
 Umwelt
 764 umfassend geprüft und berücksichtigt werden. Auch einer vielfältigen Kulturlandschaft
 kommt
 765 eine große Bedeutung für den Schutz unserer Natur zu. Deshalb wollen wir wertvolle
 766 Landschaftselemente wie artenreiche Blumenwiesen, Streuobstbestände, Weinbau-
 Terrassen,
 767 Alleen, Einzelbäume und Blühstreifen entlang von Straßen und auf kommunalen
 Flächen besser
 768 schützen und neu schaffen. Den Verbrauch an Boden in Natur und Landwirtschaft
 werden wir
 769 endlich drastisch reduzieren – in einem ersten Schritt auf unter 30 Hektar pro Tag
 deutlich
 770 vor 2030. Dazu werden wir gemeinsam mit den Ländern und Kommunen Instrumente
 umsetzen, mit
 771 denen Bauen auf jetzigem Ackerland und Naturboden wirksam begrenzt wird.

772 **Unseren Wald retten**

773 Unser Wald ist durch die Klimakrise – durch Hitzewellen, Dürre und Stürme – stark
 bedroht.
 774 Wir erleben heute schon ein Waldsterben, das weitaus größere Schäden anrichtet, als
 in den
 775 80er Jahren durch den sauren Regen entstanden sind. Naturnahe, artenreiche und
 klimastabile
 776 Waldökosysteme sind widerstandsfähiger als Monokulturen. Sie halten den
 Wasserkreislauf in
 777 Balance und die Böden fruchtbar, speichern Kohlenstoff, reinigen die Luft, sind der
 778 Lebensraum zahlreicher bedrohter Tiere, Pflanzen und Pilze, produzieren Rohstoffe und
 dienen
 779 der Erholung und Gesundheitsvorsorge. Wir fördern die Entwicklung gesunder Wälder,
 die mehr
 780 Kohlenstoff binden, als aus ihnen herausgeholt oder freigesetzt wird. Wir wollen
 gesetzliche
 781 Mindeststandards festlegen, damit die Waldbewirtschaftung naturnah wird, den
 Umbau und die
 782 Wieder- und Neubewaldung nach ökologischen Bewirtschaftungsvorgaben ausrichten
 und die
 783 Waldbesitzer*innen dabei mit qualifizierter Förderung und Beratung unterstützen. Das
 dient
 784 auch dem ökonomischen Mehrwert. Im Einklang mit Naturschutz- und
 Waldbesitzerverbänden
 785 setzen wir uns für wald-, natur- und tierschutzgerechte Bejagungsmethoden ein. Die
 786 Bewirtschaftung aller Flächen der öffentlichen Hand soll an ökologische Kriterien
 geknüpft
 787 werden – im Wald nach FSC- oder Naturlandstandards, in der Landwirtschaft nach
 Ökolandbau
 788 zertifiziert. Wir wollen als ersten Schritt mindestens 5 Prozent unserer Wälder der

Natur

789 überlassen. So schaffen wir die Urwälder von morgen. Weitere Dürrejahre vergrößern
die
790 Waldbrandgefahr. Gemeinsam mit Kommunen und Ländern wollen wir eine
bundesweite Präventions-
791 und Bekämpfungsstrategie erarbeiten.

792 **Biologische Vielfalt an Land und im Meer schützen**

793 Der Artenrückgang und die Zerstörung natürlicher Lebensräume schreiten auch global
weiter
794 voran. Wir werden uns für ein ambitioniertes Abkommen der Vereinten Nationen zum
Erhalt der
795 biologischen Vielfalt einsetzen und es in Deutschland umsetzen. Entsprechend der
796 Biodiversitätsstrategie der Europäischen Union sollen mindestens 30 Prozent der
Landfläche
797 und 30 Prozent der Meere wirksam geschützt werden. Die UN-Ziele für nachhaltige
Entwicklung
798 wollen wir überall als neue Leitprinzipien verankern und für eine kohärente Politik
sorgen.
799 Im Meeresbereich verfolgen wir eine gemeinsame internationale Meeresstrategie. Wir
werden
800 uns dafür einsetzen, den Schutz der Meere über verbindliche Abkommen zu schärfen,
801 Vollzugsdefizite und Regellücken zu schließen und damit in den Fokus zu rücken, damit
auch
802 bisher legale Verschmutzung, wie zum Beispiel Tankwäschen auf hoher See, verboten
und
803 Übernutzung verhindert wird. Wir unterstützen Programme zum Stopp der globalen
Entwaldung
804 und zum Schutz oder zur Wiedereinwanderung oder -ansiedlung besonders bedrohter
Arten.
805 Landnutzer*innen, deren Lebensunterhalt durch Schutzmaßnahmen bedroht wird,
müssen einen
806 Ausgleich erhalten. Gezielte Artenschutzprogramme von Zoos und wissenschaftlichen
Instituten
807 wollen wir unterstützen und zugleich die Haltung der Tiere dort verbessern.
Lebensräume, für
808 die wir in Deutschland internationale Verantwortung tragen, wie das Wattenmeer und
alte
809 Buchenwälder, wollen wir gemeinsam mit den Ländern besser als bisher schützen und
810 entwickeln. Bei Eingriffen in die Natur müssen nicht verantwortbare Risiken, wie die
811 Manipulation oder Ausrottung ganzer Populationen oder Arten durch gentechnische
Methoden,
812 sogenannte Gene Drives, ausgeschlossen werden. Es braucht eine umfassende
Biomassestrategie,
813 damit die Produktion und der Import von Biomasse zur Energieerzeugung oder für
Tierfutter
814 nicht zur Zerstörung der Artenvielfalt führt.

815 **Flüsse und Moore schützen und renaturieren**

816 Die Renaturierung von Flüssen, Auen und Wäldern und die Wiedervernässung von
Mooren – all

817 das schützt nicht nur seltene Lebensräume und die biologische Vielfalt, sondern auch
 das
 818 Klima. Deshalb werden wir eine Renaturierungsoffensive starten. Naturnahe Bäche
 und die
 819 letzten frei fließenden Flüsse wie die Elbe müssen erhalten bleiben, einen Ausbau der
 Oder
 820 lehnen wir ab, das gilt auch für die Tideelbe. Maßnahmen, die den ökologischen
 Zustand
 821 unserer Fließgewässer verschlechtern, sind nicht erlaubt. Diese Vorgabe aus dem
 europäischen
 822 Recht werden wir durchsetzen. Flüsse mit weiten Auen und
 Überschwemmungsgebieten sind auch
 823 der beste Schutz gegen Hochwasser und halten das Wasser in der Landschaft. Wir
 werden
 824 deshalb die Aufgaben der Bundeswasserstraßenverwaltungen nach ökologischen
 Kriterien neu
 825 ausrichten. Spezifische Programme für wilde Bäche, naturnahe Flüsse, Seen, Auen und
 Feuchtgebiete wie das Blaue Band wollen wir stärken und gemeinsam mit den Ländern
 die EU-
 826 Wasserrahmenrichtlinie endlich konsequent umsetzen. Moorschutz ist Klimaschutz.
 Daher wollen
 827 wir ein Ende der Torfnutzung und unsere Moore so schnell und umfassend wie möglich
 828 wiedervernässen. Dazu legen wir gemeinsam mit den Ländern ein großflächig
 wirksames Moor-
 829 Renaturierungsprogramm auf. Um die noch intakten Moore vor Torfabbau,
 Überdüngung und
 830 Entwässerung zu retten, werden wir sie unter strengen Schutz stellen. Für genutzte
 Moorböden
 831 wollen wir ökonomische Perspektiven für eine nachhaltige nasse Landwirtschaft
 ermöglichen
 832 und extensive Weidewirtschaft und Paludikultur stärken.

834 **Sauberes Wasser ist Leben**

835 Wasser ist unser wichtigstes Lebensmittel. Düngemittel, Pestizide,
 Waschmittelrückstände und
 836 Medikamentenreste gehören nicht in unser Wasser. Zum Schutz unseres
 Grundwassers, der Seen,
 837 Flüsse und Meere wollen wir deshalb klare gesetzliche Vorgaben, etwa zur
 Flächenbindung der
 838 Tierhaltung und des Pestizid- und Düngemittleinsatzes, verankern sowie die
 Kläranlagen
 839 verbessern. Ein Verursacherfonds und eine Reform der Abwasserabgabe sollen so zu
 einer
 840 fairen Verteilung der Kosten von Abwasser- und Trinkwasseraufbereitung führen. Wir
 wollen
 841 die Produktverantwortung von Hersteller*innen stärken. So verringern wir etwa durch
 842 verbesserte Genehmigungs- und Entsorgungsvorschriften für Medikamente die Bildung
 von
 843 Resistenzen und andere Gefahren von Arzneimittelrückständen im Wasser. Besonders
 gefährliche

844 und schlecht abbaubare Schadstoffe dürfen nicht mehr in den Wasserkreislauf
 845 gelangen. Wir
 846 setzen das EU-Wasserrecht endlich konsequent um und reduzieren den Eintrag von
 847 hormonverändernden Stoffen und Mikroplastik ins Wasser deutlich. Den Vorrang der
 848 Trinkwasserversorgung gegenüber gewerblicher Nutzung gilt es sicherzustellen,
 849 Wiederverwendung von Abwässern und Speicherung von Regenwasser wollen wir
 850 fördern und
 851 Anreize zum Wassersparen schaffen. Wir machen das Vorsorgeprinzip auch im
 852 Gewässerschutz zur
 853 Richtschnur, deswegen wollen wir im Bergrecht Fracking und künftige Projekte zur
 854 Förderung
 855 von Erdöl und Erdgas ausschließen.

852 **Meere schützen, Plastikmüllflut stoppen**

853 Die Meere befinden sich in einem katastrophalen Zustand – und dieser droht sich
 854 durch
 855 weitere Versauerung, Überdüngung, Überfischung, Verschmutzung und Plastikmüll
 856 noch zu
 857 verschlechtern. Um der Plastikmüllflut Einhalt zu gebieten, wollen wir ein international
 858 verbindliches Abkommen zum Stopp der Plastikvermüllung unserer Meere auf den Weg
 859 bringen
 860 sowie ein Sofortprogramm mit ehrgeizigen Müllvermeidungszielen auflegen. Wir wollen
 861 Technik
 862 fördern, die eine Bergung der Munitionsaltlasten in Nord- und Ostsee und ein
 863 umweltverträgliches Abfischen von Müll aus dem Meer ermöglicht. Aus den
 864 Erdölförderanlagen
 865 in der Nordsee treten durch Unfälle, ölhaltigen Bohrschlamm mit Bohrabfällen und
 866 auch durch
 867 die Abfackelung von Gas giftige Stoffe aus. Wir setzen uns für ein Ende der Förderung
 868 fossiler Energieträger ein. In der deutschen Ausschließlichen Wirtschaftszone wollen
 869 wir
 870 einen sofortigen Stopp neuer Öl- und Gasbohrungen umsetzen sowie ein Förderende
 871 bis 2025.
 872 Auf europäischer und internationaler Ebene setzen wir uns für ein Ende der Öl- und
 873 Gasförderung in der gesamten Nord- und Ostsee ein. Wir wollen auch den Ausstieg aus
 dem
 866 Kies- und Sandabbau in Schutzgebieten vorantreiben und zugleich Raubbau in Ländern
 867 des
 868 globalen Südens durch Importstandards verhindern. Um die Überfischung zu beenden,
 869 die
 870 Fischbestände zu stabilisieren und Fischer*innen eine nachhaltige Perspektive zu
 871 geben,
 872 wollen wir Fangquoten und Fischereiabkommen anpassen, Schonzeiten ausdehnen und
 873 die
 874 Umstellung der Fischerei auf umwelt-, klima- und artenschonende Fangmethoden
 875 erreichen. Dazu
 876 gehören auch ein schnellstmöglicher Ausstieg aus der klima- und umweltschädlichen
 877 Grundschleppnetzfisherei und eine naturschutzgerechte Regulierung von Stellnetzen.
 878 Wir
 879 wollen die Fischereisubventionen auf eine ökologische Meeresnutzung ausrichten.
 880 Regionale

874 Fischereibetriebe werden wir bei der Umstellung ebenso unterstützen wie beim Aufbau
von
875 Alternativen durch umweltfreundliche touristische Angebote. Ein wichtiger Schritt, um
876 ökologische Fischerei und Aquakultur auskömmlich zu honorieren, ist eine verbindliche
und
877 für die Verbraucher*innen transparente Kennzeichnung. Für lebendige Weltmeere sind
die
878 Umsetzung der EU-Meeresstrategie-Rahmenrichtlinie, ein Tiefseebergbaumoratorium
sowie die
879 Ausweisung von großflächigen nutzungsfreien Meeresschutzgebieten notwendig.

880 **Das Ende des Mülls**

881 Der Plastikmüll wird immer mehr, der Mehrweganteil bei Getränken sinkt seit Jahren.
882 Einwegbecher werden nur für wenige Minuten genutzt, bevor sie zu Müll werden.
Ausgediente
883 Handys und Tablets verstauben in Schubladen, obwohl sie wiederverwendet oder
recycelt werden
884 könnten. Unser Ziel ist Zero Waste. Es soll kein Müll mehr verursacht und die
885 Ressourcenverschwendung gestoppt werden. Das kann nur gelingen, wenn
Hersteller*innen und
886 Müllverursachende stärker in die Verantwortung genommen werden und das Konzept
der
887 Kreislaufwirtschaft ganzheitlich bei Design, Herstellung, Nutzung und Entsorgung von
888 Produkten berücksichtigt wird. Unerwünschte, oft sogar noch in Plastikfolie
eingepackte
889 Werbung gehört nicht in unsere Briefkästen. Wir werden das komplizierte Pfandsystem
890 entwirren. Jede Flasche soll in jeden Pfandautomaten passen, den To-go-
Mehrwegbecher machen
891 wir bis 2025 zum Standard. Wir fördern Mehrweg bei Transport, Online-Handel, Einkauf
und
892 Lebensmittelverpackungen. Wir treten für ein EU-weites Pfandsystem ein. Damit
893 Ressourcenschätze aus alten Elektrogeräten zurück in den Kreislauf finden, schaffen
wir in
894 einem ersten Schritt ein Pfand auf Handys, Tablets und energieintensive Akkus. Das
bisherige
895 Lizenzgeld für Plastikverwertung entwickeln wir zu einer Ressourcenabgabe weiter. Bei
der
896 Ausgestaltung der Müllsammlung wollen wir die Position der Kommunen stärken. Das
897 Verpackungsgesetz wird zum Wertstoffgesetz, das allen ökologisch vorteilhaften
898 Mehrwegprodukten Vorrang einräumt sowie Müllvermeidung und hochwertiges
Recycling fördert.
899 Dazu müssen Kunststoffsorten und Verbundstoffe reduziert und giftfrei werden.
Biowertstoffe
900 gehören nicht in die Verbrennung, sondern müssen verwertet werden. Plastikmüll soll
nicht
901 mehr exportiert werden, wenn er nicht hochwertig recycelt wird. Stoffe im Kreislauf zu
902 führen, wird auch ökonomisch vorteilhafter werden, als sie wegzuerwerfen.
Kreislaufwirtschaft
903 wird das neue Normal.

904 **Giftfreie Produkte im Alltag**

905 Plastik- und Schadstoffrückstände finden sich mittlerweile sogar schon in den Körpern
906 von
907 Kindern und Jugendlichen. Die Weltgesundheitsorganisation sieht in hormonstörenden
908 Chemikalien eine globale Gesundheitsbedrohung. Wir wollen giftige Chemikalien, die
909 Erkrankungen wie Krebs, Diabetes oder Allergien und ungewollte Kinderlosigkeit
910 auslösen
911 können, aus allen Alltagsprodukten verbannen, indem wir das EU-Recht im
912 Chemikalienbereich
913 verbessern und schnell und konsequent durchsetzen. Der Eintrag von Mikroplastik, das
914 sich
915 heute schon überall in unserer Umwelt findet, muss dringend minimiert werden. In
916 Kosmetika
917 und Pflegeprodukten hat Mikroplastik nichts verloren. Besonderes Augenmerk richten
918 wir auf
919 Spielzeug, Kinderpflegeprodukte und andere Alltagsprodukte wie Textilien, Möbel oder
920 Elektronik. Deutschland sollte dem Beispiel Frankreichs folgen und nachgewiesene
921 giftige
922 Chemikalien wie Bisphenol A in Kochgeschirr und Lebensmittelverpackungen oder per-
923 und
924 polyfluorierte Kohlenwasserstoffe in Papier und Pappe verbieten. Wir wollen
925 Verbraucher*innen besser schützen, indem wir gemeinsam mit den Ländern
926 importierte Güter
927 stärker auf Giftstoffe kontrollieren, die Produktkennzeichnung verbessern und
928 Produktrückrufe erleichtern. Unser Ziel ist, dass die Menschen gesund in einer
929 gesunden
930 Umwelt leben können.

921 **Saubere Luft zum Atmen**

922 Wir alle brauchen saubere Luft zum Atmen. Doch Abgase aus dem Verkehr, aus
923 Kohlekraftwerken
924 oder alten Ölheizungen machen krank. Schlimmer noch: Nach Berechnung der
925 Europäischen
926 Umweltagentur sterben allein in Deutschland pro Jahr 70.000 Menschen vorzeitig
927 durch von
928 Luftverschmutzung verursachte Krankheiten. Die ökologische Modernisierung bietet
929 riesige
930 Chancen, die Luft zu verbessern. E-Autos, Solar- und Windenergie schützen unsere
931 Luft. Wir
932 wollen diese Entwicklung beschleunigen und die Grenzwert-Empfehlungen der
933 Weltgesundheitsorganisation für Luftschadstoffe schnellstmöglich umsetzen. Auch
934 durch mehr
935 Grün in unseren Städten verbessern wir dort die Luftqualität. Um diese Ziele zügig zu
936 erreichen, werden wir alle Emissionsquellen wie Verkehr, Industrie und Landwirtschaft
937 in den
938 Blick nehmen und in diesem Zusammenhang die Entscheidung darüber, ob und wie
939 Feuerwerk im
940 Einzelnen zu regeln ist, dahin geben, wo sie hingehört – vor Ort.

933 **Klimaanpassung und mehr Natur in der Stadt**

934 Die Klimakrise verändert zunehmend die Rahmenbedingungen unseres
935 Zusammenlebens. Schon heute

935 hat sich die Erde um 1,2 Grad erhitzt. Die Folgen sind mit Hitzesommern,
Überschwemmungen
936 und Stürmen längst auch in unserem Land spürbar und treffen oft die am härtesten,
die in
937 schwierigsten Umständen leben. Während wir um jedes Zehntelgrad weniger an
Erderhitzung
938 kämpfen, müssen wir uns zugleich an diese Veränderungen anpassen. In ländlichen
Räumen gilt
939 es insbesondere Land- und Forstwirtschaft, Tourismus und Fischerei bei der Anpassung
zu
940 unterstützen, um Schäden durch Dürren, Ernteauffälle und Waldsterben zu verringern.
Unsere
941 Städte wollen wir besser gegen Hitzewellen und Starkregen wappnen – mit
Hitzeaktionsplänen
942 und einem Stadtbau im Großen wie im Kleinen: mehr Stadtgrün,
Bodenentsiegelung,
943 Frischluftschneisen, Gebäudebegrünung, Wasserflächen und öffentliche Trinkbrunnen.
Als
944 Schwammstädte sollen sie künftig mehr Wasser aufnehmen, speichern und im
Sommer kühlend
945 wirken. Das erhöht auch die Lebensqualität gerade für all jene, die sich keinen eigenen
Balkon oder Garten leisten können: Dachgärten sind natürliche Klimaanlage für
946 Wohnungen und
Büros, Parks und Stadtwälder spenden Schatten und frische Luft. Wir wollen durch
947 Verbesserungen im Baurecht und in der Städtebauförderung Stadt und Land helfen, all
das
948 das
949 schnellstmöglich vor Ort umzusetzen. Auch für Tiere und Pflanzen sind unsere Städte
immer
950 wichtigere Lebensräume. Deshalb wollen wir die Natur in der Stadt ausweiten. Das
vorhandene
951 Grün werden wir schützen und ökologisch aufwerten, Gärtner*innen und
Kleingärtner*innen
952 wollen wir dabei als Verbündete gewinnen. Wir werden die Lichtverschmutzung
eindämmen, die
953 Menschen, Tiere und Pflanzen schädigt und wesentlich zum Verschwinden von
Insekten und
954 Vögeln beiträgt.

955 **Wir stärken Bäuer*innen, Tiere und Natur**

956 **Landwirtschaft fit für die Zukunft machen**

957 Wir wollen Klima-, Umwelt-, Tier- und Gewässerschutz und landwirtschaftliche
Erzeugung
958 miteinander versöhnen. Die Landwirtschaft fit für die Zukunft zu machen – das
begreifen wir
959 als Aufgabe für die nächsten Jahre. Das geht nur mit der Natur zusammen und mit
einem
960 Verständnis von Natur, das sich an Kreisläufen orientiert und sich dem
Ressourcenschutz
961 verpflichtet sieht. Das bedeutet fruchtbare kohlenstoffspeichernde Böden, sauberes

Wasser

962 und intakte Ökosysteme, aber auch ein faires Auskommen von Landwirt*innen und
 963 eine gute und
 964 gesunde Ernährung für alle. Das können und werden wir nur gemeinsam mit den
 965 Bürger*innen und
 966 Bäuer*innen erreichen. Insbesondere kleine Betriebe wollen wir bei der notwendigen
 967 Transformation unterstützen und pragmatische Lösungen für sie finden. Unser Leitbild
 968 ist
 969 eine sich weiterentwickelnde ökologische Landwirtschaft mit ihren Prinzipien
 970 Tiergerechtigkeit, Gentechnikfreiheit und Freiheit von chemisch-synthetischen
 971 Pestiziden.
 972 Dafür wollen wir den Ökolandbau umfangreich fördern und die Voraussetzungen dafür
 973 schaffen,
 974 dass künftig immer mehr Bäuer*innen und Lebensmittelhersteller*innen umstellen.
 975 Ziel sind 30
 976 Prozent Ökolandbau bis 2030. Die Agrarforschung für eine Ökologisierung der
 977 Landwirtschaft
 978 werden wir deutlich ausweiten. Wir werden vielfältige Fruchtfolgen und
 979 widerstandsfähige
 980 Anbausysteme wie Agroforst ebenso stärken wie die Nutzung von robusten
 981 Pflanzensorten und
 982 Tierrassen. Stickstoffüberschüsse werden wir deutlich reduzieren. Auch digitale
 983 Anwendungen
 984 können bei entsprechender Ausrichtung die Landwirtschaft umwelt- und
 985 klimafreundlicher
 986 machen, müssen aber auch – zum Beispiel über Sharing-Konzepte – kleineren
 987 Betrieben
 988 offenstehen und bezahlbar sein. Monokulturen, Pestizide und chemisch-synthetischer
 989 Dünger
 990 führen auch im globalen Süden zu erheblichen Schäden für Gesundheit und Umwelt,
 991 während
 992 Kleinbäuer*innen durch europäische Dumpingexporte, patentiertes Saatgut und
 993 Landraub weiter
 994 in die Abhängigkeit getrieben werden. Das Recht auf Nahrung muss garantiert sein,
 995 kleinbäuerliche Strukturen wollen wir stärken. Dafür unterstützen wir mit unserer
 996 Agrar- und
 997 Entwicklungspolitik eine globale sozial-ökologische Agrarwende.

982 Öffentliches Geld für öffentliche Leistung

983 Die Gemeinsame Agrarpolitik der EU sollte zu einem Instrument für eine sozial-
 984 ökologische
 985 Agrarpolitik werden – und nicht wie bisher für die Industrialisierung der Landwirtschaft.
 986 Das muss der Ausgangspunkt für einen Gesellschaftsvertrag zwischen Bäuer*innen,
 987 Verbraucher*innen und Politik für Klima- und Naturschutz sein. Wir wollen eine Reform,
 988 damit
 989 die Milliarden an öffentlichen Geldern künftig für öffentliche Leistungen wie Klima-,
 990 Umwelt- und Tierschutz eingesetzt werden und dabei die regionale Landwirtschaft
 991 stärken. Um
 992 den nachhaltigen Umbau der Landwirtschaft gemeinsam mit den Bäuer*innen
 993 voranzutreiben, gilt

990 es, die nationalen Spielräume für die bevorstehende Förderperiode bestmöglich für
 diese
 991 Ziele zu nutzen. Wir wollen das System der Direktzahlungen schrittweise durch eine
 992 Gemeinwohlprämie ablösen, die konsequent gesellschaftliche Leistungen honoriert.
 Wir setzen
 993 uns für innovative Instrumente der Agrarumweltförderung ein, bei denen Klima- und
 994 Naturschutz sowie agrarökologische Ziele gemeinsam gedacht werden. Bis zum Jahr
 2028 wollen
 995 wir für mindestens die Hälfte der Gelder eine ökologische Zweckbindung erreicht
 haben.

996 **Pestizide reduzieren**

997 Es gibt viele Gründe, den Einsatz von Pestiziden in der Landwirtschaft deutlich
 998 herunterzufahren. Der Schutz der menschlichen Gesundheit gehört dazu. Vor allem
 sind weniger
 999 Pestizide der wichtigste Hebel, um den Rückgang der Artenvielfalt zu stoppen. Wir
 wollen den
 1000 Ausstieg aus der Pestizidabhängigkeit unserer Landwirtschaft schnell und machbar
 gestalten:
 1001 durch eine systematische Pestizidreduktionsstrategie, ein Sofortverbot für besonders
 1002 umwelttoxische Wirkstoffe und das immer noch häufig eingesetzte Pestizid Glyphosat.
 Um den
 1003 Einsatz von Pestiziden insgesamt zu reduzieren, führen wir eine Pestizidabgabe ein.
 Um
 1004 wirksamen Artenschutz zu betreiben und unser Trinkwasser zu schützen, wollen wir die
 1005 Ausbringung von Pestiziden in Naturschutzgebieten und Trinkwasserschutzgebieten
 untersagen
 1006 und ein flächendeckendes Pestizidmonitoring einführen. Betroffene Landwirt*innen
 werden wir
 1007 bei der Umsetzung finanziell unterstützen. Wir werden außerdem den Export von
 Pestiziden
 1008 beenden, die in Deutschland oder der EU aufgrund von Umwelt- und
 Gesundheitsrisiken nicht
 1009 zugelassen oder verboten sind. Wir wollen die Zulassungsverfahren für Pestizide
 verbessern,
 1010 indem wir Transparenz und Unabhängigkeit stärken. Für ökologischen Pflanzenschutz
 werden wir
 1011 in Kooperation mit den Ländern ein umfassendes, kombiniertes Forschungs-,
 Umsetzungs- und
 1012 Beratungsprogramm für nicht chemisch-synthetischen Pflanzenschutz auflegen.

1013 **Vielfältiges Saatgut ohne Patente**

1014 Eine vielfältige, gerechte und nachhaltige Landwirtschaft beginnt beim Saatgut.
 Angesichts
 1015 der Klima- und Biodiversitätskrise wollen wir die Züchtung von robusten Sorten und
 die
 1016 Forschung für ökologisches Saatgut vorantreiben sowie die Forschung zu alternativen
 Ansätzen
 1017 stärken, die auf traditionelle und ökologische Züchtungsverfahren setzen. Dabei muss
 wie bei

1018 jeder Technologie der Umgang mit alten wie neuen gentechnischen Verfahren
 1019 einerseits die
 1019 Freiheit der Forschung gewährleisten und andererseits bei der Anwendung Gefahren
 1020 für Mensch
 1020 und Umwelt ausschließen. Nicht die Technologie, sondern ihre Chancen, Risiken und
 1021 Folgen
 1021 stehen im Zentrum. Wir werden daher an einem strengen Zulassungsverfahren und
 1022 am europäisch
 1022 verankerten Vorsorgeprinzip festhalten. Dazu bleiben Risikoprüfungen auf
 1023 umfassender
 1023 wissenschaftlicher Basis und eine Regulierung, die unkontrollierbare Verbreitung
 1024 ausschließt, sowie eine verbindliche Kennzeichnung, die gentechnikfreie Produktion
 1024 und die
 1025 Wahlfreiheit der Verbraucher*innen schützt, nötig. Entsprechend braucht es eine
 1025 Stärkung der
 1026 Risiko- und Nachweisforschung. Wir wollen das Patentrecht so ausrichten, dass es
 1026 keine
 1027 Patente auf Lebewesen und ihre genetischen Anlagen mehr gibt.

1028 **Gerechte Einkommen und Arbeitsbedingungen für Bäuer*innen**

1029 Bäuer*innen müssen von ihrer Arbeit leben können. Wir wollen daher gegen
 1029 Dumpingpreise, den
 1030 Verkauf von Lebensmitteln unter Erzeugerpreis und Konzentration in der
 1030 Lebensmittelbranche
 1031 vorgehen und dazu die Möglichkeiten des Wettbewerbs- und Kartellrechts sowie der
 1031 EU-
 1032 Richtlinie gegen unlautere Handelspraktiken nutzen. Wir wollen Junglandwirt*innen
 1032 und
 1033 Neueinsteiger*innen unterstützen und Maßnahmen gegen Bodenspekulation und den
 1033 Ausverkauf
 1034 ländlicher Fläche ergreifen. Dazu gehört, dass künftig die Flächen der bundeseigenen
 1035 Bodenverwertungs- und -verwaltungs GmbH nicht mehr privatisiert, sondern
 1035 vorzugsweise an
 1036 ortsansässige, bäuerliche Betriebe und Existenzgründer*innen verpachtet werden, mit
 1036 dem
 1037 Ziel, die Flächen klima- und naturfreundlich zu bewirtschaften. Share Deals bei
 1037 landwirtschaftlichen Betrieben werden wir regulieren, um den Ausverkauf von Boden
 1038 an
 1039 außerlandwirtschaftliche Investoren zu unterbinden. Auch in der
 1039 Lebensmittelerzeugung und -
 1040 verarbeitung müssen faire Bedingungen herrschen. Ein besserer Arbeits- und
 1040 Gesundheitsschutz
 1041 für Beschäftigte in Landwirtschaft und Fleischindustrie sind ebenso notwendig wie
 1041 mehr
 1042 Rechte für die Arbeitnehmer*innen, tarifliche Löhne und starke Gewerkschaften. In der
 1042
 1043 Saisonarbeit gibt es zu viel prekäre Beschäftigung ohne Sozialversicherungsschutz.
 1043 Hier
 1044 trifft häufig körperlich schwere Arbeit auf karge Löhne und schlechte Unterkünfte.
 1044 Diese
 1045 sozialen Ungerechtigkeiten wollen wir beenden.

1046 **Regionale Produktion, Verarbeitung und Vermarktung stärken**

1047 Der Wunsch, wieder mehr regional und handwerklich erzeugte Lebensmittel zu kaufen,
in der
1048 Bäckerei, der Metzgerei, auf dem Bauernhof, wächst stetig. Gleichzeitig hat uns die
Corona-
1049 Krise vor Augen geführt, wie wichtig regional funktionierende Lieferketten sind. Wir
wollen
1050 die regionale Erzeugung, Verarbeitung und Vermarktung stärken und so dem
Betriebsterben der
1051 letzten Jahre entgegenzutreten. Dazu gehören auch faire Wettbewerbsbedingungen
gegenüber
1052 importierten Lebensmitteln. In öffentlichen Einrichtungen wollen wir verstärkt
regionale und
1053 ökologische Produkte, auch Umstellungsware, einsetzen – so schaffen wir Nachfrage
und faire
1054 Preise. Wir unterstützen Regionalsiegel und Direktvermarktungen der Betriebe durch
lokale
1055 Einkaufs-Apps und Regionalwerbung und sorgen mit einer klaren Definition von
regionalen
1056 Produkten für Schutz vor Betrug. Öffentliche Gelder und gezielte Beratung zum
Umgang mit
1057 Auflagen und Kennzeichnungsvorschriften sollen vorrangig kleinen und mittleren
bäuerlichen
1058 Betrieben und Handwerker*innen zugutekommen. Forschung und Beratung zur
Regionalvermarktung
1059 und für innovative und partizipative Ansätze wie Erzeuger*innengemeinschaften,
solidarische
1060 Landwirtschaft oder Ernährungsräte unterstützen wir.

1061 **Gute Ernährung fördern - Lebensmittel retten**

1062 Gesunde und ökologisch wertvolle Lebensmittel sollen allen Menschen in Deutschland
leicht
1063 zugänglich sein, gesunde Ernährung darf nicht vom Geldbeutel abhängen.
Ernährungsbedingte
1064 Krankheiten wollen wir gezielt eindämmen. Deshalb werden wir umsteuern und viele
1065 Stellschrauben neu justieren – sich gut und gesund zu ernähren, muss einfacher
werden.
1066 Kitas, Schulen, Krankenhäuser, Pflegeheime, Mensen und Kantinen unterstützen wir
dabei, mehr
1067 gesundes regionales und ökologisch erzeugtes Essen anzubieten; auch vollwertiges
1068 vegetarisches und veganes Essen soll zum täglichen Angebot gehören. Gutes Essen
scheitert
1069 allzu oft an unzureichendem Angebot und mangelnder Transparenz. Um das zu ändern,
nehmen wir
1070 die Lebensmittelindustrie in die Pflicht. Wir brauchen verbindliche
Reduktionsstrategien
1071 gegen zu viel Zucker, Salz, Fett und Zusatzstoffe in Fertiglernmitteln und
ökonomische
1072 Anreize für gesündere Produkte. Für Lebensmittelwerbung, die sich an Kinder richtet,
wollen
1073 wir klare Regeln, die sich an den Kriterien der Weltgesundheitsorganisation

orientieren.

1074 Umweltgerechte Ernährung gehört in die Lehrpläne aller relevanten
Ausbildungsbereiche. Auch
1075 die Ernährungspolitik muss sich an den Pariser Klimaschutzziele ausrichten.
Klimaschutz
1076 heißt auch, dass wir als Gesellschaft weniger tierische Produkte produzieren und
konsumieren
1077 werden. Wir wollen vegetarische und vegane Ernährung attraktiver und zugänglich für
alle
1078 Menschen machen. Die Markteinführung von pflanzlichen Alternativen und
1079 Fleischersatzprodukten wollen wir fördern und sie steuerlich besserstellen. So sollen
1080 pflanzliche Milchalternativen mit dem reduzierten Mehrwertsteuersatz verkauft
werden. Auch
1081 für fair gehandelten Kaffee wollen wir die Steuer runtersetzen. Insgesamt wollen wir
die
1082 Forderung der EU-Kommission, Umweltfolgekosten auch im Lebensmittelbereich
steuerlich zu
1083 berücksichtigen, mit einer ökologischen Steuerreform aufgreifen, damit sich auch bei
1084 pflanzlichen und tierischen Lebensmitteln der Preis ökologisch und sozial gerecht
darstellt.
1085 Gegen die Lebensmittelverschwendung gehen wir entschlossen vor. Wir wollen mit
einem Rettet-
1086 die-Lebensmittel-Gesetz verbindliche Reduktionsziele einführen, Lebensmittelhandel
und
1087 -produzent*innen verpflichten, genusstaugliche Lebensmittel weiterzugeben, statt sie
1088 wegzuworfen. Lebensmittel aus dem Müll zu retten – das sogenannte Containern –
muss
1089 entkriminalisiert werden.

1090 **Klare Lebensmittelkennzeichnung**

1091 Gutes, nachhaltiges und gesundes Essen soll leicht zu erkennen sein. Mit
verständlichen
1092 Informationen über Zutaten, Herkunft, Herstellung und zum ökologischen Fußabdruck
wollen wir
1093 für die nötige Transparenz sorgen. Wir werden eine verpflichtende
Tierhaltungskennzeichnung
1094 mit anspruchsvollen Kriterien für Fleisch und andere Lebensmittel aus oder mit
tierischen
1095 Bestandteilen einführen und uns dafür einsetzen, dass dies auch EU-weit verbindlich
wird.
1096 Dabei soll der Weiterentwicklung von Tierschutzstandards Rechnung getragen werden.
Die
1097 Nährwertkennzeichnung Nutriscore wollen wir weiterentwickeln und EU-weit für alle
1098 Fertigprodukte anwenden. Außerdem wollen wir die Transparenz über die Herkunft von
1099 Lebensmitteln verbessern. Enthaltene Allergene sollen besser gekennzeichnet werden.
Zur
1100 einheitlichen Kennzeichnung von vegetarischen und veganen Lebensmitteln brauchen
wir eine
1101 EU-weite rechtsverbindliche Definition von „vegetarisch“ und „vegan“. Transparenz
muss auch

1102 bei der Lebensmittelhygiene gelten, deshalb sollen die Ergebnisse von
Lebensmittelkontrollen
1103 für alle erkennbar sein.

1104 **Wir ermöglichen Tieren ein besseres Leben**

1105 **Tierhaltung mit mehr Platz für weniger Tiere**

1106 Das System des „Immer billiger, immer mehr“ hat die Landwirtschaft in einen
Teufelskreis
1107 getrieben: Bäuer*innen werden von Dumpingpreisen erdrückt und müssen immer
mehr produzieren,
1108 um zu überleben, die Tiere werden immer mehr auf Leistung gezüchtet und leben
immer kürzer,
1109 die ökologischen und gesellschaftlichen Probleme wachsen. Industrielle
Massentierhaltung und
1110 Billigfleischexport in alle Welt sind mit einer klimagerechten Zukunft nicht vereinbar.
Es
1111 braucht einen Ausweg. Ein Teil der Lösung ist, dass deutlich weniger Tiere gehalten
werden
1112 als bisher und diesen Tieren ein wesentlich besseres Leben ermöglicht wird. Tiere
brauchen
1113 mehr Platz, Auslauf im Freien und Beschäftigung – das wollen wir artspezifisch
verbindlich
1114 regeln und uns auch auf EU-Ebene für eine deutliche Anhebung der
Tierschutzstandards
1115 einsetzen. Damit Tierschutz wirtschaftlich machbar ist, wollen wir die Landwirt*innen
1116 unterstützen: durch eine Umbauförderung, die durch einen Tierschutz-Cent auf
tierische
1117 Produkte finanziert wird, durch faire Preise und durch eine verpflichtende
1118 Haltungskennzeichnung für tierische Produkte. Die Tierhaltung soll so an die Fläche
und an
1119 Obergrenzen pro Stall gebunden werden, dass eine umwelt- und tiergerechte
Bewirtschaftung
1120 gewährleistet ist. Den tiergerechten und brandsicheren Umbau von Ställen werden wir
zum
1121 Standard machen, an den sich alle halten müssen. Das werden wir ebenso gezielt
fördern wie
1122 die Weidetierhaltung, die ökologisch wertvolles Grünland erhält und sinnvoll nutzt.
Ställe,
1123 in denen Tiere nicht zumindest entsprechend der EU-Ökoverordnung gehalten werden
können,
1124 sollen nicht mehr gebaut werden. Statt tierquälerische Züchtung auf Hochleistung
wollen wir
1125 robuste Rassen und Zweinutzungsrassen fördern. Amputationen, Eingriffe ohne
Betäubung und
1126 qualvolle Betäubungsmethoden sowie Käfig- und Anbindehaltung wollen wir beenden.
Den Einsatz
1127 von Antibiotika in der landwirtschaftlichen Tierhaltung werden wir deutlich senken. Um
diese
1128 Medikamente gezielt einzusetzen und Resistenzen zu vermeiden, sollen vorrangig
kranke

1129 Einzeltiere behandelt werden. Reserveantibiotika sollen der Humanmedizin vorbehalten werden.

1130 Um Lebedtiertransporte zu vermeiden, ziehen wir die regionale und mobile Schlachtung dem

1131 Schlachten im zentralen Schlachthof vor und werden diese fördern. Wir wollen Tiertransporte

1132 auf vier Stunden begrenzen und besser kontrollieren, Lebedtiertransporte in Drittstaaten

1133 außerhalb der EU sollen ganz verboten werden.

1134 **Tiere schützen und respektieren**

1135 Tiere sind fühlende Lebewesen und brauchen Schutz, deshalb werden wir die gesetzlichen

1136 Regelungen zur Tierhaltung verbessern. Für alle Tiere, die wir Menschen halten, haben wir

1137 eine besondere Verantwortung. Wir wollen ihnen ein würdevolles, gutes und gesundes Leben

1138 frei von Schmerzen, Angst und Stress ermöglichen. Dafür gilt es, wirkungsvolle Sanktionen

1139 bei Tierschutzvergehen im Tierschutz- und Strafrecht zu verankern und gemeinsam mit den

1140 Ländern und Kommunen auf einen effektiven Vollzug hinzuwirken. Wir werden ein umfassendes

1141 Verbandsklagerecht für anerkannte Tierschutzorganisationen einführen. Die anerkannten

1142 Tierschutzorganisationen und ein*e unabhängige*r Bundestierschutzbeauftragte*r sollen

1143 Auskunfts- und Akteneinsichtsrechte wahrnehmen und Rechtsverstöße beanstanden können. Der

1144 oder die Tierschutzbeauftragte soll zudem die zuständigen Bundesbehörden unterstützen sowie

1145 bei Gesetzesvorhaben und Tierschutzangelegenheiten beteiligt werden. Wir wollen bessere

1146 Regeln für Zucht, Haltung und Handel mit Tieren. Die Haltung von Wildtieren in Zirkussen

1147 werden wir beenden. Wir streben die weitere konsequente Reduktion von Tierversuchen in der

1148 Wissenschaft an und wollen sie mit einer klaren Ausstiegsstrategie und innovativen

1149 Forschungsmethoden schnellstmöglich ersetzen. Dafür arbeiten wir mit allen beteiligten

1150 Akteur*innen an einer zukunftsorientierten tierfreien Forschung, fördern Investitionen in

1151 tierfreie Innovationen sowie die Weiterentwicklung von verbesserten Medikamenten- und

1152 Sicherheitsprüfungen und beschleunigen die Zulassung tierversuchsfreier Verfahren. Die EU-

1153 Vorgaben für Tierversuche werden wir endlich in deutsches Recht umsetzen.

1154 **Wildtierhandel an die Leine legen**

1155 Die Covid-19-Pandemie hat deutlich gemacht, dass die Gesundheit von Umwelt, Tier und Mensch

1156 zusammengedacht werden und dieser Planetary-Health-Ansatz zum Prinzip unseres
Handelns
1157 werden muss. Der Raubbau an der Natur hat keine Zukunft. Die Pandemie basiert auf
einer
1158 Zoonose, einer vom Tier auf den Menschen übertragenen Infektionskrankheit. Solche
1159 Krankheiten werden immer häufiger, sie werden durch die fortschreitende Zerstörung
der Natur
1160 und das Vordringen der Menschen in die letzten natürlichen Lebensräume begünstigt.
Dem gilt
1161 es überall auf der Welt entgegenzuwirken. Wildtiere gehören in die Wildnis, der Handel
mit
1162 ihnen muss strenger reguliert, existierende Regularien müssen konsequent umgesetzt
werden.
1163 In den Herkunftsländern müssen wirtschaftliche Alternativen aufgebaut werden.
Wildtierhandel
1164 auf Online-Portalen und gewerblichen Börsen sowie kommerzielle Importe von
Wildfängen und
1165 die Einfuhr von Jagdtrophäen müssen ganz verboten werden. Die Haltung von Tieren
aus
1166 Wildtiernachzuchten sollte an eine Positivliste und einen Sachkundenachweis geknüpft
werden,
1167 der sich an der Schwierigkeit der Haltung der jeweiligen Tierart bemisst. Auch die
1168 industrielle Tierhaltung kann zu Pandemien beitragen, wie sich an coronainfizierten
Nerzen
1169 gezeigt hat. Die Tierhaltung ist deshalb auch an den Notwendigkeiten zur
Eindämmung
1170 möglicher Zoonosen auszurichten. Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Haltung
von Tieren
1171 in und der Handel mit Pelzen aus Pelztierfarmen beendet werden.

Beschluss Kapitel 2: In die Zukunft wirtschaften

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 13.06.2021
Tagesordnungspunkt: PB-W Kapitel 2: In die Zukunft wirtschaften

1 **Kapitel 2: In die Zukunft wirtschaften**

2 Klimaneutralität ist die große Chance für den Industriestandort Deutschland. Grüne
3 Technologien aus Deutschland werden weltweit nachgefragt. Beim erneuerbaren
Wasserstoff sind
4 wir Europäer*innen noch führend. Für große Teile der deutschen Industrie ist das
Pariser
5 Klimaabkommen fester Bestandteil der Planungen geworden, unternehmerische
6 Investitionsstrategien sind auf Klimaschutz ausgerichtet. Die meisten wissen, dass die
7 Märkte der Zukunft klimaneutral sind. Und sie wissen: Deutschland kann so viel mehr.
In den
8 Unternehmen, den Köpfen und den Strukturen stecken die Innovationskraft und der
Wille, in
9 die Zukunft zu wirtschaften. Wir sehen, mit welcher Agilität Unternehmer*innen neue
Ideen
10 oder Geschäftsmodelle entwickeln und dabei auch ihrer sozialen Verantwortung
gerecht werden
11 wollen. Und wir sind überzeugt, dass das freie und kreative Handeln, die Dynamik
eines
12 fairen Wettbewerbs und die Stärke von gesellschaftlicher Kooperation innovativ
Probleme
13 lösen.

14 Die Digitalisierung bedeutet einen weiteren großen Umbruch, der unsere Wirtschaft
und die
15 Gesellschaft maßgeblich prägt. Wir wollen die Digitalisierung gestalten und dafür
sorgen,
16 dass notwendige Innovationen in Europa entwickelt und marktfähig werden.
Deutschland und
17 Europa sollen auch bei Zukunftstechnologien die Spitze beanspruchen. Dafür nutzen
wir auch
18 die Gestaltungsmöglichkeiten der deutschen G7-Präsidentschaft 2022.

19 Allerdings steht die deutsche und europäische Wirtschaft unter großem Druck: Unser
20 Industrieland muss sich im globalen Wettbewerb mit autoritärem Staatskapitalismus
und
21 weitgehend unregulierten Techgiganten behaupten. Die Pandemie hat viele
Wirtschaftszweige
22 hart getroffen, einige Sektoren hatten schon zuvor die Transformation verschlafen. Die
Klimakrise und die Endlichkeit von Ressourcen verlangen ein Umsteuern. Zugleich ist
23 unser
24 Verständnis von dem, was Wohlstand ist, im Wandel. Wenn wir es jetzt aber klug
anstellen,
25 können wir unser Wirtschafts- und Finanzsystem neu eichen. Dann können wir dafür

sorgen,
26 dass Wachstum nur im Einklang mit den planetaren Grenzen stattfindet, statt unsere
27 natürlichen Ressourcen zu übernutzen.

28 Unsere Sozialsysteme, den Arbeitsmarkt und die Staatsfinanzierung richten wir darauf
aus,
29 auch beim Wirtschaften innerhalb dieser Grenzen stabil zu bleiben. Wir können eine
sozial-
30 ökologische Marktwirtschaft im Sinne des Gemeinwohls in Europa begründen, die
Wohlstand mit
31 Nachhaltigkeit und Gerechtigkeit versöhnt und den Menschen dient. Sie ist
Ausgangspunkt für
32 eine neue wirtschaftliche Dynamik, die zukunftsfähige Jobs schafft, im Handwerk, bei
Start-
33 ups oder in der Dienstleistungsbranche, die Lebensqualität sichert, uns Menschen freie
34 Entfaltung ermöglicht und einen klimagerechten Wohlstand schaffen kann.

35 Dafür ist eine Politik nötig, die will, die nach vorne führt und verlässlich steuert. Nicht
36 weil der Staat besser wirtschaften kann, sondern weil die Wirtschaft klare Verhältnisse,
37 verlässliche politische Rahmenbedingungen und Anreize braucht. Nur dann haben
Unternehmen
38 Planungssicherheit und wissen, dass sich klimaneutrales, nachhaltiges Wirtschaften
lohnt.

39 Und nur dann kann sich die Innovationskraft von Beschäftigten und
Unternehmer*innen
40 entfalten in einzelbetrieblich sinnvollen Entscheidungen für nachhaltigen Wohlstand.

41 Ungeregelte Märkte können sehr viel zerstören. Wenn wir Märkte aber nachhaltig und
sozial
42 gestalten, können sie Innovationen entfachen, die wir für die Transformation brauchen.
Damit
43 das gelingt, stellen wir die Weichen konsequent auf Klimaneutralität und
Kreislaufwirtschaft
44 und ermöglichen der Wirtschaft neue Spielräume innerhalb der planetaren Grenzen.
Wir
45 schaffen Anreize, streichen umweltschädliche Subventionen und setzen
ordnungspolitische
46 Regeln, damit nachhaltig produziert, gehandelt und konsumiert wird. Wir nutzen
Konzepte wie
47 Wachstum, Effizienz, Wettbewerb und Innovation als Mittel zum Zweck und bemessen
48 klimagerechten Wohlstand, das eigentliche Ziel von Politik, neu. Wir starten eine
umfassende
49 Investitionsoffensive, öffentlich wie privat, um dem immensen Investitionsstau in
unserem
50 Land zu begegnen und Klimaschutz, Digitalisierung und Bildung deutlich zu stärken.
Dafür
51 setzen wir auf eine vorsorgende Haushaltspolitik.

52 Wir gehen die Ungerechtigkeiten im Steuersystem entschlossen an und nutzen die
53 Lenkungswirkung von Steuern für Klimaschutz und Kreislaufwirtschaft. Wir sorgen
dafür, dass

54 sich sehr wohlhabende und reiche Menschen und große Konzerne ihrer Verantwortung
55 stärker
56 stellen. Globale Konzerne sollen nicht mächtiger sein als Staaten – es gilt das Primat
57 der
58 demokratischen Politik zu behaupten. Wir wollen die enorme Kluft zwischen Arm und
59 Reich
60 verringern, denn Gesellschaften, in denen die Ungleichheit gering ist, sind insgesamt
61 zufriedener Gesellschaften. Hohe Einkommen und Vermögen sollen deshalb mehr zur
62 Finanzierung unseres Gemeinwesens beitragen und niedrige werden entlastet.
Anhaltende
63 schwere wirtschaftliche Ungleichgewichte in Europa und weltweit wollen wir ebenfalls
64 helfen
65 abzubauen, indem wir in Deutschland verstärkt öffentlich investieren und gute Löhne
66 durchsetzen.
67 Wirtschafts- und Finanzpolitik muss europäisch gemacht werden. Als Europäer*innen
68 können wir
69 mit unserem starken gemeinsamen Binnenmarkt internationale Standards setzen und
70 Innovationen
71 vorantreiben. Solange es Wettbewerbsverzerrung gibt, braucht es auch den Schutz
72 des EU-
73 Binnenmarktes und vor allem der kritischen Infrastruktur. Zugleich setzen wir uns für
74 eine
75 gemeinsame strategische Außenwirtschaftspolitik ein, die Fairness zu einem Gebot des
76 internationalen Wettbewerbs und des freien Welthandels macht und weltweit
77 nachhaltiges und
78 menschenrechtskonformes Wirtschaften befördert. Als Europäer*innen investieren wir
79 gemeinsam
80 in Klimaschutz, Forschung und den Wohlstand der Zukunft, den Weg dahin bereit ein
81 Green New
82 Deal. In einer Bundesregierung werden wir alles dafür tun, dass die Europäische Union
83 der
84 erste CO₂-freie Wirtschaftsraum wird.
85 So legen wir die Grundlagen dafür, dass Deutschland und Europa erfolgreiche
86 Industriestandorte mit einem leistungsfähigen Mittelstand, hoher Wertschöpfung,
87 starkem
88 Sozialstaat und guten Arbeitsplätzen bleiben – in traditionsreichen und innovativen
89 Industrieunternehmen, im Maschinenbau, in kleinen und mittelständischen Betrieben.
90 Mit einer
91 aktiven Wirtschafts- und Industriepolitik zeigen wir eine Richtung auf und bieten
92 zukunftsfähigen Unternehmen gute Bedingungen. So machen wir aus der Marke „Made
93 in Germany“
94 ein Gütesiegel für eine zukunftsfähige Wirtschaft in einem klimaneutralen und sozialen
95 Europa. Außerdem fördern wir eine kooperative und fürsorgende Wirtschaftsweise. So
96 entstehen
97 viele Arbeitsplätze in regionalen Wertschöpfungsketten, gemeinwohlorientiert statt
98 gewinnorientiert. Wir brauchen eine vielfältige Wirtschaft, die widerstandsfähig
99 gegenüber
100 Krisen wird.

84 **Wir fördern Unternehmer*innengeist, Wettbewerb und Ideen**

85 **Ein Jahrzehnt der Zukunftsinvestitionen**

86 Nach der Corona-Pandemie braucht unser Land einen neuen wirtschaftlichen Aufbruch.
87 Das Beste, was die Politik dazu beitragen kann, ist, das zu tun, was sie die letzten zehn
88 Jahre sträflich versäumt hat: in unsere gemeinsame Zukunft zu investieren. Nur wenn auch
89 der Staat seinen Teil beiträgt, wenn öffentliche und private Investitionen gemeinsam auf ein Ziel
90 ausgerichtet werden, wird Europa den Anschluss im Bereich moderner
91 Zukunftstechnologien halten und sich im Wettbewerb mit den USA und China behaupten können. Wir starten
92 in der nächsten Legislaturperiode eine Investitionsoffensive. Mit Investitionen in schnelles
93 Internet, überall. Spitzenforschung vom Quantencomputer bis zur modernsten
94 Biotechnologie. In klimaneutrale Infrastrukturen, in Ladesäulen, einen Ausbau von Bahn-, Fuß- und
95 Radverkehr, emissionsfreie Busse, in Energiespeichertechnologien, erneuerbare
96 Energien und moderne Stadtentwicklung. Wir wollen, dass Deutschland bei den öffentlichen
97 Investitionen im Vergleich der Industrieländer vom Nachzügler zum Spitzenreiter wird und in diesem
98 Jahrzehnt pro Jahr 50 Milliarden Euro zusätzlich investieren. Diese Investitionen sollen auch dem
99 Gender Budgeting unterliegen. So gelingt die sozial-ökologische Transformation, so
100 schaffen wir nachhaltigen Wohlstand und sichern die
101 Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes in einer handlungsfähigen Europäischen Union.

102 **Neustart nach der Corona-Krise**

103 Die Corona-Pandemie hat viele Unternehmen hart getroffen. Während die einen sich
104 hoch verschulden mussten, haben es andere nicht durch die Krise geschafft und mussten
105 ihr Geschäft aufgeben. Besonders hart sind Restaurants, Gaststätten, Hotels, die
106 Tourismus- und Veranstaltungsbranche, die Kulturwirtschaft, aber auch viele Einzelhändler*innen und
107 Solo-Selbständige betroffen. Ein Neustart nach der Corona-Krise muss daher gezielt den
108 besonders betroffenen Branchen helfen - und zugleich ein Signal für den Richtungswechsel zur
109 Klimaneutralität setzen. Damit sichern wir Existenzen, erhalten Arbeitsplätze und
110 setzen zielgenaue konjunkturelle Impulse. Hierfür dehnen wir vor allem für kleine und mittlere
111 Unternehmen den steuerlichen Verlustrücktrag aus, führen attraktive und zeitlich
112 begrenzte Abschreibungsbedingungen ein und helfen kleinen und mittleren Unternehmen, sich
mit

113 vereinfachten Restrukturierungsverfahren leichter neu aufzustellen, ohne Insolvenz
anmelden
114 zu müssen. Falls Coronahilfen zurückgezahlt werden müssen, benötigen die
Unternehmen
115 großzügige Konditionen. Für viele Selbständige können sichere Aufträge durch
handlungsfähige
116 Kommunen den Neustart nach der
117 Pandemie unterstützen. Die Kunst- und Kulturbranche wollen wir unter anderem durch
eine
118 abgestimmte Kulturförderpolitik stärken und eine zweite Gründungschance. In der
Corona-Krise
119 wurden viele Aktiengesellschaften durch staatliche Hilfen gestützt. Mittels
120 Kurzarbeiter*innengeld, Beteiligungen oder anderer Finanzhilfen wurden die
Unternehmen vor
121 der Pleite bewahrt. Für neue Hilfen muss gelten: Firmen, die Staatshilfen erhalten,
dürfen
122 keine Dividenden ausschütten.

123 **Klimaschutztechnologien made in Germany**

124 Der globale Wettbewerb um die Technologien von morgen ist in vollem Gange. Made in
Germany
125 soll zukünftig nicht nur für Qualität, sondern noch stärker für nachhaltige und
innovative
126 Produkte und Prozesse stehen. Digitalisierung und Klimaneutralität müssen Staat und
127 Unternehmen gemeinsam in Angriff nehmen. Während der Staat mehr öffentliche
Investitionen
128 realisiert, wollen wir zugleich Anreize für mehr Investitionen durch Unternehmen
setzen.
129 Dafür erweitern wir zielgerichtet die Spielräume für die Unternehmen: Investitionen
sollen
130 zeitlich befristet degressiv mit mindestens 25 Prozent abgeschrieben werden können.
Die
131 steuerliche Förderung von Forschung soll künftig gezielter an KMUs und Start-ups
fließen,
132 ihre Wirksamkeit wollen wir evaluieren und erhöhen. Öffentliche Investitionszuschüsse
sollen
133 gerade bei neuen Technologien eine Starthilfe geben; Klimaverträge helfen,
dauerhafte
134 Planungssicherheit für langfristige Klimaschutzinvestitionen zu geben.

135 **Ein Gründungskapital einführen**

136 Um den Wohlstand von morgen zu sichern, brauchen wir eine neue
Gründer*innenwelle. Mit einem
137 Gründungskapital, das für Gründer*innen und Nachfolger*innen einen Einmalbetrag
bis maximal
138 25.000 Euro sicherstellt, wollen wir dafür sorgen, dass keine gute Idee und kein
Neustart an
139 zu wenig Eigenkapital scheitert. Bedingung ist, dass die geförderte Gründung sich an
den UN-
140 Nachhaltigkeitszielen ausrichtet und eine Wirtschaftlichkeitsprüfung durch
Sachverständige

141 durchgeführt wird. Gründer*innen sollen es leicht haben: Statt sich durch ein
142 Verwaltungsdickicht quälen zu müssen, sollen sie Information, Beratung und die
Möglichkeit
143 zur Anmeldung in einer zentralen Anlaufstelle erhalten – überall in Deutschland. In den
144 ersten zwei Jahren sollen sie weitgehend von Melde- und Berichtspflichten befreit
werden.
145 Frauen sind bei Gründungen und Nachfolgen noch unterrepräsentiert, sie wollen wir
gezielt
146 fördern mit einem staatlichen Wagniskapitalfonds nur für Frauen. Vergabe- und
Auswahlgremien
147 besetzen wir paritätisch. Hürden sollten auch für Menschen mit Migrationsgeschichte
abgebaut
148 werden, hier lässt unser Land ein riesiges Potenzial brachliegen. Bei der öffentlichen
149 Vergabe beziehen wir Start-ups besser ein und vereinfachen dafür Vergabeverfahren
und Regeln
150 zur Eignungsprüfung. Wir werden die Mitarbeiterbeteiligung breiter zugänglich machen
und
151 erleichtern. Immer mehr Start-ups wollen mit digitalen Lösungen das Gemeinwohl
stärken. Dazu
152 integrieren wir sozial-ökologische Kriterien stärker in die bestehende
153 Gründungsfinanzierung.

154 **Fairer Wettbewerb um klimaneutrale Industrietechnologien**

155 Die energieintensiven Industrien – Stahl, Zement, Chemie – stehen für 15 Prozent des
156 deutschen CO₂-Ausstoßes. Zugleich bieten sie hunderttausende gute Arbeitsplätze
und sind
157 ebenso Eckpfeiler unseres Wohlstandes. Wir wollen diese Industrien zum
Technologievorreiter
158 bei der Entwicklung klimaneutraler Prozesse machen. Der Maschinenbau kann beim
weltweiten
159 Einsatz grüner Technologien made in Germany eine Schlüsselrolle einnehmen. So
bekämpfen wir
160 die Klimakrise und tragen zur Sicherung des deutschen Industriestandorts bei. Damit
die
161 Investitionen schon heute in auch langfristig klimaverträgliche Anlagen fließen
können,
162 fördern wir mit Investitionszuschüssen und degressiven Abschreibungen direkt die
163 Transformation. Mit dem Abbau von Hürden bei der grünen Eigenstromversorgung und
einem
164 zunehmenden Einsatz von grünem Wasserstoff treiben wir die Dekarbonisierung der
Prozesse
165 voran. Klimaverträge (Carbon Contracts for Difference), die die Differenz zwischen
dem
166 aktuellen CO₂-Preis und den tatsächlichen CO₂-Vermeidungskosten finanzieren, sorgen
für
167 Investitionssicherheit. Und mit Quoten für den Anteil CO₂-neutraler Grundstoffe
schaffen wir
168 Leitmärkte für CO₂-freie Produkte. Pilotanlagen für noch nicht marktreife
emissionsarme

169 Technologien wollen wir besonders fördern. Und sofern möglich, sollte das Ziel sein,
170 dass
171 neue Industrieanlagen bereits emissionsfrei betreibbar gebaut bzw. exportiert werden.
172 Bei
173 der Transformation der Chemieindustrie setzen wir auf neue innovative Produkte,
174 Prozesse und
175 Verfahren, die neben der Treibhausgasneutralität auch die Kreislaufwirtschaft fördern,
176 die
177 Effizienz steigern, Emissionen und Abfälle von vornherein vermeiden und uns
178 unabhängig von
179 fossilen Rohstoffen wie Erdöl oder Erdgas machen.

175 **Zukunftsfähige Automobilindustrie**

176 Die Automobilindustrie steht vor gewaltigen Umbrüchen. Weltweit läuft der
177 Wettbewerb um das
178 emissionsfreie und digitale Auto der Zukunft. Nach Jahren des Stillstands hat sich auch
179 die
180 Branche in Deutschland endlich auf den Weg gemacht. Jetzt braucht es
181 Entschlossenheit und
182 Zusammenarbeit, um zukunftsfähige Arbeitsplätze und klimagerechte Wertschöpfung
183 in der
184 Autoindustrie zu schaffen. Die Transformation der Automobilwirtschaft hin zum
185 wichtigen
186 Akteur für nachhaltige Mobilität ist notwendig. Der Politik kommt dabei eine zentrale
187 Rolle
188 zu, sie muss den Rahmen setzen und den Transformationsprozess gestalten. Klar ist
189 dabei: Der
190 Verbrennungsmotor hat keine Zukunft. Wir wollen ab 2030 nur noch emissionsfreie
191 Autos neu
192 zulassen. Zudem wollen wir auch in der Autoindustrie Standards für eine
193 Kreislaufwirtschaft
194 und klimaneutrale Produktion sowie die Dekarbonisierung im Stahlbereich setzen,
195 sodass der
196 ökologische Fußabdruck der Fahrzeuge immer kleiner wird. Wir unterstützen diese
197 Transformation mit Forschungs- und Innovationsförderung für alle Technologieoptionen
198 und
199 wollen den schnellen Aufbau der Ladesäuleninfrastruktur und den Markthochlauf von
200 emissionsfreien Fahrzeugen im Rahmen eines kostenneutralen Bonus-Malus-Systems
201 fördern. Die
202 Potenziale neuer Mobilitätsdienstleistungen und des autonomen Fahrens für den
203 Industriestandort und auch für Klimaschutz und Verkehrssicherheit wollen wir dabei
204 heben.
205 Zudem gilt es, die Chancen für Wertschöpfung und Arbeitsplätze der Mobilitätswende
206 in den
207 Blick zu nehmen: von neuen Jobs im ÖPNV bis zur Fahrzeugproduktion. Wichtig ist
208 zudem, dass
209 Deutschland und Europa schnell den Anschluss bei der Batteriezellenproduktion
210 finden. Gerade
211 für die Batterien der nächsten Generation, die günstiger und ressourcensparender
212 sind,
213 wollen wir in Europa eine eigene, nachhaltige Batteriezellenproduktion schaffen, zu

der ein
 197 wirksames Recyclingsystem gehört sowie die Forschung und Entwicklung der nächsten
 198 Batteriegeneration. Dazu setzen wir auf klare Vorgaben bei den Ökostandards und ein
 199 umfassendes Forschungs- und Förderprogramm. Wir wollen die besonders betroffenen
 200 Autoregionen mit regionalen Transformationsdialogen und -fonds unterstützen. Damit
 erhalten
 201 wir die Wertschöpfungskette im Mittelstand und sichern Arbeitsplätze vor Ort. Die
 202 Beschäftigten der Automobilindustrie und ihrer Zulieferer wollen wir mit
 203 Qualifizierungsangeboten und Weiterbildung unterstützen.

204 **Europäische Halbleiterindustrie stärken**

205 Eine erfolgreiche und weitsichtige Industriepolitik wird nur dann funktionieren, wenn
 auch
 206 gesamteuropäisch gedacht wird. Gerade mit Blick auf eine nötige sektorale
 Strukturförderung,
 207 wie den Aufbau einer Wasserstoffinfrastruktur, der Solar modul- und
 Batterie zellfertigung
 208 oder die Förderung der Halbleiterindustrie, ist eine europäische Ausrichtung
 entscheidend.
 209 Um kritische Abhängigkeiten zu verringern, setzen wir auf europäische Kooperation
 mit
 210 offenen Standards. Die EU-Kapazität im Bereich der Halbleitertechnologie soll wie von
 der
 211 EU-Kommission vorgeschlagen auf 20 Prozent der weltweiten Produktion ausgebaut
 werden. Das
 212 gilt vor allem für die Bereiche, in denen wir bei der Halbleitertechnologie für
 industrielle
 213 Anwendungen bereits eine starke europäische Stellung haben oder in denen eine
 besonders
 214 dynamische zukünftige Entwicklung zu erwarten ist, wie zum Beispiel bei den
 erneuerbaren
 215 Energien. Hierzu müssen Investitionen entlang der Halbleiter-Wertschöpfungskette
 erhöht
 216 werden.

217 **Erneuerbare Energien made in Europe: Schlüsselbranche für den** 218 **Klimaschutz**

219 Um klimaneutral zu werden, brauchen wir vor allem eins: richtig viel erneuerbare
 Energien.
 220 Um die Anlagen dafür bauen zu können, wollen wir nicht komplett von
 außereuropäischen
 221 Lieferanten abhängig sein und so in die nächste Importabhängigkeit geraten. Die gute
 222 Nachricht ist: Noch gibt es Hersteller von wichtigen Komponenten wie Windrädern und
 223 Wechselrichtern in Europa und auch für die enorm wichtige PV-Modul-Produktion gibt
 es wieder
 224 erste Investitionen in Produktionskapazitäten. Zahlreiche Innovationen in der
 Photovoltaik
 225 deuten darauf hin, dass das Potenzial dieser Technologie bei weitem nicht
 ausgeschöpft ist.
 226 Die deutsche Solarindustrie soll zur Impulsgeberin werden. Diese Entwicklung wollen

- wir mit
227 gezielten Investitionshilfen unterstützen.
- 228 **Kreislaufwirtschaft zum Standard machen, Reparatur- und**
229 **Recyclingindustrie voranbringen**
- 230 Müll ist ein Designfehler und eine Verschwendung wichtiger Ressourcen und Rohstoffe
– die
231 endlich sind und uns abhängig machen. Auf dem Weg zur Kreislaufwirtschaft brauchen
wir eine
232 neue Rohstoffpolitik, die den Einsatz von Primärrohstoffen reduziert, fossile durch
233 nachwachsende Rohstoffe ersetzt und die globale Rohstoffgewinnung an hohe
Transparenz-,
234 Sozial- und Umweltstandards bindet. Bei der Gewinnung heimischer Rohstoffe wollen
wir den
235 Dialog zwischen den beteiligten Akteuren forcieren. Ob Verpackung, Gebäude, Auto
oder Laptop
236 – wir schaffen die gesetzlichen Rahmenbedingungen und ökonomischen Anreize dafür,
dass alle
237 Produkte lange verwendet, wiederverwendet, gemeinsam genutzt, repariert und
hochwertig
238 recycelt werden können. Im Ergebnis heißt das bis spätestens 2050: kein Müll mehr,
Schluss
239 mit geplantem Verschleiß, dafür mehr grüne Jobs vor Ort in einer neuen europäischen
240 Reparatur- und Recyclingindustrie, die die Abhängigkeit von endlichen Ressourcen und
- 241 Rohstoffimporten verringert. Den Weg dorthin weisen wir mit verbindlichen
242 Herstellerverpflichtungen, ambitionierten Recyclingquoten, Steuer- und
Abgaberegelungen,
243 Normen und Standards und gezielten Förderprogrammen. Bis 2030 werden wir alle
Güter und
244 Materialien, die auf den Markt kommen, mit einem digitalen Produktpass ausstatten,
der
245 Unternehmen und Verbraucher*innen alle für sie wichtigen Informationen über Design,
CO₂-
246 Fußabdruck, Reparierbarkeit und Materialien bereitstellt, die für eine klimaneutrale
247 Kreislaufwirtschaft nötig sind. Effizienter Materialeinsatz und Kreislaufwirtschaft
248 reduzieren den Energiebedarf und tragen wesentlich zum Gelingen der Energiewende
bei.
- 249 **Forschungsergebnisse in die Praxis bringen, Gründungskultur beleben**
- 250 An unseren Hochschulen und Forschungseinrichtungen wird nach höchsten Standards
geforscht.
251 Vielversprechende Forschungsergebnisse – gerade auch aus der Grundlagenforschung
– müssen
252 aber noch öfter in die Praxis gelangen. Die Impfstoffe machen dabei Mut: Eine
völlig
253 neue Technologie ermöglichte in Rekordzeit die Entwicklung und Produktion gleich
mehrerer
254 Corona-Impfstoffe. Strukturelle Hemmnisse verhindern aber immer noch
Ausgründungen. Die
255 bestehenden Förderprogramme zum Transfer in die Anwendung reichen nicht aus. Wir

wollen den
256 Ausbau von Förderprogrammen für Hightech-Start-ups, Gründungszentren und
Entrepreneurship-
257 Ausbildungen vorantreiben. Die stille Beteiligung der öffentlichen Institutionen soll
zum
258 neuen Ausgründungsstandard werden. Zudem wollen wir die Entwicklung von
Impfstoffen,
259 Medikamenten und Medizinprodukten stärker fördern. Wenn sie mit einem erheblichen
Anteil
260 öffentlicher Gelder erforscht und entwickelt werden, sind an die Förderung klare
Bedingungen
261 bezüglich der Transparenz der Forschungskosten, fairer Preisgestaltung und weltweit
262 gerechten Zugangsmöglichkeiten zu knüpfen. Zusätzlich setzen wir uns für eine
mittelfristige
263 Vereinheitlichung des Gründungs- und des Gesellschaftsrechts innerhalb des
Europäischen
264 Wirtschaftsraums ein.

265 **Führungsgremien vielfältiger machen**

266 Deutschland ist vielfältig, seine Führungsetagen sind es (noch) nicht. Dabei führen
diverse
267 Teams Unternehmen erfolgreicher. Die Vielfalt der deutschen Gesellschaft muss sich
deshalb
268 auch dringend in den Führungs- und Entscheidungsgremien und der Wirtschaft
abbilden. Obwohl
269 Frauen mindestens gleich gut qualifiziert sind wie Männer, fehlen sie dort. Unser Ziel
ist
270 und bleibt: die Hälfte der Macht den Frauen. Freiwillige Regelungen haben nichts
gebracht.
271 Deshalb brauchen wir Quoten, die wirklich die kritische Masse herstellen, um zu
unserem Ziel
272 von 50 Prozent Frauenanteil zu gelangen. So soll zukünftig verpflichtend mindestens
ein
273 Drittel der Vorstandssitze größerer und börsennotierter Unternehmen bei
Neubesetzung an
274 Frauen gehen. Um das zu erleichtern, wollen wir auch Hindernisse wie fehlende
275 Elternzeitregelungen im Aktienrecht beseitigen. Die Aufsichtsräte dieser Unternehmen
sollen
276 bei Neubesetzungen verpflichtend einen Frauenanteil von mindestens 40 Prozent
anstreben.
277 Unternehmen, die in der Hand des Bundes sind oder an denen der Bund beteiligt ist,
278 Ministerien und Behörden sollen mit klaren Plänen für paritätische Betriebsstrukturen
als
279 gutes Beispiel vorangehen.
280 Karriereförderung beginnt nicht erst an der Spitze. Wir setzen uns deshalb dafür ein, in

281 Unternehmen und Organisationen Hürden für den Aufstieg von Frauen abzubauen. In
Ministerien,
282 Verwaltungen, Anstalten des öffentlichen Rechts, kommunalen Verbänden und
kommunalen
283 Unternehmen werden perspektivisch ebenfalls 50 Prozent Frauen in

Führungspositionen
284 angestrebt. Die Wirtschaftsförderung wollen wir geschlechtergerechter ausgestalten
und
285 Frauen dort, wo sie unterrepräsentiert sind, mit gezielten Maßnahmen fördern, zum
Beispiel
286 durch einen staatlichen Wagniskapitalfonds nur für Gründerinnen.

287 **Fachkräftemangel bekämpfen**

288 Durch den demografischen Wandel wird in den kommenden 15 Jahren die Zahl der
Menschen im
289 erwerbsfähigen Alter um sechs Millionen schrumpfen. Gleichzeitig erfordern die Berufe
der
290 Zukunft ganz neue Fähigkeiten. Der Arbeits- und Fachkräftemangel wird sich
verstärken. Dem
291 wollen wir entgegenwirken. Dafür investieren wir mehr in berufliche und
berufsbegleitende
292 Bildung. Die duale Berufsausbildung soll durch eine Weiterentwicklung und
Modernisierung
293 insbesondere der Lehrinhalte und der Ausstattung aufgewertet werden. Die
Finanzierung bedarf
294 der Anpassung. Der Meisterbrief soll wie ein Studium kostenfrei werden. Wir lassen
keine
295 Potenziale mehr ungenutzt: Hürden, die Frauen, Älteren, Menschen mit
Behinderungen,
296 Jugendlichen aus einkommensarmen Elternhäusern oder Menschen mit
Migrationsgeschichte oft
297 noch im Weg stehen, bauen wir ab und werden Geschlechterstereotypen
entgegenwirken.
298 Einwanderung in unser Land erleichtern wir mit der Einführung einer Talentkarte und
einer
299 schnelleren Anerkennung ausländischer Bildungs- und Berufsabschlüsse, auch
wechselseitig in
300 der EU. Allgemein wollen wir die Anerkennung ausländischer Bildungsabschlüsse
beschleunigen
301 sowie das Anerkennungsverfahren kostengünstiger gestalten. Um faire Verfahren bei
der
302 Anerkennung akademisch anerkannter Hochschulabschlüsse, die bisher ohne
staatliche
303 Anerkennung sind, für alle zu gewährleisten, wollen wir mögliche Anpassungsbedarfe
304 überprüfen und die Anerkennungspraxis verbessern. Geflüchtete sollen die Möglichkeit
zum
305 Spurwechsel bekommen, der ihnen während Ausbildung, Studium und Arbeit mehr
Rechtssicherheit
306 und damit eine berufliche Perspektive in Deutschland ermöglicht. Wir unterstützen
Betriebe,
307 die Geflüchteten und Einwander*innen eine Chance auf Ausbildung und Beschäftigung
geben, bei
308 Bedarf durch konkrete Ansprechpersonen, Qualifizierung, Beratung und Begleitung.

309 **Mittelstandspolitik ist Innovationspolitik**

310 Der deutsche Mittelstand ist vielfältig, innovativ und international wettbewerbsfähig.
 Hier
 311 entstehen die Lösungen für die Herausforderungen der Zukunft, er sichert
 Wertschöpfung in
 312 den Regionen und für sie. Unsere Mittelstandspolitik setzt auf den Dreiklang aus einer
 313 Verringerung bürokratischer Lasten, einer innovationsfreundlichen Steuerpolitik sowie
 einer
 314 breitenwirksamen Forschungslandschaft. Mit schnelleren Planungen und
 Genehmigungen und einer
 315 effizienten, digitalen Verwaltung unterstützen wir den Mittelstand bei Innovation und
 316 Transformation. Berichtspflichten sollen vereinfacht werden. Dafür sollten Vorhaben
 317 ausgetestet und mit Anwender*innen aus Verwaltung und Unternehmen aller Größen
 gemeinsam
 318 verbessert werden. Dafür ist die konsequente Anwendung und Verbesserung
 sogenannter KMU-
 319 Tests auf nationaler und europäischer Ebene ebenso erforderlich wie der Ausbau
 320 innovationsorientierter öffentlicher Beschaffung. Zur Entlastung und Förderung der
 Solo-
 321 Selbständigen
 322 und Kleinstunternehmen wird die Gewinngrenze für die Buchführungspflicht
 angehoben. Wir
 323 setzen uns für gute Bedingungen für kleine Betriebe und Selbständige ein, damit sie
 im
 324 Wettbewerb faire Chancen erhalten. Förderprogramme und Investitionszuschüsse
 wollen wir
 325 nachhaltig ausgestalten und dafür sorgen, dass sie vor allem KMUs zugutekommen.
 Dafür sollen
 326 sie deutlich einfacher zu beantragen und zu dokumentieren sein. Außerdem sollen
 passgenaue
 327 Beratungen für Klimaschutz und Digitalisierung gefördert werden, auch über längere
 328 Zeiträume. Die Förderung regionaler Innovationsökosysteme aus Hochschulen,
 Mittelstand und
 329 Zivilgesellschaft wollen wir durch die Gründung einer eigenständigen
 Innovationsagentur
 330 (D.Innova) konsequent stärken. Ausgerichtet an den globalen Nachhaltigkeitszielen
 soll die
 331 D.Innova solche Innovationsnetzwerke systematisch, proaktiv und flexibel fördern –
 von
 332 Aachen bis Anklam, von Flensburg bis Füssen. Wir wollen die regionale Wirtschaft mit
 den vor
 333 Ort agierenden Unternehmen, Wertschöpfungsketten und Produkten stärken und
 setzen auf klar
 334 definierte
 335 regionale Kennzeichnungen und Förderkonzepte.

336 **Bezahlbare Mieten für kleine und mittlere Unternehmen**

337 Mit der Immobilienspekulation sind in den Städten vielfach auch die Gewerbemieten
 338 wirtschaftlich unverträglich angestiegen und ein Ende dieser Entwicklung ist nicht in
 Sicht.
 339 Viele kleine Händler*innen und Gewerbetreibende werden verdrängt. Wir wollen, dass
 kleine

340 und mittlere Unternehmen, genau wie soziale Einrichtungen, dauerhaft einen
verbesserten
341 Kündigungsschutz bekommen und mehr Rechte, befristete Mietverträge zu
angemessenen
342 Bedingungen zu verlängern. Darüber hinaus streben wir die Einführung einer
343 Gewerbemietpreisbremse an, die in Städten mit angespanntem Gewerberaummarkt
die Begrenzung
344 von Gewerbemieten erlaubt.

345

346 **Wettbewerbsrecht für das 21. Jahrhundert**

347

348 Ein starkes Wettbewerbsrecht ist die Voraussetzung für faire Wirtschaftsbeziehungen,
349 verhindert Monopole und schützt die Verbraucher*innen. Im Wettbewerb dürfen auch
der
350 Umweltschutz und soziale Standards nicht zum Kollateralschaden werden. Deshalb
wollen wir
351 die nationalen Regeln zu unlauterem Wettbewerb so anpassen, dass ein Verstoß gegen
Umwelt-
352 und Sozialstandards als unlauterer Wettbewerb verfolgt werden kann. Zudem wollen
wir
353 erreichen, dass Umweltschutzaspekte grundsätzlich im Rahmen von deutschen und
europäischen
354 Fusionskontrollverfahren berücksichtigt werden. Den Verbraucherschutz wollen wir zu
einem
355 Zweck des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen machen und seine
behördliche Durchsetzung
356 effektiv stärken. Das umstrittene Ministererlaubnisverfahren im Rahmen von
Fusionskontrollen
357 wollen wir so anpassen, dass Verfahrensgegner*innen wieder ihre vollständigen
358 Klagemöglichkeiten erhalten. Datenschutzbehörden sollen bei der
Zusammenschlusskontrolle des
359 Bundeskartellamts konsultiert und ihre Stellungnahmen bei der Entscheidung über
eine Fusion
360 berücksichtigt werden.

361 **Zukunftsfähigkeit eines starken Handwerks sichern**

362 Das Handwerk ist in unserem Alltag überall präsent und unverzichtbar. Es zeichnet
sich durch
363 eine große Heterogenität aus: vom Heizungsinstallateurbetrieb bis zur Bäckerei, vom
364 mittelständischen Unternehmen mit hunderten Beschäftigten bis zum Kleinstbetrieb.
Es ist
365 einer der wichtigsten Wirtschaftsfaktoren in Deutschland. Das Handwerk bietet in
einer
366 nachhaltigen Wirtschaft krisensichere Arbeitsplätze und trägt entscheidend zur
ökologischen
367 Wende bei. Es bietet auch im ländlichen Raum jungen Menschen eine Perspektive.
Gerade für
368 sie liegen in der ökologischen Transformation riesige Chancen – von der
Gebäudesanierung bis
369 zum Heizungstausch. Durch Bürokratieabbau, die Unterstützung bei Nachfolgen und
die gezielte

370 Förderung der Ausbildung im Handwerk wollen wir die Rahmenbedingungen
verbessern. Oberstes
371 Ziel ist der Erhalt und die Zukunftsfähigkeit der Betriebe. In verschiedenen Bereichen
wie
372 dem Gebäudebereich bedarf es auch der deutlichen Aufstockung der Anzahl der Aus-
und
373 Weitergebildeten. Damit Handwerksberufe noch attraktiver werden, setzen wir auf
eine
374 stärkere Tarifbindung, branchenspezifische Mindestvergütungen und mehr
Gleichwertigkeit von
375 beruflicher und akademischer Ausbildung. Die Durchlässigkeit vom Studium zum
Handwerk und
376 zurück sollte selbstverständlich werden, genauso wie internationaler Austausch und
Zugang zu
377 Stipendien.

378 **Kultur schafft Wohlstand**

379 Die Kultur- und Kreativwirtschaft ist eine der am meisten unterschätzten Branchen in
380 Deutschland. Vor Corona erzielten die über 1,2 Millionen Kreativen und
Kulturschaffenden
381 allein im Jahr 2019 einen Umsatz von knapp 180 Milliarden Euro – mehr als
beispielsweise die
382 chemische Industrie oder Finanzdienstleister. Doch die Kultur- und Kreativwirtschaft ist
383 durch die Corona-Krise existenziell bedroht, besonders auch kleinere Betriebe wie
384 unabhängige Verlage, Privattheater, Programmkinos, kleine Clubs und
Veranstaltungsorte. Nur
385 mit gezieltem Schutz und verbesserter Förderung werden wir große Teile unseres
kulturellen
386 Lebens vor dem Wegbrechen retten können. Wir erweitern den Innovationsbegriff in
den
387 Programmen zur Existenzgründungsförderung, sodass davon auch die Kultur- und
388 Kreativwirtschaft profitiert. Förderprogramme schneiden wir spezifisch auf die
Bedürfnisse
389 der Kultur- und Kreativwirtschaft zu und wir bauen die Gründungsförderung aus der
390 Arbeitslosigkeit bedarfsgerecht aus.

391 **Der Tourismuswirtschaft nachhaltig auf die Beine helfen**

392 Die Reise- und Tourismuswirtschaft – ein zentraler Wirtschaftsfaktor und millionenfache
393 Arbeitgeberin – ist durch die Corona-Krise schwer getroffen. Wir wollen ihr wieder auf
die
394 Beine helfen und zugleich den Nach-Corona-Tourismus klimaschonender, ökologischer
und sozial
395 nachhaltiger gestalten. Ein ökologisch und sozial blinder Massentourismus mit
396 klimaschädlichen Kreuzfahrtschiffen, endloser Müllproduktion und riesigem
397 Ressourcenverbrauch hat keine Zukunft. Im Gegenteil, die Kreuzschiffahrt muss
endlich ihren
398 Beitrag leisten über neue Antriebe, die Verwendung von Landstrom und bessere
399 Umweltstandards. In einem nachhaltigen Tourismus liegen hingegen riesige Chancen.
400 Nachhaltigen oder sanften Tourismus wollen wir gerade in ländlichen Regionen gezielt
401 entwickeln, zum Beispiel durch den Ausbau touristischer Rad- und Wasserwege. Mit

einem
402 Shelter-System wie in Dänemark wollen wir Natur für alle erlebbar machen. Zugleich
sollen
403 Nationalparks, Biosphärenreservate und Naturschutzgebiete durch einen regulierten
Tourismus
404 nachhaltig geschützt werden. Die Bahn soll zum Tourismus-Reisemittel Nummer 1
werden – durch
405 ein europäisches Nachtzugnetz und die gezielte Anbindung touristischer Regionen an
das
406 Bahnnetz. So kann der Tourismus dabei mithelfen, eine Welt zu erhalten, die es sich
auch in
407 Zukunft noch zu bereisen lohnt.

408 **Wir geben dem Markt einen sozial-ökologischen Rahmen**

409 **Wohlstand und unternehmerischen Erfolg neu bemessen**

410 Wohlstand definiert sich nicht allein durch Wachstum des BIP, sondern lässt sich viel
411 breiter als Lebensqualität verstehen. Wir wollen den Erfolg Deutschlands und der
Unternehmen
412 neben ökonomischen auch anhand inklusiver, sozialer, ökologischer und
gesellschaftlicher
413 Kriterien messen und die politischen Leitplanken wie Anreize und Wirtschaftsförderung
414 entsprechend neu ausrichten. Dafür soll in Zukunft gemeinsam mit dem
415 Jahreswirtschaftsbericht ein Jahreswohlstandsbericht veröffentlicht werden. Dieser
416 berücksichtigt dann zum Beispiel auch den Beitrag des Naturschutzes, einer gerechten
417 Einkommensverteilung oder auch guter Bildung zum Wohlstand unserer Gesellschaft.
418 Entsprechend ändern wir die Erfolgsmessung auf Unternehmensebene und ergänzen
die
419 Bilanzierungsregeln um soziale und ökologische Werte, wie beispielsweise ihre
420 Treibhausemissionen, und setzen uns auch bei internationalen Vorschriften dafür ein.
So
421 erreichen wir endlich einheitliche Regelungen für die Messung von nachhaltigem
422 unternehmerischem Erfolg und leisten einen wichtigen Beitrag dazu, dass im
Wettbewerb
423 Nachhaltigkeit nicht mehr wie heute eher bestraft, sondern positiv angereizt wird.

424 **Den europäischen Green Deal ambitioniert gestalten**

425 Mit dem Europäischen Green Deal hat die EU-Kommission ein Programm vorgelegt, um
die
426 Europäische Union zum ersten klimaneutralen Kontinent zu machen. Es umfasst
427 Gesetzesvorschläge in den Bereichen Klima- und Umweltschutz sowie für eine
gestärkte
428 Wettbewerbsfähigkeit, Energiesicherheit und Innovationsdynamik einer
dekarbonisierten
429 europäischen Wirtschaft. Wir setzen uns für eine ambitionierte Ausgestaltung und eine
430 ehrgeizige Umsetzung auf allen Ebenen ein. Wir machen weiter Druck, damit die
ökologische

431 Wende dazu beiträgt, Ungleichheit zu verringern. Dafür wollen wir den Just Transition
Fund
432 aufstocken und ausbauen. In der Landwirtschaftspolitik kämpfen wir dafür, dass die
Reform
433 der Gemeinsamen Agrarpolitik und ihre Umsetzung unter die Ziele des Green Deal und
des
434 Pariser Klimaabkommens gestellt werden, da sie immense Auswirkungen auf Umwelt-
und
435 Artenschutz
436 entfalten. In der Handelspolitik wollen wir Umwelt- und Sozialkapitel von zukünftigen
437 Handelsverträgen rechtsverbindlich und sanktionierbar machen.

438 **Die Macht des EU-Binnenmarkts für die Transformation nutzen**

439 Der EU-Binnenmarkt ist eine Erfolgsgeschichte, die gerade im globalen Wettbewerb
auf seinen
440 hohen Standards beruht: im Verbraucher- und Datenschutz, im Umwelt- und
Gesundheitsschutz
441 sowie für die soziale und Produktsicherheit. Diese hohen Standards wollen wir im Sinne
einer
442 sozial-ökologischen Transformation des Binnenmarkts erhalten und ausbauen, denn sie
stärken
443 die Innovationskraft der Unternehmen, ermöglichen die Ausnutzung von
Skaleneffekten und
444 begünstigen den internationalen Handel. Um die Digitalisierung zu gestalten, müssen
wir
445 Dienstleistungen von Plattformen und ihre Marktmacht regulieren. Plattformen müssen
446 verpflichtet werden, europäische Qualitäts- und Sicherheitsstandards auch im Online-
Handel
447 zu gewährleisten. Die globale Lenkungswirkung des Binnenmarkts wollen wir steigern,
indem
448 wir sicherstellen, dass Unternehmen auf dem europäischen Markt auch international
449 Verantwortung für ihre Produktions- und Vertriebsweise entlang der gesamten
450 Wertschöpfungskette übernehmen. Die Handlungsspielräume von Kommunen in der
Europäischen
451 Union wollen wir ausbauen und die Daseinsvorsorge vor Liberalisierungsdruck
schützen.

452 **Sozialunternehmen und Genossenschaften stärken**

453 Wir wollen die Bereiche der Wirtschaft stärken, in denen langfristige Nachhaltigkeit
mehr
454 zählt als kurzfristige Rendite, und die oft auch einen Beitrag zur Demokratisierung der
455 Wirtschaft leisten. Wir unterstützen daher einerseits Genossenschaften, da sie
krisenfester
456 und gemeinwohlorientierter als andere Rechtsformen sind. Andererseits fördern wir
457 Sozialunternehmen, weil sie gesellschaftliche Anliegen mit unternehmerischem
Handeln direkt
458 mit sozial-ökologischen Zielen verbinden. Und wir begrüßen das Konzept der
459 Gemeinwohlökonomie, weil es die Idee des Gemeinwohls in die privatwirtschaftliche
Breite
460 trägt. Wir schaffen zielgruppenspezifische Finanzierungsinstrumente und wollen die

Programme

461 der klassischen Gründungs- und Innovationsfinanzierung ausweiten. Unser Ziel ist eine
462 Gründungswelle neuer Genossenschaften und von sozial-ökologisch inspirierter und
am
463 Gemeinwohl orientierter Unternehmen. Dazu werden wir die Rahmenbedingungen für
ihr
464 Wirtschaften systematisch verbessern und bestehende Benachteiligungen beseitigen.
Den
465 Gründungszuschuss der Arbeitsagenturen wollen wir nicht allein vom wirtschaftlichen
Gewinn,
466 sondern auch von sozial-ökologischen Wirkungskriterien abhängig machen. Nicht
genutzte
467 Guthaben auf verwaisten Konten wollen wir – sofern keine Erbsprüche vorhanden
sind – für
468 einen Fonds nutzen, der zielgerichtet in nachhaltige und soziale Innovationen
investiert.

469 **Neue Formen für nachhaltiges Unternehmertum**

470 Wir setzen uns für die Einführung einer Unternehmensform für
Verantwortungseigentum ein.
471 Immer mehr Unternehmer*innen verstehen ihr Unternehmen nicht als individuell
konsumierbares
472 Vermögen. Sie wollen, dass ihr Unternehmen nicht dem kurzfristigen Shareholder-
Value dient,
473 sondern langfristig ausgerichtet und dem Gemeinwohl verpflichtet ist. Dafür brauchen
sie
474 eine Rechtsform, die eine hundertprozentige Vermögensbindung an das Unternehmen
ermöglicht.
475 Gewinne werden reinvestiert oder gespendet. Die Stimmrechte können von den
Beschäftigten im
476 Kollektiv oder von Einzelnen treuhänderisch gehalten werden – sie werden nicht an
den/die
477 Meistbietende*n verkauft, sondern ähnlich wie in anwaltlichen Partnerschaften, immer
an
478 aktiv mit dem Unternehmen verbundene Personen weitergegeben.

479 **Wir bringen die Digitalisierung voran**

480 **Eine europäische Cloud-Infrastruktur**

481 Daten sind eine Schlüsselressource der digitalen Welt, insbesondere für Anwendungen
der
482 Künstlichen Intelligenz. Gerade im industriellen Bereich wollen wir neue Ansätze
schaffen,
483 um eine gemeinsame, freiwillige Nutzung sowohl von nicht personenbezogenen als
auch von
484 personenbezogenen, aber anonymisierten Daten, zum Beispiel aus Entwicklungs- und
485 Fertigungsprozessen, zu verbessern und rechtssicher zu gestalten. Davon profitiert vor
allem
486 der Mittelstand. Hierfür braucht es klare gesetzliche Spielregeln für kooperative und

487 dezentrale Datenpools und Datentreuhandmodelle wie zum Beispiel
488 Datengenossenschaften, die
489 eine gemeinsame und durch Kartellbehörden überprüfbare Nutzung dieser Daten
ermöglichen. Wir
489 wollen eigene europäische Standards und Regeln setzen. Die eigene kritische
Infrastruktur
490 wollen wir schützen und eine gemeinsame europäische Cloud-Infrastruktur auf Basis
von Open-
491 Source-Technologien realisieren. Europa muss in eigene Expertise im Bereich der
Verarbeitung
492 großer Datenmengen für Künstliche Intelligenz investieren.

493 **Hightech-Standort ausbauen**

494 Die rasante Entwicklung des Corona-Impfstoffs von Wissenschaftler*innen und
495 Unternehmer*innen aus Mainz hat gezeigt, welche Innovationskraft in unserer
Forschungs- und
496 Unternehmenslandschaft steckt. Eine Innovationskraft, die der Staat mit Tempo und
497 entschlossenen Investitionen unterstützen muss. Vor allem die Bereiche Künstliche
498 Intelligenz (KI), Quantencomputing-, IT-Sicherheits-, Kommunikations- und
Biotechnologie
499 oder auch die weitere Entwicklung von ökologischen Batteriezellen wollen wir
besonders
500 fördern, damit wir unsere technologische Souveränität sichern können und in der
weltweiten
501 Konkurrenz vorne mitspielen. Dabei legen wir einen besonderen Fokus darauf, die
ökologischen
502 und sozialen Potenziale der Technologien zu heben. So verbessern Innovationen die
503 Lebensbedingungen der Menschheit und sichern den Wohlstand von morgen. Dafür
benötigen wir
504 auch privates Risikokapital, das wir durch staatliche Fonds stark hebeln wollen. Um im
505 internationalen Standort-Wettbewerb mithalten zu können, bedarf es einer starken
506 europäischen Vernetzung von Spitzenforschung. Wir investieren in Spitzenforschung
und die
507 Bildung von Clustern in diesen Bereichen. Wir wollen bereits heute den Grundstein
legen für
508 die europäische Souveränität in weiteren Trends der KI, etwa mit der Unterstützung
eines
509 europäischen Ökosystems für das Erproben von allgemeiner Künstlicher Intelligenz
510 („Artificial General Intelligence“). Den Hightech-Standort auszubauen, heißt aber auch,
die
511 dringend benötigten Talente anzuziehen. In der Forschung bedeutet das angemessene
512 Finanzierung.

513 **Start-up-Wagniskapital eine Richtung geben**

514 Wir müssen nicht nur technologisch exzellent sein, sondern bahnbrechende
Technologien auch
515 in neue Geschäftsmodelle, Märkte, Dienstleistungen und Produkte umwandeln können.

516 Fördermöglichkeiten und Netzwerke für Start-ups und junge Unternehmen auf
nationaler und
517 europäischer Ebene können den Unterschied zwischen einer guten Idee auf dem

Flipchart und
 518 einem weltweit erfolgreichen Unternehmen ausmachen. Ein staatlicher
 Wagniskapitalfonds kann
 519 helfen, unseren Gründer*innen dauerhaft eine Heimat zu geben. Wir fordern, noch
 mehr und
 520 noch schneller zu investieren. Dieser Zukunftsfonds soll verstreute Förderangebote
 bündeln
 521 und ein Vielfaches an privaten Geldern hebeln. Gleichzeitig sollte auch ein
 funktionierender
 522 Sekundärmarkt für Direktinvestitionen und Anteile an Wagniskapitalfonds aufgebaut
 werden,
 523 etwa durch eine Co-Investing-Plattform. Die Mission des Zukunftsfonds ist
 Nachhaltigkeit. Er
 524 finanziert insbesondere Projekte in Bereichen wie Greentech, Künstlicher Intelligenz,
 525 nachhaltiger Mobilität, Bioökonomie und Zirkulärwirtschaft, die wegen ihres
 Risikoprofils
 526 keine einfache Finanzierung am Markt bekommen. Wir wollen Finanzierungsformen
 gezielt für
 527 Gründungen von Start-ups der Green Economy anpassen und Barrieren beim Zugang
 zu Aufträgen
 528 der öffentlichen Beschaffung abbauen. Regionale Greentech-Hubs wollen wir fördern,
 um die
 529 Zusammenarbeit zwischen Start-ups und etablierten Unternehmen zu erleichtern.

530 **Internetgiganten regulieren**

531 Wir setzen uns für einen funktionierenden und fairen Wettbewerb auf digitalen
 Märkten ein.
 532 Durch übermäßige Marktmacht einzelner Internet- und Techgiganten wird dieser
 eingeschränkt
 533 oder gar aufgehoben. Relevante Erwerbsvorgänge von Tech-Konzernen sollten durch
 das
 534 Bundeskartellamt geprüft werden, um den strategischen Aufkauf von aufkeimender
 Konkurrenz
 535 („Killer Acquisitions“) zu verhindern. Dabei sollten Datenschutzbehörden eine
 Gelegenheit
 536 zur Stellungnahme erhalten. Die Interoperabilität ihrer Software und ihrer digitalen
 Dienste
 537 sowie Datenportabilität und offene Schnittstellen sind wo immer möglich von bereits
 538 marktbeherrschenden Unternehmen verpflichtend zu gewährleisten. Wir setzen uns
 für eine
 539 dementsprechend ambitionierte Umsetzung des Digital Markets Act auf europäischer
 Ebene ein.
 540 Unter dem Dach eines eigenständigen europäischen Kartellamts wollen wir deshalb
 eine
 541 europäische Digitalaufsicht etablieren, die als Frühwarnsystem fungiert und
 542 sanktionsbewährte Kooperations- sowie Transparenzpflichten aussprechen kann.
 Unternehmen
 543 sollen auch unabhängig von einem Missbrauch aufgespalten werden können, wenn
 ihre Marktmacht
 544 zu groß wird oder bereits zu groß ist.

545 **Geschlechtervielfalt in der Digitalwirtschaft**

546 Alle sollen an der Gestaltung der digitalen Transformation beteiligt sein und ihre
547 Potenziale einbringen können. Deshalb werden wir eine Strategie „Frauen in der
548 Digitalisierung“ vorlegen und umsetzen. Mädchen sollen schon in der Grundschule für
549 Digitalthemen begeistert werden und ohne Technikgenderstereotype aufwachsen. Wir
brauchen
550 eine geschlechtersensible Lehre, die gezielte Ansprache von Frauen für MINT-
Studiengänge und
551 Ausbildungsberufe sowie mehr Frauen in den Gremien, wo diese
Richtungsentscheidungen
552 getroffen werden. Darüber hinaus fördern wir familiengerechte Ausbildungswege für
Frauen mit
553 anderem beruflichem Hintergrund als Zugang zur Digitalbranche. In der Digitalbranche
ist ein
554 Kulturwandel erforderlich, auch um unser volles Innovationspotenzial auszuschöpfen.
555 Freiwillige und verpflichtende Maßnahmen für die Unternehmen sind notwendig, um
556 diskriminierungsfreie Arbeitsplätze und einen gleichberechtigten Zugang zu
557 Gestaltungspositionen in der digitalen Transformation zu ermöglichen. Bei der Vergabe
von
558 Fördermitteln und öffentlichen Investitionen muss der Frauenanteil einer Organisation
bzw.
559 eines Start-ups berücksichtigt werden. Für staatliche Institutionen soll Diversität ein
560 Leitprinzip für alle Digitalstrategien sein.

561 **Transparente Algorithmen**

562 Datenverarbeitende und algorithmische Entscheidungssysteme haben das Potenzial,
neues Wissen
563 zu generieren und so nachhaltigeres Handeln zu ermöglichen. Datengetriebene
Systeme sind
564 nicht neutral, da sie ein Produkt ihrer zugrunde liegenden Daten sind und somit
565 diskriminierend und vorurteilsbehaftet sein können. Wir wollen daher Qualitätskriterien

566 sowie die europäischen Anstrengungen für Transparenz und Überprüfbarkeit
vorantreiben, damit
567 algorithmische Entscheidungssysteme nicht diskriminierend wirken. Wir setzen uns ein
für
568 einen nach Risiken abgestuften europäischen Ordnungsrahmen für den Einsatz
automatischer
569 Systeme, klare Regeln zur Nachvollziehbarkeit, zum Datenschutz, zum Arbeitsrecht
und zur
570 Datenqualität, um Kontrolle und Haftung, aber auch Rechtssicherheit für betroffene
Betriebe
571 zu ermöglichen. Hier wollen wir verstärkt gleiche Standards auf europäischer Ebene
572 definieren und umsetzen. Für eine öffentliche Kontrolle dieser Regeln müssen
Behörden gut
573 geschult und technisch dementsprechend aufgestellt sein. Das bedeutet auch eine
574 Modernisierung des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes sowie strenge Kriterien
für den
575 Einsatz von algorithmischen und automatischen Entscheidungen, insbesondere in der
576 öffentlichen Verwaltung. Auch Plattformanbieter müssen ihre automatisierten
Entscheidungen,
577 Vergleiche oder Preise transparent machen und erklären können.

578 **IT-Sicherheit als Standortfaktor**

579 Gute IT-Sicherheit und klare rechtsstaatliche Standards sichern Grundrechte und sind
 die
 580 Voraussetzung, damit der digitale Wandel gelingt. Der Staat bleibt in der Pflicht, diese
 zu
 581 gewähren. Gerade die kritische Infrastruktur wie beispielsweise unsere Stromnetze
 muss
 582 besonders geschützt werden. Gute IT-Sicherheit ist längst auch ein wichtiger
 Standortfaktor.
 583 Wer digital souverän sein will, muss entsprechend handeln und darf die Sicherheit aller

 584 nicht unterlaufen. Ein effektiver und moderner Datenschutz schützt die
 Menschenwürde und
 585 nimmt verstärkt auch die Gesellschaft in Gänze in den Blick, um die Abwehr auch
 586 überindividueller Risiken kollektiv zu gestalten. Wir setzen Anreize für guten
 Datenschutz
 587 und beste IT-Sicherheit, wollen innovative, technische Ansätze zum effektiven Schutz
 der
 588 Privatsphäre ausbauen und Auditierungen und europäisch einheitliche Zertifizierungen

 589 vorantreiben. Vor allem KMUs sollen sehr viel stärker durch ein dezentrales und
 unabhängiges
 590 IT-Beratungsnetzwerk unterstützt werden. Der Staat selbst muss mit gutem Beispiel
 591 vorgehen, die wichtige Arbeit der Aufsichtsbehörden stärker unterstützen sowie ihre

 592 Kooperation im föderalen und europäischen Zusammenspiel verbessern, bis hin zur
 gemeinsamen
 593 Aufgabenwahrnehmung und Durchsetzung. Die Unabhängigkeit des BSI stärken wir.
 Bei
 594 staatlichen IT-Projekten muss IT-Sicherheit von Anfang an mitgedacht und
 implementiert
 595 werden. Zudem wollen wir die Entwicklung sicherer Hardware gezielt fördern. Im Sinne
 der
 596 Nachhaltigkeit digitaler Produkte führen wir eine Verpflichtung zu einer
 angemessenen,
 597 risikoorientierten und benutzerfreundlichen Bereitstellung von Sicherheitsupdates ein.
 Beim
 598 Ausbau digitaler Infrastrukturen, wie zum Beispiel 5G, wollen wir die Integrität unserer
 599 kritischen Infrastruktur, die digitale Souveränität Europas und die Einhaltung der
 600 Menschenrechte wie das Recht auf Privatsphäre sicherstellen. Dafür sind einerseits
 höchste
 601 IT-Sicherheitsstandards für Komponenten in digitalen Infrastrukturen nötig.
 Andererseits
 602 wollen wir die technologische Unabhängigkeit Europas durch verstärkte
 Eigenentwicklungen und
 603 produktionen, durch vielfältige digitale Ökosysteme und offene Standards stärken. Um
 604 Gefahrenlagen konkret bewerten zu können, müssen neben technischen auch
 rechtliche,
 605 rechtsstaatliche, sicherheitsrelevante und geostrategische Aspekte in die Prüfung
 einbezogen
 606 werden. Eine Beteiligung von nicht vertrauenswürdigen Unternehmen, insbesondere

aus

607 autoritären Staaten, an kritischer Infrastruktur lehnen wir ab.

608 **Wir kämpfen für einen fairen und nachhaltigen Handel**

609 **Neustart für gute Handelsverträge**

610 Handel ist eine wichtige Grundlage unseres Wohlstandes: Fairer Handel trägt zur Vertiefung

611 internationaler Partnerschaften und damit auch zu einer sicheren Welt bei. Gerade in Zeiten,

612 die zunehmend unter den Vorzeichen eines Systemwettbewerbs zwischen demokratischen und

613 autoritären Staaten stehen, setzen wir auf eine proaktive Handelspolitik. Wir wollen einen

614 multilateralen Welthandel und Handelsabkommen, die dem Wohlstand aller Menschen dienen, die

615 Umwelt- und Klimaschutz sowie die Einhaltung der Menschenrechte einfordern und die

616 Beziehungen mit unseren Partner*innen im Einsatz für Demokratie und Freiheit stärken. Eine

617 Zersplitterung von Handelsbeziehungen erschwert ein internationales Miteinander. Eine

618 nachhaltig und fair reformierte Welthandelsorganisation (WTO) muss zu einer echten globalen

619 Partnerschaft beitragen. In einem ersten Schritt wollen wir die WTO-Berufungsinstanz zur

620 Streitbeilegung wiederbeleben, um die Multiplizierung von Handelskonflikten nach dem Recht

621 des Stärkeren einzudämmen. Die Chance, mit der neuen US-Administration die Handelskonflikte

622 beizulegen und einen transatlantischen Markt für klimaneutrale Produkte zu schaffen, wollen

623 wir ergreifen. Abkommen mit negativen Auswirkungen auf die Umwelt oder die

624 Ernährungssouveränität wie das EU-Mercosur-Abkommen mit lateinamerikanischen Staaten lehnen

625 wir ab. Die Europäische Union kann aufgrund des großen gemeinsamen Binnenmarktes

626 selbstbewusst in Handelsverhandlungen gehen. Europäische Handelsverträge müssen verbindliche

627 und durchsetzbare Menschenrechts-, Umwelt- und Sozialstandards enthalten und Marktöffnungen

628 im Dienstleistungsbereich

629 grundsätzlich nur in Positivlisten regeln. Dazu zählt, das Pariser Klimaschutzabkommen sowie

630 ILO-Kernarbeitsnormen zur Bedingung und einklagbar zu machen. Das europäische

631 Vorsorgeprinzip ist stets zu wahren. Gute Handelspolitik muss die kommunale Daseinsvorsorge

632 und die Möglichkeit der Rekommunalisierung ausreichend schützen.

Handelsabkommen sollten

633 nicht nur Rechte für Unternehmen, sondern auch ihre Pflichten regeln. Deshalb setzen wir uns

634 für einen multilateralen Handelsgerichtshof bei den Vereinten Nationen ein, der beides
635 abdeckt. Internationale Konzerne dürfen durch Handels- und Investitionsklagen nicht
noch
636 mächtiger werden, daher lehnen wir Klageprivilegien oder eine Sonderjustiz für
ausländische
637 Investor*innen ab. Wir wollen, dass die EU und ihre Mitgliedstaaten aus dem
vollkommen aus
638 der Zeit gefallenen Energiecharta-Vertrag aussteigen, auch um die Ziele des Green
Deal der
639 EU nicht zu gefährden. Wir lehnen Handelsabkommen ab, die Klima, Umwelt und
640 Verbraucher*innen nicht ausreichend schützen. Das CETA-Abkommen werden wir
deshalb in seiner
641 jetzigen Fassung nicht ratifizieren. Wir werden so sicherstellen, dass die gefährlichen
642 Investor-Staat-
643 Schiedsgerichte nicht zur Anwendung kommen. Auch an den derzeit vorläufig
angewendeten
644 Teilen von CETA üben wir erhebliche Kritik. Wir wollen das Abkommen gemeinsam mit
Kanada
645 weiterentwickeln und dadurch neu ausrichten. Wir wollen insbesondere die
demokratische
646 Kontrolle bei der regulatorischen Kooperation verbessern. Hier muss das
Europaparlament
647 künftig besser eingebunden werden. Zudem braucht es stärkere Regelungen zu
Umwelt-, Klima-
648 und Verbraucherschutz und die Sicherung des europäischen Vorsorgeprinzips. Das EU-
China-
649 Investitionsabkommen, das maßgeblich von der deutschen Bundesregierung
vorangetrieben wurde,
650 ist in den Bereichen Level Playing Field und Menschenrechte unzureichend. Wir können
ihm in
651 seiner jetzigen Form nicht zustimmen.

652 **Aktive Außenwirtschaftspolitik und fairer Wettbewerb**

653 Um legitime Sicherheitsinteressen zu schützen und gleiche Wettbewerbsbedingungen
für alle
654 Marktteilnehmer*innen durchzusetzen, muss die EU reagieren, wenn aus Drittländern
mit
655 unfairen Mitteln auf dem EU-Binnenmarkt agiert wird, sowie eine aktive
656 Außenwirtschaftspolitik betreiben. Anti-Dumping- und Anti-Subventions-Instrumente
müssen
657 weiterentwickelt werden, um ein Level Playing Field auf globalen Märkten zu erreichen.
Die
658 Anti-Dumping-Regeln müssen noch stärker als bisher auch bei Dumping durch niedrige

659 ökologische und soziale Standards anwendbar sein. Durch eine Reform
660 des EU-Beihilferechts können Wettbewerbsverzerrungen durch staatlich geförderte
Konzerne aus
661 anderen Weltregionen verhindert werden. Der EU-Prüfmechanismus für ausländische
662 Direktinvestitionen muss verbessert werden, um zu verhindern, dass europäische
Unternehmen

663 von hochsubventionierten ausländischen Firmen übernommen werden, und ein neues
EU-Instrument
664 gegen wirtschaftlichen Zwang soll der EU helfen sich gegen rechtswidrigen
ökonomischen Druck
665 von außen zu wehren. Die deutsche Außenwirtschaftsförderung und ihre Instrumente
müssen in
666 Zukunft – anstelle von fossilen Anlagen und Kraftwerken – Hidden Champions
unterstützen, die
667 beispielsweise Hightech für bessere Umwelt- und Lebensbedingungen herstellen. Dazu
müssen
668 sie konsequent am 1,5-Grad-Ziel, an der Agenda für nachhaltige Entwicklung und an
669 Menschenrechten ausgerichtet werden. Mit der EU-Kommission setzen wir uns für
einen
670 Grenzausgleich von CO₂-Kosten ein, damit ambitionierter Klimaschutz nicht zum
671 Wettbewerbsnachteil wird. Wir werden uns dafür einsetzen, dass die EU mit den
Einnahmen aus
672 diesem Grenzausgleich auch ärmere Handelspartnerländer bei der Dekarbonisierung
unterstützt.

673 **Fairer Handel für eine nachhaltige Entwicklung im globalen Süden**

674 Die Entwicklungschancen der Länder des globalen Südens sind stark davon abhängig,
wie fair
675 die Handelspolitik gestaltet wird. Fairer Handel muss zum Standard werden, auch um
676 postkoloniale Kontinuitäten zu durchbrechen. Dieser muss sich am Pariser
Klimaabkommen, an
677 der Agenda für nachhaltige Entwicklung sowie an den UN-
Kernmensenrechtsverträgen
678 orientieren. Bestehende Fair-Handels-Initiativen müssen gefördert werden. Es braucht
im
679 Sinne einer nachhaltigen globalen Strukturpolitik dringend eine gerechte
Handelspolitik mit
680 den Ländern des globalen Südens, die regionale Wertschöpfung, regionalen Handel
und
681 Integration fördert und ihnen genügend Raum lässt, durch Zölle und Quoten ihre
Märkte zu
682 schützen sowie durch Exportsteuern die Ausfuhr heimischer Rohstoffe zu beschränken.
So wird
683 der Aufbau heimischer Industrien gefördert. Zölle für Länder des globalen Südens auf
684 verarbeitete Produkte sollen gesenkt bzw. abgeschafft werden. Eine
Instrumentalisierung der
685 Entwicklungszusammenarbeit zur Flüchtlingsabwehr lehnen wir ab.

686 **Lieferkettengesetz europäisch umsetzen**

687 Viel zu oft kaufen wir Dinge, deren Herstellung auf dem Raubbau an Mensch und Natur
basiert,
688 obwohl wir das gar nicht wollen. Damit Unternehmen künftig Umwelt- und
Sozialstandards,
689 Menschenrechte sowie Klima- und Artenschutz entlang der gesamten internationalen
690 Wertschöpfungskette durchsetzen, braucht es ein verbindliches und wirksames
691 Lieferkettengesetz auf nationaler wie europäischer Ebene. Zudem schafft ein solcher
692 verbindlicher Rahmen gleiche Wettbewerbsbedingungen am Markt und er schafft

693 Rechtssicherheit. Den Kern einer solchen Regelung stellt eine zivilrechtliche Haftung
dar,
694 auf deren Grundlage Unternehmen im Schadensfall zur Verantwortung gezogen
werden können.
695 Nachbesserungen am deutschen Lieferkettengesetz sind dringend notwendig, zum
Beispiel eine
696 Ausweitung der erfassten Unternehmen, aber auch eine Erweiterung der
umweltbezogenen
697 Sorgfaltspflichten. Darüber hinaus setzen wir uns auch auf europäischer Ebene für
eine
698 ambitionierte, verbindliche Regelung in internationalen Lieferketten ein. Waren, deren
699 Herstellung mit schweren
700 Menschenrechtsverletzungen wie zum Beispiel Kinder- oder Zwangsarbeit im
Zusammenhang
701 steht, soll der Zugang zum EU-Binnenmarkt verwehrt werden. Auf EU-Ebene werden
wir uns zudem
702 für einen Importstopp für Agrarprodukte einsetzen, die im Zusammenhang mit
illegaler
703 Entwaldung und Menschenrechtsverletzungen wie Vertreibung stehen. Weltweit wird
Wald,
704 insbesondere so wichtiger Tropen-, Ur- und Mangrovenwald, mit fortschreitender
705 Geschwindigkeit abgeholzt und abgebrannt – vor allem für die agrarindustrielle
Produktion
706 wie den Anbau von Soja und Palmöl, für Bergbau oder Holzeinschlag. Ein Großteil der
Güter
707 wird in die EU importiert. Die EU-Holzhandelsverordnung wollen wir stärken, die
Verwendung
708 von Soja und Palmöl als Kraftstoff jetzt stoppen und Strategien zur Reduktion von
Palmöl und
709 Soja in anderen Bereichen voranbringen. Wir schützen hier und weltweit den Wald,
fördern die
710 Wiederbewaldung und Renaturierung zerstörter Flächen und wollen dazu Verträge und
Partnerschaften mit entsprechenden Ländern schließen. Wir setzen uns zudem für
711 gentechnikfreie Lieferketten ein. Auf internationaler Ebene muss die Erarbeitung eines
712 rechtsverbindlichen UN-Abkommens zu Wirtschaft und Menschenrechten (Binding
713 Treaty)
714 vorangetrieben werden.

715 **Wir machen die Finanzmärkte stabiler und nachhaltiger**

716 **Grüne Finanzmärkte**

717 Im Kampf gegen die Klimakrise und beim sozial-ökologischen Umbau unserer
Wirtschaft spielt
718 das Finanzsystem eine bedeutende Rolle. Noch immer werden Milliarden in fossile
Energien und
719 Geschäftsmodelle, die auf der Zerstörung der Ökosysteme und der Verletzung der
720 Menschenrechte aufbauen – und damit gegen unsere Zukunft –, investiert. Wir werden
721 durchsetzen, dass sich die öffentliche Hand vollständig aus diesen Investitionen
722 zurückzieht, wenn weiterhin keine verlässlichen
723 Schritte für eine nachhaltige Transformation der dahinterstehenden Unternehmen

eingeleitet

724 werden. Öffentlich-rechtliche Banken, Versicherer und Pensionsfonds sowie der Bund
als
725 Investor und Miteigentümer von Unternehmen müssen eine Vorreiterrolle bei der
grünen
726 Finanzwende und der Transformationsfinanzierung einnehmen. Klima- und
Umweltrisiken sollen
727 offengelegt und bei Banken und Versicherungen mit Eigenkapital unterlegt werden
sowie bei
728 Ratings berücksichtigt werden. Alle Anlagen, nicht nur grüne, müssen eine
729 Nachhaltigkeitsbewertung haben, die für alle Anleger*innen transparent ist. Dabei sind
neben
730 den Klimazielen auch andere Umweltwirkungen, Menschenrechte, Arbeitsnormen und
731 Entwicklungsziele zu berücksichtigen. Dafür braucht die BaFin eine robuste ESG-
732 Aufsichtskompetenz gemäß der Sustainable-Finance-Regulierung. Auch in die
Anlageberatung
733 muss diese Bewertung einfließen. Zum Schutz des Klimas, aber auch zum Schutz der
734 Anleger*innen, brauchen wir eine einheitliche Zertifizierung nachhaltiger
Finanzprodukte auf
735 europäischer Ebene. So sorgen wir dafür, dass Kapital von schmutzigen in grüne und
736 nachhaltige Investitionen umgelenkt wird. Atomkraft ist keine grüne Geldanlage.

737 **Saubere Bilanzen am deutschen Kapitalmarkt**

738 Beim Bilanzskandal Wirecard sind die zuständigen Wirtschaftsprüfer*innen und die
staatliche
739 Aufsicht an ihrer Aufgabe gescheitert. Erst nachdem ein neues Unternehmen auf die
Bilanzen
740 geblickt hatte, wurde ordentlich geprüft, während man die Jahre davor immer wieder
Bilanzen
741 durchwinkte, um die eigenen Versäumnisse der Vorjahre zu vertuschen. Wir wollen,
dass
742 Unternehmen in der Regel nach sechs Jahren ihre Wirtschaftsprüfer*innen wechseln
müssen.
743 Wirtschaftsprüfungsgesellschaften dürfen nicht gleichzeitig Unternehmen beraten, die
sie
744 prüfen. Die Aufdeckung von Bilanzbetrug muss als Ziel gesetzlich verankert werden.
745 Wirtschaftsprüfungsgesellschaften müssen wirksam staatlich beaufsichtigt werden.
Die
746 persönliche Haftung von Entscheider*innen in Unternehmen muss bei Rechtsverstößen
747 tatsächlich wirksam werden. Auch Aufsichtsräte müssen gestärkt und kompetent
besetzt werden.
748 Die Vergütung von Vorständen muss sich am langfristigen Unternehmenserfolg statt
am
749 kurzfristigen Börsenkurs orientieren.

750 **Eine Finanzaufsicht mit Zähnen**

751 Wir brauchen eine Finanzaufsicht mit Zähnen, die Missstände aufzeigt, statt sie zu
752 ermöglichen. Bei Wirecard hat auch die deutsche Finanzaufsicht (BaFin), wie so häufig
zuvor
753 kläglich versagt. Als Aufseherin verbot die BaFin Leerverkäufe gegen Wirecard und

zeigte
 754 Journalist*innen an, die Unregelmäßigkeiten aufdeckten. Das kam einem Persilschein
 für
 755 Wirecard gleich. Anleger*innen haben im Ergebnis nicht nur ihr Geld, sondern zugleich
 auch
 756 das Vertrauen in den Finanzplatz Deutschland und seine Aufsicht verloren. Für ehrliche

 757 Unternehmen wird die Finanzierung so künftig schwieriger und teurer. Kultur und
 758 Selbstverständnis der BaFin müssen sich deshalb komplett ändern. Es braucht eine
 759 Fehlerkultur innerhalb der Aufsicht und eine Kultur der Skepsis und des Hinterfragens.
 Wir
 760 wollen eine Finanzpolizei mit umfassenden Prüfungsrechten schaffen, die
 Informationen mit
 761 allen zuständigen Behörden im In- und Ausland austauscht. Dem Zoll als
 Bundesbehörde kommen
 762 wichtige Aufgaben im Bereich der Bekämpfung der Finanzkriminalität,
 Steuerhinterziehung und
 763 Geldwäsche zu. Momentan ist er personell und organisatorisch nicht in der Lage, diese

 764 Funktion zu erfüllen. Wir werden ihn besser und mit den notwendigen rechtsstaatlich
 765 abgesicherten Befugnissen ausstatten, damit er künftig schwere Finanzkriminalität
 effektiv
 766 bekämpfen kann.

767 **Das Bankgeschäft muss wieder langweilig werden**

768 Auch über zehn Jahre nach der Finanzkrise geht von Banken noch immer eine Gefahr
 für die
 769 Wirtschaft aus. Noch immer ist nicht ausgeschlossen, dass im Falle einer Pleite die
 770 Steuerzahler*innen haften. Wir wollen deshalb zurück zum „Boring Banking“. Banken
 sollen
 771 nicht spekulieren, sondern die Realwirtschaft finanzieren. Statt der immer
 772 undurchsichtigeren Regulierungsflut wollen wir einfache und harte Regeln. Die
 773 Regulierungslücken bei Schattenbanken, Zahlungsdienstleistern und Fintechs
 schließen wir,
 774 jedes Produkt und jeder Akteur muss reguliert sein. Wir werden die Schuldenbremse
 (Leverage
 775 Ratio) für Banken verbindlich machen und schrittweise auf 10 Prozent erhöhen. Das
 riskante
 776 Investmentgeschäft muss vom Einlagen- und Kreditgeschäft getrennt werden
 777 (Trennbankensystem). Auch Investmentbanken müssen konsequent beaufsichtigt und
 778 Geschäftsbereiche, die zu Interessenskonflikten führen, ausgegliedert werden. Es
 braucht
 779 eine starke Fusionskontrolle und zu große Banken sollen entflochten werden. Für kleine

 780 Banken, von denen kein Risiko für das Finanzsystem ausgeht, sollten hingegen
 einfachere
 781 Regeln gelten. Spekulation und Kurzfristorientierung werden wir, unter anderem durch
 eine
 782 EU-weite Finanztransaktionssteuer mit breiter Bemessungsgrundlage, unattraktiv
 machen. Um
 783 die Stabilität und Berechenbarkeit der Finanzmärkte zu erhöhen, werden wir den

schädlichen
784 Hochfrequenzhandel eindämmen.

785 **Schmutziges Geld einziehen**

786 Unser Land ist derzeit ein Paradies für Geldwäsche. Wir werden mit einer umfassenden
787 Strategie gegen Geldwäsche vorgehen. Bei allen Gesellschaften, Stiftungen und
sonstigen
788 Konstrukten muss umfassende Transparenz über die wirtschaftlich Berechtigten
bestehen. Wir
789 befürworten eine Absenkung der Identifizierungspflicht auf 10 Prozent. Lücken und
790 Umgehungsmöglichkeiten des Transparenzregisters werden geschlossen. Die
Finanzaufsicht muss
791 in der Geldwäschebekämpfung eine aktive Rolle spielen, statt Verdachtsmeldungen
nur
792 weiterzureichen. Im Nichtfinanzsektor, gerade bei Immobilien, bleibt Geldwäsche
besonders
793 oft unentdeckt. Wir werden bundesweite Mindeststandards für Aufsicht, Prüfungen,
Ressourcen
794 und Personal durchsetzen. Die Zuständigkeit für die Bekämpfung der Geldwäsche soll
795 vollständig auf den Bund übergehen. Illegale Gelder und Vermögenswerte werden wir
umfassend
796 abschöpfen. Das Einfrieren von verdächtigen Finanztransaktionen wollen wir
erleichtern und
797 die Dauer von Transaktionsverboten verlängern, um die Strafverfolgung zu sichern.
Wir werden
798 die Einführung einer hohen Obergrenze für Bargeldzahlungen, wie von der EU-
Kommission
799 vorgeschlagen, prüfen.

800 **Digitalen Euro einführen**

801 Digitales Bezahlen gewinnt in unserem Alltag stetig an Bedeutung. Es ist bequem,
schnell und
802 soll noch sicherer werden. Wir befürworten die Initiative der Europäischen Zentralbank
803 (EZB), einen digitalen Euro zu schaffen. Sie gewährleistet dabei Daten- und
Rechtssicherheit
804 für Verbraucher*innen und Unternehmen und erhöht die Effizienz der Euro-
Transaktionen. Sie
805 wirkt ungerechtfertigten Kosten durch Oligopole entgegen. Private Firmen können auf
dieser
806 Grundlage Produkte und Apps aufbauen. Ein digitaler Euro löst klassisches Bargeld
nicht ab,
807 sondern ergänzt es. Eine Aushöhlung des Geld- und Währungsmonopols durch private
Währungen
808 mächtiger Großkonzerne lehnen wir strikt ab. Bei allen digitalen Zahlungen und
809 Kryptowährungen müssen die tatsächlichen wirtschaftlich Berechtigten analog zu
Regelungen
810 beim Bargeld ab einer gewissen Schwelle ermittelt werden. Zur Bekämpfung von
Verbrechen wie
811 Geldwäsche, Darstellung sexualisierter Gewalt gegen Kinder, Steuerhinterziehung und

Terror-

- 812 Finanzierung braucht es auch für den Bereich des digitalen Bezahls klare Regeln.
813 Bestehende Kooperationspflichten von Kryptotauschbörsen wollen wir erweitern und
814 Ermittlungsbehörden angemessen in diesem Bereich schulen. Wir wollen den rasanten
815 Entwicklungen im Bereich dezentraler Finanzanwendungen gerecht werden und die
Chancen und
816 Risiken von Kryptowährungen und Blockchains differenziert ausloten.

817 **Wir vollenden die Europäische Wirtschafts- und** 818 **Währungsunion**

819 **In Europas Zukunft investieren**

- 820 Europas Gesellschaften und Unternehmen leben von einer starken öffentlichen
Infrastruktur.
821 Daher ist es umso gefährlicher, dass in den letzten Jahren so sehr auf Verschleiß
gefahren
822 und nicht investiert wurde. Wir wollen die Europäische Währungsunion zu einer
Sozialunion
823 ausweiten. In wichtigen Zukunftsfeldern wie der Digitalisierung oder der
Batterieproduktion
824 droht Europa den Anschluss zu verlieren. Wir werden in der EU konsequent in
Klimaschutz,
825 Digitalisierung, Forschung und Bildung investieren. Dafür wollen wir das neu
geschaffene
826 Wiederaufbauinstrument verstetigen und in ein permanentes Investitions- und
827 Stabilisierungsinstrument unter der Kontrolle des Europäischen Parlaments
überführen. Damit
828 sollte die EU sowohl in wichtige Zukunftsbereiche investieren als auch in Krisen
829 stabilisierend wirken können. Gleichzeitig stärken wir den EU-Haushalt, indem wir ihn
mit
830 eigenen Einnahmen ausstatten. Die EU soll die Einnahmen des CO₂-Grenzausgleichs
erhalten.
831 Auch die Besteuerung von Plastik und Digitalkonzernen und möglichst auch der
832 Finanztransaktionen soll den EU-Haushalt stärken. Wir wollen gemeinsam mit unseren
833 europäischen Partnern den Stabilitäts- und Wachstumspakt so reformieren, dass ein zu
hoher
834 Kürzungs- und Privatisierungsdruck verhindert wird und Zukunftsinvestitionen in allen
835 Mitgliedsländern weiter erhöht werden können. Öffentliche Daseinsfürsorge, gute
836 Gesundheitsversorgung und Bildung müssen in allen europäischen Mitgliedsländern
gestärkt
837 werden.

838 **Währungsunion vollenden, Europa krisensicher aufstellen**

- 839 Es war ein Fehler, dass die Konservativen jahrzehntelang eine eigene Fiskalpolitik
Europas
840 verhindert haben. Wir wollen dafür Sorge tragen, dass die EU mit einem nachhaltigen
841 Investitionsfonds ein Instrument für eine dauerhafte, eigene Fiskalpolitik erhält. Der
Fonds
842 stabilisiert im Krisenfall und investiert in europäische öffentliche Güter wie Klima,

843 Forschung, digitale Infrastruktur, Eisenbahn und Bildung. Er muss so gestaltet werden,
844 dass
845 er im Krisenfall nicht durch einzelne Länder blockiert werden kann und eine starke
846 Kontrolle
847 durch das Europaparlament sichergestellt ist. Der Europäische Stabilitätsmechanismus
848 wird zu
849 einem Europäischen Währungsfonds weiterentwickelt. In ihm erhalten die Länder eine
850 nicht
851 konditionierte kurzfristige Kreditlinie. So wird Spekulation gegen einzelne Staaten
852 schon im
853 Vorfeld abgewendet. Die Bankenunion wird durch eine gemeinsame Einlagensicherung
854 als
855 Rückversicherung vollendet, damit jeder Euro überall gleich sicher ist. Durch eine
856 gemeinsame und stärker antizyklische Fiskalpolitik entlasten wir die Zentralbank und
857 sorgen
858 dafür, dass sie künftige Brände nicht wieder alleine löschen muss. Darüber hinaus
859 begrüßen
860 wir, dass die EZB ihrer Verantwortung für die Stabilität des Euro in allen
861 Mitgliedstaaten
862 nachkommt, indem sie Zinsunterschiede innerhalb der Eurozone in Grenzen hält. Wir
863 stehen zur
864 Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank. Gleichzeitig begrüßen wir die Debatte
865 der EZB
866 über ihre neue geldpolitische Strategie. Die Klimakrise hat massive Rückwirkungen auf
867 unsere
868 Volkswirtschaften, es ist deshalb sinnvoll, dass alle geldpolitischen Maßnahmen den
869 Einfluss
870 der Klimakrise auf die Geldwert- und Finanzstabilität berücksichtigen. Zudem hat die
871 EZB die
872 Aufgabe, die allgemeine Wirtschaftspolitik der EU zu unterstützen. Wie sie den
873 Europäischen
874 Green Deal mit seinen ökologischen und sozialen Zielen als wirtschaftspolitische
875 Leitstrategie der EU stärkt, obliegt ihrer unabhängigen Entscheidung.

861 **Euro zur Leitwährung machen**

862 Wir wollen, dass sich der Euro zu einer glaubwürdigen, internationalen Leitwährung
863 entwickelt, damit Europa seine Souveränität bewahrt und ausbaut. Langfristig soll ein
864 starker und stabiler Euro seinen Platz in einem kooperativen globalen
865 Weltwährungssystem
866 finden. Der Euro ist ein wesentlicher Baustein einer umfassenden Strategie, die
867 europäische
868 Werte auf der globalen Ebene stärkt und durchsetzt. Wir werden sichere europäische
869 Vermögenswerte schaffen, in denen die Welt sparen kann. In Zukunftsmärkten wie
870 Investitionen
871 in Klimaschutz soll der Euro das internationale Zahlungsmittel werden. Um die
872 internationale
873 Rolle des Euro zu stärken, braucht es aber auch innereuropäische Solidarität: Wir
874 wollen
875 Ungleichgewichte gemeinsam in Überschuss- und Defizitländern reduzieren sowie
876 wirtschafts-
877 und finanzpolitische Entscheidungen als Gemeinschaft treffen.

872 **Wir Haushalten solide, weitsichtig und gerecht**

873 **Bundeshaushalt wird zukunftstauglich**

874 Wir wollen den Bundeshaushalt nachhaltiger, gerechter und transparenter machen.
Nachhaltiger
875 wird er, wenn wir die umweltschädlichen Subventionen endlich beenden. Immer noch
876 subventionieren die öffentlichen Haushalte des Landes mit über 50 Milliarden Euro
877 klimaschädliches Verhalten. Wir werden diese Subventionen schrittweise abbauen und
den
878 Bundeshaushalt klimagerecht machen. In einem ersten Schritt können wir so über 15
Milliarden
879 Euro jährlich einnehmen und sie für die Finanzierung von Klimaschutz und sozialer
880 Gerechtigkeit einsetzen. Für die Ausgaben des Bundes streben wir eine Klima- und
881 Biodiversitätsquote an, die schrittweise steigen soll. Zur Finanzierung dieser
nachhaltigen
882 Ausgaben setzen wir auf grüne Anleihen. Mit dem Gender Budgeting erreichen wir eine

883 konsequente Berücksichtigung und Einbeziehung von Gleichstellungsaspekten bei
finanz- und
884 haushaltspolitischen Entscheidungen. Das macht den Haushalt gerechter. Durch die
Gestaltung
885 des Bundeshaushaltes nach den Grundsätzen der doppelten Buchführung machen wir
ihn
886 transparenter und generationengerechter. Unser Steuersystem wollen wir schrittweise
so
887 umbauen, dass Umweltbelastung und Ressourcenverbrauch stärker besteuert werden
und dafür
888 beispielsweise Steuern und Abgaben auf Arbeit verringert werden, oder die Einnahmen
etwa als
889 Energiegeld zurückgegeben werden.

890 **Sorgsamer Umgang mit Steuergeld**

891 In den vergangenen Jahren wurde im großen Umfang Geld im Bundeshaushalt
verschwendet. Die
892 Pkw-Maut war ein Desaster mit Ansage. Das Verteidigungsministerium hat Millionen in
teure
893 Beraterverträge versenkt. Schlecht gemachte öffentlich-private Partnerschaften haben
sich
894 für die privaten Unternehmen als lukrativ und für die Steuerzahler*innen als teuer
erwiesen.
895 Wir werden sorgsam mit dem Geld der Steuerzahler*innen umgehen. Das und das
Streichen von
896 überflüssigen Ausgabeposten hat für uns Vorrang vor Kreditaufnahme und
Einnahmeerhöhungen.
897 Wir werden künftig Transparenz herstellen und alle ÖPP-Verträge veröffentlichen.
898 Grundsätzlich wollen wir, dass ÖPP nur dann in Betracht kommen dürfen, wenn sich
durch sie,
899 langfristig und sicher, ein Mehrwert oder geringere Kosten für die Steuerzahler*innen
900 ergeben. Im Verkehrsbereich wollen wir ÖPP-Projekte gesetzlich ausschließen. Die
Kontrolle

901 bei Bauvorhaben und großen öffentlichen Beschaffungen wird verbessert. Weitere
902 Privatisierungen öffentlicher Unternehmen im Bereich der öffentlichen Pflichtenaufgaben
der
903 Daseinsvorsorge lehnen wir ab.

904 **Schuldenbremse reformieren, Investitionsregel einführen**

905 Deutschland verfügt auch nach der Corona-Krise über tragfähige Staatsfinanzen. Die
Zinsen
906 sind historisch niedrig, das Vertrauen in deutsche Staatsanleihen ist hoch. Wir haben
aber
907 ein Zukunftsproblem. Die Erde erhitzt sich, die Schulen verfallen und Deutschland
gehört
908 beim schnellen Internet zu den Schlusslichtern der EU. Wir investieren zu wenig in
unser
909 Land. Das sind Schulden, die nicht in den Büchern stehen, aber unseren Wohlstand
gefährden.
910 Wir wollen die Schuldenbremse im Grundgesetz für Bund und Länder zeitgemäß
gestalten, sodass
911 die Tragfähigkeit der zukünftigen Zinslast gewährleistet ist, und zugleich die so
dringenden
912 Investitionen zu ermöglichen. Bei konsumtiven Ausgaben bleibt es bei den derzeitigen
913 strikten Regelungen; bei Investitionen, die neues öffentliches Vermögen schaffen,
erlauben
914 wir eine begrenzte Kreditaufnahme in Höhe der Netto-Investitionen. So
915 schaffen wir öffentliches Vermögen, das uns allen gehört, denn die Rendite öffentlicher
916 Investitionen ist hoch, während der Bund keine Zinsen für seine Kredite bezahlt.

917 **Mehr Steuergerechtigkeit schaffen**

918 Steuern sind die Grundlage für die Finanzierung unseres Gemeinwesens und zentraler
Hebel für
919 Gerechtigkeit. Wir möchten es gerechter und transparenter für die Bürger*innen
machen.
920 Angesichts der Corona-Krise wird die Lage der öffentlichen Haushalte in den
kommenden Jahren
921 sehr
922 angespannt sein. Daher müssen alle Veränderungen im Steuerrecht mindestens
aufkommensneutral
923 sein. Ziel ist, dass alle einen fairen Beitrag leisten. Heute aber tragen die obersten 10
924 Prozent der Einkommen über Steuern und Abgaben relativ weniger bei als die
mittleren
925 Einkommen. Das ändern wir, indem wir den Grundfreibetrag der Einkommensteuer
erhöhen, um
926 kleine und mittlere Einkommen zu entlasten. Im Gegenzug wollen wir den
Spitzensteuersatz
927 moderat anheben. Ab einem Einkommen von 100.000 Euro für Alleinstehende und
200.000 Euro für
928 Paare wird eine neue Stufe mit einem Steuersatz von 45 Prozent eingeführt. Ab einem
929 Einkommen von 250.000 bzw. 500.000 Euro folgt eine weitere Stufe mit einem
Spitzensteuersatz
930 von 48 Prozent. Zusätzlich werden hohe Manager*innengehälter oberhalb von 500.000

Euro nicht
 931 mehr zum Abzug als Betriebsausgaben zugelassen. Kapitalerträge werden unter
 Beibehaltung des
 932 Sparerfreibetrages mit dem individuellen Steuersatz veranlagt. Banken und andere
 933 Finanzinstitute behalten weiterhin Kapitalertragsteuer ein, die eine Vorauszahlung auf
 die
 934 persönliche Einkommensteuer darstellt. Für auf Unternehmensebene bereits
 versteuerte
 935 Einkommen wie Dividenden gilt wieder generell das Teileinkünfteverfahren, das die
 936 Kapitalerträge auf Anlegerebene teilweise steuerlich freistellt.
 Aktienkleinanleger*innen
 937 entlasten wir so spürbar und nähern uns dem Ideal eines finanzierungsneutralen
 Steuersystems
 938 an. Wir werden die bislang nach einer Zehn-Jahres-Frist geltende Steuerfreiheit für
 939 Veräußerungsgewinne von Grundstücken und Immobilien abschaffen. Auch werden wir
 die
 940 Steuerfreiheit für andere Veräußerungsgewinne, beispielsweise beim Handel mit
 Edelmetallen,
 941 Rohstoffen oder Kryptowerten, abschaffen. Untere und mittlere Einkommen entlasten
 wir unter
 942 anderem durch die Einführung einer Kindergrundsicherung und durch unser
 Energiegeld. Soweit
 943 durch mobiles Arbeiten Kosten für Arbeitnehmer*innen entstehen, müssen diese vom
 Arbeitgeber
 944 erstattet werden oder steuerlich als Werbungskosten absetzbar sein. Die
 945 Vermögensungleichheit in Deutschland hat stark zugenommen und liegt weit über
 dem EU-
 946 Durchschnitt. Das liegt unter anderem daran, dass es sehr reichen Menschen möglich
 ist,
 947 durch Gestaltungen einer Besteuerung von Vermögen, etwa bei der Erbschaftssteuer,
 nahezu
 948 komplett zu entgehen. Wir wollen solche Gestaltungsmöglichkeiten abbauen und
 große Vermögen
 949 wieder stärker besteuern. Dafür gibt es verschiedene Instrumente wie zum Beispiel die
 950 Erbschaftssteuer oder die Vermögensteuer. Die Einführung einer neuen
 Vermögensteuer für die
 951 Länder ist unser bevorzugtes Instrument. Die Länder sollten die Einnahmen dieser
 Steuer für
 952 die Finanzierung der wachsenden Bildungsaufgaben einsetzen. Die Vermögensteuer
 sollte für
 953 Vermögen oberhalb von zwei Millionen Euro pro Person gelten und jährlich 1 Prozent
 betragen.
 954 Begünstigungen für Betriebsvermögen werden wir im verfassungsrechtlich erlaubten
 und
 955 wirtschaftlich gebotenen Umfang einführen. Dabei streben wir Lösungen an, die
 zusätzliche
 956 Anreize für Investitionen schaffen und die besondere Rolle und Verantwortung von
 957 mittelständischen und Familienunternehmen berücksichtigen. Ungerechtfertigte
 Ausnahmen im
 958 Bereich der Umsatzsteuer bauen wir ab und sorgen dadurch auch hier für mehr

Fairness bei der
959 Finanzierung staatlicher Aufgaben.

960 **Konsequent gegen Steuerhinterziehung und -vermeidung vorgehen**

961 Jedes Jahr verlieren die Steuerzahler*innen hohe Milliardenbeträge durch
Steuerhinterziehung
962 und aggressive Steuervermeidung. Wir wollen mit einer umfassenden Strategie
dagegen
963 vorgehen. Die EU-weite Anzeigepflicht für Steuergestaltungen muss um eine
Verpflichtung für
964 rein nationale Gestaltungen ergänzt werden. Wir setzen uns auf internationaler Ebene
für
965 eine globale Allianz gegen Steuerhinterziehung ein. Zusätzlich zur bestehenden
Steuerpflicht
966 nach dem Wohnsitz wird eine Steuerpflicht auch nach der Nationalität für Menschen
mit hohem
967 Einkommen, ähnlich wie in den USA, eingeführt, um rein steuerlich motivierte
Wohnsitzwechsel
968 zu verhindern. Wir werden regelmäßig die Steuerlücke schätzen lassen. Die
Steuerverwaltung
969 muss deutlich gestärkt werden. Um Vollzugsdefizite bei der Bekämpfung von
Steuervermeidung
970 großer Konzerne und reicher Bürger*innen zu beheben, schaffen wir eine
Spezialeinheit auf
971 Bundesebene. Steuerhinterziehung ahnden wir härter, die Umgehung der
Grunderwerbssteuer mit
972 Share Deals muss endlich unterbunden werden. Cum-ex- und Cum-cum-Geschäfte
beenden wir, wo
973 sie immer noch möglich sind, und kümmern uns mit Nachdruck um eine konsequente
Einziehung
974 der entstandenen Schäden durch die Länder.

975 **Konzerne angemessen besteuern**

976 Durch Buchungstricks verschieben große Konzerne ihre Gewinne in Steuersümpfe, aus
Europa wie
977 aus vielen armen Ländern. So fehlen Milliarden für unsere Infrastruktur, und die Firmen
978 verschaffen sich unfaire Wettbewerbsvorteile gegenüber kleineren Unternehmen.
Darum kämpfen
979 wir für ein international verbindliches Regelwerk, das Mindeststandards für die
980 Steuerpflichten von Unternehmen und Staaten setzt, sowie die Stärkung des UN-
Steuer-
981 Komitees. Die internationalen Mindeststeuersätze für Großunternehmen wollen wir in
982 Deutschland und Europa ambitioniert umsetzen. Europa soll die Mindeststeuersätze
Amerikas
983 nicht unterbieten, sondern transatlantisch für höhere Mindeststeuersätze streiten.
Zudem
984 brauchen wir harte EU-Regeln gegen den Missbrauch von Briefkastenfirmen zur
985 Steuervermeidung. Auch zu Hause werden wir aktiv: Wir wollen dafür sorgen, dass
Konzerne
986 ihre Gewinne, Umsätze und Steuerzahlungen nach Ländern umfänglich öffentlich

machen müssen.

- 987 In der EU führen wir eine gemeinsame Bemessungsgrundlage für die
Unternehmenssteuern und
988 einen Mindeststeuersatz von mittelfristig 25 Prozent ohne Ausnahmen ein. Google,
Facebook
989 und Co. werden mit einer Digitalkonzernsteuer endlich angemessen besteuert. Eine
990 Übergewinnsteuer für andere Sektoren werden wir prüfen. Banken und
Steuerberater*innen
991 verbieten wir, Geschäfte in Steuersümpfen zu tätigen oder dorthin zu vermitteln. Wir
setzen
992 uns dafür ein, auch in Steuerfragen zu Mehrheitsentscheidungen in der EU
überzugehen. Soweit
993 europäische Einigungen nicht gelingen, gehen wir voran, in verstärkter
Zusammenarbeit oder
994 gemeinsam mit einzelnen Staaten. National gehen wir gegen Gewinnverschiebungen
mit einer
995 verschärften Zins- und Lizenzschränke und mit Quellensteuern vor.

Beschluss Kapitel 3: Solidarität sichern

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 12.06.2021
Tagesordnungspunkt: PB-S Kapitel 3: Solidarität sichern

1 **Kapitel 3: Solidarität sichern**

- 2 Die Pandemie hat uns gezeigt, was eine Gesellschaft stark macht – dass man sich
3 unterhakt
4 und einander vertraut. Sie hat uns spüren lassen, wie kostbar Gemeinsamkeit für
5 unser
6 individuelles Glück ist, wie sehr wir andere Menschen brauchen und wie groß die
7 Gefahr ist,
8 wenn eine Gesellschaft auseinanderdriftet. Diese alte und doch noch mal neu erlebte
9 Erfahrung ist Auftrag, Solidarität und Schutz in konkrete, bessere Politik zu übersetzen.
- 10 Wir wollen alles dafür tun, die Bedingungen für ein gutes Leben – von Kindesbeinen an
11 – zu
12 schaffen: materielle Sicherheit, Chancen und Teilhabe zu garantieren und ein
13 Sicherheitsversprechen für jede Lebenslage zu geben, das umso stärker ist, je mehr
14 Unterstützung gebraucht wird. Freiheitsrechte bleiben ein Privileg von wenigen, wenn
15 die
16 sozialen Voraussetzungen dafür nicht für alle gewährleistet werden. Gesellschaften
17 ohne
18 existenzielle Not sind krisenfester, solidarische und gleichberechtigte Gesellschaften
19 stärker.
- 20 Corona hat uns schonungslos die Stärken und Schwächen unseres Sozialstaates vor
21 Augen
22 geführt: wie wichtig ein robustes Gesundheitssystem für alle ist, wie zentral eine
23 Wirtschaftskraft ist, die für gesellschaftlichen Wohlstand und damit einen Sozialstaat
24 sorgt, der Menschen bei Jobverlust oder Wirtschaftseinbruch vor Obdachlosigkeit
25 bewahrt. Die
26 Pandemie hat aber zugleich bestehende Ungleichheiten verschärft. Wer arm ist, wird
schneller
krank. Frauen tragen eine besondere Last in den systemrelevanten Berufen der Pflege,
der
Erziehung und im Einzelhandel, sind aber deutlich schlechter bezahlt und in
Entscheidungsprozessen weniger repräsentiert. Freiberufler*innen und Selbständige,
die
ohnehin schon größere Risiken eingehen, stürzen ohne Verdienst in Existenzangst oder
-not.
- Wer Kinder oder Jugendliche allein oder getrennt erzieht, ist durch Kinderbetreuung,
Homeschooling und Homeoffice noch mal mehr gefordert. Die Pandemie hat uns auf
unsere
individuellen Lebensumstände zurückgeworfen. Wenn die Wohnung eng ist, der Garten
fehlt,
aber die Schwimmhalle geschlossen ist, ist es dreifach schwer. Einsamkeit wird größer.

27 Jetzt ist die Zeit, die richtigen Lehren zu ziehen. Der Weg aus der Pandemie muss zu
28 einem
29 neuen sozialen Sicherheitsversprechen führen. Wir wollen Schritt für Schritt die
30 sozialen
31 Systeme so verändern, dass sie allen Menschen Sicherheit und Halt geben, auch in
32 Zeiten
33 persönlicher und gesellschaftlicher Umbrüche, und ihnen Teilhabe ermöglichen. Unsere
34 Bibliotheken und Bolzplätze, Sport- und Musikvereine, Theater und Jugendzentren –
35 kurz,
36 unsere öffentlichen und sozialen Orte – sollten zu den schönsten und stärksten
37 Räumen des
38 Miteinanders werden.

39 Glück und Chancen dürfen nicht davon abhängen, ob man im Norden oder Süden,
40 Osten oder
41 Westen, in der Stadt oder auf dem Land lebt, entsprechend sind gleichwertige
42 Lebensverhältnisse Verfassungsgrundsatz. Wir setzen alles daran, aus diesem oftmals
43 noch
44 unerfüllten Anspruch Realität zu machen. Wer auf dem Land wohnt, braucht genauso
45 einen
46 Zugang zu Ärzt*innen, schnellem Internet, öffentlicher Daseinsvorsorge wie
47 Städter*innen.

48 Und wer in der Stadt lebt, muss auch dort guten und bezahlbaren Wohnraum finden
49 können.

50 Wohnen ist die soziale Frage unserer Zeit und für viele Menschen, viele Familien bis
51 weit in
52 die Mittelschicht hinein eine der Existenz.

53 Unser Gesundheitssystem soll allen eine gleichwertige Gesundheitsversorgung
54 garantieren,
55 aber es klaffen Lücken: Gesundheitsämter wurden kaputtgespart, in Krankenhäusern
56 und der
57 Verwaltung fehlt Personal, die, die da sind, arbeiten am Anschlag. Wir wollen die
58 Vorzeichen
59 ändern und Vorsorge zum Leitprinzip machen: Kliniken sollen ihrem gesellschaftlichen
60 Auftrag
61 entsprechend finanziert werden, auch auf dem Land braucht es Zugang zu
62 Geburtshilfe und
63 Notfallhilfen. In der Pflege setzen wir uns ein für bessere Arbeitsbedingungen, mehr
64 Personal, Sicherheit für Menschen, die Pflege benötigen, und für diejenigen, die
65 Angehörige
66 oder Freund*innen pflegen.

67 Digitalisierung, globaler Wettbewerb und der nötige Umbau der Wirtschaft bedeuten
68 für viele
69 Menschen große Veränderungen, die mit der Angst vor Verlusten einhergehen. Aber
70 Angst lähmt
71 und macht müde. Menschen benötigen auch im Übergang Sicherheit. Es gilt die
72 Risiken
73 abzusichern und Perspektiven zu geben, etwa durch eine Arbeitsversicherung und
74 durch
75 Weiterbildung. Starke Tarifpartner, starke Gewerkschaften und demokratische

Mitbestimmung

55 können ebenfalls dazu beitragen, die großen Herausforderungen beim Übergang in
eine sozial-
56 ökologische Marktwirtschaft gemeinsam zu bewältigen. Wir werden zeigen, dass
Transformation
57 und Digitalisierung hin zu einem klimagerechten Wohlstand zukunftsfähige Jobs
schaffen, mit
58 guten Arbeitsbedingungen und gerecht verteilter Arbeit.

59 **Wir fördern Kinder, Jugendliche und Familien**

60 **Kinder in den Mittelpunkt**

61 Kinder müssen sich bestmöglich und frei entfalten können. Dabei haben sie ein Recht
auf
62 besonderen Schutz, Förderung und Beteiligung. Kinder sind Menschen mit eigenen
Bedürfnissen,
63 die es zu erkennen und zu stärken gilt. Wir werden sicherstellen, dass die Rechte und
das
64 Wohl von Kindern bei staatlichen Entscheidungen ein größeres Gewicht bekommen
und maßgeblich
65 berücksichtigt werden. Deshalb müssen starke Kinderrechte entlang der
Grundprinzipien der
66 UN-Kinderrechtskonvention ins Grundgesetz. Mit einem Nationalen Aktionsplan für
Kinder- und
67 Jugendbeteiligung wollen wir sicherstellen, dass alle Kinder und Jugendlichen über ihre
68 Rechte informiert sind und unabhängig vom soziokulturellen Hintergrund und vom
69 Aufenthaltsstatus altersgerecht und niedrigschwellig Beteiligung leben können. Die
70 Jugendarbeit spielt hierbei eine wichtige Rolle, darum wollen wir die Jugendverbände
mit
71 einem Verbandsklagerecht gegenüber Kommunen stärken. Demokratie darf kein
abstrakter Begriff
72 sein, sondern muss immer wieder im eigenen Alltag erfahren und erprobt werden
können.
73 werdende Demokrat*innen brauchen Mitmach- und Medienkompetenz sowie politische
Bildung, die
74 wir als Querschnittsaufgaben in Kitas, Schulen und Jugendhilfe konzeptionell und
finanziell
75 stärken. Auch wollen wir die Unabhängigkeit der Bundeszentrale für politische Bildung
76 stärken. Bei allen Angeboten im Sozialraum, bei allen Bau- und
Wohnumfeldmaßnahmen, die
77 Kinder und Jugendliche betreffen, werden wir sie beteiligen, ihr Wohl sichern und dies
im
78 Baugesetzbuch und im Bundesimmissionsschutzgesetz berücksichtigen.

79 **Eine Kindergrundsicherung gegen Kinderarmut**

80 In einem reichen Land wie Deutschland darf kein Kind in Armut aufwachsen – doch vor
allem
81 bei Ein-Eltern-Familien (Alleinerziehenden), Geringverdienenden mit Kindern oder
Familien

82 mit mehr als zwei Kindern reicht das Geld oft vorn und hinten nicht. Kinderarmut
bedeutet
83 auch Ausgrenzung, Diskriminierung und schlechtere Bildungschancen. Jedes Kind
verdient
84 unsere Unterstützung, denn Zukunftschancen dürfen nicht von der sozialen Herkunft
abhängen.
85 Daher werden wir eine Gesamtstrategie zur Prävention und Bekämpfung von
Kinderarmut
86 entwickeln und umsetzen. Neben hervorragender Infrastruktur werden wir Familien mit
einer
87 einfachen und gerechten Kinder- und Familienförderung stärken: der
Kindergrundsicherung.
88 Unser Vorhaben: Kindergeld, Kinderfreibeträge, Kinderzuschlag, das Sozialgeld für
Kinder und
89 die Bedarfe für Bildung und Teilhabe in eine neue, eigenständige Leistung
zusammenzufassen.
90 Mit der Kindergrundsicherung bekommt jedes Kind einen festen Garantie-Betrag,
Kinder in
91 Familien mit geringem oder gar keinem Einkommen erhalten zusätzlich noch einen
GarantiePlus-
92 Betrag. Je niedriger das Familieneinkommen, desto höher der GarantiePlus-Betrag.
Nach
93 einmaliger Beantragung bei der Geburt wird die Höhe der Kindergrundsicherung
automatisch von
94 der Familienkasse berechnet, die sie dann auch auszahlt. So kommt die
Kindergrundsicherung
95 garantiert bei jedem Kind an und Schritt für Schritt beenden wir Kinderarmut. Sie ist
96 gerecht, denn Kinder, die mehr brauchen, bekommen auch mehr. Die
Kindergrundsicherung
97 verbinden wir mit einer Neuermittlung dessen, was Kinder zum Leben brauchen.

98 **Kinder- und Jugendhilfe für alle Kinder**

99 Ob Kita, Kindertagespflege, Hortbetreuung, Familienberatung, Hilfen zur Erziehung
oder
100 Angebote der Jugendarbeit – die öffentlichen und freien Träger der Kinder- und
Jugendhilfe
101 begleiten Familien beim Aufwachsen der Kinder. Sozialarbeiter*innen und
pädagogische
102 Mitarbeiter*innen leisten dabei unter hohem Zeit- und Arbeitsdruck Enormes. Durch
103 gesetzliche Vorgaben zur Personalplanung wollen wir für besser ausgestattete
Jugendämter und
104 Entlastung der Fachkräfte sorgen. Qualitätsstandards wollen wir überall in der Kinder-
und
105 Jugendhilfe verbindlich erstellen und gemeinsam mit Verbänden, Trägern und
Wissenschaft
106 weiterentwickeln. Leistungsansprüche von Kindern und Jugendlichen mit körperlichen
und
107 geistigen Behinderungen werden bisher in einem eigenen Sozialgesetzbuch für
Menschen mit
108 Behinderungen geregelt. Mit einem Bundesinklusionsgesetz soll sichergestellt werden,
dass

109 alle Angebote der Kinder- und Jugendhilfe künftig so ausgestaltet sind, dass sie sich
auch
110 an Kinder und Jugendliche mit Behinderungen und ihre Familien richten. Die
bestehenden
111 Rechtsansprüche gelten für sie weiter. Wir wollen auf dem eingeschlagenen Weg hin
zu einem
112 inklusiven SGB VIII zügiger voranschreiten. Daher werden wir die Länder und
Kommunen, die
113 bereits vor Umsetzung des Bundesinklusionsgesetzes alle Kinder unter dem Dach der
114 Jugendhilfe vereinen wollen, mit einem Bundesmodellprogramm unterstützen. So
können
115 wertvolle Anregungen für den bundesweiten Umstrukturierungsprozess gewonnen
werden. Den
116 Kostenbeitrag von Jugendlichen in einer vollstationären Einrichtung oder Pflegefamilie
117 wollen wir abschaffen.

118 **Selbstwirksamkeit und Mitbestimmung - Jugend als eigenständige** 119 **Lebensphase stärken**

120 Jugendliche und junge Erwachsene müssen sich frei und selbstbestimmt entwickeln
können.
121 Verantwortungsvolle, selbstbewusste und mündige Jugendliche sollen über alle
122 Angelegenheiten, die sie betreffen, mitentscheiden und sichere Lernorte und
Freiräume haben,
123 die sie selbst mitgestalten. Damit junge Menschen ihre Ideen und Rechte auch
wirksam
124 einbringen bzw. einfordern können, wollen wir niedrigschwellige Beteiligungsgremien
wie
125 Kinder- und Jugendparlamente, insbesondere auf kommunaler Ebene, stärken. Wir
werden
126 Jugendarbeit, Jugendverbandsarbeit und Demokratiebildung verlässlich unterstützen.
Die
127 Offene Kinder- und Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit, Frühe Hilfen und alle Formen von
Hilfen
128 zur Erziehung werden wir gemeinsam mit Ländern und Kommunen sicherstellen und
Räume für
129 Jugendliche nachhaltig fördern. Politik mit und für junge Menschen braucht in Zeiten
der
130 Globalisierung eine internationale Ausrichtung. Deshalb stärken wir internationale
131 Begegnungen und Austauschprogramme.

132 **Teilhabe und Schutz in der digitalen Welt**

133 Viele Kinder und Jugendliche wachsen mit Tablets, Smartphones und Co. auf – wir
müssen
134 sicherstellen, dass sie selbstbestimmt, sicher und gesund in der digitalen Welt groß
werden.
135 Wir stärken die digitale Bildung als Gemeinschaftsaufgabe von Eltern,
Bildungseinrichtungen
136 und der Jugendhilfe mit Fortbildungen für Fachkräfte und Unterstützungsangeboten für
Eltern.
137 Alle sollen digitale Kompetenzen erwerben können, das geht nur mit entsprechender
Hardware

138 und Internetanbindung: Kinder, die in Armut leben, erhalten für die Schule ein digitales
139 Endgerät, wenn sie dieses benötigen. Auch dem Suchtpotenzial und den
Gesundheitsrisiken der
140 übermäßigen Nutzung digitaler Anwendungen möchten wir begegnen. Kinder und
Jugendliche
141 brauchen im Netz besonderen Schutz vor Straftaten wie Hassrede,
142 Cybergrooming oder sexualisierter Gewalt. Dem Mobbing im Netz wollen wir einen
Riegel
143 vorschieben. Dafür setzen wir auf eine Präventionsstrategie mit verpflichtenden
sicheren
144 Voreinstellungen für Plattformen und altersgerechten und leicht auffindbaren
Informations-
145 und Beschwerdemöglichkeiten. Die Bundeszentrale für Kinder- und
Jugendmedienschutz soll in
146 ihren Kompetenzen gestärkt werden. Vor kommerziellem Sammeln ihrer Daten durch
private
147 Anbieter werden wir Kinder schützen.

148 **Kinder vor Gewalt schützen**

149 Für viele Kinder und Jugendliche ist psychische, körperliche, sexualisierte Gewalt und
150 Vernachlässigung leidvoller Alltag. Dagegen gehen wir hart vor – mit starker
Prävention,
151 konsequenter Aufarbeitung und Strafverfolgung sowie weiteren Maßnahmen zur
152 Qualitätssicherung und zum Kinderschutz in familiengerichtlichen Verfahren. Das
oberste Ziel
153 ist es, Taten zu verhindern. Dafür braucht es Aufklärung, Qualifizierung, altersgerechte
154 Präventionsprogramme und gelebte Schutzkonzepte sowie die Kooperation aller
Akteur*innen
155 überall dort, wo Kinder und Jugendliche sich aufhalten und betreut werden.
Basiswissen über
156 Kinderrechte, insbesondere Beteiligung, Sensibilisierung und Schutz bei
157 Kindeswohlgefährdung und sexualisierter Gewalt, gehören in die Curricula für Jura,
Medizin,
158 Pädagogik und Polizei. Die Fortbildungspflicht für Familienrichter*innen und die
159 Anforderungen an die Qualifikation von Verfahrensbeiständen sind klar gesetzlich zu
regeln.
160 Alle zivilgesellschaftlichen und politischen Ebenen und Kräfte müssen den Kampf
gegen
161 sexualisierte Gewalt an Kindern zu einem zentralen Thema machen. Organisationen,
die Kinder
162 betreuen, tragen dabei eine besondere Verantwortung. Die wichtige Arbeit des
Unabhängigen
163 Beauftragten für Fragen des sexuellen Kindesmissbrauchs werden wir auf eine
gesetzliche
164 Grundlage stellen und damit dauerhaft absichern und dabei auch die Zuständigkeiten
der
165 Unabhängigen Kommission zur Aufarbeitung sexuellen Kindesmissbrauchs adäquat
verankern. Wir

166 werden bundesweit spezialisierte Fachberatungsstellen systematisch ausbauen sowie
167 telefonische und Online-Beratungsangebote finanziell absichern.

168 **Mehr Zeit für Familien**

169 Den Kopf frei haben für die Familie und die Kinder, auch wenn sie krank sind, das ist
unser
170 Ziel. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist eine gesamtgesellschaftliche
171 Verantwortung, der wir uns gemeinsam mit Wirtschaft und öffentlichen Institutionen
stellen.
172 Alle Eltern sollen Elternzeit unkompliziert in Anspruch nehmen können. Mit der
Kinderzeit
173 Plus wollen wir das Elterngeld auf 24 Monate ausweiten: Pro Elternteil je acht Monate,
174 weitere acht Monate können flexibel untereinander aufgeteilt werden. Wird die
Kinderzeit
175 Plus Teilzeit in Anspruch genommen, verlängert dies entsprechend den
Bezugszeitraum. Sie
176 kann bis zum 14. Geburtstag des Kindes genommen werden, denn auch bei älteren
Kindern kann
177 zeitweise mehr Aufmerksamkeit nötig sein. Die Bedarfe der Familien von Kindern mit
178 Behinderung sollen zusätzlich Berücksichtigung finden. Wir unterstützen Eltern dabei,
179 Familie und Arbeit mit einer neuen Arbeitszeitkultur und einem flexiblen
Vollzeitkorridor in
180 eine ausgewogene
181 Balance zu bringen, Familien- und Hausarbeit partnerschaftlich zu teilen und
Teilzeitfallen
182 zu vermeiden. Niemand soll sich zwischen Kind und Job, Ausbildung oder Studium
entscheiden
183 müssen, darum soll der Anspruch auf ein Kinderkrankengeld auf 15 Tage im Jahr pro
Kind und
184 Elternteil steigen, Alleinerziehende bekommen 30 Tage. Weil gerade in den ersten
185 Lebensjahren viele Infekte mitgenommen werden, sollte es in dieser Zeit einen
zusätzlichen
186 erhöhten Anspruch auf Kinderkrankengeld geben. Die Altersgrenze wollen wir auch
hier auf 14
187 Jahre anheben, ein ärztliches Attest wird erst ab dem vierten Erkrankungstag des
Kindes
188 verpflichtend. Für die besondere Zeit direkt nach der Geburt wollen wir neben dem
189 Mutterschutz auch für den zweiten Elternteil eine 14-tägige Freistellung einrichten. Die
190 Mutterschutzregelungen sollen auch nach einer Totgeburt ab der 20.
Schwangerschaftswoche
191 möglich sein.

192 **Alleinerziehenden den Rücken stärken**

193 Ein-Eltern-Familien (Alleinerziehende) leisten enorm viel und dennoch ist mehr als ein
194 Drittel von Armut bedroht. Mit der Kindergrundsicherung helfen wir mehrfach: Mit der
195 Neuermittlung der Mindestbedarfe von Kindern und Jugendlichen steigt auch der
196 Mindestunterhalt. Und anders als beim heutigen Kindergeld soll nur die Hälfte auf den
197 Unterhaltsvorschuss angerechnet werden. Nach einer Trennung soll es für getrennt
erziehende
198 Eltern bei der Betreuung nicht zusätzlich knirschen, darum werden Mehrkosten für die

- 199 Ausübung des Umgangs und Betreuungsleistungen angemessen berücksichtigt. Für
getrennt
200 erziehende Eltern im Grundsicherungsbezug wollen wir einen Umgangsmehrbedarf
einführen. Das
201 Betreuungsmodell soll im Einzelfall am Kindeswohl orientiert gefunden und nicht
schematisch
202 definiert werden. Ob ein wichtiger Abendtermin im Job, ein Beratungsgespräch oder
Arztbesuch
203 – Kinder können und sollten nicht immer dabei sein. Es gilt, familienunterstützende
204 Dienstleistungen zu fördern, zum Beispiel für ergänzende Kinderbetreuung oder
haushaltsnahe
205 Dienstleistungen. Das ist besonders im Krankheitsfall wichtig, denn Kinder und
Haushalt
206 müssen trotzdem versorgt sein.
- 207 **Absicherung für alle Familienformen**
- 208 Ob Alleinerziehende, Patchwork-, Stief- oder Regenbogenfamilie – Familien sind
vielfältig
209 und diese Vielfalt muss ein modernes Familienrecht auch abbilden. Dazu gehört auch
ein
210 modernes und liberales Namensrecht. Soziale Eltern übernehmen innerhalb der
Familie oft
211 Verantwortung und sind wichtige Wegbegleiter. Rechtlich gesehen sind sie aber auch
nach
212 Jahren Außenstehende für ihr Kind: Im Kindergarten, in der Schule oder bei Ärzt*innen
ist es
213 nicht vorgesehen, dass sie Entscheidungen für ihre Kinder treffen. Mit der
Weiterentwicklung
214 des „kleinen Sorgerechts“ hin zu einem Rechtsinstitut der elterlichen
Mitverantwortung, die,
215 auch schon vor Zeugung, auf Antrag beim Jugendamt auf bis zu zwei weitere
Erwachsene neben
216 den leiblichen Eltern übertragen werden kann, geben wir allen Beteiligten mehr
Sicherheit
217 und stärken Mehr-Eltern-Familien und soziale Elternschaft. Zwei-Mütter-Familien sollen
nicht
218 mehr durch das Stiefkindadoptionsverfahren müssen, darum streben wir an, das
219 Abstammungsrecht zu reformieren, sodass die Co-Mutter analog zu Vätern in Ehen
zwischen
220 einem Mann und einer Frau automatisch als zweites rechtliches Elternteil gilt. Das
221 Abstammungsrecht muss zudem die Elternschaft von Menschen mit
Geschlechtseintrag „divers“
222 berücksichtigen. Bei Kinderwunsch sollen alle Paare und alleinstehende Frauen die
223 Möglichkeit einer Kostenerstattung für die künstliche Befruchtung erhalten. Alle Kinder
224 benötigen einen klaren Rechtsstatus; das Persönlichkeitsrecht auf Kenntnis der
eigenen
225 Abstammung muss für alle Kinder gewahrt werden. Verantwortung wird nicht nur da
füreinander
226 übernommen, wo Kinder sind. Mit dem Pakt für das Zusammenleben werden wir eine
neue

227 Rechtsform schaffen, die das Zusammenleben zweier Menschen, die füreinander
Verantwortung
228 übernehmen, unabhängig von der Ehe rechtlich absichert.

229 **Wir sorgen für gute Arbeit und faire Löhne**

230 **Mindestlohn anheben**

231 Arbeit muss gerecht bezahlt werden. Und die Menschen brauchen gute
Arbeitsbedingungen. Aber
232 in unserem reichen Land arbeiten noch immer Millionen Menschen im
Niedriglohnsektor mit
233 schlechten Löhnen und in unsicheren Beschäftigungsverhältnissen. Besonders oft sind
davon
234 Frauen und Menschen mit Migrationsgeschichte betroffen. Das wollen wir ändern. Den
235 gesetzlichen Mindestlohn werden wir sofort auf 12 Euro anheben. Anschließend muss
der
236 Mindestlohn weiter steigen, um wirksam vor Armut zu schützen und mindestens der
Entwicklung
237 der Tariflöhne zu entsprechen. Die Mindestlohnkommission wollen wir reformieren und
mit
238 diesem Auftrag ausstatten. Die bestehenden Ausnahmen für unter 18-Jährige und
239 Langzeitarbeitslose werden wir abschaffen. Leiharbeiter*innen sollen vom ersten Tag
an den
240 gleichen Lohn für gleiche Arbeit bekommen wie Stammbeschäftigte - plus
Flexibilitätsprämie.
241 Fair zahlende Unternehmer*innen dürfen keine Wettbewerbsnachteile erleiden. In
Zeiten von
242 Corona zeigt sich besonders, dass das Kurzarbeitergeld für Beschäftigte mit kleinen
Löhnen
243 zu niedrig ist. Deshalb braucht es ein branchenunabhängiges Mindestkurzarbeitergeld.
Ohne
244 sachlichen Grund dürfen Arbeitsverträge nicht mehr befristet werden. Gegen den
vielfachen
245 Missbrauch von Werkverträgen und die Abwälzung unternehmerischer Verantwortung
mittels
246 Subunternehmerketten gehen wir ordnungspolitisch vor. Wir wollen den Arbeitsschutz
stärken,
247 damit er wirksam vor Stress, Burn-out und Entgrenzung der Arbeit schützt. Mobbing
und
248 Diskriminierung am Arbeitsplatz nehmen wir ernst und wollen durch klare Sanktionen
und
249 verpflichtend zu schaffende Anlaufstellen besser davor schützen.

250 **Vollbeschäftigung schaffen**

251 Wir wollen allen Menschen ermöglichen, am Arbeitsleben teilzuhaben, denn ein guter
252 Arbeitsplatz ist eine wichtige Quelle für Einkommen, Anerkennung und
Selbstverwirklichung.
253 Dazu müssen wir gute und sichere Jobs schaffen. Wir wollen die Beschäftigung weiter
erhöhen
254 und damit auch verhindern, dass Corona langfristige Spuren am Arbeitsmarkt

hinterlässt. Mit
255 dauerhaft höheren öffentlichen Investitionen, mehr Gründungsgeist und Forschung
sowie
256 Innovation wollen wir ein Umfeld für viele neue Jobs schaffen. Der deutsche
Arbeitsmarkt war
257 dabei in den letzten Jahren gespalten: Fachkräftemangel und deutliche
Lohnsteigerungen für
258 Hochqualifizierte in einigen Branchen, prekäre Beschäftigung, unfreiwillige Teilzeit und
259 stagnierende Reallöhne in anderen. Dem wollen wir mit einer sozial gerechten
Arbeitspolitik
260 entgegenreten. Damit sorgen wir für gute Löhne und trocken den Niedriglohnsektor
261 mittelfristig aus. Selbständige brauchen gute Rahmenbedingungen und eine bessere
soziale
262 Absicherung. Strukturelle Ursachen für Langzeitarbeitslosigkeit wollen wir bekämpfen.
Für
263 Menschen, die lange arbeitslos sind, schaffen wir einen dauerhaften sozialen
Arbeitsmarkt,
264 der sinnstiftende Tätigkeiten vermittelt.

265 **Sozialpartnerschaft stärken, Tarifbindung erhöhen**

266 Sozialpartnerschaft, Tarifverträge und Mitbestimmung sind Eckpfeiler der sozialen
267 Marktwirtschaft. Sie haben unser Land stark gemacht. Da, wo sie gelten, sorgen sie
meistens
268 für anständige Löhne und gute Arbeitsbedingungen. Wir wollen, dass Tarifverträge und
starke
269 Mitbestimmung wieder für mehr anstatt für immer weniger Beschäftigte und Betriebe
gelten.
270 Bei der öffentlichen Vergabe sollen im Einklang mit europäischem Recht die
Unternehmen zum
271 Zug kommen, die tarifgebunden sind oder mindestens Tariflöhne zahlen. Dafür setzen
wir auf
272 ein Bundestariftreuegesetz. Zudem wollen wir es leichter machen, Tarifverträge für
273 allgemeinverbindlich zu erklären, damit sie für alle in einer Branche gelten. Tarifflicht
274 darf sich für Unternehmen nicht lohnen. Wir wollen Betriebe verpflichten zu
veröffentlichen,
275 ob sie Tarifvertragspartei sind. Bei Umstrukturierungen sollen die bisherigen tariflichen
276 Regelungen gelten, bis ein neuer Tarifvertrag abgeschlossen wurde. Paritätische
277 Mitbestimmung soll es zukünftig bereits in Unternehmen mit mehr als 1.000
Beschäftigten
278 geben und wir wollen ein Schlichtungsverfahren einführen, wenn sich Entscheidungen
besonders
279 stark auf die Beschäftigten auswirken. Betriebsräte, die sich für Mitarbeiter*innen
280 einsetzen, brauchen auch selbst mehr Schutz. Gleiches gilt auch für die Beschäftigten,
die
281 erstmals einen Betriebsrat gründen wollen. Die Mitbestimmungsrechte für
Betriebsräte,
282 Personalräte und auch Jugend- und Ausbildungsvertretungen wollen wir ausbauen und
283 modernisieren, unter anderem wenn es um Personalentwicklung, Weiterbildung,
284 Standortverlagerungen ins Ausland, die Stärkung von Frauen, die Förderung von
Vielfalt oder

285 die Verbesserung der Klimabilanz im Unternehmen geht. Die stärkere finanzielle
Beteiligung
286 von Mitarbeiter*innen an den Unternehmen,
287 zusätzlich zu Lohn und Gehalt, kann mehr Mitgestaltung bewirken. Der Wandel der
Arbeitswelt,
288 den Digitalisierung und ökologische Transformation mit sich bringen, muss gemeinsam
mit den
289 Beschäftigten im Betrieb gestaltet werden.

290 **Selbstbestimmter arbeiten, digitale Chancen nutzen**

291 Wir wollen Beschäftigte dabei unterstützen, ihre Arbeit besser an ihr Familien- und
292 Privatleben anzupassen. Eine moderne Arbeitswelt bedeutet für uns auch mehr
Mitsprache bei
293 Ort, Lage und Umfang der Arbeit. In der Corona-Krise wurde das Arbeiten von zu
Hause zu
294 einer weit verbreiteten Erfahrung, für viele verbunden mit mehr Eigenständigkeit und
weniger
295 Stress, wenn etwa das lange Pendeln wegfiel. Für andere aber auch zur echten
Belastungsprobe
296 – wenn zu Hause Arbeitszimmer, Arbeitsschutz und auch Kolleg*innen fehlen oder
Arbeit
297 entgrenzt. Die Möglichkeit zur Selbstbestimmung im Arbeitsleben wollen wir daher
erhalten
298 und stärken, indem wir ein Recht auf mobiles Arbeiten einführen – mit Blick auf
betriebliche
299 Möglichkeiten, aber auch mit strikten Schutzkriterien und starkem Einfluss der
300 Interessenvertretungen versehen. Das mobile Arbeiten kann im Homeoffice oder im
nahe
301 gelegenen Co-Working-Space stattfinden, der Wechsel dorthin muss immer freiwillig
302 stattfinden und mit einem Rückkehrrecht sowie mit ausreichend Zeit an einem
Arbeitsplatz im
303 Unternehmen verbunden sein.

304 **Mehr Freiraum bei der Arbeitszeit**

305 Ob im Büro, in der Pflege oder auf Montage – für viele Menschen ist der körperliche
oder
306 psychische Druck durch Arbeit gewachsen. Gleichzeitig ist Zeit zu haben – für sich
selbst
307 oder die Familie – für viele Menschen ein immer größerer Wert. Kürzere Arbeitszeiten,
wie
308 beispielsweise die IG Metall sie als Beitrag zur Bewältigung des Strukturwandels in der
309 Automobilbranche vorgeschlagen hat, begrüßen wir, denn sie bieten die Chance,
Arbeit
310 gerechter zu verteilen, Arbeitsplätze zu sichern und Arbeitnehmer*innen zu entlasten.
Wir
311 wollen Beschäftigte in Branchen, in denen die Belastung besonders hoch ist, mit
besseren
312 Arbeitsbedingungen unterstützen. Darüber hinaus sollen die Möglichkeiten aller
313 Arbeitnehmer*innen, selbst flexibler über die eigene Arbeitszeit zu bestimmen –
gerade um
314 die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu erleichtern und Zeit für sich selbst zu haben

-,
315 verbessert werden. Dafür wollen wir die starre Vollzeit umgestalten, etwa mit Hilfe
eines
316 flexiblen Arbeitszeitkorridors, und insbesondere die Sozialpartner unterstützen, flexible
317 Arbeitszeitmodelle zum Vorteil der Arbeitnehmenden zu ermöglichen. Versuche, das
318 Arbeitszeitgesetz zum Nachteil der Arbeitnehmer*innen aufzuweichen, lehnen wir ab.
Die
319 Arbeitszeit soll künftig dokumentiert werden, so wie es der Europäische Gerichtshof in
einem
320 Urteil entschieden hat. Wir setzen uns für eine bessere Kontrolle existierender
Regelungen
321 ein, um Beschäftigte, deren tatsächliche Arbeitszeit regelmäßig über 40 Stunden liegt,
zu
322 stärken.

323 **Arbeitsversicherung stärkt Chancen**

324 Wir wollen die Arbeitsmarktpolitik auf die Zukunft ausrichten und die
325 Arbeitslosenversicherung zu einer Arbeitsversicherung umbauen. Zentral dafür sind
ein
326 Rechtsanspruch auf Weiterbildung und die Stärkung der beruflichen Qualifikation. In
einer
327 Welt, in der häufige Berufswechsel für Viele Normalität sind und man nicht mehr
automatisch
328 40 Jahre im gleichen Betrieb arbeitet, brauchen alle Menschen Anlaufstellen und
329 Unterstützung, um ihr Berufsleben selbstbestimmt zu gestalten. Überall dort, wo es
eine
330 Arbeitsagentur gibt, sollen Bildungsagenturen zentrale Anlaufstellen werden und
Menschen bei
331 der Neuorientierung unterstützen, Weiterbildungsberatung und -förderung sollen
damit
332 vereinfacht werden. Die Förderung des lebensbegleitenden Lernens für Menschen mit
333 Behinderungen wollen wir ausbauen. Den Zugang zur Arbeitsversicherung werden wir
deutlich
334 erleichtern und bereits ab vier Monaten sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung
einen
335 Anspruch auf Arbeitslosengeld einführen. Auch selbständige Berufstätigkeit muss
sozial
336 besser abgesichert werden. Dafür vereinfachen wir den Zugang zur freiwilligen
337 Arbeitslosenversicherung und schaffen eine Zugangsmöglichkeit für alle
Selbständigen, auch
338 über die Auswahl zwischen zwei Tarifen. Selbständige sollen damit neben dem
Anspruch auf
339 Arbeitslosengeld I auch einen Anspruch auf Kurzarbeitergeld in besonderen
Notsituationen wie
340 beispielsweise während einer Pandemie erhalten. Wir wollen Gründungen aus Phasen
der
341 Arbeitslosigkeit heraus besser fördern und durch die Krise zurückgeworfenen
342 Berufsanfänger*innen mit einem Einstiegszuschuss eine Brücke in den Arbeitsmarkt
bauen.

343 **Besserer Schutz bei online vermittelter Arbeit**

344 Vom Handwerkerdienst über Software-Entwicklung bis zur Reinigung – immer mehr
345 Dienstleistungen werden über Online-Plattformen vermittelt (Gig-Working) oder finden
sogar
346 ortsunabhängig in der Cloud statt (Crowd-Working). Die Digitalisierung von Tätigkeiten
und
347 die digitale Vermittlung von Arbeit bergen viele neue Chancen. Aber Arbeitsrecht und
348 Arbeitsschutz müssen an die Onlinewelt angepasst werden, damit daraus nicht neue
Formen von
349 Ausbeutung und Abhängigkeiten entstehen. Wir wollen online getätigte oder
vermittelte Arbeit
350 regulieren, um dort arbeitenden Menschen den gleichen Schutz zu gewähren wie den
analog
351 Arbeitenden. Wir wollen Scheinselbständigkeit verhindern, indem wir bei der
Abgrenzung
352 zwischen selbständiger Tätigkeit und abhängiger Beschäftigung für mehr Rechts- und
353 Planungssicherheit sorgen. Wenn der/die Auftragnehmer*in angibt, einen
Arbeitnehmerstatus zu
354 haben, soll künftig der/die Auftraggeber*in beweisen, dass dem nicht so ist. Unfares
Preis-
355 Dumping gilt es durch ein Mindesthonorar für zeitbasierte Dienstleistungen zu
unterbinden.
356 Arbeitnehmerähnliche Personen und Solo-Selbständige sollen sich künftig leichter
tariflich
357 organisieren können und branchenspezifisch sollen weitere verbindliche
Honoraruntergrenzen
358 vereinbart werden können, die auch für allgemeinverbindlich erklärt werden können.
359 Plattformbetreiber tragen eine Verantwortung für ihre Auftragnehmer*innen. Wir
wollen mit
360 klaren Mindeststandards beim Arbeits- und Datenschutz und bei den allgemeinen
361 Geschäftsbedingungen, mit einem starken Beschäftigtendatenschutz und einem
digitalen
362 Zugangsrecht für Gewerkschaften für Fairplay bei der Plattformökonomie und
insgesamt in der
363 digitalen Arbeitswelt sorgen.

364 **Faire Arbeitsbedingungen für Beschäftigte aus europäischen** 365 **Nachbarstaaten**

366 In jedem europäischen Nachbarland arbeiten zu können, das ist eine der großen
367 Errungenschaften unseres vereinten Europas. Was in hochqualifizierten Berufen viel
Freiheit
368 gebracht hat, führte in manchen Dienstleistungsbereichen zu ausbeuterischen
369 Arbeitsrealitäten. Missstände in den deutschen Schlachthöfen haben das
schlaglichtartig
370 gezeigt. Doch auch anderswo, zum Beispiel auf dem Bau oder in der Pflege, herrschen
vielfach
371 ausbeuterische Verhältnisse. Wir wollen, dass alle Beschäftigten – egal, wie lange sie
hier
372 arbeiten – genauso gut bezahlt und abgesichert sind wie ihre deutschen Kolleg*innen.
Dafür
373 braucht es ein wirksames Vorgehen gegen Schwarzarbeit und Scheinselbständigkeit,
ein

374 Verbandsklagerecht der Gewerkschaften, eine europäische
375 Sozialversicherungsnummer, höhere
376 Mindeststandards für Unterkünfte von entsandten Beschäftigten, die Abschaffung der
376 sozialversicherungsfreien kurzfristigen Beschäftigung, eine bessere Regulierung der
377 Vermittlungsagenturen und mehr Kontrolle durch eine gestärkte Europäische
Arbeitsbehörde.
378 Arbeitnehmer*innen aus anderen EU-Staaten müssen besser über ihre Rechte
informiert werden
379 und wir setzen uns auf europäischer Ebene für eine bessere soziale Absicherung für
380 arbeitssuchende EU-Bürger*innen ein.

381 **Wir schaffen Gerechtigkeit zwischen den Geschlechtern**

382 **Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit**

383 Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit, von dieser Selbstverständlichkeit sind wir
immer
384 noch weit entfernt. Durchschnittlich verdienen Frauen, vor allem wenn sie sich um
Kinder
385 oder Pflegebedürftige kümmern, im gesamten Erwerbsleben etwa nur halb so viel wie
Männer,
386 was sich auch in ihrer ungenügenden Alterssicherung bemerkbar macht. Deswegen
setzen wir uns
387 auf europäischer Ebene für eine ambitionierte EU-Richtlinie für Lohngleichheit ein und
388 werden national ein effektives Entgeltgleichheitsgesetz einführen, das auch für kleine
389 Betriebe gilt und die Unternehmen verpflichtet, von sich aus über die Bezahlung von
Frauen
390 und Männern und über ihre Maßnahmen zum Schließen des eigenen Pay-Gaps zu
berichten. Dieses
391 Gesetz muss auch ein wirksames Verbandsklagerecht enthalten, damit bei
strukturellen
392 Benachteiligungen auch Verbände die Klage übernehmen können und die Betroffenen
nicht auf
393 sich allein gestellt sind. Lohncheckverfahren können Diskriminierungen aufdecken.
Deshalb
394 werden wir Tarifpartner und Unternehmen verpflichten, alle Lohnstrukturen auf
395 Diskriminierung zu überprüfen und den Beschäftigten anonymisierte Spannen der
Gehalts- und
396 Honorarstruktur zugänglich zu machen. Wir setzen uns dafür ein, dass Berufe, die vor
397 allem
von Frauen ausgeübt werden, eine höhere Wertschätzung erfahren als bisher,
insbesondere in
398 Form besserer Arbeitsbedingungen und besserer Bezahlung. Die Vereinbarkeit von
Familie und
399 Beruf muss für alle vereinfacht werden.

400 **Wirtschaftliche Unabhängigkeit von Frauen stärken**

401 Um selbstbestimmt leben zu können, ist wirtschaftliche Unabhängigkeit unabdingbar.
Deshalb
402 müssen Steine, die dies behindern, aus dem Weg geräumt werden. Frauen
übernehmen nach wie

403 vor den Großteil der Sorgearbeit, die systemrelevant für unsere Gesellschaft ist. Wir
wollen
404 für eine eigenständige Absicherung in allen Lebensphasen sorgen – von der
Berufswahl bis zur
405 Rente. Minijobs, mit Ausnahmen für Studierende, Schüler*innen und Rentner*innen,
wollen wir
406 in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung überführen und Regelungen für
haushaltsnahe
407 Dienstleistungen schaffen. Das durch enge Rollenerwartungen eingeschränkte
408 Berufswahlverhalten wollen wir durch eine gendersensible Berufsberatung erweitern.
Die
409 gläserne Decke, die Frauen am Aufstieg hindert, wollen wir aufbrechen. Dies gelingt
durch
410 eine kluge Zeitpolitik, die es auch Partner*innen erleichtert, Verantwortung in der
411 Familie zu übernehmen und Arbeit geschlechtergerecht aufzuteilen. Wir wollen, dass
die Sorge
412 in der Familie gemeinsam und gleichberechtigt getragen wird, und sehen darin eine
413 Voraussetzung für Chancengerechtigkeit und Gleichberechtigung der Geschlechter.
Dafür ist es
414 notwendig, dass insbesondere Väter gleichermaßen Verantwortung und Sorgearbeit in
der
415 Familie übernehmen. Alleinerziehende dürfen dabei gegenüber Paaren nicht
benachteiligt
416 werden. Von Diskriminierungen am Arbeitsmarkt Betroffene wollen wir stärken, unter
anderem
417 mit einem Verbandsklagerecht, dem Ausbau entsprechender Rechtsberatung und
durch ein echtes
418 Recht auf die Rückkehr in Vollzeit, das auch für kleinere Betriebe gilt. Damit Eltern
nicht
419 aufgrund der Tatsache, dass sie Kinder haben, in der Arbeitswelt benachteiligt werden,
420 werden wir notwendige Maßnahmen inklusive erforderlicher Gesetzesänderungen
ergreifen.

421 **Gleichberechtigung auch bei der Steuer**

422 Das deutsche Steuerrecht steckt noch im letzten Jahrhundert fest. Während sich viele
Paare
423 Familien- und Erwerbsarbeit gleichberechtigter aufteilen, als es noch vor Jahren der
Fall
424 war, gilt bei der Steuer nach wie vor das Modell eines männlichen Ernährers und einer
Frau,
425 die höchstens dazuverdient und sich hauptsächlich um Haushalt und Kinder kümmert.
Dieses
426 Modell ist ungerecht, weil es Ehen privilegiert, Ein-Eltern-Familien (Alleinerziehende)
und
427 nicht verheiratete Paare außen vor lässt, die Erwerbstätigkeit von Frauen hemmt und
Frauen
428 gleichzeitig nicht wirklich absichert. In Krisen bekommen vor allem Frauen die
Nachteile zu
429 spüren, zum Beispiel durch weniger Kurzarbeiter- oder Arbeitslosengeld. Im
Zusammenspiel mit

430 Minijobs und der kostenlosen Mitversicherung wirken sich diese Maßnahmen negativ
auf die
431 Erwerbstätigkeit von Frauen aus. Deshalb wollen wir für neu geschlossene Ehen eine
432 individuelle Besteuerung mit übertragbarem Grundfreibetrag einführen. Bei der
Lohnsteuer
433 soll die/der heute über Gebühr belastete Zweitverdiener*in entlastet werden, indem
das
434 Faktorverfahren zur Regel und die Steuerklasse 5 für Zuverdiener*innen abgeschafft
wird. So
435 sorgen wir dafür, dass gleichberechtigte Lebensentwürfe nicht länger benachteiligt
werden.
436 Paare, die bereits verheiratet sind, können sich entscheiden, ob sie sich einzeln
veranlagern
437 oder weiterhin das Ehegattensplitting nutzen wollen. Zugleich stärken wir mit der
438 Kindergrundsicherung Familien. Alleinerziehende, die heute am stärksten von Armut
betroffen
439 sind, entlasten wir mit einer Steuergutschrift.

440 **Wir sichern die sozialen Netze**

441 **Garantiesicherung statt Hartz IV**

442 Jeder Mensch hat das Recht auf soziale Teilhabe, auf ein würdevolles Leben ohne
443 Existenzangst. Deswegen wollen wir Hartz IV überwinden und ersetzen es durch eine
444 Garantiesicherung. Sie schützt vor Armut und garantiert ohne Sanktionen das
soziokulturelle
445 Existenzminimum. Sie stärkt so Menschen in Zeiten des Wandels und kann angesichts
großer
446 Veränderungen der Arbeitswelt Sicherheit geben und Chancen und Perspektiven für
ein
447 selbstbestimmtes Leben eröffnen. Die grüne Garantiesicherung ist eine
Grundsicherung, die
448 nicht stigmatisiert und die einfach und auf Augenhöhe gewährt wird. Das
soziokulturelle
449 Existenzminimum werden wir neu berechnen und dabei die jetzigen Kürzungstricks
beenden. In
450 einem ersten Schritt werden wir den Regelsatz um mindestens 50 Euro und damit
spürbar
451 anheben. Die Leistungen der Garantiesicherung wollen wir schrittweise
individualisieren. Die
452 Anrechnung von Einkommen werden wir deutlich attraktiver gestalten, sodass
zusätzliche
453 Erwerbstätigkeit immer zu einem spürbar höheren Einkommen führt. Jugendliche in
454 leistungsempfangenden Familien sollen ohne Anrechnung Geld verdienen dürfen.
Vermögen werden
455 künftig unbürokratischer und mit Hilfe einer einfachen Selbstauskunft geprüft. Das
456 Schonvermögen wird angehoben. Wir streben an, die soziale Sicherung schrittweise
weiter zu
457 vereinfachen, indem wir die existenzsichernden Sozialleistungen zusammenlegen und
ihre
458 Auszahlung in das Steuersystem integrieren. Wir begrüßen und unterstützen
Modellprojekte, um

459 die Wirkung eines bedingungslosen Grundeinkommens zu erforschen. Durch die
Abschaffung der
460 bürokratischen und entwürdigenden Sanktionen schafft die Garantiesicherung Raum
und Zeit in
461 den Jobcentern für wirkliche Arbeitsvermittlung und Begleitung. Wir brauchen einen
462 Perspektivenwechsel bei der Arbeitsförderung mit ausreichend Personal, um der
463 Unterschiedlichkeit der langzeitarbeitslosen Menschen gerecht zu werden. Notwendig
sind
464 intensive Betreuung, individuelle Unterstützung und anstelle eines
Vermittlungsvorrangs in
465 prekäre Arbeit wollen wir einen Vorrang für Ausbildung und Qualifizierung. Wichtig ist
466 insbesondere soziale Teilhabe durch einen dauerhaften sozialen und inklusiven
Arbeitsmarkt,
467 der niedrigschwellig und bedarfsgerecht ausgestaltet ist und von dem die
468 Langzeitarbeitslosen auch aufgrund einer guten Begleitung vielfältig profitieren.

469 Selbstbestimmung und gleichberechtigte Teilhabe für Menschen mit
470 Behinderungen

471 Menschen mit Behinderungen haben das Recht auf gleichberechtigte Teilhabe und auf
Schutz vor
472 Diskriminierung in allen Bereichen der Gesellschaft. Auf Basis der UN-
473 Behindertenrechtskonvention und des Grundsatzes der Selbstbestimmung werden wir
Inklusion
474 vorantreiben und wollen deren verbindliche Umsetzung mit einer Enquete-Kommission
begleiten.
475 Leistungen zur Teilhabe müssen in jeder Phase allgemeiner, beruflicher und
hochschulischer
476 Bildung gewährt sein. Wir wollen einen inklusiven Arbeitsmarkt schaffen und dafür
477 Arbeitgeber*innen, die Menschen mit Behinderungen beschäftigen, besser
unterstützen. Die
478 Selbstvertretungsstrukturen werden wir stärken und absichern. Arbeitgeber*innen, die
479 hingegen nicht genügend schwerbehinderte Menschen beschäftigen, sollen eine
höhere
480 Ausgleichsabgabe zahlen, die wir in die Förderung inklusiver Beschäftigung investieren

481 werden. Wir wollen das heutige Werkstattssystem zu einem System von
Inklusionsunternehmen
482 weiterentwickeln, in dem Menschen mit Behinderungen über die Inanspruchnahme
von
483 bedarfsgerechten Nachteilsausgleichen eine sozialversicherungspflichtige
Beschäftigung
484 mindestens auf Mindestlohniveau ermöglicht wird. Wir werden Arbeitnehmer*innen-
Rechte
485 sicherstellen und fördern den Wechsel in den allgemeinen Arbeitsmarkt. Die
486 Tagesförderstätten wollen wir in diesen Prozess mit einbeziehen. Das Budget für Arbeit

487 werden wir ausbauen und Menschen, die es nutzen, in der Arbeitslosenversicherung
absichern.
488 Auszubildende und Studierende mit Behinderung erhalten bei Auslandsaufenthalten
ein Budget
489 zur Deckung ihrer Bedarfe, das den Leistungen entspricht, die sie im Inland erhalten.

Unser

490 Ziel ist es, das Bundesteilhabegesetz weiterzuentwickeln und Teilhabe zu garantieren –
kein
491 Poolen von Leistungen gegen den Willen der Betroffenen, echtes Wunsch- und
Wahlrecht,
492 Leistungen unabhängig vom Einkommen und Vermögen der Leistungsberechtigten und
ein
493 Bundesteilhabegeld. Anträge auf Teilhabeleistungen sollen einfach und unbürokratisch
sein
494 und Entscheidungen im Sinne der Menschen mit Behinderung schnell erfolgen.

495 **Gemeinsame soziale Mindeststandards in der EU**

496 Wir treten ein für eine Europäische Union, die soziale Absicherung und
Mindeststandards EU-
497 weit garantiert. Soziale Rechte müssen den gleichen Stellenwert erhalten wie die
498 wirtschaftlichen Freiheiten des Binnenmarkts. Dafür sind gemeinsame europäische
Arbeits- und
499 Sozialstandards essentiell. Wir machen uns für eine europäische
Grundsicherungsrichtlinie
500 stark, die soziale Mindeststandards für jedes Land festlegt, angepasst an die jeweilige
501 ökonomische Situation. Länderspezifische Mindestlöhne sollen überall in der EU dafür
sorgen,
502 dass Menschen von ihrer Arbeit leben können. Das in der Corona-Krise eingeführte
europäische
503 Kurzarbeitsprogramm wollen wir verstetigen. Zur Stabilisierung im Falle von Krisen
setzen
504 wir uns für die Einführung einer europäischen Arbeitslosenrückversicherung ein. Wir
wollen
505 die europäischen Betriebsräte stärken und die Mitbestimmung in
grenzüberschreitenden
506 Unternehmen weiter absichern durch gestärkte Informationsrechte und verschärfte
Sanktionen.
507 Unser langfristiges Ziel ist, dass die in der Europäischen Grundrechtecharta
verankerten
508 sozialen Rechte als Grundrechte gegenüber den Mitgliedstaaten vor dem Europäischen
509 Gerichtshof einklagbar sind.

510 **Eine verlässliche Alterssicherung für alle**

511 Die langfristige Sicherung des Rentenniveaus bei mindestens 48 Prozent hat für uns
hohe
512 Priorität. Bei einem weiteren Absinken wären immer mehr Menschen auf Grundrente
angewiesen
513 und die Akzeptanz der gesetzlichen Rente wäre gefährdet. Um das Rentenniveau zu
sichern,
514 wollen wir die Frauenerwerbstätigkeit unter anderem durch ein Recht auf Rückkehr in
Vollzeit
515 erhöhen, ein echtes Einwanderungsgesetz schaffen und die Beschäftigungssituation
älterer
516 Arbeitnehmer*innen verbessern. Um die Belastungen der Versicherten und der
Arbeitgeber*innen

517 zu begrenzen, sollen bei Bedarf die Steuerzuschüsse erhöht werden. Prekäre
 Beschäftigung
 518 muss überwunden werden, denn nur armutsfeste Löhne führen auch zu einer
 auskömmlichen Rente.
 519 Die gesetzliche Rentenversicherung wollen wir schrittweise zu einer
 Bürger*innenversicherung
 520 weiterentwickeln, in die perspektivisch alle einbezogen werden, damit alle gut
 abgesichert
 521 sind. In einem ersten Schritt zu einer Bürger*innenversicherung sorgen wir dafür, dass

522 Selbständige ohne obligatorische Absicherung, zum Beispiel in berufsständischen
 523 Versorgungswerken, und Abgeordnete verpflichtend in die gesetzliche
 Rentenversicherung
 524 aufgenommen werden. Dabei werden bereits bestehende private
 Altersvorsorgeformen sowie
 525 Altersgrenzen berücksichtigt. Um Altersarmut zu verhindern, werden wir die
 Grundrente
 526 reparieren und zu einer echten Garantierente weiterentwickeln, die deutlich mehr
 Menschen
 527 als bisher einbezieht und finanziell besserstellt. Wir führen darüber hinaus eine von
 den
 528 Arbeitgeber*innen finanzierte Mindestbeitragsbemessungsgrundlage ein, mit der
 529 vollzeitbeschäftigte Geringverdienende bei langjähriger Beschäftigung im Alter eine
 530 auskömmliche Rente erhalten. Grundsätzlich halten wir an der Rente mit 67 fest. Wir
 wollen
 531 es Menschen aber leichter machen, selbst darüber zu entscheiden, wann sie in Rente
 gehen
 532 wollen, auch über die Regeleintrittsgrenze hinaus.

533 **Ein Bürger*innenfonds für die Rente**

534 Eine kapitalgedeckte Altersvorsorge kann das Umlagesystem sinnvoll ergänzen. Die
 Riester-
 535 Rente hat sich aber als ein völliger Fehlschlag herausgestellt und die Rürup-Rente hat
 536 gravierende Schwächen. Die Produkte sind teuer und undurchschaubar und haben
 zum Teil eine
 537 geringere Rendite als Omas Sparstrumpf. Profitabel sind sie oft nur für die
 538 Versicherungswirtschaft oder dank der öffentlichen Förderung. Deswegen haben bei
 weitem
 539 nicht alle davon Gebrauch gemacht. Wir wollen die Riester- und die Rürup-Rente durch
 einen
 540 öffentlich verwalteten Bürger*innenfonds ersetzen. Die öffentliche Zulagenförderung
 der
 541 privaten Altersvorsorge werden wir reformieren und auf niedrige und mittlere
 Einkommen
 542 fokussieren. Für Menschen mit einem bestehenden Riestervertrag besteht, falls von
 ihnen
 543 gewünscht, Bestandsschutz. Der Fonds kann langfristig orientiertes Eigenkapital für
 die
 544 Wirtschaft
 545 bereitstellen. In den Bürger*innenfonds zahlen alle ein, die nicht aktiv widersprechen.
 So

546 wird ein Volumen geschaffen, das die Verwaltungskosten gering hält, die Risiken breit
streut
547 und auf teure Garantien verzichten kann. Der Bürger*innenfonds wird öffentlich und
politisch
548 unabhängig verwaltet und investiert anhand von ESG-Nachhaltigkeitskriterien. Er
investiert
549 langfristig und hilft so, die Kurzfristorientierung der Märkte zu überwinden. So bietet er

550 das Potenzial einer guten Rendite. Arbeitgeber*innen sollen künftig eine betriebliche
551 Altersvorsorge anbieten, einen eigenen Finanzierungsbeitrag leisten und den
552 Bürger*innenfonds als Standard dafür nutzen können. Um es kleinen Unternehmen
einfacher zu
553 machen, eine betriebliche Altersvorsorge anzubieten, wollen wir die reine
Beitragsgarantie
554 für kleine Unternehmen einführen, sie bei der Haftung entlasten und so für eine
bessere
555 Verbreitung der betrieblichen Altersvorsorge sorgen. Zusätzlich wollen wir erreichen,
dass
556 Selbständige vergleichbare Chancen auf eine angemessene Altersversorgung haben
wie abhängig
557 Beschäftigte.

558 **Wir geben Gesundheit und Pflege einen neuen Wert**

559 **Vorsorge als Leitprinzip**

560 Wir wollen den Zugang zu guter Gesundheitsversorgung von der Kindheit bis ins hohe
Alter
561 sicherstellen – aber gute Gesundheitspolitik umfasst mehr. Wer in der Fleischindustrie
unter
562 prekären Bedingungen arbeitet, in einer schimmeligen Wohnung oder an einer
vielbefahrenen
563 Straße wohnt oder mit Hartz IV in Armut lebt, kann seine Gesundheit nur schwer
schützen, hat
564 eine höhere Wahrscheinlichkeit zu erkranken und oft einen schlechteren Zugang zur
565 Gesundheitsversorgung. Für eine gesunde Gesellschaft braucht es eine Politik, die
vorsorgt,
566 die die Ursachen von Krankheiten bekämpft, Präventionsforschung fördert und
vorausschauend
567 handelt. Statt nur auf die nächste Krise zu reagieren, sollen in Zukunft durch
gemeinsame
568 Gesundheitsziele und eine Ausweitung der Gesundheitsberichterstattung
Krankheitsursachen und
569 der Stand der gesundheitlichen Versorgung in den Blick genommen werden.
Prävention,
570 Gesundheitsförderung und gesundheitliche Versorgung wollen wir grundsätzlich als
571 Querschnittsaufgabe in allen Politikbereichen verfolgen.

572 **Für Pandemien gewappnet sein**

573 Die Corona-Krise hat gezeigt, dass unser Gesundheitssystem für künftige Pandemien
besser

574 gewappnet sein muss. Deshalb stoßen wir eine umfassende Analyse des
Pandemiemanagements an.
575 Spätestens jetzt ist der Moment, längst überfälligen Wandel einzuleiten, beispielsweise
die
576 Krankenhaus- und Notfallversorgung zu reformieren und die Digitalisierung,
insbesondere in
577 den Gesundheitsämtern, beherzt voranzutreiben. Um Pandemien zukünftig effektiv
und
578 nachvollziehbar zu bekämpfen, sollen Stufen zur Eindämmung von Pandemien im
579 Infektionsschutzgesetz definiert, Pandemieschutzpläne aktualisiert und soll ein
unabhängiger
580 und interdisziplinärer Pandemierat eingerichtet werden. Getroffene Maßnahmen
müssen
581 evidenzbasiert und verhältnismäßig sein. Mit einer klaren Kommunikationsstrategie
sollen den
582 Bürger*innen Datengrundlagen, Entscheidungsgründe und -wege transparent gemacht
werden. Wir
583 investieren in Gesundheitsforschung, zum Beispiel bei Medikamenten, Impfstoffen
oder der
584 Entwicklung neuer Testverfahren. Dort, wo es keine ausreichenden Anreize für die
585 Therapieentwicklung gibt, wie zum Beispiel bei Antibiotika oder antiviralen
Medikamenten,
586 schaffen wir alternative Anreizsysteme. Auch die Produktion von Medikamenten und
587 Medizinprodukten soll – in europäischer Kooperation – vorangetrieben werden, die
Versorgung,
588 zum Beispiel mit Atemschutzmasken, durch eigene Produktionsstandorte sichergestellt
werden.
589 Die Universitätsmedizin werden wir angesichts ihrer wichtigen Rolle in der
590 Pandemiebekämpfung weiter stärken – von der Spitzenforschung über die Vernetzung
bei Daten
591 und Digitalisierung bis zur Versorgung per Telemedizin im ländlichen Raum. Auf
europäischer
592 Ebene braucht es mehr gemeinsame Strategie und Koordinierung, etwa durch die
gemeinsame
593 Planung und Nutzung medizinischer Notfallkapazitäten oder durch ein europäisches
594 Frühwarnsystem und die gemeinsame Erhebung und Nutzung relevanter Daten. Daher
setzen wir
595 uns für den zügigen Aufbau von HERA ein, einer EU-Behörde, die künftig staatliche und

596 privatwirtschaftliche Aktivitäten besser koordinieren soll. Das Europäische Zentrum für
die
597 Prävention und Kontrolle von Krankheiten wollen wir stärken und uns für eine engere
598 Kooperation mit nationalen Gesundheitsbehörden einsetzen.

599 **Gesundheitsämter stärken**

600 Nicht erst in der Corona-Pandemie wird sichtbar, dass wir als Gesellschaft größere
601 Anstrengungen unternehmen müssen, um die öffentliche Gesundheit zu stärken und
Menschen ein
602 gutes Leben zu ermöglichen. Ob der Besuch der mobilen Zahnärzt*innen in der Schule
oder die
603 Impfkation im Pflegeheim – für Gesundheitsförderung, die Menschen unkompliziert

erreicht,
604 braucht es eine Stärkung des Öffentlichen Gesundheitsdienstes. Unser Ziel ist es, im
605 Zusammenspiel zwischen den Gesundheitsdiensten der Länder und Kommunen,
Strukturen der
606 öffentlichen Gesundheitsfürsorge an Universitäten und Hochschulen und einem neu zu
607 schaffenden Bundesinstitut für Gesundheit gemeinsam eine starke Säule der
öffentlichen
608 Gesundheitsfürsorge aufzubauen. Das Institut soll gemeinsame, langfristige
Gesundheitsziele
609 entwickeln, zur Funktionsfähigkeit des Gesundheitswesens berichten, die Qualität und
610 Koordination der Gesundheitsdienste sichern und als zentrales Public-Health-Organ
durch die
611 Bündelung bestehender Strukturen des Bundes zur Verbesserung der
Gesundheitsversorgung
612 beitragen. Bisher sind die Gesundheitsämter chronisch unterfinanziert und
unterbesetzt, die
613 personelle und technische Ausstattung muss dauerhaft verbessert werden. Wir wollen
deshalb,
614 dass Bund und Länder gemeinsam dafür sorgen, dass die Mittel für den Öffentlichen
615 Gesundheitsdienst schrittweise auf mindestens 1 Prozent der Gesundheitsausgaben
angehoben
616 werden,
617 sodass er seine Aufgaben des Gesundheitsschutzes und der Gesundheitsförderung
dauerhaft
618 wahrnehmen kann. Die Gesundheitsdienste wollen wir stärker in die
Gesundheitsförderung und
619 Prävention in den Lebenswelten vor Ort einbinden. Die Mitarbeiter*innen im
Öffentlichen
620 Gesundheitsdienst, insbesondere Amtsärzt*innen, müssen vergleichbar zu anderen
621 Beschäftigungsverhältnissen im Gesundheitswesen bezahlt werden. Auch pflegerische
622 Fachkompetenz soll stärker eingebunden werden – als sogenannte Community Health
Nurses oder
623 in der Schulgesundheitspflege.

624 **Gute gesundheitliche Versorgung in Stadt und Land**

625 Gesundheit ist Daseinsvorsorge. Wir wollen, dass Menschen im ganzen Land gut und
verlässlich
626 versorgt werden. Viele niedergelassene Ärzt*innen, Hebammen,
Heilmittelerbringer*innen und
627 andere medizinische Fachkräfte arbeiten jeden Tag hart daran, diese Versorgung zu
628 ermöglichen. Doch wenn mancherorts der Weg zur Hebamme kaum zu bewältigen ist,
die
629 Kinderstationen Patient*innen abweisen müssen oder Hausarztpraxen auf dem Land
schließen
630 müssen, weil ein*e Nachfolger*in fehlt, gefährdet das die gesundheitliche Versorgung.
Wir
631 wollen die Primärversorgung durch Hausärzt*innen und weitere Gesundheitsberufe
weiter
632 stärken. Um die Versorgung in Stadt und Land sicherzustellen, wollen wir, dass
ambulante und

633 stationäre Angebote in Zukunft übergreifend geplant werden und etwa regionale
 634 Versorgungsverbünde mit enger Anbindung an die Kommunen gefördert werden.
 Perspektivisch
 635 soll es eine gemeinsame Abrechnungssystematik für ambulante und stationäre
 Leistungen geben.
 636 Außerdem heben wir die strikte Trennung der ambulanten Gebührenordnungen EBM
 und GOÄ auf.
 637 Auch die zahnmedizinische Regelversorgung in der GKV muss regelmäßig an den
 aktuellen Stand
 638 der Wissenschaft angepasst werden. Gleichzeitig wollen wir die interdisziplinäre
 639 Zusammenarbeit
 640 zwischen den Gesundheitsberufen stärken. Denn die Versorgung muss von den
 Patient*innen aus
 641 gedacht werden. Dafür wollen wir insbesondere die Einrichtung von
 gemeinwohlorientierten
 642 regionalen Gesundheitszentren unterstützen, in denen alle Gesundheitsberufe unter
 643 gemeinsamer Trägerschaft auf Augenhöhe zusammenarbeiten. Die
 Aufgabenverteilung im
 644 Gesundheitswesen werden wir so reformieren, dass nichtärztliche Gesundheits- und
 645 Pflegeberufe mehr Tätigkeiten sowie die Verordnung von Hilfsmitteln und pflegenahen
 646 Produkten eigenverantwortlich übernehmen können. Bei nachgewiesener Qualifikation
 wollen wir
 647 den Direktzugang für Therapeut*innen. Die Arbeitsbedingungen in und die Vergütung
 von
 648 Therapieberufen müssen dringend ihrer wichtigen Rolle im Gesundheitswesen
 angepasst, das
 649 Schulgeld für diese Ausbildungen muss abgeschafft werden. Die Ausbildung in den
 650 Therapieberufen muss in regulären Studiengängen möglich sein.

651 **Krankenhäuser nach gesellschaftlichem Auftrag finanzieren**

652 In Krankenhäusern sollen alle die Versorgung erhalten, die sie benötigen. Doch falsche
 653 politische Weichenstellungen und der daraus folgende ökonomische Druck haben zu
 Fehlanreizen
 654 zu Lasten des Patient*innenwohls und zu Kosteneinsparungen zu Lasten des Personals
 geführt.
 655 Es braucht eine verbindlichere Landeskrankenhausplanung, die die öffentlichen
 656 Versorgungsinteressen an Grund-, Schwerpunkt- und Maximalversorgung definiert. Der
 Bund soll
 657 die Möglichkeit haben, dafür gemeinsame bundesweite Grundsätze für die
 Krankenhausplanung zu
 658 definieren. Welche Angebote es vor Ort gibt, darf nicht davon abhängen, was sich
 rentiert
 659 oder was sich Träger noch leisten können, sondern muss sich danach richten, was
 nötig ist.
 660 Dabei hat die flächendeckende, erreichbare Grundversorgung der Bevölkerung einen
 eigenen
 661 Stellenwert. Die Gemeinwohlorientierung im Gesundheitswesen soll gestärkt und der
 Trend hin
 662 zu Privatisierung umgekehrt werden. Die Konzentration auf ertragreiche Angebote
 muss ein
 663 Ende haben. Kliniken sollen deshalb in Zukunft nicht mehr nur nach Fallzahl, sondern

auch

664 nach ihrem gesellschaftlichen Auftrag finanziert werden. Dafür braucht es ein neues
665 Finanzierungssystem, das eine starke Säule der Strukturfinanzierung beinhaltet,
sodass
666 Entscheidungen danach getroffen werden, was das Beste für Patient*innen und
Beschäftigte ist
667 – und eine bürokratiearme Kostenkontrolle dem nicht zuwiderläuft. Vorgaben zur
668 Personalbemessung, Behandlungs- und Versorgungsqualität sichern eine qualitativ
hochwertige
669 und bedarfsgerechte Versorgung. Die seit Jahren zunehmende Lücke in der staatlichen
670 Investitionsfinanzierung wollen wir durch eine gemeinsame Finanzierung durch Bund
und Länder
671 schließen. Organspende rettet Leben. Wir wollen die Strukturen bei der Organisation
und
672 Qualität der Organspende in den Kliniken und des Transplantationsregisters weiter
673 verbessern.

674 **Notfallversorgung reformieren**

675 Wie gut ein Gesundheitssystem funktioniert, zeigt sich oft erst im Notfall – und dann
wird
676 es häufig ernst. Damit die Notfallversorgung in Deutschland besser funktioniert, muss
sich
677 einiges ändern. Das fängt beim Rettungsdienst an, der Menschen in Not heute
umfassender
678 medizinisch behandeln kann und deshalb wie die übrige Gesundheitsversorgung im
Gesetz
679 geregelt werden muss. Die Notrufleitstellen der Nummern 112 und 116117 müssen
680 organisatorisch zusammengeführt werden, damit es im Zweifelsfall keine Rolle spielt,
wo
681 Menschen anrufen, sondern sie nach einer standardisierten Notrufabfrage immer die
passende
682 Hilfe bekommen. Deshalb wollen wir diese Notrufleitstellen zu Gesundheitsleitstellen
683 verbinden, die rund um die Uhr eine verlässliche Lotsenfunktion übernehmen. An
zentralen
684 Klinikstandorten soll in Notfallzentren eine nahtlose Verzahnung der bislang
getrennten
685 ambulanten und stationären Versorgungsmöglichkeiten der Notfallversorgung
erfolgen. Gerade
686 nachts und am Wochenende sollen diese personell so unterstützt werden, dass
Patient*innen in
687 weniger ernstesten Situationen auch ambulant gut versorgt werden können. Durch
eigene Budgets
688 für die Notfall- und Intensivmedizin sowie einheitliche Stufen und Vorgaben zur
689 Notfallversorgung wollen wir sicherstellen, dass Menschen in Not, in der Stadt und auf
dem
690 Land, stets die erwartbare Hilfe auch verlässlich vorfinden.

691 **Versorgung psychisch Erkrankter verbessern**

692 Starke Prävention und angemessene Versorgung – für beides wollen wir die Weichen
stellen,
693 denn seelische Gesundheit ist Fundament für Lebensqualität, soziale Teilhabe und

körperliche
694 Gesundheit und mehr als nur Abwesenheit psychischer Krankheiten. Es ist nicht
zumutbar, dass
695 viele Menschen in einer psychischen Krise monatelang auf therapeutische Hilfe warten
müssen.
696 Wer eine psychische Erkrankung hat, braucht schnelle und leicht zugängliche Hilfen,
damit
697 das Leid sich nicht verschlimmert. Stigmatisierungen, zum Beispiel am Arbeitsplatz,
muss
698 vorgebeugt werden. Flächendeckende und bedarfsgerechte Versorgung mit
ambulanten und
699 stationären Therapie- sowie Hilfs- und Beratungsangeboten, zum Beispiel auch für
700 Suizidprävention oder bei Abhängigkeiten, ist zentral. Wir wollen ambulante
701 Psychotherapieplätze durch mehr Kassenzulassungen von Psychotherapeut*innen
schaffen. Es
702 braucht eine gemeindenahe und personenzentrierte Versorgung und eine verbesserte,

703 sektorübergreifende Zusammenarbeit. Dabei müssen auch die Besonderheiten der
Versorgung von
704 Kindern und Jugendlichen, von LSBTIQ*, geflüchteten und traumatisierten Menschen
sowie von
705 Frauen, die von Gewalt betroffen sind, berücksichtigt werden. Behandlungen unter
Zwang
706 müssen auf ein unumgängliches Mindestmaß reduziert werden. Dafür braucht es eine
707 systematische Dokumentation und die konsequente Patient*innenorientierung des
708 therapeutischen Angebots. Hilfsangebote zwischen ambulanter und stationärer
Behandlung
709 müssen flexibler werden und die verschiedenen Berufsgruppen im Team eine
miteinander
710 abgestimmte Behandlung übernehmen können. Bei der unzureichenden
711 Reform der Psychotherapie-Ausbildung muss nachgebessert werden, unter anderem
damit
712 angehende
713 Psychotherapeut*innen endlich unter guten Bedingungen ausgebildet werden.

714 **Geburtshilfe verbessern, Gesundheit von Frauen stärken**

715 Eine gute Geburtshilfe stellt das Wohl von Gebärenden und Kindern in den Mittelpunkt.
Um den
716 notwendigen Kulturwandel zu schaffen, sollen Hebammen und andere Akteur*innen
bei einem
717 Geburtshilfegipfel Qualitätsstandards, orientiert an dem Gesundheitsziel „Gesundheit
rund um
718 die Geburt“, entwickeln. Dazu gehören neben der 1:1-Betreuung die Wahlfreiheit des
719 Geburtsortes, die Sicherstellung wohnortnaher Versorgung, die Sensibilisierung für
Gewalt in
720 der Geburtshilfe und die Etablierung eines Betreuungsbogens vor, während und nach
der
721 Geburt. Um die Versorgungssicherheit zu gewährleisten und den Hebammenberuf zu
stärken, sind
722 außerdem eine Reform der Haftpflicht für Gesundheitsberufe, die Aufnahme der
723 Rufbereitschaftspauschale in den Katalog der Kassenleistungen, der erleichterte

724 nachträgliche akademische Titelerwerb für ausgebildete Hebammen. und der Ausbau
 725 hebammengeführter Kreißsäle und Geburtshäuser nötig. Finanzielle Fehlanreize für
 einen
 726 medizinisch nicht notwendigen Kaiserschnitt darf es nicht geben. Wir wollen das
 727 Gesundheitssystem geschlechtergerecht machen. Geschlechtsspezifische Aspekte in
 Forschung
 728 und Ausbildung und in der medizinischen Praxis werden nicht ausreichend
 berücksichtigt, etwa
 729 bei der Medikamentenforschung. Das gefährdet die Gesundheit von Frauen wie auch
 von Trans*
 730 und Inter*-Menschen. Die Forschung zu geschlechtsspezifischer Medizin und Pflege
 sowie
 731 Frauengesundheit muss sichergestellt, in der medizinischen und pflegerischen Praxis
 732 umgesetzt und in der Ausbildung verankert werden. Damit einhergehend muss
 gezielter in die
 733 Forschung und Weiterentwicklung von Verhütungsmitteln für alle Geschlechter
 investiert
 734 werden. Mit Hilfe einer paritätischen Frauenquote für Führungspositionen im
 Gesundheitswesen
 735 und durch bessere Arbeitsbedingungen holen wir mehr Frauen in die Führungsgremien
 unseres
 736 Gesundheitswesens.

737 **Zugang zum Gesundheitssystem sichern, Diskriminierung beenden**

738 Auch im Gesundheitswesen wollen wir Diskriminierung bekämpfen. Beispielsweise
 erhalten
 739 Menschen mit Behinderungen häufig nicht alle dringend benötigten
 Gesundheitsleistungen,
 740 Hilfsmittel oder häusliche Pflege und werden so in ihrer Teilhabe beschränkt. Deshalb
 wollen
 741 wir mit einem ressortübergreifenden Inklusionsplan diese Hürden umfassend abbauen,
 die
 742 Gesundheitsleistungen auf die jeweiligen Bedarfe gezielt ausrichten und bürokratische
 743 Vorgänge so weit wie möglich reduzieren. Das umfasst auch verpflichtende Vorgaben
 zur
 744 Barrierefreiheit bei der Bedarfsplanung und eine Reform der Heilmittelversorgung. Das
 745 Gesundheitswesen muss insgesamt inklusiv ausgestaltet werden, unter anderem auch
 in der Aus-
 746 und Fortbildung des Personals. Auch für LSBTIQ* muss diskriminierungsfreie
 747 Gesundheitsversorgung gesichert sein. Dafür werden wir den Anspruch auf
 medizinische
 748 Maßnahmen für Trans*- und Inter*-Menschen gesetzlich verankern. Die bestehenden
 Lücken beim
 749 Verbot sogenannter „Konversionstherapien“ werden wir schließen. Wir wollen die
 750 Aufklärungsarbeit über HIV und aktuelle Behandlungs- und Präventionsmöglichkeiten
 bei
 751 Ärzt*innen stärker in Aus-, Fort- und Weiterbildung berücksichtigen, um
 Stigmatisierung
 752 vorzubeugen. Der Zugang zu gesundheitlicher Versorgung muss auch für Menschen

ohne
753 Krankenversicherungsschutz oder Wohnungslose und unabhängig vom
Aufenthaltsstatus
754 gewährleistet sein. Das gilt auch für Unionsbürger*innen und Menschen, die ohne
Papiere in
755 Deutschland leben, etwa durch einen anonymen Krankenschein, die Abschaffung der
Mitteilungs-
756 und Unterrichtungspflichten an öffentlichen Stellen oder die Stärkung von
757 Beratungsnetzwerken für Menschen ohne Papiere. Damit Sprache keine
unüberwindbare Hürde
758 darstellt, wollen wir einen Anspruch auf qualifizierte Sprachmittlung im SGB V
schaffen. Die
759 erleichterte Abschiebung von erkrankten und traumatisierten Geflüchteten wollen wir
760 zurücknehmen und die Anerkennung von psychotherapeutischen Gutachten im
Verfahren wieder
761 ermöglichen.

762 **Auf dem Weg zur Bürger*innenversicherung für Gesundheit und Pflege**

763 Gesetzlich Versicherte warten länger auf Termine bei Fachärzt*innen und viele privat
764 Versicherte können sich die hohen Prämien nicht mehr leisten. Von dieser Zwei-
Klassen-
765 Medizin profitieren wenige, zum Nachteil vieler. Unser Ziel ist eine solidarisch
finanzierte
766 Bürger*innenversicherung, in der jede*r unabhängig vom Einkommen die Versorgung
bekommt, die
767 er oder sie braucht. Dafür wollen wir in der nächsten Wahlperiode die Weichen stellen.
Mit
768 der Bürger*innenversicherung wollen wir alle in die Finanzierung eines
leistungsstarken
769 Versicherungssystems einbeziehen und so auch vor dem Hintergrund künftiger
770 Kostensteigerungen im Gesundheitswesen für eine stabile und solidarische
Lastenteilung
771 sorgen. Auch Beamt*innen, Selbständige, Unternehmer*innen und Abgeordnete
beteiligen sich
772 mit einkommensabhängigen Beiträgen, ohne fiktive Mindesteinkommen. Die Beiträge
sollen auf
773 alle
774 Einkommensarten erhoben werden, zum Beispiel neben Löhnen und Gehältern auch
auf
775 Kapitaleinkommen. Wir verbessern die Versorgung gesetzlich Versicherter – zum
Beispiel bei
776 der Erstattung von Brillen. Außerdem wollen wir die Benachteiligung gesetzlich
versicherter
777 Beamt*innen durch einen beihilfefähigen Tarif beenden und privat Versicherte, die sich
nur
778 den Basistarif leisten können, besser absichern. Für gesetzlich Versicherte mit
779 Beitragsschulden wollen wir die vollwertige Rückkehr in die Krankenkasse erleichtern
und wir
780 wollen die Absicherung von gering verdienenden Selbständigen in der
Krankenversicherung
781 verbessern, um sie nicht durch zu hohe Beiträge finanziell zu überfordern.

782 Patient*innenrechte stärken

783 Für uns stehen die Bedürfnisse der Patient*innen und Pflegebedürftigen und der
Nutzen für
784 sie im Mittelpunkt. Sie sollen von Zuschauer*innen zu Beteiligten in unserem
785 Gesundheitswesen werden. Dazu wollen wir die Möglichkeiten der Patient*innen- und
786 Versichertenvertretung in den Gremien des Gesundheitswesens ausbauen,
insbesondere auch
787 durch ein eigenes unparteiisches Mitglied im Gemeinsamen Bundesausschuss, größere
788 Beteiligungs- und Informationsrechte und eine Reform der Sozialwahlen. Patient*innen
sollen
789 selbstbestimmt und auf informierter Grundlage Entscheidungen treffen und bei
Problemen ihre
790 Rechte wirksam und zeitnah durchsetzen können, etwa gegenüber ihrer Krankenkasse.
Wir wollen
791 mehr Qualitätstransparenz im Gesundheitswesen und setzen uns für die Gründung
einer von den
792 Patient*innen- und Selbsthilfeorganisationen getragenen Stiftung ein, die der
Unabhängigen
793 Patientenberatung eine verlässliche und gemeinnützige neue Heimat gibt. Die
794 Patient*innensicherheit wollen wir voranbringen. Opfer von Behandlungsfehlern
müssen
795 leichter
796 Entschädigungen erhalten und Strukturen zur Fehlervermeidung flächendeckend
eingeführt
797 werden.

798 Digitalisierung verbessert Gesundheitsversorgung

799 Wir wollen die Chancen der Digitalisierung – ob Robotik zur Unterstützung in der
Pflege,
800 Telemedizin oder die elektronische Patientenakte – nutzen, um das Gesundheitssystem
801 zukunftsfähig zu machen. Per App sollen Patient*innen sicher auf den digitalen
Impfpass,
802 Gesundheitsinformationen wie die eigene Blutgruppe, die Krankheitsgeschichte oder
die
803 neuesten Blutwerte zugreifen können. Zur Koordination all dieser Vorhaben wollen wir
mit
804 allen Nutzer*innen des Gesundheitswesens eine Strategie für die Digitalisierung
entwickeln.
805 Damit sie den Patient*innen wirklich nützt, muss die elektronische Patientenakte
806 weiterentwickelt werden und für alle Patient*innen einfach zugänglich und
verständlich sein;
807 eine Informationskampagne soll Patient*innen auch unabhängig von sozialer Lage
oder
808 digitaler Gesundheitskompetenz erreichen. Dabei sind unter anderem
809 Patient*innenorganisationen stärker einzubinden. Gesundheitsdaten sollen
anonymisiert und wo
810 nötig pseudonymisiert der Wissenschaft zur Verfügung gestellt werden, um die
811 Gesundheitsversorgung in Deutschland zu verbessern. Eine Weitergabe der Daten
erfolgt dabei

812 nicht gegen den Willen der Patient*innen. Die ärztliche Schweigepflicht und das
813 Patient*innengeheimnis müssen auch für digitalisierte Gesundheitsdaten jederzeit
gewahrt
814 bleiben. Ihre eigenen Gesundheitsdaten müssen für Patient*innen barrierefrei und
sicher
815 zugänglich sein. Es braucht eine dezentrale Forschungsdateninfrastruktur. Die
Ergebnisse,
816 die aus weitergegebenen Gesundheitsdaten gewonnen werden, sollen der
Allgemeinheit nach dem
817 Open-Data-Prinzip zur Verfügung stehen. Alle von der Solidargemeinschaft finanzierten
digitalen Angebote müssen barrierefrei sein und den höchsten Ansprüchen an
818 Datenschutz und
Datensicherheit genügen. Wir setzen uns für eine unabhängige Nutzenbewertung von
819 digitalen
Gesundheitsanwendungen ein. Den Ausbau digitaler Infrastruktur und technischer
820 Assistenzsysteme in der Pflege wollen wir unterstützen. Um Sicherheit und
Interoperabilität
821 zu gewährleisten und so zum Beispiel auch den administrativen Aufwand für
medizinisches und
822 pflegerisches Personal zu verringern, sollen Hersteller von Medizinprodukten und
Software
823 offene Schnittstellen anbieten, die sich an länderübergreifenden
(Schnittstellen-)Standards
824 orientieren.
825

826
827 **Klimaschutz ist Gesundheitsschutz**
828 Dem Gesundheitswesen kommt bei der Bewältigung der Klimakrise eine besondere
Bedeutung zu,
829 etwa
830 durch die Anpassung an ein verändertes Krankheitsspektrum und an vermehrte
Extremwetterlagen
831 wie Hitzewellen. Unter diesen leiden heute schon vor allem ältere und
armutsgefährdete
832 Menschen, auch Allergien und Erkrankungen beispielsweise der Haut treten vermehrt
auf. Das
833 ist eine Herausforderung für das Gesundheitswesen, der wir durch mehr Vorsorge, eine
bessere
834 Notfallversorgung, verstärkte Hilfen für besonders verletzte Menschen wie etwa
chronisch
835 Kranke begegnen wollen. Wir werden außerdem einen Sonderfonds zur Umsetzung
von
836 Hitzeaktionsplänen schaffen. Gleichzeitig muss auch das Gesundheitswesen dazu
beitragen,
837 CO₂-Emissionen zu verringern. Investitionen zum Beispiel in grüne Krankenhäuser und
838 Gesundheitszentren werden wir unterstützen. Umwelt- und Klimaschutz sollen auch
bei der
839 Produktion von Arzneimitteln stärker beachtet und ein Qualitätsmerkmal bei Verträgen
der
840 Krankenkassen werden. Die Verknüpfung von Klimaschutz und Gesundheit kann so zu

841 einem Motor
842 der Transformation hin zu mehr Nachhaltigkeit werden.

842 **Ambulante Pflege stärken**

843 Wer pflegebedürftig ist, hat die bestmögliche Pflege und Unterstützung für ein
844 selbstbestimmtes und würdevolles Leben verdient. Gerade in einer alternden
845 Gesellschaft
846 braucht es dafür überall vielfältige, auf den Bedarf vor Ort angepasste pflegerische
847 Angebote, die auf die individuellen Bedürfnisse und biografischen Hintergründe der
848 Pflegebedürftigen eingehen. Statt weiterer Großeinrichtungen sind mehr ambulante
849 Wohn- und
850 Pflegeformen nötig, zum Beispiel Angebote der Tages-, Kurzzeit- und
851 Verhinderungspflege oder
852 Pflege-Wohngemeinschaften – eingebettet in ein Umfeld, das Menschen im Alter oder
853 bei
854 Assistenzbedarf dabei unterstützt, aktiv am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben.
855 Gerade im
856 ländlichen Raum können Community Health Nurses wie früher die
857 Gemeindeschwestern eine große
858 Stütze sein. So wird die Pflege auch für Angehörige einfacher. Dafür wollen wir die
859 rechtlichen Rahmenbedingungen für Quartierspflege schaffen und den Kommunen
860 ermöglichen,
861 eine verbindliche Pflegebedarfsplanung vorzunehmen, um das Angebot an Pflege vor
862 Ort zu
863 gestalten. Ein Bundesprogramm soll eine Anschubfinanzierung für Kommunen
864 bereitstellen, die
865 sich hier auf den Weg machen. Leistungen der Pflegeversicherung sollen
866 bedarfsgerecht,
867 wohnformunabhängig und als persönliches Budget verfügbar sein. Jemanden zu
868 pflegen verdient
869 unsere Anerkennung und die Unterstützung der Gesellschaft. Deshalb wollen wir
870 Menschen, die
871 Verantwortung für Angehörige, Nachbar*innen oder Freund*innen übernehmen, mit
872 der Pflegezeit
873 Plus besonders unterstützen. Wir ermöglichen damit allen Erwerbstätigen eine
874 Lohnersatzleistung bei dreimonatigem Vollausstieg und dreijährigem Teilausstieg, die
875 pflegebedingte Arbeitszeitreduzierungen finanziell abfedert.

863 **Eine doppelte Pflegegarantie**

864 Pflegebedürftige Menschen und ihre Angehörigen müssen immer mehr eigenes Geld
865 für ihre
866 Versorgung aufbringen. Wir wollen, dass pflegebedürftige Menschen die für sie
867 notwendigen
868 Pflegeleistungen erhalten, ohne von Armut bedroht zu sein. Mit einer doppelten
869 Pflegegarantie wollen wir die Eigenanteile schnell senken und dauerhaft deckeln. So
870 garantieren wir, dass die selbst aufzubringenden Kosten verlässlich planbar werden.
871 Die
872 Pflegeversicherung soll alle über diesen Betrag hinausgehenden Kosten für eine
873 bedarfsgerechte (ambulante wie stationäre) Pflege tragen. Mit einer solidarischen
874 Pflege-
875 Bürger*innenversicherung wollen wir dafür sorgen, dass sich alle mit

- einkommensabhängigen
 872 Beitragen an der Finanzierung des Pflegerisikos beteiligen.
- 873 **Arbeitsbedingungen in der Pflege und der Gesundheitsversorgung**
 874 **verbessern**
- 875 Pflegekräfte leisten einen unschätzbaren Beitrag für unsere Gesellschaft. Menschen,
 die im
 876 Alter, aufgrund einer Behinderung oder bei Krankheit Unterstützung brauchen,
 wünschen sich
 877 zu Recht Pflegekräfte, die sich professionell und mit Sorgfalt um sie kümmern können.
 878 Aktuell müssen Beschäftigte in medizinischen Berufen zu oft über ihre
 Belastungsgrenzen
 879 hinaus arbeiten. Unterbesetzung, Überstunden, physische und psychische
 Überforderung sind
 880 Alltag, nicht nur in Pandemiezeiten. Darunter leiden alle, Patient*innen wie Pflegende.
 881 Diese Arbeitsbedingungen wollen wir verbessern. Dafür braucht es nicht nur mehr
 Lohn,
 882 Arbeitsschutz und Anerkennung – sondern vor allem mehr Kolleg*innen und mehr Zeit.
 Wir
 883 wollen durch verbindliche, bedarfsgerechte Personalbemessung – auch in der
 Langzeitpflege –,
 884 die bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie, mehr eigenverantwortliche Arbeit von
 885 Fachkräften, den Abbau unnötiger Bürokratie und die Ermöglichung neuer
 Arbeitszeitmodelle,
 886 etwa der 35-Stunden-Woche in der Pflege bei vollem Lohnausgleich,
 Arbeitsbedingungen
 887 schaffen, unter denen viele Menschen – ganz neu, weiter oder wieder – gerne in der
 Pflege
 888 arbeiten. Die Ausnahmen im Arbeitszeitgesetz für den Gesundheitsbereich wollen wir
 889 beschränken, um Überlastung vorzubeugen und den Personalverlust im medizinischen
 und
 890 pflegerischen Bereich einzudämmen. Für potenziell traumatisierende Ereignisse
 braucht es
 891 eine Stärkung der psychosozialen Unterstützung für alle Gesundheitsberufe.
 Wertschätzung
 892 braucht auch Löhne, die sie bezeugen – am besten über gute Tarifverträge. Wir wollen
 die
 893 soziale Pflegeversicherung verpflichten, nur noch mit Anbietern zusammenzuarbeiten,
 die nach
 894 Tarif bezahlen. Um die Attraktivität der Pflegeberufe nachhaltig zu steigern, wollen wir
 895 Ausbildung, Selbstorganisation, Einflussmöglichkeiten der professionellen Pflege und
 ihre
 896 Strukturen auf Bundesebene stärken, beispielsweise durch eine Bundespflegekammer
 und vor
 897 allem durch starke Mitspracherechte im Gemeinsamen Bundesausschuss und in
 anderen
 898 Entscheidungsgremien. Das Studium der Pflegewissenschaften und der
 Pflegepädagogik sowie
 899 Forschung in der Pflege wollen wir finanziell und strukturell unterstützen. Für die Arbeit

900 von migrantischen Haushaltshilfen und Betreuungskräften wollen wir einen
gesetzlichen Rahmen
901 entwickeln, der Rechte und Pflichten für beide Seiten (Pflegehaushalt und
Carebeschäftigte)
902 definiert.

903 **Palliative und hospizliche Versorgung ausbauen, selbstbestimmtes** 904 **Sterben regeln**

905 Zu einem Leben in Würde gehört auch ein Sterben in Würde. Patient*innen und deren
Angehörige
906 müssen ausführlich über Krankheit und Behandlungsoptionen aufgeklärt werden,
sodass
907 Entscheidungen getroffen werden können, mit denen sie sich wohlfühlen. Hierfür
wollen wir
908 bundesweite Aufklärungsprogramme zu Patient*innenverfügungen und
Vorsorgevollmachten
909 anstoßen. Eine bedarfsgerechte Palliativversorgung von Schwerstkranken und
Sterbenden jeden
910 Alters muss überall gewährleistet sein. Wir werden die stationären Hospize und
ambulanten
911 SAPV- und Kinder-SAPV-Teams stärken und ausbauen. Die Wahrung der
Selbstbestimmung bis ans
912 Lebensende schließt selbstbestimmtes Sterben ein. Wir setzen uns dafür ein, dass der
913 Bundestag entsprechend der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts in freier
Abstimmung
914 den mit einem Schutzkonzept verbundenen Zugang zur Sterbehilfe regelt.

915 **Für eine verantwortungsvolle Drogen- und Suchtpolitik**

916 Wir wollen einen Wechsel in der Drogenpolitik, der Gesundheits- und Jugendschutz
sowie die
917 Befähigung zum eigenverantwortlichen Umgang mit Risiken in den Mittelpunkt stellt.
Grüne
918 Drogenpolitik beruht auf den vier Säulen Prävention, Hilfe, Schadensminimierung und
919 Regulierung. Das heutige Betäubungsmittelrecht ist reformbedürftig. Auf dem
Schwarzmarkt
920 existiert kein Jugend- und Verbraucherschutz. Wer abhängig ist, braucht Hilfe und
keine
921 Strafverfolgung. Grundsätzlich soll sich die Regulierung von Drogen an den
tatsächlichen
922 gesundheitlichen Risiken orientieren. Wir wollen Kommunen ermöglichen
Modellprojekte
923 durchzuführen und sie dabei unterstützen, zielgruppenspezifische und
niedrigschwellige
924 Angebote in der Drogen- und Suchthilfe auszubauen. Hierzu zählen etwa aufsuchende
925 Sozialarbeit, Substanzanalysen (Drug Checking), Substitutions- und
Diamorphinprogramme (auch
926 in Haftanstalten) und Angebote für Wohnsitzlose sowie die bessere Vermittlung in
ambulante
927 und stationäre Therapie. Wir wollen Hindernisse für die Substitution durch Ärzt*innen
und
928 Ambulanzen abbauen. Wir stärken die Suchtprävention mit modernen Ansätzen und

digitalen

- 929 Medien unter Einbeziehung der Zielgruppe, auch für Alkohol, Medikamente und Tabak.
Den
- 930 Nichtrauchererschutz wollen wir stärken. Für Drogen soll nicht geworben werden. Das
derzeitige
- 931 Verbot von Cannabis verursacht mehr Probleme, als es löst. Deshalb werden wir dem
932 Schwarzmarkt den Boden entziehen und mit einem Cannabiskontrollgesetz auf der
Grundlage
- 933 eines strikten Jugend- und Verbraucherschutzes einen regulierten Verkauf von
Cannabis in
- 934 lizenzierten Fachgeschäften ermöglichen und klare Regelungen für die Teilnahme am
935 Straßenverkehr einführen. Die Versorgung mit medizinischem Cannabis wollen wir
verbessern
- 936 und die Forschung dazu unterstützen.

937 **Wir schaffen bezahlbaren Wohnraum**

938 **Ein Recht auf Wohnen ins Grundgesetz**

- 939 Alle Menschen brauchen angemessenen Wohnraum. Wohnen ist ein Menschenrecht.
Aber es wird
- 940 immer schwieriger, überhaupt Wohnungen zu finden. Und die Mieten und
Immobilienpreise
- 941 steigen vielerorts immer noch weiter. Großstädte teilen sich immer stärker in
942 Einkommensstadtteile auf, Innenstädten geht das Leben verloren. Viele Städte
brauchen eine
- 943 Neuausrichtung hin zu einem gemeinwohlorientierten Wohnungsmarkt. Deshalb gilt es
zu
- 944 handeln, damit gerade auch Familien, Studierende, Menschen mit Behinderungen,
ältere
- 945 Menschen oder Geringverdiener*innen nicht in Bedrängnis geraten, sondern gut und
sicher
- 946 wohnen können. Wir wollen das Recht auf Wohnen ins Grundgesetz aufnehmen. In
Deutschland
- 947 sind derzeit – nach Schätzungen – etwa 700.000 Menschen wohnungslos, 40.000 von
ihnen leben
- 948 ohne Obdach auf der Straße, mehr und mehr junge Menschen, Frauen und Familien.
Um diesen
- 949 Zustand zu beenden, wollen wir ein nationales Aktionsprogramm zur Vermeidung und
Bewältigung
- 950 von Wohnungs- und Obdachlosigkeit auflegen. Dabei ist der Housing-First-Ansatz ein
zentraler
- 951 Baustein, bei dem Obdachlose in eine Wohnung einziehen können, ohne sich zuvor für
Hilfe
- 952 „qualifizieren“ zu müssen. Kein Mensch soll ohne Obdach und eine dauerhafte
würdevolle
- 953 Unterbringung sein. Zudem werden wir einen Wohn- und Mietengipfel einberufen, der
einen
- 954 echten Dialog auf Augenhöhe zwischen den Mieter*innen-Vertretungen, der
Wohnungswirtschaft
- 955 sowie Bund, Ländern und Kommunen schafft und gemeinsam neue, zukunftsfähige wie

soziale

956 Konzepte erarbeitet.

957 **Krisenbedingte Wohnungsverluste verhindern**

958 Wir wollen Mieter*innen und Familien wie Lebensgemeinschaften mit selbstgenutztem
959 Wohneigentum entlasten und vor einem krisenbedingten Verlust der eigenen Wohnung
bewahren.

960 Die Möglichkeit, die Miete oder Kreditrate nachzuzahlen, soll Kündigungen und
961 Zwangsräumungen abwenden. Zwangsräumungen auf die Straße darf es nicht geben.

Wir wollen

962 kostenfreie Mieter*innenberatungen und die Schuldner*innenberatung in den
Kommunen ausbauen.

963 Bei krisenbedingten Einkommensausfällen soll ein Programm der KfW Bank („Sicher-
Wohnen-

964 Programm“) eine finanzielle Unterstützung von Mieter*innen und Kreditnehmer*innen
965 sicherstellen. Vermieter*innen, die auf diese Mietzahlungen angewiesen sind, sollten
dann

966 eine staatliche Unterstützung erhalten.

967 **Neue Gemeinnützigkeit für sozialen Wohnraum**

968 Wir wollen neuen Wohnraum schaffen – und zwar vor allem familiengerecht und
öffentlich,

969 sozialraum- und gemeinwohlorientiert. Stattdessen gehen immer noch viele weitere

970 Sozialwohnungen verloren – rund 100 jeden Tag. Wir werden deshalb die Mittel für den

971 sozialen Wohnungsbau deutlich erhöhen und verstetigen, statt sie zu kürzen. Wir
werden die

972 Kommunen unterstützen, ihre bestehenden Wohnungsgesellschaften und
gemeinwohlorientierten

973 Baugenossenschaften zu stärken und neue zu gründen. Dazu werden wir mit einer
neuen

974 Wohngemeinnützigkeit für eine Million zusätzliche Mietwohnungen sorgen, sicher und
auf

975 Dauer. Die noch vorhandenen bundeseigenen Bestände sollen nicht mehr an private

976 Investor*innen veräußert, sondern ausschließlich verbilligt an Kommunen mit einer

977 dauerhaften Sozialbindung abgegeben werden. So wollen wir in den nächsten zehn
Jahren den

978 Bestand an Sozialwohnungen um eine Million erhöhen. Zudem wollen wir Kommunen
ermöglichen,

979 mehr sozialen Wohnungsbau in Bebauungsplänen festsetzen zu können.

980 **Starke Mieter*innen, faire Mieten**

981 Viele Menschen geben einen immer größeren Anteil ihres Einkommens für ihre
Wohnung aus,

982 viele können sich ihre Mieten nicht mehr leisten. Unser Ziel sind deshalb faire und

983 bezahlbare Mieten und starke Rechte für Mieter*innen. Es wird ein bundeseinheitliches

984 Gesamtkonzept benötigt, das in einem Bundesgesetz gewährleistet, dass
Mietobergrenzen im

985 Bestand ermöglicht werden und die Mietpreisbremse entfristet und deutlich
nachgeschärft

986 wird. Unnötige Ausnahmen, beispielsweise beim möblierten Wohnen, schaffen wir ab.
Reguläre
987 Mieterhöhungen sollen auf 2,5 Prozent im Jahr innerhalb des Mietspiegels begrenzt
werden.
988 Dazu wollen wir qualifizierte Mietspiegel stärken, verbreiten und rechtssicher
ausgestalten.
989 Zur Berechnung sollen die Mietverträge der letzten 20 Jahre herangezogen werden.
Wir streben
990 an, die Modernisierungsumlage weiter abzusenken und auf maximal 1,50 Euro pro
991 Quadratmeter zu begrenzen, damit energetische Sanierungen perspektivisch
warmmietenneutral
992 möglich sind. Innerhalb eines solchen Gesamtkonzepts soll es im BGB ermöglicht
werden, in
993 Regionen mit einem angespannten Wohnungsmarkt landesgesetzliche Regelungen
dann zu treffen,
994 wenn sie mindestens den Vorgaben des Gesamtkonzepts entsprechen. Dies muss
995 selbstverständlich verfassungsfest geschehen. Die Umlagefähigkeit der Grundsteuer
auf
996 Mieter*innen schaffen wir ab. Außerdem setzen wir auch auf flächensparendes
Wohnen, damit
997 der bestehende Wohnraum besser genutzt wird. So wollen wir es beispielsweise
Mieter*innen
998 erleichtern, ihre Wohnungen samt den bestehenden Verträgen zu tauschen. Das
999 Umwandlungsverbot im Baugesetzbuch und den Milieuschutz auszuweiten sind
weitere
1000 Instrumente. Dazu stärken wir das kommunale Vorkaufsrecht auf Basis eines
Ertragswerts, der
1001 bezahlbare Mieten sichert und spekulative Wertsteigerungen unterbindet. Mietwucher
muss –
1002 nach § 5 Wirtschaftsstrafgesetz – auch tatsächlich geahndet werden.
Eigenbedarfskündigungen
1003 sollen zudem deutlicher als heute auf die tatsächliche Nutzung durch die
Eigentümer*innen
1004 und die nahen Verwandten beschränkt werden, um Missbrauch zu unterbinden. Wir
prüfen,
1005 inwiefern es möglich ist, in angespannten Wohnungsmärkten bei besonders
schutzwürdigen
1006 Personengruppen Eigenbedarfskündigungen ganz auszuschließen. Um die
Gemeinschaften der
1007 Mieter*innen zu stärken und die Gemeinwohlorientierung auf dem Wohnungsmarkt
umzusetzen,
1008 wollen wir echte Mitbestimmungsrechte und -instrumente entwickeln.

1009 **Immobilienpekulation und Geldwäsche am Wohnungsmarkt beenden**

1010 Wohnen ist ein soziales Grundrecht und der Wohnungsmarkt darf kein Ort für
Spekulant*innen
1011 sein. Zu häufig werden Immobilien zur Geldwäsche genutzt, das gilt es zu beenden.
Wir
1012 planen, Transparenz durch ein Immobilienregister der Eigentümer*innen einzuführen,
die
1013 Grundbücher auch für Journalist*innen, Nichtregierungsorganisationen und die

Bewohner*innen
1014 der Immobilien kostenfrei zugänglich zu machen und Bargeld beim Immobilienkauf zu
verboten.
1015 Außerdem wollen wir den Missbrauch von sogenannten „Share Deals“ zur
Steuerungumgehung beenden
1016 und setzen auf eine anteilige Besteuerung des Immobilienbesitzes bei
Unternehmensverkäufen.
1017 Veräußerungsgewinne aus privaten Immobiliengeschäften müssen angemessen
besteuert werden.
1018 Die Spekulation mit Bauland soll unterbunden werden. Wenn in Kommunen große
Wohnungsnot
1019 herrscht, ergibt sich daraus eine Pflicht für Eigentümer*innen, Grundstücke zu
bebauen,
1020 statt auf höhere Preise zu spekulieren. Auch gegen Fehlnutzungen und spekulativen
Leerstand
1021 von Wohnraum werden wir verstärkt vorgehen. Wir wollen zudem im Baugesetzbuch
die
1022 Möglichkeit einer Ausgleichsabgabe zugunsten der Kommunen eröffnen.

1023 **Grund und Boden gemeinwohlorientiert**

1024 Grund und Boden unterscheidet sich von anderen Gütern, weil sie prinzipiell nicht
vermehrbar
1025 und gleichzeitig unverzichtbar sind. Steigende Preise von Grund und Boden haben
steigende
1026 Bau- und Wohnkosten zur Folge, was wiederum zu Verdrängung führt. Bei
Fehlentwicklungen
1027 ergibt sich hieraus eine besondere Verpflichtung, staatlich einzugreifen. Wir wollen
1028 erreichen, dass die öffentliche Hand wieder eine strategische und gerechte
Bodenpolitik
1029 betreibt. Der Bund soll seine eigenen Immobilien nicht länger meistbietend verkaufen,
1030 sondern gezielt die Schaffung von bezahlbarem und nachhaltigem Wohnraum,
kulturellen,
1031 sozialen und gemeinwohlorientierten Einrichtungen fördern. Dafür wollen wir die
1032 Bundesanstalt für Immobilienaufgaben in einen gemeinnützigen Bodenfonds
umwandeln. Der Fonds
1033 kauft neue Flächen strategisch zu und überträgt sie an gemeinwohlorientierte Träger.
Die
1034 Flächen sollen bevorzugt in Erbpacht vergeben werden, um Sozialwohnungen
dauerhaft sichern
1035 zu können. Werden sie veräußert, sollen Kommunen und kommunale
Wohnungsgesellschaften ein
1036 Erstzugriffsrecht erhalten. Die Einnahmen des Fonds fließen nicht in den Haushalt,
sondern
1037 werden für den Zukauf weiterer Flächen verwendet.

1038 **Erwerb von Wohneigentum erleichtern**

1039 Wohneigentum ist für viele Menschen ein Wunsch, der wegen explodierender
Immobilienpreise in
1040 den meisten Regionen des Landes immer schwerer zu erfüllen ist. Wir wollen den
Erwerb von
1041 Wohneigentum – auch im Bestand – erleichtern. Deshalb soll das Prinzip „Wer den

Makler

1042 bestellt, bezahlt“ genauso für Immobilienkäufe eingeführt werden, so wie es für
1043 Maklerprovisionen bei Vermietungen bereits gilt. Wir streben an, die Courtage deutlich
zu
1044 reduzieren, damit sie nicht auf verstecktem Weg zu noch höheren Kaufpreisen führt.
Dazu
1045 wollen wir die Kaufnebenkosten weiter senken, indem wir es den Ländern ermöglichen,
den
1046 Steuersatz der Grunderwerbssteuer beispielsweise für große Wohnungsunternehmen
zu erhöhen
1047 und für Selbstnutzende zu senken. Wir wollen Mietkauf für selbstgenutztes
Wohneigentum über
1048 die Länder und Kommunen fördern, auch den Kauf und die Modernisierung
leerstehender
1049 Wohnungen und Ausbauten zu günstigem Wohnraum unterstützen wir. Beteiligungen
an
1050 Genossenschaften und den gemeinschaftlichen Erwerb durch Mieter*innen,
beispielsweise im
1051 Rahmen des Mietshäusersyndikats und anderer gemeinschaftlicher Projekte, wollen
wir
1052 unterstützen, zum
1053 Beispiel indem wir unbürokratisch günstige Kredite oder Bürgschaften gewähren.

1054 **Ressourcenschonendes und kreislaufgerechtes Bauen vorantreiben**

1055 Wir können die Klimaziele nur mit einer konsequenten Bauwende hin zu
ressourcenschonendem
1056 und nachhaltigem Bauen erreichen. Bei jeder Städtebau- und Gebäudeplanung sind
künftig der
1057 gesamte Stoff- und Energieverbrauch für Bau, Betrieb und späteren Rückbau
umfassend zu
1058 berücksichtigen. Eine Lebenszyklusbetrachtung soll verpflichtend für alle
Baumaßnahmen
1059 werden, Erhalt und Aufbau auf Bestehendem bekommt Vorrang vor Neubau. Ziel ist
eine
1060 komplette stoffliche Wieder- oder Weiterverwertung. Dafür setzen wir auf eine
Veränderung
1061 der ökonomischen Rahmenbedingungen, ein Gebäude-Ressourcen-Gesetz und
verbindliche
1062 Klimaschutzstandards bei allen gesetzlichen Vorgaben, Normen und Bauordnungen
sowie eine
1063 nachhaltige Holzbaustrategie, damit künftig energie- und ressourcenschonend und
giftfrei
1064 gebaut wird. Die öffentliche Hand muss bei alldem ihrer Vorbildfunktion gerecht
werden. Die
1065 Forschung an und Markteinführung von nachhaltigen, klimafreundlichen
Baumaterialien wollen
1066 wir stärken. Holz ist dabei ein wertvoller Rohstoff, seinen gezielten und effizienten
1067 Einsatz behalten wir im Blick, damit unsere Häuser nachhaltig, aber zugleich unsere
Wälder
1068 nicht übernutzt werden. Wir fördern außerdem die Digitalisierung von Planen und
Bauen. Um

1069 Gebäude kreislaufgerecht planen, bauen und modernisieren zu können, führen wir
 einen
 1070 digitalen Gebäude-Materialpass mit allen relevanten Informationen über die
 verwendeten
 1071 Materialien ein – unsere Gebäude und Bauschuttdeponien werden so zu
 Rohstoffminen. Die
 1072 Reduktion des Flächenverbrauchs bei der Siedlungsentwicklung spielt eine zentrale
 Rolle beim
 1073 Natur- und Artenschutz. Mit entsprechenden rechtlichen Vorgaben und Anreizen
 realisieren wir
 1074 den Vorrang der Innenentwicklung und flächensparendes Bauen. Nicht mehr benötigte
 1075 versiegelte Flächen werden der Natur zurückgegeben. Künftig wird mehr hoch als breit
 gebaut,
 1076 Verkehrsflächen werden reduziert. Flächen, die noch versiegelt werden, müssen
 ortsnah durch
 1077 Entsiegelung ausgeglichen werden. So steigen wir in eine Flächenkreislaufwirtschaft
 ein, die
 1078 letztlich keinen Nettoverbrauch an Boden mehr benötigt. Wir setzen uns ferner dafür
 ein,
 1079 dass § 13 b des Baugesetzbuches nicht über das Jahr 2022 hinaus verlängert wird.

1080 **Wir investieren in lebenswerte Dörfer und Städte**

1081 **Regionale Daseinsvorsorge stärken**

1082 Für ein gutes, selbstbestimmtes Leben in allen Regionen brauchen wir eine
 Gleichwertigkeit
 1083 der Lebensverhältnisse. Einschränkungen gibt es vielerorts, häufig unterscheiden sie
 sich
 1084 von Region zu Region: Hier fehlt ein Zentrum im Dorf, dort werden in einer Kommune
 die
 1085 Schwimmbäder geschlossen und vielerorts ist das Internet noch viel zu langsam.
 Unser Ziel
 1086 ist es, dass individuelle Entfaltung, demokratische Teilhabe und gesellschaftliches
 1087 Engagement überall im Land möglich sind. Wir brauchen gute Infrastruktur und den
 Zugang zu
 1088 öffentlichen Gütern in den Kommunen. Deshalb wollen wir eine neue
 Gemeinschaftsaufgabe
 1089 „Regionale Daseinsvorsorge“ im Grundgesetz verankern. Regionen, die heute mit
 großen
 1090 Versorgungsproblemen zu kämpfen haben, sollen wieder investieren und gestalten
 können. Ziel
 1091 ist, anhand von regionalen Indikatoren in den Bundesländern Förderregionen
 auszuwählen und
 1092 die Stärkung der Kommunen in diesen Regionen zu unterstützen. Mit Regionalbudgets
 geben wir
 1093 Bürger*innen und Akteur*innen vor Ort die Möglichkeit, ihre Dörfer und Städte
 selbstbestimmt
 1094 zu entwickeln und zu gestalten. Für zentrale Versorgungsbereiche wie Gesundheit,
 Mobilität
 1095 und Breitband wollen wir nötige Mindeststandards formulieren. Eine inklusive und
 1096 solidarische Gesellschaft braucht Orte des Miteinanders, Orte gegen die Einsamkeit,

Orte des
11097 gesellschaftlichen Zusammenhalts. Das kann
11098 ein Marktplatz sein oder ein Familienzentrum, der Jugendclub oder der Skatepark, die
11099 Stadtteilbibliothek, der Kulturbahnhof oder die freie Bewegungsfläche. Wir erarbeiten
11100 gemeinsam mit Expert*innen und Bürger*innen eine nationale Strategie gegen
Einsamkeit. Und
11101 wir wollen mit den Kommunen und Initiativen vor Ort eine Bundesstrategie „Orte des
11102 Zusammenhalts“ auf den Weg bringen. Mit Bundeseinrichtungen in Ostdeutschland
und der
11103 gezielten Ansiedlung von neuen Forschungsinstituten werden wir in strukturschwachen
Regionen
11104 wichtige Impulse setzen. Außerdem unterstützen wir die Idee der Errichtung eines
11105 „Zukunftszentrums für Deutsche Einheit und Europäische Transformation“.

11106 **Solide Finanzausstattung für Kommunen**

11107 Für eine starke kommunale Selbstverwaltung und eine belastbare öffentliche
Daseinsvorsorge
11108 braucht es eine solide Finanzausstattung. Viele Kommunen schaffen es jedoch nicht
einmal
11109 mehr, den ihnen übertragenen Pflichtaufgaben wie etwa der Reparatur von
Gemeindestraßen oder
11110 der Schulsanierung nachzukommen. Sie waren bereits vor der Corona-Krise
finanzschwach oder
11111 verschuldet und ihr Handlungsspielraum verkleinert sich zunehmend. Das spüren die
Menschen
11112 vor Ort unmittelbar. Wenn keine Finanzmittel für sogenannte freiwillige Leistungen wie
11113 Sport- oder Kultureinrichtungen und deren Erhaltung übrig ist, hat das Auswirkungen
auf das
11114 gemeinschaftliche Leben in den Kommunen und auf das Vertrauen in den Staat. Wir
wollen die
11115 Gemeindefinanzen besser und krisenfester aufstellen. Wenn Bund und Länder den
Kommunen neue
11116 Aufgaben zuweisen, müssen sie auch eine Finanzierung bereitstellen. Wir werden eine
faire
11117 Unterstützung bei den kommunalen Altschulden und bei gemeindlichen
krisenbedingten
11118 Steuerausfällen umsetzen, um auch hoch verschuldeten Kommunen wieder eine
Perspektive zu
11119 geben. Für ihr Schuldenmanagement sollen die Kommunen auf die Unterstützung des
Bundes
11120 zurückgreifen können, sofern sie dies wünschen. Wir wollen daher, dass für 2021 und
2022 die
11121 Gewerbesteuer ausfälle vollständig durch Bund und Länder übernommen werden.
Außerdem wollen
11122 wir eine Übernahme der Kosten für Unterkunft und Heizung für Geduldete. Wir wollen
mehr
11123 kommunale Investitionen ermöglichen, beispielsweise in Klimaschutz, die
Verkehrswende,
11124 Gründungsinfrastruktur und Kultureinrichtungen. Dafür soll in einem ersten Schritt der
11125 Zugang zu Fördermitteln einfacher und unbürokratischer werden und sollen die
Hürden für die

1126 Teilnahme besonders für finanzschwache Kommunen gesenkt werden. Wir wollen, dass
Bund und
1127 Länder den Kommunen mit einer gemeinsamen Kompetenzagentur für Förderpolitik
und
1128 Investitionen mit Rat und Tat zur Seite stehen und die Umsetzung von Projekten
ermöglichen.
1129 Es braucht mittelfristig aber eine grundsätzliche Neuordnung der Finanzierung der
Kommunen:
1130 weg von immer mehr einzelnen Förderprogrammen, hin zu einer höheren
Grundfinanzierung, damit
1131 vor Ort entschieden werden kann, welche Ausgaben priorisiert werden.

1132 **Innenstädte neu gestalten**

1133 Innenstädte und Ortskerne, die man gerne besucht, in denen man verweilt und andere
Menschen
1134 trifft, tragen enorm zu unserer Lebensqualität bei. Sie bieten kulturellen Austausch
und
1135 geben dem Leben in Stadt und Land eine Bühne. Mit einer guten Baukultur wollen wir
1136 Stadtzentren und Ortskerne lebenswerter, attraktiver und auch für alle Menschen
sicherer
1137 machen durch neues Wohnen, Gewerbe, Bildung und Kultur. Eine kluge
Stadtentwicklungspolitik,
1138 nachhaltige Verkehrskonzepte und ein Städtebaunotfallfonds sind die besten
Voraussetzungen,
1139 dass auch der Einzelhandel und das Handwerk dort eine Zukunft haben. Dafür wollen
wir die
1140 Städtebauförderung neu ausrichten: für schönere Städte, mehr Stadtgrün und
Wasserflächen,
1141 damit man auch in Zeiten immer heißerer Sommer gut in der Stadt leben kann. Mit
zusätzlichen
1142 Mitteln für Smart-City-Projekte unterstützen wir den Aufbau unabhängiger digitaler
1143 Plattformen, mit denen insbesondere der inhabergeführte stationäre Einzelhandel
attraktive
1144 Angebote machen kann. Dazu arbeiten wir gegen Verdrängung und Leerstand an. Eine
Million
1145 neue gemeinnützige Wohnungen sollen in den nächsten Jahren in unseren Städten
entstehen. Mit
1146 dem „100.000 Dächer und Häuser“-Programm investieren wir in den Dachausbau und
die
1147 Modernisierung leerstehender Wohnungen. Dafür braucht es ausreichend Planer*innen
in den
1148 Kommunen und Kapazitäten im Baugewerbe. Kleineren Gewerben wie
Handwerksbetrieben, sozialen
1149 und Kulturprojekten sowie Clubs wollen wir mit einem Gewerbemietrecht und über die
1150 Baunutzungsverordnung eine zentrale Lage in den Städten bewahren und neu
ermöglichen.
1151 Bundeseigene Immobilien sollen zukünftig nur noch an gemeinnützige, öffentliche
oder am
1152 Gemeinwohl orientierte Träger abgegeben werden.

1153 **Ländlich leben, digital arbeiten**

1154 Das Leben auf dem Land und im Dorf hat viel zu bieten. Gründer*innen, Familien oder
 1155 Freischaffende – alle brauchen schnelles und zuverlässiges Internet für ihr Leben. Eine
 1156 ausreichend schnelle Breitband- und Mobilfunkversorgung gehört zur Daseinsvorsorge.
 Das
 1157 Recht darauf muss jede*r Bürger*in schnell und unbürokratisch durchsetzen können.
 Wir
 1158 schaffen Ankommens- und Bleibeperspektiven für Jung und Alt. Über die
 Gemeinschaftsaufgabe
 1159 für Agrar- und Küstenschutz fördern wir Wohnprojekte für alle
 1160 Generationen, Co-Working, die Aktivierung von Leerstand sowie gemeinschaftliche und
 1161 genossenschaftliche Wohnformen. Wir schaffen Anreize für die Revitalisierung alter
 1162 Bausubstanzen statt für Neubauten auf der grünen Wiese und unterstützen
 Programme und
 1163 Initiativen zur Umnutzung von Leerstand, beispielsweise für Co-Working-Spaces,
 soziale und
 1164 kulturelle Einrichtungen oder die Wiederansiedlung von Lebensmittelgeschäften in
 kleinen
 1165 Ortschaften. Bahnhofsgebäude wollen wir als gemeinwohlorientierte Räume zu
 einladenden
 1166 Mobilitätsknotenpunkten weiterentwickeln und attraktiver machen. Damit verknüpfen
 wir die
 1167 Bahn mit den Ortschaften. Wir unterstützen die Landesprogramme zu Markttreffs:
 wenn zum
 1168 Beispiel Supermärkte ihre Flächen so umbauen, dass sie Café, Bank- und Postfiliale
 1169 integrieren. Kommunen sollen Zuschüsse bekommen, wenn sie öffentliche
 Einrichtungen,
 1170 Sporthalle, Bibliothek, Spielplatz, Working-Space oder Kino unter dem Dach eines
 1171 Kulturzentrums zusammenfassen.

1172 **Schnelles Internet überall**

1173 Egal ob Stadt oder Land, ob mobiles Arbeiten, innovative Wirtschaft oder Unterricht –
 1174 schnelles Internet ist die essentielle Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe sowie
 1175 gleichwertige Lebensverhältnisse und gehört für uns zur öffentlichen Daseinsvorsorge.
 Mit
 1176 weniger als zwei Millionen aktiven Glasfaseranschlüssen ist Deutschland aber in allen
 1177 europäischen und internationalen Vergleichen weit abgehängt. Dabei gehört Glasfaser
 die
 1178 Zukunft. Unser Ziel ist schnelles, kostengünstiges und zuverlässiges Glasfaserinternet
 1179 (FTTB) in jedem Haus. Wir sorgen dafür, dass Fördergelder unbürokratisch dort
 ankommen, wo
 1180 sie am nötigsten gebraucht werden. Wir stärken den offenen Zugang zu bestehender
 Glasfaser
 1181 und bauen Blockaden ab, um den Ausbau zu beschleunigen. Der umfassende
 Glasfaserausbau soll
 1182 auch im Rahmen von Betreibermodellen vorangetrieben und langfristig gesichert
 werden. Um den
 1183 Menschen auch kurzfristig schnellere Internetzugänge zu ermöglichen, wollen wir
 einen
 1184 Rechtsanspruch auf schnelle Internet-Grundversorgung so ausgestalten, dass er

unbürokratisch
1185 und leicht durchsetzbar wird. Mit Mindestbandbreiten, die sich an den
Nutzungsgewohnheiten
1186 der Menschen orientieren. So sorgen wir für eine zügige Schließung der weißen
Flecken. Die
1187 Netzneutralität wollen wir weiter absichern und konsequent durchsetzen. Und wir
machen
1188 Schluss mit der Bandbreiten-Schummelei: Wenn Telekommunikationsunternehmen
nicht die
1189 versprochenen Download-Geschwindigkeiten liefern, soll es unkomplizierten
pauschalierten
1190 Schadensersatz und hohe Bußgelder geben. Beim Mobilfunkausbau gilt es eine
flächendeckende
1191 Versorgung sicherzustellen, egal in welchem Netz man surft. Wo die Anbieter keine
1192 Kooperationsvereinbarungen treffen, um Funklöcher zu schließen, muss notfalls lokales
1193 Roaming angeordnet werden, natürlich mit entsprechender Vergütung. Bei zukünftigen
1194 Frequenzversteigerungen sollen die Versorgungsaufgaben für die Fläche so angepasst
werden,
1195 dass sie mit dem steigenden Bedarf Schritt halten – insbesondere entlang von
Bahnstrecken
1196 und Straßen.

1197 **Selbstbestimmt im Alter, in Stadt und Land**

1198 Wir wollen Selbstbestimmung auch im Alter ermöglichen. Wir wollen den Abbau von
Barrieren in
1199 Wohnungen und im Wohnumfeld stärker finanziell fördern und somit älteren Menschen
1200 ermöglichen, länger als bisher in ihrer vertrauten Umgebung selbstbestimmt wohnen
zu
1201 bleiben. Gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht Selbstbestimmung. Wir verfolgen den
1202 generationenfreundlichen Ansatz der „Age-friendly Cities and Communities“ der
1203 Weltgesundheitsorganisation – auch für ältere Menschen in Stadt und Land und im
digitalen
1204 Raum. Den wollen wir mit einem Programm fördern, bei dem Ansprechstellen und
Gemeindezentren
1205 über altersgerechtes Wohnen, Weiterbildungsangebote, Pflege und soziale Sicherung
sowie
1206 Möglichkeiten, sich im Dorf oder im Stadtteil zu engagieren, informieren. Um die
Teilhabe
1207 auch in der digitalen Welt zu verbessern, wollen wir Initiativen praktischer Bildung und
1208 Anwendung im Lebensumfeld und in den Treffpunkten älterer Menschen wie
Nachbarschaftszentren
1209 und Bibliotheken fördern. Zur Selbstbestimmung gehört auch, den eigenen
Bedürfnissen
1210 entsprechend mobil zu sein, unabhängig vom eigenen Pkw. Dafür muss das
Nahverkehrsangebot in
1211 den Städten und auf dem Land ausgebaut und intelligent vernetzt sowie mit
intelligenten On-

- 1212 Demand-Systemen wie beispielsweise Rufbussen ergänzt werden. Es braucht
flächendeckend
- 1213 barrierefreie Zugänge zu allen öffentlichen Verkehrsmitteln und die Wege zu ÖPNV und
- 1214 Nahversorgung sollen mit genügend Möglichkeiten zum Ausruhen und
„Kräftesammeln“
- 1215 ausgestattet werden.

Beschluss Kapitel 4: Bildung und Forschung ermöglichen

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 12.06.2021
Tagesordnungspunkt: PB-B Kapitel 4: Bildung und Forschung ermöglichen

1 **Kapitel 4: Bildung und Forschung ermöglichen**

2 Bildung ermöglicht. Von Anfang an gibt Bildung Kindern, jungen Menschen und
3 Erwachsenen bis
4 ins hohe Alter die Möglichkeit, sich zu entfalten. Altes zu hinterfragen und Neues zu
5 entdecken. Bildung und Inklusion schaffen die Grundlagen, den eigenen Weg im Leben
6 selbstbestimmt gehen zu können. In zukunftsgerichteter Bildungspolitik, Aus- und
7 Weiterbildung, in visionärer Forschung und kluger Wissenschaftspolitik liegt unendlich
8 viel
9 Potenzial, um dieses Land gerechter, moderner und krisenfester zu machen. Deshalb
10 brauchen
11 wir sozial diverse und inklusive Schulen, in denen junge Menschen so lange wie
12 möglich
13 gemeinsam lernen. Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) sowie die klassische
14 Umweltbildung sind der Schlüssel zur notwendigen gesellschaftlichen Transformation.
15 Sie
16 befähigt Menschen zu zukunftsfähigem Denken und Handeln, zur Gestaltung und
17 Teilhabe an
18 einer demokratischen und pluralen Gesellschaft sowie zum Verstehen der
19 Auswirkungen des
20 eigenen Handelns auf die Welt. BNE ermöglicht den Menschen, sich aktiv an der
21 Gestaltung
22 einer ökologisch verträglichen, wirtschaftlich leistungsfähigen und sozial gerechten
23 Gesellschaft zu beteiligen.

24 Ein gutes Bildungssystem ist essenziell für gleiche Lebenschancen und Zusammenhalt
25 in einer
vielfältigen Gesellschaft. Aber viel zu sehr hängt der Lebenslauf in Deutschland noch
von
der Familie, dem Namen oder dem Wohnort ab statt von den eigenen Fähigkeiten. Und
die
Pandemie verschärft die ohnehin zu große soziale Ungleichheit: Wo Kinder und
Jugendliche auf
wenig Förderung von zu Hause hoffen können, wo der Zugang zu Laptops oder Tablets
fehlt und
kein Elternteil helfen kann, drohen sie dauerhaft den Anschluss zu verlieren. Die Kinder
und
Jugendlichen, die am stärksten von der Krise getroffen wurden, benötigen daher die
meiste
Unterstützung. Doch auch insgesamt führten die Schulschließungen zu einer
Bildungslücke quer
durch alle Jahrgänge, es fehlten das gemeinsame Lernen, die Gespräche, das
Zusammensein auf
dem Pausenhof, was sich bei Kindern und Jugendlichen auch auf die kognitive und

soziale
26 Entwicklung auswirken kann. Kinder und Jugendliche haben in der Pandemie
besondere
27 Verzichtleistungen erbracht – die Einschränkung von Kontakten trifft sie in ihren
28 Entwicklungsmöglichkeiten härter als Erwachsene. Wir sind es ihnen schuldig, sie
endlich in
29 den Mittelpunkt von Politik zu stellen.

30 Gleiche Lebenschancen für alle Kinder heißt, dass wir uns für gemeinsames Lernen
und
31 individuelle Förderung für alle Kinder von der KiTa (Kita und Kindertagespflege) bis
zum
32 Schulabschluss einsetzen. Die soziale Spaltung zwischen Schulen sowie KiTas möchten
wir
33 überwinden, auch durch gezielte Investitionen des Bundes, die lokal verteilt werden.
Denn
34 wir wollen KiTas und Schulen, in die Kinder und Jugendliche, aber auch Erzieher*innen
und
35 Lehrer*innen gleichermaßen gerne gehen. Und zwar egal ob auf dem Land oder in der
Stadt, ob
36 in ärmeren oder reicheren Vierteln. Erzieher*innen und Lehrer*innen sind jederzeit
37 systemrelevant, diese Wertschätzung sollte sich in ihrer Arbeit, ihrer Bezahlung und in der
38 Ausstattung widerspiegeln. Schulen sollen attraktive Orte sein. Dafür brauchen sie
nicht nur
39 schnelles Internet und saubere Toiletten, sondern auch zeitgemäße Raumkonzepte mit
genügend
40 Platz für vielfältige und inklusive Lernformen. Multiprofessionelle Teams sollen Kindern
in
41 ihren unterschiedlichen Bedürfnissen bestmögliche Unterstützung bieten. Dafür
brauchen sie
42 gute Aus- und Weiterbildung, sichere Berufswege und einen guten Lohn. Kulturelle
Bildung
43 muss zu einem elementaren Bestandteil unseres Bildungssystems werden. Da die
Weichen am
44 Anfang gestellt werden, müssen dorthin auch die meisten Ressourcen fließen. Vor
allem für
45 KiTas und den Primarbereich werden wir die Investitionen deutlich erhöhen, auch um
den
46 Sanierungsstau an Schulgebäuden zu beheben. Zur bundesweiten Förderung von
Schüler*innen
47 bedarf es einer einfachen Fördermittelbeantragung durch die Schulen ohne
bürokratische
48 Hürden des Bundes.

49 Bildung ist ein Recht für jedes Alter und jeden Lebensweg. Ein Lebenslauf lässt sich
nicht
50 am Reißbrett planen, darum müssen unsere Bildungswege flexibel und durchlässig
sein. Abitur
51 auf dem zweiten Bildungsweg, der Beginn einer Lehre mit Mitte 30 oder der erste
52 Studienabschluss überhaupt in der Familie – das alles muss möglich sein und darf nicht
davon

53 abhängen, ob es von zu Hause finanzielle Unterstützung gibt. Ob Ganztags- oder
Abendschule,
54 ob duale Berufsbildung, Weiterbildung oder Studium, ganz gleich, ob als
Handwerker*in am
55 Bau, als Angestellte*r im Büro, freiberuflich oder selbständig im eigenen Betrieb: Wir
56 unterstützen die vielfältigen Lebensbahnen und die dazu passenden Bildungsverläufe.
Dem
57 Trend, dass eine wachsende Zahl von Schüler*innen ohne Abschluss die Schule
verlässt, wollen
58 wir entgegenwirken.

59 Auch die Auszubildenden und Student*innen leiden unter den Auswirkungen der
Pandemie. Sicher
60 geglaubte Ausbildungsplätze sind weggefallen, manche Studierende haben noch nie
einen
61 Hörsaal von innen gesehen. Gerade weil dies eine entscheidende Lebensphase der
62 Neuorientierung ist, stehen wir in der Pflicht, Sicherheit und Perspektiven zu schaffen.
63 Alle Studierenden, die durch die Pandemie in finanzielle Schwierigkeiten geraten sind,
64 sollen im Rahmen einer Nothilfe über das BAföG Unterstützung erhalten.
Studienkredite halten
65 wir aufgrund des Verschuldungsrisikos für kein geeignetes Unterstützungsmittel. Für
alle,
66 die eine Ausbildung anstreben, wollen wir einen guten Ausbildungsplatz und eine gute
67 Ausbildung garantieren.

68 Um die großen Krisen einzudämmen – die Klimakrise, Pandemien –, sind Kreativität,
69 Forschungsgeist sowie die Transformation unseres Bildungs- und
Wissenschaftssystems die
70 Grundlage. Damit Innovationen der Allgemeinheit zugutekommen, muss für die
Entwicklung auch
71 öffentliche Infrastruktur zur Verfügung stehen. Ein gutes Leben wird auch künftig
möglich
72 sein, weil Wissenschaftler*innen, Künstler*innen und Forscher*innen in Betrieben,
73 Hochschulen und außeruniversitären Einrichtungen permanent und mit Leidenschaft
an neuen
74 Ideen arbeiten, an Antworten auf Fragen, die wir noch gar nicht gestellt haben. Aber
sie
75 können neuartige Impf- oder alternative Antriebsstoffe, neue ökonomische
Wohstandskonzepte
76 oder nachhaltige Geschäftsmodelle nur dann entwickeln, wenn sie eine gut
ausgestattete
77 Forschungsumgebung haben und sie Neues mit ungewissem Ausgang erforschen und
ausprobieren
78 können. Sie brauchen für ihre Arbeit optimale und verlässliche Bedingungen, unnötige
79 bürokratische Hürden sollten wir abbauen. Wissenschaftliche Kooperationen mit den
80 europäischen Partner*innen, vor allem unter den Hochschulen, tragen maßgeblich zur
81 Attraktivität und Innovationsdynamik des deutschen Wissenschaftssystems bei,
deshalb wollen
82 wir sie stärker fördern. Bildungs-, Forschungs- und Innovationspolitik wollen wir
vermehrt
83 zusammen denken, um den Europäischen Forschungs- und Hochschulraum mit Leben

zu füllen und
84 Quellen zukünftigen Wohlstands zu begründen.
85 Wissenschaft zeigt immer wieder neue Denkhorizonte und Möglichkeiten auf und
ändert so den
86 Lauf der Dinge. Sie gibt eine zentrale Orientierung für politisches Handeln, das zeigen
87 Klimakrise und Pandemie. Aber in Zeiten von Informationsfilterblasen und
88 Verschwörungsideologien werden wissenschaftliche Erkenntnisse öffentlich in Zweifel
gezogen.
89 Nötig ist ein verständlicher und interdisziplinärer Wissenschaftsdialog, der
Wissenschaft
90 und Gesellschaft näher zusammenbringt – durch partizipative Formate und Förderung
der
91 Wissenschaftskommunikation.

92 **Wir fördern gute Bildung von Anfang an**

93 **Für jedes Kind einen KiTa-Platz in einer guten KiTa**

94 Egal, aus welcher Ecke Deutschlands und aus welchem Elternhaus, alle Kinder
brauchen die
95 Chance auf ein gutes und geborgenes Aufwachsen. KiTas haben einen entscheidenden
Anteil
96 daran. Als Orte früher Bildung schaffen sie Halt, wecken Neugier, vermitteln Freude am
97 Zusammensein mit Gleichaltrigen und begleiten beim Großwerden. Aus Neugier und
98 Entdeckungslust wird hier der Grundstein für Lernen und Kompetenzerwerb gelegt. Sie
sind die
99 erste Stufe des Bildungssystems. Jedes einzelne Kind hat eigene Bedürfnisse und
braucht
100 individuelle Förderung, auf die in der KiTa eingegangen wird. Mit einem
101 Bundesqualitätsgesetz sorgen wir dafür, dass Spitzenqualität in die Einrichtungen
kommt,
102 denen wir unsere Kleinsten anvertrauen. Diese Spitzenqualität muss sich auch in einer
103 entsprechenden Infrastruktur abbilden. Kinder brauchen Bewegung und ausreichende
104 Bewegungsflächen. Die Zeit, die Fachkräfte für die Kinder haben, ist entscheidend
dafür,
105 dass sich Kinder wohlfühlen und individuell gefördert werden können. Deshalb wollen
wir mit
106 Mindeststandards sicherstellen, dass sich Erzieher*innen und andere pädagogische
Fachkräfte
107 um höchstens vier unter Dreijährige oder neun Kinder ab drei Jahren gleichzeitig
kümmern.
108 Inklusiv Einrichtungen benötigen abhängig vom Förderbedarf der Kinder einen
besseren
109 Betreuungsschlüssel. Darüber hinaus müssen sie genügend Zeit für Vor- und
Nachbereitung,
110 Zusammenarbeit mit Familien, Netzwerkarbeit im Sozialraum und Fortbildungen
haben. Den
111 Fachkräften in den KiTas stärken wir den Rücken mit Fachberatung, Supervisions- und
112 Mentoring-Programmen, Lernortkooperationen und Unterstützung für berufliche

113 Weiterentwicklung innerhalb des KiTa-Systems. Damit alle Kinder einen Platz in einer
114 guten
115 und inklusiven KiTa bekommen können, wollen wir das Engagement des Bundes beim
116 Platzausbau
117 weiterführen und verstärken. Eltern, insbesondere Alleinerziehenden, ermöglicht ein
118 Kinderbetreuungsplatz gesellschaftliche wie berufliche Teilhabe. Der KiTa-Platz muss
119 den
120 Lebens- und Arbeitsrealitäten von Eltern gerecht werden. Auch bei Schicht- und
121 Wochenendarbeit muss es Angebote geben.

119 **Mehr Fachkräfte in Kitas, Horten und Schulen**

120 Die pädagogischen Fachkräfte in Kitas, Horten oder Schulen tragen eine hohe
121 Verantwortung,
122 denn sie prägen den Lebensweg von Kindern bereits in sehr frühen Jahren
123 entscheidend mit.
124 Doch diese Verantwortung spiegelt sich noch nicht ausreichend in der Bezahlung der
125 Fachkräfte wider. Für die wichtige Arbeit, die Erzieher*innen, Lehrkräfte und andere
126 Pädagog*innen im Bildungssystem und in der Jugendhilfe leisten, brauchen sie einen
127 guten
128 Lohn und gute Arbeitsbedingungen. Mit einer wirkungsvollen Fachkräfteoffensive
129 wollen wir
130 zudem für faire Ausbildungsvergütungen, Weiterentwicklungsmöglichkeiten und gute
131 Arbeitsbedingungen sorgen, dabei darf die Ausbildung zum Erzieherinnenberuf nicht
132 am
133 Schulgeld scheitern. Um den Mangel an pädagogischen Fach- und Lehrkräften mit gut
134 qualifiziertem Personal nachhaltig bewältigen zu können, wollen wir mit einem Bund-
135 Länder-
136 Programm hochwertige Quereinstiegsbildung fördern, bestehende Weiterbildungs- und
137
138 Qualifizierungsangebote stärken und gemeinsame Qualitätsstandards sichern.

132 **Recht auf einen Ganztagsplatz für jedes Grundschulkind und gute 133 Lernbedingungen an weiterführenden Schulen**

134 Schulen sollen starke Orte der Bildung, der Begegnung und der Inspiration sein. Dafür
135 brauchen sie motivierte Fachkräfte, gut ausgestattete barrierefreie Räume und Zeit.
136 Zeit für
137 gemeinsames Lernen und Spielen, Forschen und Entdecken, gemeinsame kulturelle,
138 soziale und
139 demokratische Erfahrungen, Sprach- und Bewegungsförderung, individuelle Förderung
140 und
141 Betreuung. Dafür sind Ganztagsplätze in einer Grundschule oder einem Hort und gute
142 Lernbedingungen an weiterführenden Schulen wichtig. Unser Ziel ist, einen
143 individuellen
144 Rechtsanspruch für jedes Grundschulkind auf Ganztagsbildung und -betreuung mit
145 Qualitätsstandards umzusetzen – mit genügend Fachkräften in multiprofessionellen
146 Teams,
147 anregenden Räumen und Schulhöfen, einem gesunden Mittagessen und einer breit
148 gefächerten
149 Zusammenarbeit mit Vereinen, Musikschulen und anderen Akteur*innen vor Ort.
150 Derartige
151 Kooperationen wollen wir finanziell unterstützen. In der Gestaltung des Ganztages ist

die
 145 Jugendhilfe ein wichtige Partnerin der Schulen, da im Ganzttag neben dem schulischen
 Lernen
 146 die informelle Bildung unerlässlich ist. Leitbild sind integrierte Ganztagskonzepte für
 eine
 147 umfassende Persönlichkeitsbildung. Es gilt, Ganzttag und gute weiterführende Schulen
 für alle
 148 Kinder zu ermöglichen, ob mit Behinderungen oder ohne. Wir bekennen uns zum
 Bewegungsziel
 149 der WHO, die körperliche Inaktivität von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen bis
 2030 um
 150 15 Prozent zu senken. In jedem Ganzttag soll mindestens ein Bewegungsangebot zur
 Auswahl
 151 stehen. Der Anspruch auf Integrationshilfe muss überall gelten – über die individuelle
 Hilfe
 152 oder über eine Poollösung, gleich ob in der Ganzttagsschule oder bei Hortangeboten
 durch die
 153 Jugendhilfe. Die Arbeitsbedingungen und die Entlohnung der Integrationshelfer*innen
 sollen
 154 ihre anspruchs- und verantwortungsvolle Tätigkeit widerspiegeln. Eltern von Kindern
 und
 155 Jugendlichen mit Behinderungen dürfen keine zusätzlichen Kosten entstehen. Die
 Umsetzung des
 156 Rechtsanspruchs wird ein gesamtdeutscher Kraftakt. Das muss sich in der Beteiligung
 des
 157 Bundes an den Kosten widerspiegeln. Um alle Grundschulen auf ihrem Weg zu
 inklusiven Orten
 158 der Ganztagsbildung zu unterstützen, werden wir ein Begleitprogramm zur Förderung
 einer
 159 integrierten, professionsübergreifenden Schulentwicklung auf den Weg bringen und
 damit
 160 Koordinierungsstellen fördern. Langfristig wollen wir die Schulsozialarbeit ausbauen
 und
 161 flächendeckend als Bestandteil des Ganztags verankern.

162 **Corona-Rettungsschirm für Kinder und Jugendliche**

163 Die Pandemie hat tiefe Spuren hinterlassen, gerade bei Kindern, die es zu Hause auch
 davor
 164 schon schwerer hatten. Sommercamps und Nachhilfe in den Kernfächern alleine
 werden nicht
 165 ausreichen, um die Folgen der Krise zu bewältigen. Wir wollen die Kinder und
 Jugendlichen in
 166 den Mittelpunkt rücken. Sie brauchen jetzt eine helfende Hand, ein offenes Ohr und
 freie
 167 Räume, um den Weg in ihr normales Leben zurückzufinden. Dafür bauen wir Sport-,
 Erlebnis-,
 168 und Kulturangebote aus und stärken die Beratung und Einzelfallhilfe für Schüler*innen
 sowie
 169 die Vermittlung von Wissen zur psychischen Gesundheit und zu Krisen an Schulen. Mit
 170 Mentor*innen, Bildungslots*innen, Schulsozialarbeiter*innen und Psycholog*innen
 knüpfen wir
 171 ein sicheres Netz an breiter Unterstützung, um die psychische Gesundheit von unseren

Kindern

172 und Jugendlichen nachhaltig besser zu schützen. Jedes zusätzliche Angebot für die
173 Krisenbewältigung soll die Qualität an KiTas, Horten und Ganztagschulen langfristig
174 voranbringen.

175 **Programm für Schulen in benachteiligten Regionen und Quartieren**

176 Bildungschancen sind Zukunftschancen. Jedes Kind hat ein Recht auf eine gute Schule,
egal,
177 wo es lebt. Der Alltag sieht aber anders aus. Wir wollen dauerhafte Finanzierungswege
für

178 mehr Bildungsgerechtigkeit schaffen, um Regionen oder Quartiere mit Schulen mit
besonderem

179 Unterstützungsbedarf zu stärken. Nachhaltige Bildungserfolge ergeben sich nur durch
die

180 abgestimmte Zusammenarbeit aller am Bildungsprozess beteiligten Institutionen und
Menschen

181 und durch langfristige Finanzierungswege. Wir fördern multiprofessionelle Teams, in
denen

182 sich Lehrkräfte, Schulsozialarbeiter*innen, Erzieher*innen, Schulpsycholog*innen und
weitere

183 in der Schule oder Region tätige Fachkräfte gegenseitig ergänzen und mit
unterschiedlichen

184 Perspektiven bereichern, um die Schüler*innen und ihre Familien bestmöglich
unterstützen zu

185 können. Dazu gehört es, systematische Vorsorgearbeit zu leisten, Lernrückstände zu
schließen

186 und deutsche wie auch muttersprachliche Sprachfertigkeiten zu fördern.
Mehrsprachigkeit

187 sollte als Reichtum begriffen werden und nicht als Defizit. Alle Akteur*innen
kooperieren

188 auf Augenhöhe. So werden auch die Partizipation der Schüler*innen und die
Kooperation mit

189 Eltern verbessert und Schulen werden zu Unterstützungsorten für die ganze Familie.
Wir

190 wollen die psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen nachhaltig besser
schützen.

191 Schüler*innen sollen sich wohlfühlen können und sich in der Schule sicher fühlen.
Nicht nur

192 im Klassenzimmer, sondern auch auf dem Pausenhof, in den Gängen und in den
sanitären

193 Räumlichkeiten. Darum wollen wir in eine bessere Lernumgebung und höhere
Bildungsqualität

194 investieren. Welche Maßnahmen für Bildungsgerechtigkeit, auch im internationalen
Vergleich,

195 gut funktionieren, soll wissenschaftlich intensiver eruiert und mit
Handlungsempfehlungen

196 versehen werden.

197 **Bildung auf die Höhe der Zeit bringen**

198 Bildung in der digitalen Welt ist viel mehr als Wissensvermittlung, sie ist ein Schlüssel
199 für Zukunftskompetenzen. Die Digitalisierung hat unsere Art zu leben verändert, also

muss
 200 sich auch unsere Art, Schule zu denken, wandeln. Dazu gehören selbstverständlich
 auch
 201 Berufsschulen und -kollegs. Mit Lehrer*innen, die Kompetenzorientierung in den
 Mittelpunkt
 202 des Lernens rücken, Schüler*innen, die sich spielerisch, zum Beispiel durch Game-
 based
 203 Learning, kooperativ neue Inhalte erschließen, und Schulen, die dafür technisch
 optimal
 204 aufgestellt sind. Dabei müssen sowohl das technische Grundverständnis als auch die
 soziale
 205 Dimension der digitalen Entwicklung Thema sein. Allerdings hat die Pandemie gezeigt,
 dass es
 206 schon an den Grundlagen fehlt, auch im Vergleich mit anderen Ländern. Das wollen wir
 ändern:
 207 mit einer zeitgemäßen, datenschutzfreundlichen digitalen Ausstattung und mit
 Strukturen, die
 208 die Schulen beim digitalen Lehren und Lernen wirkungsvoll unterstützen – mit
 209 kontinuierlichen Fort- und Weiterbildungsangeboten für das pädagogische
 Fachpersonal sowie
 210 einem zentralen Ort der Beratung und des Austauschs zur Bildung in einer digitalen
 Welt.
 211 Hauptberufliche Administrator*innen sind notwendig, um die technische Infrastruktur
 an
 212 Schulen aufzubauen und zu pflegen. Wir wollen dies im Rahmen der Befugnisse des
 Bundes
 213 fördern. Gemeinsam mit den Ländern wollen wir die digitale Ausbildung der
 Lehrer*innen
 214 verbessern. Wir wollen, dass Tablet oder Laptop selbstverständliche Lernmittel sind.
 Unser
 215 Ziel ist es, allen Schüler*innen neue Arten des Lernens zu ermöglichen und sie auch
 auf eine
 216 selbstbestimmte und gesunde Teilhabe in einer digitalisierten Welt vorzubereiten.
 Dafür
 217 wollen wir Anwendungen wie quelloffene und sichere Lernplattformen oder
 218 Videokonferenzsysteme umfassend fördern und setzen uns für die Umsetzung des
 Rechts auf
 219 Löschung personenbezogener Daten für Kinder ein. Zukunftskompetenzen wie
 Kooperation,
 220 Kommunikation, Kreativität und kritisches Denken werden immer relevanter. Diese
 221 Zukunftskompetenzen möchten wir so fördern, wie es am pädagogisch sinnvollsten ist,
 ob
 222 digital oder analog. Dazu gehört auch die Förderung der MINT-Themen an Schulen.
 Durch die
 223 Digitalisierung ist Bildung weniger ortsgebunden: Neue Freiräume für überregionale
 und
 224 internationale Kooperationen mit Bildungs- und Kultureinrichtungen entstehen. Um das
 alles
 225 umzusetzen, wollen wir auch den DigitalPakt zu einem echten gemeinsamen Vorhaben
 nachhaltig
 226 und dauerhaft weiterentwickeln – mit klaren Zielen und Zeithorizonten, die gemeinsam

- im
227 Rahmen der jeweiligen Verantwortung von Bund, Ländern und Kommunen erreicht
werden sollen.
- 228 **Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) stärken**
- 229 Wir fördern die Umsetzung des UNESCO-Programms Bildung für nachhaltige
Entwicklung, das
230 weltweit die Integration von BNE in alle Bildungsnetzwerke und auf kommunaler Ebene
231 vorantreiben soll. BNE ist deshalb in allen Bildungsphasen und Bildungsbereichen
gemäß des
232 nationalen Aktionsplans BNE zu verankern. Um Anreize für Kommunen zu schaffen,
werden in
233 Kooperation mit den Ländern lokale und regionale Bildungsnetzwerke initiiert und
234 unterstützt. Das vom Bund geförderte BNE-Kompetenzzentrum begleitet bereits rund
50 der über
235 10.000 Kommunen in Deutschland. Es muss gestärkt werden, um mehr Kommunen
Angebote machen zu
236 können.
- 237 **Bildungszusammenarbeit von Bund und Ländern**
- 238 Unser Ziel ist ein Bildungssystem, das überall und für alle gute Ausgangsbedingungen
für
239 eine gebührenfreie, zukunftsgerichtete und inklusive Bildung sichert und unabhängig
von
240 Geschlecht, Herkunft, Aufenthaltstitel oder Behinderungen gleiche und gerechte
Chancen
241 garantiert. Für notwendige Maßnahmen braucht es einerseits eine ausreichende
finanzielle
242 Ausstattung der Länder, andererseits wollen wir die Zusammenarbeit zwischen Bund,
Ländern
243 und Kommunen verfassungsrechtlich absichern. So sollen Schulen zu Orten werden,
die –
244 verankert in der Nachbarschaft – auf die Entwicklung der jeweiligen Potenziale der
Kinder
245 ausgerichtet sind. Schulen brauchen dafür eigene Entscheidungsspielräume.
Grundlage all
246 dessen ist jedoch eine kluge, vorausschauende, mehr Flexibilität ermöglichende
247 Bildungsfinanzierung, vor allem in den Grundschulen und KiTas, da hier die Basis
gelegt
248 wird. In Abstimmung mit den Ländern setzen wir uns für moderne, nachhaltige und
249 einheitlichere Bildungsziele und die Umsetzung des grundgesetzlich verbrieften
250 Sonderungsverbots ein. In der KiTa sowie allen Schulformen müssen Kinder und
Jugendliche
251 sich frei entwickeln können und vor Diskriminierung geschützt sein. Sie brauchen dafür
252 Ansprechpersonen und es braucht Bildungsprogramme zu Antidiskriminierung,
Diversität,
253 LSBTIQ* und Demokratieverständnis.

254 **Wir stärken Ausbildung und Studium**

255 **Sichere Ausbildungsperspektiven**

256 Trotz enormen Fachkräftemangels sinkt die Zahl der jungen Menschen, die eine
257 Berufsausbildung beginnen. Gleichzeitig landen immer mehr in den Warteschleifen des
258 Übergangssystems. Die duale Ausbildung muss auf sichere Beine gestellt werden. Wir
wollen
259 mit der Ausbildungsgarantie allen jungen Menschen den Beginn einer anerkannten
Ausbildung
260 ermöglichen und das Recht auf Ausbildung absichern. Dafür fördern wir verstärkt
261 Verbundausbildungen und nutzen, wo notwendig, auch außerbetriebliche
Ausbildungen.
262 Unternehmen, die ausbilden wollen, unterstützen wir über eine Umlagefinanzierung.
So kann es
263 gelingen, dass Betriebe ermutigt werden, weiterhin und verstärkt auszubilden, und
junge
264 Menschen – gerade in ländlichen Regionen – erhalten eine Bleibeperspektive. Mit dem
Ausbau
265 und der Verbesserung der inklusiven assistierten Ausbildung und
ausbildungsbegleitender
266 Hilfen wollen wir mehr Jugendliche in Ausbildung unterstützen. Einzelne
Ausbildungsbausteine
267 sollen als Teilqualifikationen zertifiziert und anerkannt werden können, damit keine
268 Leistung auf dem Weg zum vollwertigen Berufsabschluss verloren geht. Zudem wollen
wir uns
269 bei den zuständigen Stellen dafür einsetzen, dass Prüfungen in leichter Sprache
vermehrt
270 möglich gemacht werden. Damit alle Jugendlichen am Übergang von der Schule in den
Beruf gute
271 Beratung und in der Anfangsphase ihrer Ausbildung eine gute Betreuung aus einer
Hand und
272 unter einem Dach erhalten, unterstützen wir den Ausbau flächendeckender
273 Jugendberufsagenturen. Wir werden die Berufsberatung und die Leistungen zur
Förderung der
274 beruflichen Qualifizierung bis zur beruflichen Ersteingliederung bündeln und
gemeinsam mit
275 der Arbeitsagentur stärken.

276 **Gleichwertige Chancen durch berufliche und akademische Bildung**

277 In Deutschland gibt es hochwertige Bildungswege, sowohl an Hochschulen als auch im
dualen
278 Berufsbildungssystem. Wir wollen, dass berufliche und akademische Bildung
gleichwertige
279 Chancen auf eine selbstbestimmte Lebensplanung und ein erfolgreiches Arbeitsleben
bieten und
280 eine echte Wahlfreiheit für junge Menschen besteht. Sowohl Ausbildung als auch
Studium
281 vermitteln wertvolle und vielfältig einsetzbare Fähigkeiten. Dafür müssen alle
282 berufsbildenden Schulen gut ausgestattet sein und Ausbildungen müssen ein

eigenständiges

283 Leben oberhalb der Armutsgrenze ermöglichen. Deshalb setzen wir uns für eine
284 Mindestausbildungsvergütung von mindestens 80 Prozent der durchschnittlichen,
tariflichen
285 Ausbildungsvergütungen ein. Abschlussvoraussetzungen für die Eingruppierung in
286 Entgeltgruppen des öffentlichen Dienstes im gehobenen und höheren Dienst wollen
wir im Bund
287 flexibilisieren und die Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Bildung bei
288 Ausschreibungen der Bundesbehörden stärken. Daneben sind Talentscouting-
Programme genauso
289 wie die Begabtenförderung unabhängig vom Bildungsgang auszubauen. Ausbildung
und Studium
290 sind Zeit Neues zu entdecken. Deshalb sollen mehr Auslandsaufenthalte für
Auszubildende und
291 Studierende ermöglicht werden. Ebenso wollen wir Studium und Ausbildung für
Menschen aus dem
292 Ausland erleichtern. Wir unterstützen die Aufstockung der europäischen
Förderprogramme wie
293 ERASMUS+ und möchten, dass mindestens 10 Prozent der Auszubildenden einen
Auslandsaufenthalt
294 antreten können. So internationalisieren wir neben der akademischen auch die
berufliche
295 Bildung.

296 **Eine Grundsicherung in Ausbildung und Studium**

297 Wir wollen, dass sich jede*r eine schulische Ausbildung oder ein Studium leisten kann,
298 unabhängig von der Einkommens- und Vermögenssituation der Eltern. Dafür wollen wir
das BAföG
299 neu aufsetzen und zu einer Grundsicherung für alle Studierenden und Auszubildenden
umbauen.
300 Sie soll in einem ersten Schritt aus einem Garantiebetrug und einem Bedarfszuschuss
301 bestehen, der den Gesamtbetrag im Vergleich zum heutigen BAföG substanziell erhöht
und dem
302 Großteil des in Frage kommenden Personenkreises zugutekommt. Studierende oder
Auszubildende
303 bekommen den Betrag direkt überwiesen. Perspektivisch soll sie elternunabhängig
gestaltet
304 sein. Da nicht jeder Bildungsweg linear ist oder zum Teil berufsbegleitend verläuft,
wollen
305 wir die Bildungsfinanzierung noch stärker altersunabhängig konzipieren. Ein Schritt in
diese
306 Richtung ist die Einführung eines Weiterbildungs-BAföGs. Menschen mit Behinderung
erhalten
307 weiter gehende, unbürokratische Unterstützung. Studien- und Verwaltungsgebühren
an
308 staatlichen Hochschulen lehnen wir ab. Die studentische Krankenversicherung wollen
wir,
309 insbesondere mit Blick auf die Alters- und Semestergrenzen, weiterentwickeln.
Solange die
310 Regelstudienzeit relevant für die Studienfinanzierung ist, soll Engagement von
Studierenden

311 durch verbesserte Anrechnungsmöglichkeiten von ehrenamtlicher Arbeit gefördert
werden. Wir
312 wollen Studierende und ihre Vertretungen auf Bundesebene stärker einbeziehen und
ihre
313 Mitsprachemöglichkeiten in hochschul- und wissenschaftspolitischen Fragen ausbauen.
Dafür
314 wollen wir zum Beispiel auf Bundesebene den Weg bereiten, eine Vertretung aller
Studierenden
315 einzuführen. Sie soll von Studierenden vollständig selbst verwaltet werden und
unabhängig
316 von anderen Institutionen agieren.

317 **Wir ermöglichen lebensbegleitendes Lernen**

318 **Ein Rechtsanspruch auf Weiterbildung**

319 Die Möglichkeit zur beruflichen Neuorientierung und der Freiraum, Neues zu lernen,
sind in
320 einer modernen Wissensgesellschaft und Arbeitswelt im Umbruch, die Chancen bieten
soll,
321 unerlässlich. Auch durch die Corona-Pandemie ist bei vielen die Notwendigkeit
entstanden,
322 sich neue Arbeitsfelder zu erschließen. Wir wollen, dass jede*r, egal ob arbeitslos,
323 selbständig oder angestellt, künftig selbstbestimmt neue berufliche Perspektiven
entwickeln
324 kann. Wir treten daher für einen individuellen Rechtsanspruch auf Weiterbildung und
325 Qualifizierung ein. Zur sozialen Absicherung ist für arbeitsmarktbedingte
Weiterbildungen
326 und Qualifizierungen ein auskömmliches Weiterbildungsgeld nötig, für alle anderen,
die sich
327 beruflich entwickeln oder neuorientieren wollen, ein Weiterbildungs-BAföG. So
profitieren
328 auch diejenigen, die bei der beruflichen Weiterbildung und Qualifizierung bislang das
329 Nachsehen haben, etwa Frauen, Menschen mit Migrationsgeschichte oder
Behinderungen und alle
330 prekär Beschäftigten. Um abhängig Beschäftigten die Zeit für eine berufliche
Qualifizierung
331 und Weiterbildung einzuräumen, wollen wir einen Freistellungsanspruch mit
Rückkehrrecht auf
332 den vorherigen Stundenumfang einführen. Daneben werden wir für eine verbesserte
und
333 gebündelte Beratung und Unterstützung Bildungsagenturen aufbauen. Dort sollen sich
die
334 relevanten regionalen Träger von Weiterbildung vernetzen. Wir setzen uns für gute
335 Arbeitsbedingungen und faire Vergütung in der Weiterbildung ein und wollen die
336 Volkshochschulen und ähnliche öffentliche und gemeinnützige Bildungseinrichtungen
als
337 wichtige Partner*innen der Weiterbildung unterstützen.

338 **Alphabetisierung vorantreiben**

339 Immer noch können mehr als gut sechs Millionen Menschen ab 18 Jahren in
340 Deutschland nicht
341 ausreichend lesen und schreiben. Sie haben also Schwierigkeiten, ganze Texte zu
342 verstehen
343 und sind somit in ihrer gesellschaftlichen Teilhabe beeinträchtigt. Diese Zahlen sind
344 100
345 Jahre nach Einführung der allgemeinen Schulpflicht und in einer der reichsten
346 Industrienationen der Welt nicht hinnehmbar. Wir wollen Geld und Kurskapazitäten
347 bereitstellen – für Erwachsene, aber auch für Kinder. Denn die Ursachen liegen oft
348 schon im
349 Vorschulalter. Wir wollen konkrete Reduktionsziele für Analphabetismus festlegen und
350 evaluieren. In öffentlichen Bereichen wollen wir die barrierefreie Kommunikation
351 fördern, um
352 allen Menschen gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen.

348 **Wir verbessern die Bedingungen für die Wissenschaft**

349 **Mehr Raum für große Ideen**

350 Die großen Herausforderungen unserer Zeit wie die Klimakrise, Pandemien oder auch
351 eine
352 effizientere Nutzung von Rohstoffen können wir nur mit der Hilfe von innovativen
353 Lösungen
354 und Fortschritt bewältigen. Der Markt kann dabei nicht alles allein. Bei der Lösung
355 solch
356 großer Aufgaben muss der Staat Innovationen missionsorientiert vorantreiben. Er soll
357 klare
358 Zielvorgaben machen, Anreize schaffen, Kooperationen von Unternehmen,
359 Hochschulen und
360 Zivilgesellschaft organisieren und mit gezielter Forschungsförderung und strategischer
361 Industrie- und Beschaffungspolitik Dynamik entfachen. Ein Hochschul-Campus wird
362 hier zum
363 Experimentierraum für reale Veränderungen, der stark mit seiner Umgebung vernetzt
364 ist und
365 Strahlkraft in die ganze Region entwickelt. Große Probleme können nur gemeinsam
366 und
367 umfassend gelöst werden. Wir wollen deshalb die Förderpolitik des Bundes an den VN-
368 Nachhaltigkeitszielen (SDGs) ausrichten. Die zivile Ausrichtung von Wissenschaft ist
369 zentral. Technische, soziale und ökologische Innovationen, die auch in der sozial-
370 ökologischen Forschung verbunden sind, sind für uns gleichwertig. Wir wollen die
371 dringend
372 notwendige nachhaltige Transformation auch durch den Auf- und Ausbau von
373 Forschungsverbänden
374 und -infrastrukturen in Deutschland und Europa vorantreiben. Die „Agentur für
375 Sprunginnovation“ (SprinD) soll flexibler ausgestaltet werden, damit sie sich auf ihre
376 Kernaufgaben konzentrieren kann. Insgesamt wollen wir die Kompetenz für
377 Wissenschaft und
378 Forschung in allen Ministerien sowie den zentralen, obersten Bundesbehörden stärken
379 und die
380 ressortübergreifende Zusammenarbeit bei den großen Forschungsherausforderungen
381 verbessern.

369 Unsere Behörden sollen nachhaltigen Wandel ermöglichen und nicht bremsen. Auch
den
370 unabhängigen Zugang zum All, wo die Raumfahrt wichtige Erkenntnisse über
fundamentale Fragen
371 gewinnt, gilt es zu erhalten. Deshalb wollen wir die Europäische Weltraumorganisation
(ESA)
372 und den Bereich New Space stärken und uns für einen europäischen und neuen
internationalen
373 Rechtsrahmen einsetzen, der auch private Akteur*innen reguliert.

374 **Die Wissenschaft auskömmlich finanzieren**

375 Wir wollen die Verantwortung übernehmen, Deutschland als Wissensgesellschaft
voranzubringen,
376 beste Bedingungen für Forschung und Innovation zu schaffen und die Vielfalt des
377 Wissenschaftssystems stärken. Dazu gehören herausragende außeruniversitäre
378 Forschungseinrichtungen genauso wie breit aufgestellte Hochschulen mit
Spitzenforschung. Wir
379 wollen erreichen, dass Staat und Unternehmen bis 2025 insgesamt mindestens 3,5
Prozent der
380 Wirtschaftsleistung in Forschung und Entwicklung investieren und perspektivisch die
381 Investitionen weiter ausbauen. So ermöglichen wir mehr Kreativität, Freiräume, auch
mal
382 Neuland zu betreten, und internationale Vernetzung und schaffen Planbarkeit für die
383 Forschungslandschaft. Außerdem brauchen wir eine auskömmliche Grundfinanzierung
in der
384 Wissenschaft, um die Abhängigkeit von den in den letzten Jahren stark gestiegenen
385 Drittmitteln wieder einzudämmen. Damit die eingesetzten Drittmittel zusätzliche
Dynamiken
386 freisetzen können, wollen wir öffentliche Drittmittel länger als die üblichen drei Jahre
387 aufsetzen und die übernommenen Overheadkosten an den tatsächlich anfallenden
Kosten
388 orientieren. International sichtbare universitäre Spitzenforschung soll auch vermehrt
den
389 Studierenden zugutekommen und wir wollen die Exzellenzstrategie kooperativ
weiterentwickeln.
390 Mit den Ländern wollen wir den Zukunftsvertrag Studium und Lehre sowie den Pakt für
391 Forschung und Innovation verstetigen und qualitativ voranbringen. Auskömmliche und
392 nachhaltige Finanzierung erhöht auch in zukünftigen Krisen die Reaktionsfähigkeit des
393 Wissenschaftssystems. Denn die Zukunft unseres Landes hängt auch davon ab, wie
flexibel und
394 frei unsere Forschungslandschaft ist.

395 **Wissenschaft für alle**

396 In Zeiten von Informationsfilterblasen und Verschwörungsideologien einerseits und
epochalen
397 neuen Herausforderungen andererseits ist wissenschaftliche Beratung und die
verständliche
398 Vermittlung wissenschaftlicher Methodik wichtiger für die demokratische Debatte denn
je. Die
399 Fähigkeiten des richtigen Umgangs mit Informationen und wissenschaftlichen
Erkenntnissen

400 sind fundamental für eine aufgeklärte Gesellschaft. Eine stärkere Einbeziehung der
 401 Zivilgesellschaft durch partizipative und vernetzende Formate, ein sicherer Zugang zu
 402 Informationen für alle sowie die verständliche Vermittlung wissenschaftlicher
 Erkenntnisse
 403 sind Voraussetzungen für ein konstruktives, sich gegenseitig stimulierendes Verhältnis
 von
 404 Wissenschaft und Gesellschaft. Außerdem wollen wir die Wissenschaftskommunikation
 stärken
 405 und die Aus- und Weiterbildung von Wissenschaftler*innen in diesem Bereich fördern.
 Durch
 406 mehr partizipative Formate wie Reallabore, Citizen-Science oder Experimentierräume
 kann die
 407 Gesellschaft besser an Forschungsvorhaben teilhaben. Das bringt weitere Perspektiven
 ein und
 408 hilft, reale Veränderungsprozesse wissenschaftlich zu begleiten. Im Kontext
 409 wissenschaftsgeleiteter Politik wollen wir inter- und transdisziplinäre wissenschaftliche
 410 Expertise frühzeitiger – etwa durch „Gesetzgebungslabore“ – in die Politikentwicklung
 411 einbeziehen. Die Technikfolgenabschätzung und das Monitoring der gesellschaftlichen
 Folgen
 412 politischer Maßnahmen sollten ausgebaut werden, um Entscheidungsträger*innen zu
 413 unterstützen.

414 **Hochschule fit für morgen machen**

415 Wir wollen an Hochschulen eine nachhaltige, klimagerechte und barrierefreie
 Modernisierung
 416 ermöglichen, die auch digitale Infrastruktur und die IT-Sicherheit mit einschließt. Wir
 417 werden sie dabei unterstützen, neue Lösungen für den Klimaschutz zu entwickeln und
 vor Ort
 418 als Reallabore für Klimaneutralität Ideen praktisch erproben zu können. Darüber
 hinaus
 419 werden wir über eine Digitalisierungspauschale die IT-Infrastruktur an Hochschulen
 stärken
 420 und die IT-Barrierefreiheit einfordern, Aus- und Weiterbildung der Lehrenden ausbauen
 und
 421 digitale Beratungs- und Betreuungsangebote für Studierende ausweiten. Der Zugang
 zu
 422 Forschungs- und Bildungsdaten soll erleichtert und FAIR Data das Grundprinzip
 werden. Wir
 423 wollen zudem Open Access bei Publikationen zum Standard erklären und als
 wissenschaftliche
 424 Leitidee stärker fördern und zusammen mit der Wissenschaft vorantreiben. Die
 dadurch
 425 anstehende Reform der Finanzierung wissenschaftlicher Publikationen darf nicht zu
 Lasten der
 426 Forscher*innen oder ihrer Einrichtungen gehen. Hochschulen sind Zukunftslabore für
 427 Wissenschaft, Wirtschaft und Gesellschaft. Als Schlüsselakteur*innen unseres
 Innovations-
 428 und Bildungsökosystems tragen sie die Verantwortung für die Bildung der
 Gestalter*innen
 429 unserer Zukunft und für die Erneuerungsfähigkeit von Wissenschaft und Gesellschaft.
 Wir

430 wollen die
 431 nationale Forschungsdateninfrastruktur stärken und die Chancen der europäischen
 Cloud für
 432 Wissenschaft und Forschung ergreifen. Zu einer zukunftsfesten Infrastruktur an den
 433 Hochschulen gehören moderne Bibliotheken, Lehr- und Lernräume, die
 klimafreundliche
 434 Sanierung von in die Jahre gekommenen Hochschulbauten sowie Nachhaltigkeit und
 Klimaschutz
 435 für Neubauten in der Wissenschaft. Auch wollen wir den Nationalen Aktionsplan
 „Bildung für
 436 Nachhaltige Entwicklung“ vollumfänglich umsetzen und auch an den Hochschulen die
 Entwicklung
 437 neuer Lehr- und Lernformate unterstützen, um den großen gesellschaftlichen
 Herausforderungen
 438 unserer Zeit begegnen zu können. Wir wollen die Einheit von Forschung und Lehre an
 den
 439 Hochschulen stärken. Um gute Lehre für alle Studierenden sicherzustellen, wollen wir
 440 Betreuungsrelationen verbessern und die „Stiftung Innovation in der Hochschullehre“
 stärken,
 441 um beste Praxis in die Fläche zu bringen. Gute Lehre ist für uns studierendenzentriert,
 442 forschungs- und projektorientiert, sie basiert auf Methoden- und Perspektiven-Vielfalt,
 sie
 443 stärkt Neugierde und Gestaltungskompetenz. Gemeinsam mit den Ländern wollen wir
 darauf
 444 hinwirken, dass Studierende Zugang zu guten Beratungsdienstleistungen haben. Mit
 einer
 445 Offensive für studentisches Wohnen fördern und sichern wir günstigen Wohnraum für
 446 Studierende.

447 **Bessere Arbeitsbedingungen und sichere Berufswege**

448 Sichere Arbeitsbedingungen und gleiche Karrierechancen für alle sind die
 Voraussetzungen für
 449 eine lebendige und innovative Wissenschaftslandschaft, die auch für
 Wissenschaftler*innen
 450 aus dem Ausland attraktiv ist. Für Nachwuchswissenschaftler*innen gibt es vor allem
 an
 451 Hochschulen jedoch kaum planbare und sichere Berufswege. Das gefährdet den
 Forschergeist und
 452 verschleudert Potenziale bei Innovation, Leistung und Qualität. Und es ist für die
 453 Betroffenen eine Zumutung. Wir wollen das Wissenschaftszeitvertragsgesetz
 weiterentwickeln
 454 und den Anteil der unbefristeten Mitarbeiter*innen-Stellen, insbesondere im Mittelbau,
 455 substanziell erhöhen. Daueraufgaben sollen auch mit Dauerstellen gesichert sein.
 Hierzu
 456 gehören unbefristete Berufswege neben der Professur, um Hierarchien abzubauen und
 die
 457 kooperativen Arbeitsweisen in der Wissenschaft zu stärken. Die Qualifizierung im
 Rahmen der
 458 Sachgrundbefristung wollen wir klar definieren und die familienpolitische Komponente
 459 verbindlich ausgestalten. Die Tarifsperre soll entfallen. Das Tenure-Track-Programm

wollen

460 wir weiterentwickeln, damit frühzeitig nach der Promotion sichere Berufswege
entstehen.
461 Gerade in der Lehre werden viele Aufgaben weiterhin oft über schlecht bezahlte
Lehraufträge
462 abgedeckt. Wir wollen den Stellenwert der Lehre erhöhen und dafür entfristete Stellen
463 schaffen. Die Wissenschafts- und Hochschullandschaft ist immer noch vorwiegend
männlich,
464 weiß, westdeutsch und von Menschen aus akademischen Elternhäusern geprägt und
bildet somit
465 die Vielfalt der Gesellschaft nur unzureichend ab. Dadurch gehen wichtige Potenziale
und
466 Perspektiven verloren. Das wollen wir durch die gezielte Förderung von Diversität an
467 Hochschulen und Wissenschaftseinrichtungen, Förderformate für Diversitäts- und
468 Antidiskriminierungspolitik, chancengerechte Zugänge, gleichberechtigte Integration,
469 Inklusion und Perspektivenvielfalt ändern, damit sich die gesellschaftliche Vielfalt auch

470 auf dem Campus widerspiegelt. Nur ein Viertel aller Professuren in Deutschland sind
durch
471 Frauen besetzt. Hinzu kommt, dass viele junge Wissenschaftlerinnen nur in befristeten
472 Arbeitsverhältnissen sind. Dies sind strukturelle Hindernisse, die es abzubauen gilt. Wir

473 wollen einen Frauenanteil von mindestens 40 Prozent auf allen Ebenen durch die
Einführung
474 konkreter Zielquoten, eine Strategie für die bessere Vereinbarkeit von Familie und
Beruf im
475 Wissenschaftsbereich, die Einführung eines verbindlichen Kaskadenmodells sowie den
Ausbau
476 des Professorinnenprogramms erreichen. In allen Beschäftigungsverhältnissen wollen
wir
477 flexible Arbeitszeitmodelle ermöglichen, die es erlauben, Care- und Familienarbeit zu
478 leisten. Eine größere Diversität in der Wissenschaft hilft auch, geschlechterspezifische
479 Datenlücken zu verringern und neue Perspektiven einzubringen.

480 **Wissenschaftsfreiheit verteidigen**

481 Politisches Handeln in der geistigen Tradition der Aufklärung sowie die Orientierung an
den
482 Erkenntnissen der Wissenschaft stehen immer stärker unter Druck, auch in
Deutschland. Dem
483 stellen wir uns entgegen und wollen gemeinsam mit den Wissenschaftsorganisationen
Strategien
484 gegen menschenfeindliche, diskriminierende und verschwörungsideologische
Anfeindungen gegen
485 Wissenschaftler*innen entwickeln. Wir wollen weltweit verfolgte Wissenschaftler*innen
und
486 Studierende hier in Deutschland und auf EU-Ebene besser schützen und ihnen im Exil
eine
487 Perspektive bieten. Dazu wollen wir die vorhandenen Programme und Initiativen vom
Bund
488 besser finanzieren und koordinieren sowie einen gemeinsamen europäischen Fonds
aufbauen. Die

489 Anerkennung von ausländischen Berufsabschlüssen und die Visavergabe sollen
vereinfacht
490 werden. Konsequenz werden wir Angriffen auf die Wissenschaftsfreiheit in anderen
Staaten der
491 EU, etwa in Ungarn, widersprechen und uns für die Sanktionierung im Rahmen des
492 Rechtsstaatsmechanismus einsetzen. Die Stärkung der Wissenschaftsfreiheit muss
zentraler
493 Aspekt der Außenpolitik sein. Dafür wollen wir die Außenwissenschaftspolitik ausbauen
und
494 die Mittlerorganisationen der auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik besser
finanzieren.
495 Sensible Daten sowie die Forscher*innen, die diese für ihre Arbeit nutzen, wollen wir
vor
496 behördlichem Zugriff schützen. Es muss wirksamen Schutz gegen Anfeindungen
geben, wie sie
497 mittlerweile auch Forscher*innen und ausländische Studierende häufig erleben. Ein
498 kritischer Diskurs und eine Vielfalt an Meinungen innerhalb der Hochschulen und der
499 Wissenschaft sind Voraussetzung für eine demokratische, pluralistische Gesellschaft.
In
500 Zeiten zunehmender Polarisierung gesellschaftlicher Debatten sind wir auf die
Wissenschaft
501 als sachlich-rationalen Diskursraum angewiesen. Auch kontroverse Themen und
Fragen müssen in
502 diesem Raum konstruktiv erörtert werden können.

Beschluss Kapitel 5: Zusammen leben

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 13.06.2021
Tagesordnungspunkt: PB-Z Kapitel 5: Zusammen leben

1 **Kapitel 5: Zusammen leben**

- 2 Unsere vielfältige Gesellschaft ist stark. Weil Menschen sich engagieren, beim Sport,
3 bei
4 der freiwilligen Feuerwehr, in Musikschulen, in religiösen Gemeinden oder am
5 Sorgentelefon,
6 Junge für Alte, Alte für Junge. Weil es ein breites Kulturangebot gibt, eine vielfältige
7 Medienlandschaft. Weil die Jugend sich einmischt, weil Menschen in
8 Kommunalparlamenten
9 Verantwortung übernehmen, sich Bürger*innen in Foren einbringen und das Schicksal
10 ihrer Orte
11 in die Hand nehmen.
- 12 Aber Demokratie ist nie fertig. Unser demokratisches Zusammenleben in Deutschland
13 und Europa
14 ist ein Versprechen, das wir immer wieder neu erfüllen müssen. Es verspricht gleiche
15 Entfaltungsmöglichkeiten und Rechte für alle, die hier leben. Für Demokratie, Freiheit
16 und
17 Toleranz sind mutige Menschen in der Vergangenheit auf die Straße gegangen:
18 Bürgerrechtler*innen, Umweltbewegte, Friedensaktivist*innen und
19 Frauenrechtler*innen. Und
20 auch in der Gegenwart kämpfen Menschen für eine vielfältige, offene und tolerante
21 Gesellschaft. Bündnisgrüne Politik knüpft daran mit einem gesamtdeutschen Blick an,
22 der die
23 Besonderheiten der Regionen anerkennt. Es ist oft anstrengend, teils eine Zumutung,
24 wenn
25 andere Ansichten und Werthaltungen akzeptiert und respektiert werden müssen, wenn
26 es den
27 einen zu schnell und den anderen zu langsam vorangeht. Aber vor allem ist es eine
28 Stärke:
29 zuhören, den Dialog suchen, inhaltlich ringen. So haben wir als demokratische
30 Gesellschaft
31 die Herausforderungen der letzten Jahrzehnte gemeistert. Nun gilt es mit voller
32 Gleichberechtigung und mehr Beteiligung unsere liberale Demokratie zu stärken, in
33 Deutschland und in Europa, auf den Straßen, in den Parlamenten, und unsere
34 Institutionen fit
35 zu machen für die Aufgaben dieses Jahrzehnts.
- 36 Menschen sind unterschiedlich, aber gleich in ihrer Würde und ihren Rechten. Nur
37 wenn Würde
38 und gleiche Rechte unverhandelbar sind, wenn alle Menschen in unserer Gesellschaft,
39 in
40 unserem Europa gleichen Schutz und gleiche Chancen haben und ihre Rechte in
41 Anspruch nehmen
42 können, kommen Freiheit und Sicherheit – individuelle und gesellschaftliche – heraus

und
27 wird Gerechtigkeit befördert. Dieser Anspruch ist jedoch noch nicht voll verwirklicht.
Wenn
28 mit Frauen die Hälfte der Bevölkerung nicht gleichberechtigt beteiligt, repräsentiert
und
29 bezahlt wird und Menschen noch immer Diskriminierung, Rassismus und
Antisemitismus erleben,
30 ist die Demokratie nicht vollkommen. Nötig sind mehr Zugänge, mehr Teilhabe, mehr
31 Selbstwirksamkeit und mehr Repräsentanz, zum Beispiel für Menschen in prekären
32 Lebensverhältnissen, Menschen mit Migrationsgeschichte oder mit Behinderung. Eine
33 gleichberechtigte Gesellschaft braucht Politik, die Strukturen verändert.

34 Rassismus trifft uns nicht alle, aber er geht uns alle an. Wenn wir als Gesellschaft
lernen,
35 Vielfalt als kulturellen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Reichtum zu begreifen,
36 schützen wir uns gegenseitig vor Gewalt, Hetze, Ausgrenzung, Frauenhass,
Queerfeindlichkeit
37 und Rassismus. Aber das reicht noch nicht. Wir wissen, dass aus diskriminierenden
Worten
38 Taten werden. Die Angriffe von Demokratiefeind*innen, insbesondere von rechts,
treffen
39 unsere demokratische Gesellschaft bis ins Mark. Sie zielen auf Menschen beim Beten,
beim
40 ausgelassenen Beisammensein oder in den Institutionen des Staates. Ihnen muss mit
einer
41 antirassistischen und antifaschistischen Haltung klar entgegengetreten werden.
Unsere
42 Demokratie muss wehrhaft dagegenhalten, mit einer starken Zivilgesellschaft,
selbstbewussten
43 Parlamenten, einer gut ausgestatteten und bürger*innennahen Polizei und einer
schnell
44 handlungsfähigen, unabhängigen Justiz. Es ist Aufgabe der Politik, die
Voraussetzungen dafür
45 zu schaffen.

46 Wie wir unser Zusammenleben gestalten, hängt stark vom Zusammenspiel zwischen
Bürger*innen
47 und dem Staat ab. Wenn Menschen beteiligt und gehört werden, geht Planung
schneller. Wenn
48 Jugend mitentscheidet, werden Entscheidungen besser und zukunftsfester. Wenn
49 Gleichberechtigung und Vielfalt herrschen, werden sie ausgewogener und
nachhaltiger. Wir
50 wollen deshalb mehr Möglichkeiten schaffen, damit Menschen sich einbringen können.

51 Immer mehr Herausforderungen sind europäisch und global. Sie bewältigen wir nur in
einer
52 starken Europäischen Union, die Handlungswillen und Handlungsfähigkeit
zusammenbringt und
53 die von ihren Bürger*innen aktiv und demokratisch mitgestaltet wird. Darum denken
wir unsere
54 Demokratie konsequent europäisch, wollen diese vertiefen und stärken, lähmende
Blockaden
55 strukturell überwinden – und so Zukunftsfragen beherzt angehen. Unser Fixstern für

die

56 Weiterentwicklung der Europäischen Union ist die Föderale Europäische Republik mit
einer
57 europäischen Verfassung.

58 Die Pandemie hat etliche Defizite bei ihrer Bekämpfung wie unter dem Brennglas
offenbart:

59 Faxgeräte im Dauerbetrieb, fehlendes Personal und überbordende Bürokratie
verhindern ein

60 effektives staatliches Handeln. Unser Ziel ist ein moderner, engagierter Staat, der mit
61 einer effizienten, zugänglichen Verwaltung transparent, offen und in der Lage ist,
Krisen

62 effektiv zu managen, digitale Teilhabe zu sichern und es den Bürger*innen insgesamt
leicht

63 macht, ihren Alltag zu bewältigen und ihre Rechte in Anspruch zu nehmen. Gewohnte

64 Traditionen und Prinzipien müssen überdacht werden, denn eine inklusive digitale

65 Transformation und die Modernisierung von Verfahren sind zentrale Bausteine, um

66 Demokratie, Teilhabe und Zusammenarbeit zu stärken. Um diese Aufgabe zu
stemmen, ist eine

67 bessere strukturelle Verankerung der Digitalisierung auf allen Verwaltungsebenen
notwendig.

68 Wir wollen mit Anstand und Transparenz regieren. Gleichberechtigung, Kooperation
sowie der

69 Zusammenhalt in Vielfalt sind Maßstäbe, um einen bürger*innennahen Staat zu
verwirklichen.

70 **Wir machen den Staat effektiver und bürger*innennäher**

71 **Planungs- und Investitionsbeschleunigung: bessere Qualität für schnellere Umsetzung**

72 Deutschland braucht im nächsten Jahr eine Modernisierungsoffensive. Die
73 Schieneninfrastruktur, erneuerbare Energien und die Energienetze müssen ausgebaut,
Schulen,

74 Straßen und Brücken saniert, digitale Infrastrukturen aufgebaut werden. Doch derzeit
dauert

75 es oft viel zu lange, solche Projekte zu realisieren, Investitionsmittel fließen nicht ab.

76 Das wollen wir ändern. Für eine Planungsbeschleunigung schaffen wir mehr öffentliche

77 Planungskapazitäten. Wir starten auf allen Ebenen eine Personaloffensive in
Planungsbehörden

78 und zuständigen Gerichten. Verfahren werden durch die Bündelung von
Genehmigungen

79 verschlankt und die vorhandenen Ansätze von „konzentrierten Genehmigungen“ auf
alle

80 zentralen Infrastrukturprojekte ausgedehnt. Außerdem führen wir behördeninterne
Fristen ein

81 und achten bei allen Planungen auf Inklusion. Zudem soll der Bundestag mehr
Verantwortung

82 bei Infrastrukturprojekten übernehmen, wenn darüber Konfliktlösungen schneller
erreicht

83 werden können. Auch die frühzeitige Einbindung der Bürger*innen vor Ort führt in der

Regel

84 dazu, dass Projekte schneller und besser abgeschlossen werden können. Ziel ist, alle
85 Planungs- und Umsetzungszeiten zu halbieren.

86 **Digitale Ämter - serviceorientiert, schnell und zuvorkommend**

87 Jeden Tag verrichten gut ausgebildete Fachleute in den Behörden ihre Arbeit, um das
Land am
88 Laufen zu halten. Dennoch ist für viele Menschen der Kontakt zu deutschen Behörden
89 unkomfortabel und unzeitgemäß. Ein Grund dafür sind unzureichende Technik und
veraltete und
90 überkommene Abläufe. Mit barrierefreien E-Government-Dienstleistungen, sicheren
digitalen
91 Beteiligungsformaten und Open Government wollen wir unsere Verwaltung
modernisieren und
92 unnötige Bürokratie wie Schriftformerfordernisse abbauen. Verwaltungsverfahren
sollen stets
93 digital gedacht und gestaltet werden, vor allem auch in der Zusammenarbeit mit
Unternehmen.
94 Gleichzeitig muss gewährleistet sein, dass die Türen des Staates auch für den
persönlichen
95 Kontakt mit den Bürger*innen geöffnet bleiben und durch mobile Angebote ergänzt
werden. Die
96 Nutzung der digitalen Verwaltungsleistungen soll über einen zentralen Zugang
erfolgen. Der
97 Austausch von Unterlagen unter den Behörden muss nach Zustimmung und unter
Beachtung des
98 Datenschutzes möglich sein. Damit die Verwaltung all dies leisten kann, muss sie
selbst
99 digitalisiert werden. Wir setzen uns gemeinsam mit den Ländern dafür ein, dass
100 die Verwaltung flächendeckend mit der modernsten Technik ausgestattet wird, vom
Gesundheits-
101 bis zum Bürger*innenamt. Digitalisierung wird das Verhältnis von Staat und
Bürger*innen auf
102 eine neue Basis stellen. Wir verfolgen dabei die Vision eines digitalen, antragslosen
und
103 proaktiven Sozialstaats. In diesem werden Leistungen des Staates ohne komplizierte
Anträge
104 geprüft und automatisch den Berechtigten bereitgestellt.

105 **Der Personalausweis auf dem Smartphone**

106 Wer mit einer digitalen Identität ausgestattet ist, kann sich bequem authentifizieren
und
107 sicher kommunizieren. Was in skandinavischen Ländern schon lange Praxis ist -
Behördengänge
108 einfach mit dem Smartphone erledigen zu können -, wollen wir auch hier erreichen
und dabei
109 auch von Anfang an Möglichkeiten für Staat, Wirtschaft und Gesellschaft ganzheitlich
denken.
110 Wir wollen digitale Serviceangebote der Verwaltung als Plattform für Staat, Wirtschaft
und
111 Zivilgesellschaft begreifen und durch modulare sowie sichere Komponenten einen

Mehrwert für

112 alle schaffen. Bestehende Systeme wollen wir zusätzlich öffnen und ermöglichen, dass
113 öffentliche Stellen auch Identitätsmerkmale bestätigen können. So wollen wir eine
114 Identitätsinfrastruktur schaffen, die es natürlichen und juristischen Personen erlaubt,
ihre
115 digitale Identität mit Hilfe von Smartphones, Onlinediensten oder Ausweisdokumenten
zu
116 nutzen. Mit Offenheit und Technologieneutralität wollen wir EU-weit interoperable
digitale
117 Identitäten zu einer Basisinfrastruktur unseres digitalen Gemeinwesens machen. Für
die
118 Kommunikation mit der öffentlichen Hand wollen wir ein offenes System schaffen, das
einen
119 Ende-zu-Ende-verschlüsselten Austausch von Nachrichten ermöglicht. Bürger*innen
sollen einen
120 Anspruch auf die digitale Zustellung von Behördendokumenten erhalten. Dabei
benötigen
121 Menschen, die nur analog unterwegs sind, Unterstützung durch Weiterbildung und
Hilfe. Jede
122 Person soll mit einer kostenfreien digitalen Identität ausgestattet sein, um sich digital
123 ausweisen und digital unterschreiben zu können. Ein solches Smartphone-Wallet kann
in allen
124 Sektoren verwendet werden. Im Rahmen einer ganzheitlichen E-Government-Strategie
wollen wir
125 einen Mobilpass für unterschiedlichste Mobilitätsangebote, Serviceangebote der
Verwaltung,
126 E-Health- und E-Justice-Infrastrukturen und auch digitale Beteiligungsformate
ermöglichen.
127 Gleichzeitig wollen wir die gesetzlichen Grundlagen dafür schaffen, dass auch die
Wirtschaft
128 branchenübergreifend dieses Verfahren nutzen kann, etwa für sichere Loginverfahren,
Finanz-
129 und Versicherungsdienstleistungen oder durch digitale Vollmachten erlaubte Zugriffe
auf
130 öffentliche Register, etwa zur Verifikation von Führerscheinen. Die EU und Deutschland

131 müssen bei hoheitlichen digitalen Identitäten Vorreiter sein und Vertrauen durch
132 Souveränität schaffen.

133 **Transparenzgesetz für Open Data**

134 Der Zugang zu staatlichen Datenbeständen ermöglicht innovative, elektronische
135 Dienstleistungen sowie neue demokratische Beteiligungsmöglichkeiten. Auch für neue
136 technologische Anwendungen ist der geregelte Zugang zu offenen Daten aus
staatlichen
137 Beständen wichtig. Durch die Vorlage eines Bundestransparenzgesetzes werden wir
staatliche
138 Datenbestände der Allgemeinheit nach den Prinzipien der Open Data zur Verfügung
stellen. So
139 heben wir den Schatz von mit öffentlichen Mitteln erwirtschafteten, nicht
140 personenbeziehbaren Daten. Das bestehende Datenportal GovData wollen wir zu
einem zentralen

141 und nutzerfreundlichen Open- und E-Government-Portal ausbauen. Zur Sicherung
umfassender,
142 gleichberechtigter Teilhabe und einer souveränen Verwaltung wollen wir, wo immer
dies
143 möglich ist, offene Standards, Schnittstellen und Software nutzen, die entstehende
Software
144 unter freier Lizenz veröffentlichen und werden sie als Standard in die Vergabe- und
145 Vertragsordnungen für öffentliche Gelder aufnehmen.

146 **Erneuerung braucht gute Daten**

147 Auch die Corona-Krise hat wieder einmal gezeigt, dass Deutschland bei der
Verfügbarkeit von
148 Daten weit hinter vergleichbaren Ländern zurückliegt. Während in den USA viele Daten
quasi
149 in Echtzeit vorlagen und politische Maßnahmen zeitnah evaluiert werden konnten,
fehlen bei
150 uns hinreichende und schnell verfügbare Daten. Wir wollen das ändern und zeitnah
Daten der
151 Forschung, den politischen Entscheidungsträger*innen und der Zivilgesellschaft zur
Verfügung
152 stellen. Wir richten ein öffentliches Dateninstitut mit einem gesetzlichen
Forschungsauftrag
153 ein, um Grundsatzfragen zur besseren Verfügbarmachung oder Anonymisierung von
Daten zu
154 behandeln und die Vernetzung, Entwicklung von Standards und Lizenzmodellen
voranzutreiben.
155 Ziel ist es, die Forschung in dem Bereich zu verbreitern, neue Ansätze zu testen, den
156 Austausch zwischen verschiedenen Projekten zu befördern und beratend bei der
Zusammenführung
157 von Daten zu unterstützen, damit soll auch Missbrauch verhindert und Schlichtungen
sollen
158 begleitet werden. Es braucht einen Paradigmenwechsel hin zu gemeinsamen
Standards statt
159 abgeschotteter Datensilos und zum Beispiel die Möglichkeit, über
Datentreuhandmodelle
160 einfaches und datenschutzfreundliches Datenteilen zu ermöglichen. Das Statistische
Bundesamt
161 stärken wir ebenfalls, um die Datenverfügbarkeit für Politik, Öffentlichkeit und die
162 Forschung zu verbessern und die Daten zeitnäher zur Verfügung zu stellen.

163 **Klimaneutrale Bundesverwaltung**

164 Klimaschutz braucht Vorreiter und Vorbilder. Wir wollen, dass die Bundesverwaltung
endlich
165 beides wird. Die Bundesverwaltung muss klimaneutral werden. Das umfasst sowohl
die
166 Versorgung mit Ökostrom und den Fuhrpark der Bundesbehörden als auch die
Gebäude des Bundes,
167 die mit erneuerbaren Heiz- und Kühlsystemen ausgestattet und umfassend
energetisch
168 modernisiert werden. Mit der Einführung eines Solarstandards über Neubauten hinaus
werden

169 die Dächer der Bundesbehörden zu Kraftwerken. Bei Dienstreisen sind Flugreisen auf
ein
170 Minimum zu begrenzen. Zudem sorgen wir dafür, dass der Bund seine Beschaffung
und seine
171 Förderkriterien an der Einhaltung von ökologischen, Menschenrechts- und sozialen
Standards
172 orientiert. Bei der Ausschreibung und Förderung von öffentlichen Vorhaben wollen wir
bei der
173 Wirtschaftlichkeitsberechnung einen CO₂-Schattenpreis zugrunde legen. So geht die
Politik
174 mit gutem Beispiel voran.

175 **Der lernende Staat**

176 Corona- und Klimakrise führen uns vor Augen, mit welcher großen Herausforderungen
Regierung
177 und Verwaltung heute umgehen müssen. Wir wollen, dass die öffentliche Verwaltung in
die Lage
178 versetzt wird, vorausschauend zu handeln und sich zugleich zügig und konsequent an
ihre
179 jeweiligen Aufgaben anpassen zu können. Dafür braucht es eine Kultur behördlicher
180 Zusammenarbeit sowie der Ermöglichung innovativer Ansätze. Innovationseinheiten
und agile
181 Projektteams in den Behörden sollen diesen Kulturwandel befördern und zugleich für
182 Zusammenarbeit über alle Ebenen hinweg sorgen. Flexible Arbeitszeiten und eine
positive
183 Fehlerkultur stärken die Akzeptanz neuer Verhaltensmuster. Die Behörden sollen eng
und
184 transparent mit Wissenschaften, Wirtschaft und Zivilgesellschaft zusammenarbeiten,
sich
185 untereinander vernetzen sowie neue Ideen testen. Künstler*innen und andere Kreative
sollen
186 als Ideen- und Impulsgeber*innen in Transformationsprozesse einbezogen werden.
Mitarbeitende
187 und Beamt*innen der öffentlichen Verwaltung sollen außerdem in ihrer Expertise und
188 Kreativität, etwa durch Fortbildungen, gefördert und gestärkt werden. Wir setzen uns
zudem
189 für mehr Kooperation der Ministerien bei der Verfolgung gemeinsamer Ziele ein.

190 **Justiz entlasten und digitalisieren**

191 Gerichte und Strafverfolgungsbehörden haben mit einer hohen Arbeitsbelastung zu
kämpfen.
192 Verfahren dauern zu lang. Hier braucht es dringend Entlastung durch mehr Personal,
durch
193 außergerichtliche Streitbeilegung, durch die Entkriminalisierung von Bagatelldelikten
und
194 durch eine flächendeckende Ausstattung der Justiz mit der nötigen Technik. Wir wollen
195 grundsätzlich die Justiz serviceorientierter gestalten und hierzu neue Wege suchen.
Die
196 Digitalisierung der Justiz wie auch ihren Personalbedarf werden wir durch einen Bund-
Länder-
197 Digitalpakt Justiz in Fortsetzung und Konkretisierung des Ende 2021 auslaufenden

Pakts für
198 den Rechtsstaat mit ausreichender Finanzierung umsetzen. Polizei und
Staatsanwaltschaft
199 müssen digital zusammenarbeiten können, wozu es einheitliche Programme und
zureichende
200 Bandbreiten braucht. Wir fördern und vereinfachen die elektronische Kommunikation
zwischen
201 Bürger*innen und Justiz. Dazu gehört der leichte Zugang zum Recht durch schnelle
Online-
202 Verfahren für einfache Rechtssachen und zu stärkenden konsensualen Verfahren der
203 Streitbeilegung. Wir wollen das externe ministerielle Einzelfallweisungsrecht
gegenüber der
204 Staatsanwaltschaft beschränken und transparent machen und den Ländern
ermöglichen, Modelle
205 der gerichtlichen Selbstverwaltung zu erproben.

206 **Den öffentlichen Dienst stärken und modernisieren**

207 Der öffentliche Dienst, die Millionen Menschen, die in Verwaltungen, Ministerien und
208 Behörden arbeiten, sind ein Rückgrat unserer Demokratie und das Fundament unseres
209 Gemeinwesens. Doch in den letzten Jahrzehnten wurde zu oft am öffentlichen Dienst
gespart
210 und gekürzt – die Konsequenzen spüren wir heute alle. Damit unser Staat mit den
großen
211 Herausforderungen Schritt halten kann, müssen die Mitarbeiter*innen unseres
Gemeinwesens
212 dazu in die Lage versetzt werden. Wir wollen deshalb den öffentlichen Dienst wieder
stärken
213 und ihn zugleich modernisieren. Mehr Stellen, gerade im IT- und Planungsbereich, gute
214 Bezahlung, flexible Laufbahnen, mehr Durchlässigkeit machen den öffentlichen Dienst
fit für
215 das 21. Jahrhundert. Dazu starten wir eine große Fortbildungsoffensive für die
öffentliche
216 Verwaltung und werden die Digitalisierung zum Schwerpunkt einer jeden
Verwaltungsausbildung
217 machen.

218 **Vielfalt in der Verwaltung**

219 Die Vielfalt der Gesellschaft muss sich auch in ihrer Verwaltung widerspiegeln. Das
stärkt
220 die staatlichen Institutionen und trägt zu Vertrauen und Bürger*innennähe bei. Eine
diverse
221 und diskriminierungskritische Verwaltung entsteht aber nicht von selbst, sondern
benötigt
222 Mittel, Strukturen und gezielte Förderung. Im Bereich des öffentlichen Dienstes und
der
223 Unternehmen mit Bundesbeteiligung hat der Staat die Möglichkeit, als gutes Beispiel
in
224 Sachen Vielfalt voranzugehen und ein Diversity-Mainstreaming in der gesamten
Verwaltung

225 einzuführen. Dazu gehört beispielsweise, Mehrsprachigkeit in der Verwaltung zu
fördern und
226 bei der Einstellungs- und Beförderungspraxis nicht nur die Gleichstellung der
Geschlechter,
227 sondern auch die gesellschaftliche Vielfalt zu beachten, diskriminierungskritische
228 Organisationsentwicklungen in öffentlichen Behörden und Unternehmen
durchzuführen und in den
229 Unternehmensleitbildern das Ziel der Gleichberechtigung und der Repräsentanz
diskriminierter
230 Gruppen zu verankern sowie diversitätssensible Weiterbildungen anzubieten. Ganz
besonders
231 gilt dies für die im Bewerbungsprozess besonders relevanten Einheiten wie die
232 Personalabteilung oder Einstellungskommissionen, die so weit wie möglich
geschlechtergerecht
233 und vielfältig zu besetzen sind. Wir werden verbindliche Zielvorgaben zur Erhöhung
des
234 Anteils von Menschen mit Migrationshintergrund auf allen Ebenen einführen. Das
Diversity
235 Budgeting, also den Einsatz und die Evaluierung von Haushaltsmitteln in einer Vielfalt
236 besonders fördernden Weise, wollen wir voranbringen.

237 **Wir treten ein für Vielfalt, Anerkennung und gleiche Rechte**

238 **Einheit in Vielfalt**

239 Wir alle sind unterschiedlich, aber an Rechten und Würde gleich. Zusammenhalt in
Vielfalt
240 setzt voraus, respektiert, anerkannt und gehört zu werden, mitgestalten und teilhaben
zu
241 können, ohne Angst frei zu leben und sich als Gleichberechtigte zu begegnen, das
Gemeinsame
242 neben den Unterschieden zu sehen. Deshalb werden wir das Leitbild „Einheit in
Vielfalt“ zur
243 Gestaltung einer rassismuskritischen und chancengerechten
Einwanderungsgesellschaft
244 gesetzlich verankern. Damit die Perspektive und Expertise derjenigen, die von
245 Diskriminierung und struktureller Benachteiligung betroffen sind, gehört werden, sie
als
246 Gleichberechtigte die Möglichkeit zur vollen Teilhabe erhalten, wollen wir einen
247 Partizipationsrat, ähnlich dem Deutschen Ethikrat, als ein gesetzlich verankertes und
248 unabhängiges Gremium einführen, mit Vertreter*innen aus der (post-)migrantischen
249 Zivilgesellschaft, Wissenschaft und Forschung, die die unterschiedlichen Dimensionen
von
250 Vielfalt abbilden. Um Diskriminierung systematisch abzubauen und den
gesellschaftlichen
251 Zusammenhalt zu fördern, wollen wir die Themen und Zuständigkeiten, die
Gleichberechtigung
252 und Teilhabe an der offenen und vielfältigen Gesellschaft betreffen, bei einem
Ministerium
253 bündeln. Dazu werden wir die Aufgaben zur Einwanderungsgesellschaft aus dem
Innenministerium
254 herauslösen. Für mehr Repräsentanz und Teilhabe werden wir ein

Bundespartizipations- und
255 Teilhabegesetz vorlegen und das Bundesgremienbesetzungsgesetz reformieren.
Staatliches
256 Handeln soll auf unsere vielfältige Gesellschaft ausgerichtet sein und
Gleichberechtigung
257 sicherstellen. Wer hier dauerhaft seinen Lebensmittelpunkt hat, muss die Möglichkeit
haben,
258 an Wahlen, Abstimmungen und allen anderen demokratischen Prozessen
gleichberechtigt
259 teilzunehmen, in einem ersten Schritt wollen wir das kommunale Wahlrecht für
260 Drittstaatsangehörige einführen.

261 **Konsequent gegen Rassismus**

262 Rassismus ist Realität im Alltag, auf der Straße, im Netz, in Institutionen. Er betrifft
263 nicht alle von uns gleichermaßen, aber er geht uns alle gleichermaßen an. Der Kampf
gegen
264 Rassismus und seine unterschiedlichen Formen, wie zum Beispiel anti-Schwarzer und
anti-
265 asiatischer Rassismus, ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe mit dem Ziel der
Stärkung
266 der individuellen Rechte aller Menschen. Rassismus und alle Formen von
Diskriminierungen
267 stellen nicht nur eine große Gefahr für die betroffenen Menschen dar, sondern
bedrohen auch
268 das gleichberechtigte und friedliche Zusammenleben sowie die Sicherheit in
Deutschland. Wir
269 wollen den Schutz vor und die Beseitigung von Diskriminierungen, strukturellem und
270 institutionellem Rassismus mit einem staatlichen Gewährleistungsanspruch in der
Verfassung
271 verankern, ergänzend zur überfälligen Ersetzung des Begriffs „Rasse“. Die
272 Antidiskriminierungsstelle des Bundes (ADS) soll zur obersten Bundesbehörde
aufgewertet
273 werden – mit mehr Personal, Budget und Kompetenzen. Ihre Leitung soll als
274 Antidiskriminierungsbeauftragte*r vom Deutschen Bundestag gewählt werden. Das
Allgemeine
275 Gleichbehandlungsgesetz wollen wir zu einem echten
Bundesantidiskriminierungsgesetz
276 weiterentwickeln, das Schutzlücken endlich schließt, Klagen gegen Diskriminierung für
277 Betroffene vereinfacht und ein umfassendes Verbandsklagerecht einschließt, damit
gegen
278 Diskriminierung strukturell und nachhaltig vorgegangen werden kann. Das Netz
279 zivilgesellschaftlicher Beratungsstellen soll flächendeckend ausgebaut und so
finanziert
280 werden, dass diese planungssicher und kontinuierlich ihrer Aufgabe nachkommen
können. In den
281 staatlichen Institutionen sollen Anlauf- und Beschwerdestellen geschaffen werden. Das
Empowerment von Menschen, die von Diskriminierung betroffen sind, wollen wir
282 fördern. Die
283 Black-Lives-Matter-Proteste haben deutlich gemacht, dass Rassismus gegen Schwarze
Menschen

284 auch in Deutschland umfassend bekämpft werden muss. Deshalb wollen wir die UN-
Dekade für
285 Menschen afrikanischer Herkunft vorantreiben. Straftaten gegen Schwarze Menschen
sollen in
286 Verfassungsschutzberichten explizit ausgewiesen werden. Außerdem setzen wir uns
dafür ein,
287 dass anti-asiatischer Rassismus im Nationalen Aktionsplan gegen Rassismus benannt
wird. Wir
288 werden die unabhängige Forschung zu Postkolonialismus, Diskriminierung und
Rassismus
289 ausbauen, regelmäßig Antidiskriminierungs- und Gleichstellungsdaten erheben und
290 wissenschaftliche Studien in Bezug auf staatliche Institutionen und Wirksamkeit von
291 Antidiskriminierungsmaßnahmen durchführen. Antirassismus, Antidiskriminierung und
292 Postkolonialismus wollen wir in der Lehrer*innenausbildung und in den Lehrplänen
verankern.

293 **Stärkung und Sicherheit für Jüdinnen und Juden in Deutschland**

294 Jüdisches Leben in seiner Vielfalt in Deutschland werden wir konsequent fördern und
sichtbar
295 machen. Wir unterstützen Projekte und Initiativen, die sowohl jüdisch-säkulares als
auch
296 jüdisch-religiöses Leben, jüdische Kultur und jüdische Bildung stärken. Wir wollen
297 politische und kulturelle Bildungsangebote für alle Bürger*innen zugänglich machen,
um
298 Wissen über das jüdische Leben allgemein sowie Kontakte und Erfahrungen mit
jüdischen
299 Menschen und Einrichtungen in Deutschland zu vermitteln. Jüdische Menschen in
Deutschland
300 müssen sich sicher fühlen können. Ihre Sicherheit und der Schutz jüdischer
Einrichtungen und
301 Gemeinden muss umfassend sein. Antisemitische Anschläge in der Gegenwart, allen
voran der
302 Anschlag von Halle im Jahr 2019, erinnern uns daran, wie stark weiterhin
Judenfeindlichkeit
303 und Judenhass sowie Unwissenheit über die Realität jüdischen Lebens in Deutschland
304 verbreitet sind. Es ist unsere gemeinsame Verantwortung, Antisemitismus,
antisemitischen
305 Hassreden – auch im Alltag und egal aus welchen Motiven – mit aller Entschlossenheit
306 entgegenzutreten. Dafür braucht es bessere Analysekapazitäten und eine
entschlossene Ahndung
307 und Dokumentation antisemitischer Vorfälle. Antisemitische Narrative, israelbezogener
Antisemitismus und verschwörungsideologische Erzählungen – auch im
Zusammenhang mit
309 Demonstrationen von Pandemieleugner*innen – müssen an
310 unterschiedlichsten Orten präventiv adressiert werden, auch und gerade im digitalen
Raum.
311 Dafür bedarf es konkreter Sensibilisierungs- und Präventionsprojekte in Vereinen und
312 zivilgesellschaftlichen Organisationen, für die wir eine Regelfinanzierung wollen. Die
313 Prävention von und Auseinandersetzung mit Antisemitismus soll auch abseits des
314 Geschichtsunterrichts als Leitperspektive in den Lehrplänen verankert werden.

Fortbildungen,
315 allen voran der Mitarbeiter*innen von Sicherheits- und Strafverfolgungsbehörden
sowie der
316 Gerichte, wollen wir gezielt ausbauen. Es braucht Leitlinien für einen effektiven Schutz
317 jüdischer Einrichtungen, bei deren Entwicklung die jüdischen Gemeinden einbezogen
werden
318 müssen. Wir wollen die soziale Absicherung der älteren jüdischen Generation in
Deutschland
319 stärken, meist Holocaustüberlebende und ihre Nachkommen, viele aus der ehemaligen
320 Sowjetunion. Sie müssen bei der Rente mit den eingewanderten
(Spät-)Aussiedler*innen aus den
321 Staaten der ehemaligen Sowjetunion gleichgestellt werden.

322 **Muslim*innen schützen und stärken**

323 Muslimisches Leben in seiner ganzen Vielfalt gehört in Deutschland zu unserer
324 gesellschaftlichen Realität. Gleichzeitig sind Muslim*innen besonders von struktureller
325 Diskriminierung sowie von gewalttätigen Übergriffen betroffen. Die fortdauernden
Bedrohungen
326 muslimischer Einrichtungen zeigen, wie dringend nötig Präventionsprogramme sowie
umfassende
327 Schutzkonzepte für als muslimisch gelesene Personen und Räume sind. Opfer müssen
geschützt,
328 beraten und gestärkt, die Ursachen verstärkt in den Blick genommen werden. Der
Staat darf
329 keine Religion diskriminieren oder ungerechtfertigt bevorzugen. Die heterogene und
von
330 Muslim*innen als Stärke wahrgenommene Struktur des Islams, die weder eine religiös
noch
331 strukturell verankerte Hierarchie kennt, darf ihnen von Seiten des Gesetzgebers
deshalb
332 nicht zum Nachteil gereichen. Tatsächliche Gleichstellung setzt rechtliche
Gleichstellung
333 voraus. Wir unterstützen daher Staatsverträge mit islamischen
Religionsgemeinschaften, die
334 in keiner strukturellen Abhängigkeit zu einem Staat, einer Partei oder politischen
Bewegung
335 und dessen oder deren jeweiliger Regierungspolitik stehen und sich religiös selbst
336 bestimmen. Wir wollen auch progressive, liberale muslimische Vertretungen einbinden,
die für
337 Werte wie Gleichberechtigung der Geschlechter, LSBTIQ*-Rechte und Feminismus
einstehen und
338 einen lebendigen Glauben innerhalb des islamischen Religionspektrums praktizieren.
Auch
339 zeigen wir uns solidarisch mit Kritiker*innen von fundamentalistisch-politischen
Kräften,
340 wenn sie massiv bedroht werden. Für die eigenständige und selbstbewusste
Religionsausübung
341 von Muslim*innen ist eine Imam*innen-Ausbildung in Deutschland dringend
notwendig. Dafür

342 wollen wir islamisch-theologische und praxisorientierte Aus- und
Weiterbildungsprogramme für
343 Imam*innen und islamische Religionsbedienstete in Kooperation mit den Instituten für
344 islamische Theologie bundesweit etablieren und unterstützen. Langfristig geht es
darum, den
345 Bedarf der muslimischen Gemeinden an religiösem Personal durch in Deutschland
ausgebildete
346 Personen zu decken.

347 **Antiziganismus entschlossen bekämpfen**

348 Immer noch werden Menschen mit Romani-Hintergrund in Europa und Deutschland
aufgrund eines
349 tiefstehenden Rassismus diskriminiert, der bis in die Mitte der Gesellschaft reicht.
Immer
350 noch werden Angehörige der größten Minderheit in der Europäischen Union beim
Zugang zu
351 Bildung, Gesundheit, Wohnen und Arbeit benachteiligt. Wir wollen deshalb die neue
EU-Roma-
352 Rahmenstrategie (Post-2020) umsetzen und die ambitionierten Inklusionsziele der EU
353 erreichen. Dafür braucht es eine mit ausreichend finanziellen Mitteln und Befugnissen
354 ausgestattete „Nationale Koordinierungsstelle“, die die Umsetzung und das Monitoring
der
355 deutschen Strategie in Abstimmung mit den Bundesländern, Verwaltungen und
356 Selbstorganisationen übernimmt. Minderheitenrechte wie der Erhalt von Sprache, der
357 Geschichte und Kulturen von Sinti*zze und Rom*nja müssen gewährleistet werden. Wir
wollen
358 eine unabhängige, zivilgesellschaftliche Monitoring- und Informationsstelle zur
359 Dokumentation und Aufarbeitung rassistischer Vorfälle und zur Unterstützung der
Betroffenen
360 einrichten sowie die Empfehlungen der unabhängigen Expertenkommission
Antiziganismus prüfen
361 und umsetzen. Wir werden die Einrichtung eines Studierendenwerks für Sinti*zze und
Rom*nja
362 vorantreiben und setzen uns für ein Museum der Geschichte und Kulturen der Sinti*zze
und
363 Rom*nja in Deutschland ein. Noch immer werden Rom*nja aus Deutschland
abgeschoben, selbst
364 wenn sie seit Jahrzehnten hier leben und in ihren Herkunftsländern Diskriminierung
erleiden.
365 Deshalb soll die Situation von Rom*nja in ihren Herkunftsländern in Asylverfahren und
bei
366 der Prüfung asylunabhängiger Bleiberechte stärkere Berücksichtigung finden.

367 **Für eine inklusive und barrierefreie Gesellschaft**

368 Wir treten für eine inklusive Gesellschaft gemäß der UN-Behindertenrechtskonvention
ein, in
369 der Menschen mit Behinderung ihre Fähigkeiten und Talente selbst einbringen können.
Stufen,
370 zu enge Türen oder schwer lesbare Webseiten – in unserem Alltag gibt es viele
371 unterschiedliche Dinge, die für Menschen mit Behinderung, aber auch für ältere
Menschen,

372 Eltern mit Kinderwagen oder Verletzte mit Gipsbein eine Barriere darstellen. Es ist
mühsam,
373 manchmal unmöglich, Angebote zu nutzen, die für andere selbstverständlich sind. Wir
wollen
374 Barrierefreiheit schaffen, damit Menschen mit unterschiedlichen Behinderungen, auch
375 psychischen Erkrankungen, gleichberechtigt am öffentlichen Leben teilhaben und
376 selbstbestimmt, gemeinsam mit nichtbehinderten Menschen leben, lernen und
arbeiten können.
377 Das wollen wir mit einem „Barrierefreiheits-Gesetz“ erreichen, das private wie
öffentliche
378 Anbieter*innen öffentlich zugänglicher Angebote und Dienstleistungen zu umfassender

379 Barrierefreiheit und den Bund innerhalb von zehn Jahren zur Herstellung der
Barrierefreiheit
380 seiner Gebäude verpflichtet. Kleine Unternehmen werden durch eine
Überforderungsklausel
381 geschützt, aber zu angemessenen Vorkehrungen verpflichtet. Durch eine Erhöhung der

382 Bundesförderung soll der Anteil barrierefreier Wohnungen deutlich erhöht werden. Um
383 selbstbestimmte Mobilität und selbstbestimmtes Wohnen zu ermöglichen, wollen wir
außerdem
384 die Städtebauförderung für inklusive Stadtquartiere stärken und die soziale
385 Wohnraumförderung an Barrierefreiheit binden. Im ÖPNV, den alle Menschen mit
386 Schwerbehinderung kostenfrei nutzen sollen können, in öffentlichen Einrichtungen,
387 Ladengeschäften, Gewerbe- und Bürogebäuden soll Barrierefreiheit zum Standard
werden. Die
388 Verbrechen der deutschen Geschichte gegenüber Menschen mit Behinderung wollen
wir weiter
389 aufarbeiten und die Opfer angemessen entschädigen.

390 **Verhältnis Staat und Kirchen weiterentwickeln**

391 Die christlichen Kirchen und Gemeinden sind wichtige Akteur*innen der
Zivilgesellschaft. Sie
392 verleihen unserer Gesellschaft vielfältige Impulse und leisten einen Beitrag für den
393 gesellschaftlichen Zusammenhalt. Für die Arbeit mit Pflegebedürftigen, Menschen mit
394 Behinderungen und Kindern sind auch die kirchlichen Träger von großer Bedeutung.
Ihre
395 tatkräftige Unterstützung, wenn es um Seenotrettung und die Integration von
Geflüchteten
396 geht, ist ein wichtiger gesellschaftlicher Beitrag. Das Grundrecht auf Religions-,
397 Gewissens- und Weltanschauungsfreiheit wollen wir, auch weltweit, weiter stärken und

398 religiös oder weltanschaulich Verfolgte schützen. Wir wahren das
Selbstbestimmungsrecht der
399 Religionsgemeinschaften, suchen die Kooperation und den Dialog mit allen Religions-
und
400 Weltanschauungsgemeinschaften, die das Grundgesetz achten, und stehen dabei stets
zum
401 säkularen Staat und seinem Neutralitätsprinzip. Auch Konfessionsfreie haben einen
Anspruch
402 auf umfassende Berücksichtigung ihrer Belange und auf gleichberechtigte Teilhabe.

Die

403 gewachsene Beziehung zwischen Staat und den christlichen Kirchen wollen wir
erhalten und wo
404 nötig der gesellschaftlichen Realität anpassen. So wollen wir, dass beispielsweise das
405 kirchliche Arbeitsrecht reformiert und die gewerkschaftliche Mitbestimmung gefördert
wird
406 sowie die Ausnahmeklauseln für die Kirchen im Betriebsverfassungsgesetz und im
Allgemeinen
407 Gleichbehandlungsgesetz aufgehoben werden. Der religiöse Verkündigungsbereich
bleibt hiervon
408 unberührt. Die vielen Gläubigen, die sich für eine notwendige Modernisierung der
409 christlichen Kirchen einsetzen und auf eine lückenlose Aufklärung der Fälle
sexualisierter
410 Gewalt dringen, unterstützen wir. Die Vollendung des Verfassungsauftrags zur
Ablösung der
411 Staatsleistungen werden wir umsetzen. Den § 166 des Strafgesetzbuchs
(„Beschimpfung von
412 Bekenntnissen, Religionsgesellschaften und Weltanschauungsvereinigungen“) wollen
wir
413 streichen sowie uns für eine unabhängige wissenschaftliche Einrichtung zur
Erforschung der
414 religiösen und
415 weltanschaulichen Landschaft einsetzen.

416 **Wir erneuern das demokratische Fundament**

417 **Für eine transparentere Politik**

418 Demokratie lebt vom Vertrauen der Bürger*innen, jeder Anschein käuflicher Politik
richtet
419 Schaden an. Wir wollen das Vertrauen in demokratische Institutionen und
Mandatsträger*innen
420 stärken und das Primat der Politik gegenüber intransparenter Einflussnahme schützen.
Wir
421 sind überzeugt: Transparente und nachvollziehbare Politik stärkt das Gemeinwohl.
Deshalb
422 wollen wir Lobbyismus transparenter und den Einfluss organisierter
Interessensgruppen und
423 von Lobbyist*innen sichtbar machen. Das Lobbyregister wollen wir für
Bundesregierung,
424 Bundesministerien und Bundestag nachschärfen und die vielen Ausnahmen für
maßgebliche
425 Akteur*innen abschaffen. Mit dem legislativen Fußabdruck schaffen wir Klarheit, wer
bei der
426 Entstehung von Gesetzen Einfluss nimmt. Interessenskonflikte wollen wir stärker in
den Blick
427 nehmen und den Wechsel aus Regierungsämtern in die Wirtschaft während einer
Karenzzeit von
428 zwei Jahren prüfen lassen. Für Abgeordnete ist das freie Mandat der Mittelpunkt ihrer
429 Tätigkeit. In Zukunft werden Einkünfte aus Nebentätigkeiten auf Euro und Cent
430 veröffentlicht, für Unternehmensbeteiligungen und Aktienoptionen gibt es striktere
Regeln

431 und Spenden an Abgeordnete und die Lobbytätigkeit für Abgeordnete werden
432 verboten. Die Anwendung dieser Maßnahmen soll evaluiert werden. Für Nebenverdienste von
433 Abgeordneten wollen wir zudem eine verpflichtende Angabe der Branche. Unabhängige Kontrolle
434 stärkt die Transparenz und Integrität. Zur wirkungsvollen Bekämpfung von Korruptionsfällen
435 braucht es eine Neufassung des Straftatbestandes der Abgeordnetenbestechung und eine
436 Überarbeitung der Beweisanforderungen. Spenden an Parteien müssen transparenter gemacht werden.
437 Deshalb wollen wir striktere Veröffentlichungsregeln. Parteispenden sollen auf natürliche Personen
438 beschränkt und auf einen jährlichen Höchstbetrag von 100.000 Euro je Spender*in
439 gedeckelt werden. Schon ab 5.000 Euro sollen Spenden im Rechenschaftsbericht genannt
440 werden, ab 25.000 Euro soll die Pflicht zur sofortigen Veröffentlichung greifen. Solange es keine
441 gesetzliche Regelung gibt, wenden wir die über das Parteiengesetz hinausgehenden Regelungen
442 unseres Spendenkodex an. Für das Parteiensponsoring wollen wir endlich eine gesetzliche
443 Regelung und eine Veröffentlichung ab dem ersten Euro und eine jährliche Höchstgrenze je
444 Sponsor*in einführen. Das Parteiengesetz und die unabhängige Kontrolle werden wir stärken,
445 damit verdeckte Wahlkampffinanzierung besser bekämpft werden kann. Politische Werbung
446 und Kampagnen im Netz müssen transparenter werden – solange es keine verpflichtenden
447 Regulierungen gibt, gehen wir mit unserer Selbstverpflichtung voran.

448 **Parlament stärken, Wahlrecht reformieren**

449 Der Bundestag ist der zentrale Ort für öffentliche Debatten, Rede und Gegenrede und
450 Entscheidungen unserer Demokratie. Für gute Gesetzgebung braucht es ausreichende
451 Beratung und eine Stärkung der Kontrollrechte des Parlaments. Wir wollen die Rolle des
452 Bundestages bei der Gesetzgebung ausbauen. Seine Arbeitsfähigkeit ist zu garantieren und zu
453 stärken. Deshalb setzen wir uns für eine Wahlrechtsreform ein, die das Parlament deutlich
454 verkleinert, unter anderem durch die Reduzierung von Wahlkreisen, die außerdem fair
455 und verfassungsgemäß ist, und bei der jede Stimme gleich viel wert ist. Im Rahmen dieser
456 Reform sollten unter anderem die Verlängerung der Legislaturperiode und die
457 Amtszeitbegrenzung für das Amt der Bundeskanzlerin oder des Bundeskanzlers geprüft werden. Die Sitzungen
458 der Fachausschüsse sollen in der Regel öffentlich stattfinden und gestreamt werden. Die
459 Abgeordneten sollen in ihren Kontrollrechten gegenüber der Regierung mit einem

460 Akteneinsichtsrecht gestärkt werden. Komplexe Gesetzgebungsverfahren wollen wir
461 verständlicher machen, indem
462 Textgegenüberstellungen der Gesetzesänderungen öffentlich gemacht werden.

463 **Macht fair teilen, auch in den Parlamenten**

464 Es ist höchste Zeit für eine faire Verteilung von Macht. Unsere repräsentative
Demokratie
465 muss diverser werden, unsere Parlamente brauchen die Vielfalt der Herkunft und
Lebenswege,
466 die Debatten brauchen die Perspektiven, die daraus entstehen. Wir werden Hürden
abbauen
467 damit auch queere Menschen, Nicht-Akademiker*innen, Menschen mit Behinderung
und Menschen
468 mit Migrationsgeschichte gleichberechtigt und selbstverständlich vertreten sind. Macht
fair
469 teilen heißt auch, dass es dringend mehr Frauen in den Parlamenten und
Kommunalvertretungen
470 braucht, denn sie stellen 51 Prozent der Wahlberechtigten.
471 Gleichberechtigung von Frauen ist ein historischer und verfassungsrechtlicher Auftrag
für
472 uns alle und soll sich bereits bei den Nominierungsverfahren niederschlagen. Dass
Parität
473 per Gesetz wirksam und angemessen ist, zeigen Beispiele aus dem europäischen
Ausland. Dass
474 verfassungsrechtlich hohe Hürden bestehen, haben Urteile von Verfassungsgerichten
aus zwei
475 Bundesländern aufgezeigt. Diese Hürden gilt es abzubauen, um rechtlich gute
Lösungen zu
476 finden. Wir setzen uns daher auch im Bund für ein Paritätsgesetz ein und werden
477 entsprechende Gesetzesänderungen auf den Weg bringen. Um Frauen das politische
Engagement zu
478 erleichtern, braucht es auch Maßnahmen und Angebote, die Frauen den Einstieg in
und die
479 Gestaltung von Politik erleichtern.

480 **Jugendwahlrecht**

481 Demokratie lebt von der Gestaltung und dem Engagement aller Bürger*innen, vom
Kindes- bis
482 ins hohe Alter. Viele politische Entscheidungen von heute sind entscheidend für die
Zukunft
483 junger Menschen, und viele junge Menschen übernehmen früh Verantwortung für die
484 Gesellschaft. Wenn Jugendliche in ihrem Lebensalltag demokratische Erfahrungen
machen und
485 ihre Rechte wahrnehmen können, stärkt das die Demokratie und macht sie
zukunftsicherer. Um
486 möglichst breite Bündnisse für eine verfassungsändernde Wahlalterabsenkung
schmieden zu
487 können, wollen wir das Wahlalter für Bundestags- und Europawahlen in der
kommenden
488 Legislaturperiode auf 16 Jahre absenken. Auf Basis einer Evaluation des Wahlalters 16
wollen
489 wir das Wahlalter ggf. weiter absenken.

490 Bürger*innenräte für mehr Beteiligung

491 Direkte Beteiligungsmöglichkeiten bereichern die Demokratie und stärken die
Repräsentanz.
492 Mit Bürger*innenräten schaffen wir die Möglichkeit, bei ausgewählten Themen die
493 Alltagserfahrung von Bürger*innen in die Gesetzgebung einfließen zu lassen. Wir
sorgen in
494 einem ersten Schritt dafür, dass es eine gesetzliche Grundlage für Bürger*innenräte
gibt und
495 sich das Parlament mit den Ergebnissen beschäftigen muss. In der kommenden
Wahlperiode
496 wollen wir weitere Optionen für eine stärkere Institutionalisierung von
Bürger*innenräten
497 prüfen, unter anderem direktdemokratische Verfahren zu einzelnen
Beratungsergebnissen. Auf
498 Initiative der Regierung, des Parlaments oder eines Bürger*innenbegehrens beraten
zufällig
499 ausgewählte Menschen, die in Deutschland leben und mindestens 16 Jahre alt sein
müssen, in
500 einem festgelegten Zeitraum über eine konkrete Fragestellung. Sie erarbeiten
501 Handlungsempfehlungen und geben Impulse für die öffentliche Auseinandersetzung
und die
502 parlamentarische Entscheidung. Eine freie, gleiche und faire Beratung muss
sichergestellt
503 werden, unter anderem durch zivilgesellschaftliche und wissenschaftliche Beratung.
Außerdem
504 werden wir ein digitales Portal, wie es zum Beispiel in Baden-Württemberg schon
erfolgreich
505 angewendet wird, für die aktive Beteiligung an der Gesetzgebung einführen und das
506 Petitionsrecht zu einem leicht zugänglichen Instrument für bessere Mitwirkung am
507 demokratischen Prozess ausbauen. Wir wollen Beteiligung fördern und politische
Bildung als
508 wichtige Querschnittsaufgabe auch auf kommunaler Ebene voranbringen.

**509 Öffentlich-rechtlicher Rundfunk für alle und eine vielfältige
510 Medienlandschaft**

511 Kritischer und unabhängiger Journalismus ist eine Säule unserer Demokratie. Wir
stehen zu
512 einem pluralistischen, kritischen und staatsfernen öffentlich-rechtlichen Rundfunk für
alle,
513 genauso wie für Qualität und Vielfalt der privaten und Non-Profit-Medienlandschaft.
Damit
514 der öffentlich-rechtliche Rundfunk stark und zukunftsfest aufgestellt ist, arbeiten wir
für
515 eine funktionsgerechte Finanzierung, die einem definierten Programmauftrag folgt.
Weil er
516 von allen finanziert wird, muss er auch alle erreichen. Aus seiner besonderen Stellung
und
517 dem Anspruch, die Vielfalt der Lebenswelten, Meinungen und Interessen der
Bevölkerung
518 abzubilden, ergibt sich auch sein Reformbedarf. Die Digitalisierung des öffentlich-
519 rechtlichen Rundfunks muss vorangetrieben und seine bisherigen Angebote müssen

überprüft
520 werden. Hierfür wollen wir gemeinsam mit den Ländern eine Initiative auf den Weg
bringen und
521 eine
522 gesellschaftliche Debatte anstoßen. Wir setzen uns für Rundfunkräte ein, die die
Vielfalt
523 unserer heutigen Gesellschaft besser abbilden, durchsetzungstärker sowie sender-
und
524 staatsferner werden. Die Mediatheken der Öffentlich-Rechtlichen sollen bei
angemessener
525 Vergütung der Urheber*innen dauerhaft zugänglich und europäisch verzahnt werden.
Lokale
526 Medien brauchen eine mit den Ländern abgestimmte, staatsfern organisierte
Förderung.
527 Qualitätsjournalismus braucht deutlich bessere Rahmenbedingungen, etwa durch
Verbesserungen
528 bei Quellenschutz und Auskunftsansprüchen oder die Öffnung der Künstlersozialkasse
für
529 Journalist*innen samt Beitragspflicht für Medienplattformen. Gemeinnütziger
Journalismus
530 braucht Rechtssicherheit.

531 **Hasskriminalität im Netz bekämpfen**

532 Digitale Plattformen und Anwendungen müssen den Menschen dienen und nicht
umgekehrt. Uns
533 geht es darum, Nutzerrechte und demokratischen Diskurs zu stärken und dabei die
Balance
534 zwischen Persönlichkeitsschutz und Meinungsfreiheit zu wahren. Wir wollen
Hasskriminalität
535 im Netz und das bewusste Verbreiten von Falschinformationen wirksamer bekämpfen.
Dafür
536 wollen wir einen effektiven Gesetzesrahmen entwickeln. Betroffene müssen sich
schnell und
537 effektiv gegen Angriffe im Netz wehren können. Das wollen wir durch die ambitionierte
Ausgestaltung und dann zügige Umsetzung des Digital Services Act der EU erreichen.
Wir
538 treten für einen effektiven Umgang mit Nutzerbeschwerden, eine
539 Verbesserung der Strafverfolgung und der zivilrechtlichen Durchsetzung ein. Dafür
brauchen
540 wir personell wie technisch bestmöglich aufgestellte Strafverfolgungsbehörden. Diese
müssen,
541 gut geschult, auf Grundlage klarer Rechtsvorgaben arbeiten können.
Plattformbetreiber*innen
542 müssen ihrer großen Verantwortung europaweit gerecht werden. Sie dürfen
bestehende Rechte
543 nicht aushöhlen, sind für Inhalte haftbar und müssen beim Moderieren von Inhalten die
544 Grundrechte wahren. Bei Entscheidungen darüber, welche Inhalte auf digitalen
Plattformen
545 keinen Platz haben dürfen, könnte der gezielte Einsatz von repräsentativen,

547 zivilgesellschaftlichen Plattformräten eine Möglichkeit sein. Große Anbieter*innen
sollen
548 sich durch eine Abgabe an den unabhängigen Beratungsangeboten für Betroffene von
Hass und
549 Hetze beteiligen. Dies wollen wir bündeln in einem Gesetz für digitalen Gewaltschutz,
das
550 die Möglichkeit beinhaltet, gegen Accounts vorzugehen, wenn kein*e Täter*in
festgestellt
551 wird. Jeder Mensch hat das Recht auf eine eigene Meinung, aber nicht auf eigene
Fakten. Für
552 Porno-Plattformen, die
553 nutzergenerierte Inhalte hosten, müssen besondere Sorgfaltspflichten gelten, um
Menschen zu
554 schützen, deren Bildmaterial gegen ihren Willen dort gezeigt wird. Für den Umgang
mit
555 Desinformation, aber auch für die Rechtskontrolle der Anbieter*innen insgesamt
wollen wir
556 die Aufsicht national wie auch europäisch besser strukturieren, unter anderem mit
einer
557 gemeinsamen Medienanstalt der Länder. Eine Verpflichtung zum Einsatz von
Uploadfiltern
558 lehnen wir ab.

559 **Software für die Allgemeinheit**

560 Unser Alltag wird immer häufiger von Teilhabe an und Zugang zu Software geprägt.
Freie und
561 offene Software bildet dabei die Grundlage unzähliger Anwendungen, seien es digitale
562 Lernplattformen, sichere Anwendungen für die Heimarbeit, Stärkung der IT-Sicherheit
mit
563 guter Verschlüsselung oder sichere und einfache Abstimmungsmöglichkeiten in der
Vereins- und
564 Parteiarbeit. Sie spielt in immer mehr gesellschaftlich relevanten Bereichen eine
565 entscheidende Rolle und ist Grundlage für unsere Anforderungen in Bezug auf
Offenheit,
566 Teilhabe und Sicherheit. Doch oftmals fehlt es den Entwickler*innen an Unterstützung,
diese
567 dauerhaft auf dem neuesten Stand der Technik zu halten und anwendungsfreundlich,
568 barrierefrei und inklusiv zu gestalten. Wir treten daher dafür ein, eine eigenständige
569 öffentliche Förderstiftung zu schaffen, die gesellschaftlich relevante, freie und offene
570 Software fördert, deren Ergebnisse Gesellschaft, Wissenschaft, Schulen, Wirtschaft und
571 Verwaltung zur
572 Verfügung stehen und barrierefrei zugänglich sind. Durchgehende Ende-zu-Ende-
573 Verschlüsselungen schützen Grundrechte, schaffen Vertrauen in digitale Anwendungen
und
574 müssen zum Standard bei allen staatlichen IT-Vorhaben werden.

575 **Demokratiefördergesetz für eine starke Zivilgesellschaft**

576 Eine lebendige Zivilgesellschaft ist elementar für die politische Auseinandersetzung in
577 unserer Demokratie. Engagierte Menschen in Initiativen, Verbänden, Vereinen oder
NGOs

578 stärken den Zusammenhalt, tragen dazu bei, wichtige Anliegen, wie beispielsweise
den Kampf
579 gegen Rassismus, auf die öffentliche Tagesordnung zu setzen, und leisten ihren
Beitrag zur
580 Willensbildung. Wir machen uns dafür stark, dass sie ihrer Arbeit in Zukunft gut
581 abgesichert, ohne Einschüchterung und Kriminalisierung nachgehen können. Mit
einem
582 Demokratiefördergesetz wollen wir ihr Engagement und das demokratiebelebender
Initiativen
583 und Organisationen nachhaltig, projektunabhängig und unbürokratisch finanziell
absichern.
584 Die Arbeit der politischen Stiftungen wollen wir verbindlicher regeln. Wir wollen
585 sicherstellen, dass sie an den Werten des Grundgesetzes orientiert sind und – auch in
ihrem
586 Verhältnis zu den Parteien – Transparenz herstellen. Dafür schaffen wir eine
eigenständige
587 gesetzliche Grundlage.

588 **Gemeinnützigkeit reformieren**

589 Alle Bürger*innen sollen gleichberechtigt an der Willensbildung unserer Gesellschaft
590 teilhaben können. Die Gemeinnützigkeit ist dafür ein wichtiger Status, der an vielen
Stellen
591 überhaupt erst Zugänge öffnet. Damit Initiativen und Verbände eigenständig bleiben,
sorgen
592 wir deshalb für Klarheit und Rechtssicherheit im Gemeinnützigkeitsrecht. Ihre
gemeinnützigen
593 Ziele sollen sie auch durch politische Meinungsäußerungen und Aktivitäten wie
Studien und
594 Demonstrationen verwirklichen dürfen. Nicht nur die Förderung des demokratischen
595 Staatswesens, sondern auch die Förderung tragender Grundsätze sollte klar
gemeinnützig sein.
596 Die Gemeinnützigkeit zusätzlicher Zwecke wie des Friedens, der Durchsetzung der
nationalen
597 und internationalen Grund- und Menschenrechte, der Rechtsstaatlichkeit, der
Durchsetzung des
598 Sozialstaatsgebotes und allgemein der gleichberechtigten Teilhabe und der
Bekämpfung von
599 Diskriminierung wollen wir anerkennen und stärken. Mit der Einführung einer
600 Demokratieklausele stellen wir sicher, dass sich Vereine aktiv an gesellschaftlichen
Debatten
601 beteiligen können. Die Beweislastumkehr in § 51 Absatz 3 Abgabenordnung wollen wir
602 abschaffen. Für mehr Transparenz sorgen wir mit einem Gemeinnützigkeitsregister und
einfach
603 handhabbaren Transparenzpflichten sowie mit Regeln zur Offenlegung der
Spendenstruktur.

604 **Engagement und Ehrenamt als Säule der Gesellschaft**

605 Engagement und Ehrenamt stützen unsere Gesellschaft auf vielfältige Weise. Die
606 Aufgabe des
607 Staates ist es, Engagement und Ehrenamt zu ermöglichen, zu fördern und zu stärken.
Dazu

608 gehören zunehmend auch digitale Formen des Ehrenamtes, denn sie ermöglichen
Vernetzung bei
609 weiten Entfernungen oder wenn dem physischen Engagement anderes im Wege steht.
Dafür wollen
610 wir die bürokratischen Hürden für Engagement ab- und Bildungsangebote für
Engagierte
611 ausbauen sowie die Förderpolitik neu aufstellen. Die Deutsche Stiftung für
Engagement und
612 Ehrenamt wollen wir zu einer echten Förderstiftung weiterentwickeln, die lokal und
dezentral
613 Organisationen unterstützt. Zusammen mit Ländern und Kommunen wollen wir eine
614 Engagementkarte einführen, um den Besuch von Schwimmbädern und
Kultureinrichtungen oder die
615 Nutzung von ÖPNV zu vergünstigen. Die Übungsleiter- und Ehrenamtspauschale wollen
wir
616 sukzessive angleichen.

617 **Freiwilligendienste ausbauen und für alle ermöglichen**

618 Freiwilligendienste stärken den Zusammenhalt und fördern die aktive Teilhabe an
unserer
619 Gesellschaft. Jeder Mensch, der das möchte, soll garantiert einen Freiwilligendienst in
620 Deutschland oder Europa machen können. Wir wollen die Jugendfreiwilligendienste
(wie das
621 Freiwillige Soziale Jahr und das Freiwillige Ökologische Jahr) und den
622 Bundesfreiwilligendienst auf 200.000 Plätze jährlich verdoppeln. Die
Freiwilligendienste
623 sollen besser ausfinanziert werden, damit sich junge Menschen unabhängig vom
Einkommen ihrer
624 Eltern engagieren können. Dafür wollen wir die Taschengeldsätze auf ein einheitliches
Niveau
625 anheben und kostenlose ÖPNV-Tickets ermöglichen. Die Rahmenbedingungen sollen
inklusiver
626 werden, damit jede*r, egal ob jung oder alt, ob zu Beginn, in einer Orientierungsphase
oder
627 nach Beendigung des Berufslebens, einen passenden Freiwilligendienstplatz für sich
findet.

628 **Wir gestalten die vielfältige Einwanderungsgesellschaft**

629 **Einbürgerung erleichtern**

630 Die Staatsangehörigkeit stellt ein dauerhaftes Band rechtlicher Gleichheit, Teilhabe
und
631 Zugehörigkeit sicher. Wer in Deutschland geboren wird, soll die deutsche
Staatsbürgerschaft
632 erhalten, wenn ein Elternteil rechtmäßig seinen gewöhnlichen Aufenthalt in
Deutschland hat.
633 Die Staatsangehörigkeit darf, auch als Lehre aus dem nationalsozialistischen Unrecht,
nicht
634 entzogen werden. Für Menschen, die hier jahrelang leben und Teil dieser Gesellschaft
635 geworden sind, sollen Einbürgerungen früher möglich werden. Nach fünf Jahren

Aufenthalt in

636 Deutschland sollen alle einen Antrag auf Einbürgerung stellen können, auch für
anerkannte
637 Geflüchtete gilt ein beschleunigtes und vereinfachtes Einbürgerungsverfahren. Den
638 Optionszwang im Staatsangehörigkeitsrecht wollen wir abschaffen und Mehrstaatigkeit
639 anerkennen. Die vorgenommenen Aushöhlungen des Staatsangehörigkeitsrechts
wollen wir
640 zurücknehmen und die Einbürgerungsverfahren entbürokratisieren. Hindernisse bei
der
641 Identitätsklärung, die nicht in der Hand der Einzubürgernden liegen, dürfen ihnen nicht
642 angelastet werden. Für binationale Familien und Paare, egal ob mit oder ohne
Trauschein,
643 wollen wir die Einreise unbürokratisch und fair gestalten. Um sich in Deutschland ein
Leben
644 aufzubauen, braucht es langfristige Perspektiven.

645 **Ein modernes Einwanderungsgesetz für eine vielfältige**
646 **Einwanderungsgesellschaft**

647 Deutschland ist ein Einwanderungsland, doch bis heute fehlen eine aktive
648 Einwanderungspolitik und ein Einwanderungsrecht, das Einwanderung tatsächlich
fördert und
649 nicht komplizierter macht. Wir wollen ein modernes Einwanderungsgesetz
beschließen, das neue
650 Zugangswege für Bildungs- und Arbeitsmigration schafft – auch für Menschen, die ihre
Talente
651 und Fähigkeiten nicht durch formale oder anerkannte Bildungsabschlüsse nachweisen
können –,
652 das transparente, unbürokratische und faire Verfahren bietet, das globale und
regionale
653 Notwendigkeiten berücksichtigt . Dafür soll auf Basis des jährlichen
Arbeitskräftebedarfs
654 eine punktebasierte Talentkarte eingeführt werden. Wir erleichtern die
Bildungsmigration
655 über Stipendien und Ausbildungsvisa, genauso wie die Voraussetzungen für eine
unbefristete
656 Aufenthaltserlaubnis und die Anerkennung von im Ausland erworbenen
Berufsqualifikationen.
657 Außerdem beenden wir den automatischen Verlust der Aufenthaltserlaubnis nach
einem
658 sechsmonatigen Aufenthalt im Ausland. Für Menschen, die sich ohne sicheren
Aufenthaltstitel
659 in Deutschland befinden, jedoch in den Arbeitsmarkt integriert sind oder deren
660 Qualifizierung in den Arbeitskräftebedarf passt, soll es die Möglichkeit zum echten
661 Spurwechsel geben. Gut funktionierende Konzepte der Arbeitsmigration, wie die
662 Westbalkanregelung, bauen wir aus und verstetigen sie.

663 **Integration gelingt nur mittendrin - Sprache, Zugang, Teilhabe von**
664 **Anfang an**

665 Ankommen ist in einer vielfältigen Einwanderungsgesellschaft ein wechselseitiger
666 Prozess mit dem Ziel, gleiche Zugänge und Teilhabechancen in allen Bereichen des Lebens zu
667 schaffen. Er stellt sowohl Anforderungen an die, die zu uns kommen, als auch an alle, die schon
668 länger hier leben, und gelingt nur, wenn alle zusammenkommen und einen gemeinsamen
669 Weg einschlagen. Für das Zusammenleben sind die Werte des Grundgesetzes die Grundlage. Der
670 Zugang zu und die Teilnahme an Sprachkursen ist essentiell, deshalb treten wir dafür ein, dass alle neu
671 ankommenden Migrant*innen und Geflüchteten von Anfang an ein Recht auf einen
672 kostenfreien Zugang zu passgenauen, gut erreichbaren und bundesfinanzierten Sprach- und
673 Integrationskursen haben. Besonders wollen wir die Zugänglichkeit der Kurse für
674 Frauen sicherstellen und auch Angebote für Menschen mit Lernschwierigkeiten aufbauen.
675 Denn derzeit ist das für viele Personen, etwa Familiennachzügler oder EU-Bürger*innen, nur schwer
676 und kostenpflichtig möglich. Zudem wollen wir die nach 2015 ausgebauten Angebote an
677 weiterführenden Sprachkursen aufrechterhalten. Genauso wichtig für eine gelingende
678 Integration sind eine dezentrale Unterbringung und ein selbstbestimmtes Leben in
679 eigenen Wohnungen, ein breites Beratungsangebot gerade auch für Familien sowie der
680 unterschiedslose Zugang zu Gesundheits- und Sozialleistungen sowie zu Kitas, Bildungseinrichtungen,
681 Ausbildung und Arbeit, also die Teilhabe am kulturellen und gesellschaftlichen Leben.
682 So stärkt gezielte Unterstützung den gesamtgesellschaftlichen Zusammenhalt. Wir wollen
683 auf europäischer Ebene einen kommunalen Integrationsfonds auflegen, um EU-weit das
684 Ankommen in den Kommunen direkt zu unterstützen. Damit sollen unter anderem
685 Migrationsberatungsstellen gestärkt und aufgebaut, Dolmetschleistungen im Gemeinwesen finanziert,
686 zivilgesellschaftliche Unterstützungsstrukturen gefördert und strukturelle Entlastungen
687 der Kommunen, die sich zur Aufnahme von Geflüchteten bereit erklären, in der EU
688 gesichert werden. Betriebe, die Geflüchteten eine Chance auf Ausbildung oder Beschäftigung
689 geben, brauchen entsprechende Unterstützung und Förderung. Für anerkannte Flüchtlinge
690 wollen wir die Hürden für die Freizügigkeit innerhalb der Europäischen Union absenken.

691 **Asylverfahren fair und transparent**

692 Wir wollen, dass Asylverfahren in Deutschland rechtssicher, fair und transparent
693 gestaltet sind und eine Entscheidung in angemessener Zeit erfolgt. Dafür muss die
694 Identifizierung

694 besonderer Schutzbedarfe vor der Anhörung erfolgen. Insbesondere die
Berücksichtigung
695 erlittener geschlechtsspezifischer Verfolgung und die dazugehörige Beratung im
Asylverfahren
696 sind zu gewährleisten. Wir wollen dafür sorgen, dass es zügig zu einer Entscheidung
über den
697 Aufenthaltstitel kommt, damit Menschen früh verbindliche Gewissheit haben. Dazu
gehören eine
698 ausreichende personelle Ausstattung des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge
(BAMF)
699 sowie ein funktionierendes Qualitätsmanagement. Eine nichtstaatliche unabhängige
700 Asylverfahrensberatung für alle Asylsuchenden, von der Ankunft bis zum Abschluss
des
701 Asylverfahrens, wollen wir sicherstellen und die auf mögliche 18 Monate verlängerte
702 Verweildauer von Geflüchteten in den Erstaufnahmeeinrichtungen rückgängig machen
auf maximal
703 drei
704 Monate. AnKER-Zentren in ihrer jetzigen Form lehnen wir ab. Danach sollte das
dezentrale
705 Wohnen immer Vorrang haben. Wir wollen das Recht von Kindern, unabhängig von der
706 Bleibeperspektive, auf Zugang zu Kitas, Schulen und anderen Bildungsangeboten
garantieren.
707 Wir beenden die flächendeckenden und anlasslosen Widerrufsprüfungen durch das
BAMF und
708 optimieren das Asylprozessrecht. Anträgen auf Familienzusammenführung im Rahmen
der Dublin-
709 Verordnung ist schnell zuzustimmen. Wir wollen das Asylbewerberleistungsgesetz
abschaffen –
710 und damit eine verfassungsrechtlich nicht gerechtfertigte Ungleichbehandlung von
711 Geflüchteten, die ein echtes Ankommen und Teilhabe erschwert. Integrationsfeindliche

712 gesetzliche Regelungen wie Arbeitsverbot und pauschale Wohnsitzauflage sowie
713 Leistungskürzungen wollen wir abschaffen. Die in den vergangenen Jahren
vorgenommenen
714 Aushöhlungen des Aufenthalts- und Asylrechts wollen wir zurücknehmen. Wir wollen
715 insbesondere den Schutz von Geflüchteten, die Menschenrechtsverletzungen erlebt
haben oder
716 schwer erkrankt sind, garantieren. Die Ausrufung „sicherer“ Herkunfts- oder
Drittstaaten
717 lehnen wir ab – auch auf europäischer Ebene. Flughafenverfahren sowie sofortige
718 Zurückweisung an den deutschen Binnengrenzen wollen wir abschaffen. Ein
pandemiebedingter
719 Verlust von Arbeits-, Ausbildungs- oder Studienplätzen darf nicht zu
aufenthaltsrechtlichen
720 Nachteilen führen.

721 **Raus aus der Duldung**

722 Mehr als 200.000 Menschen – darunter viele Kinder und Jugendliche – leben über viele
Jahre
723 in einem Zustand der Perspektivlosigkeit und Rechtsunsicherheit in Deutschland, weil
sie nur

724 geduldet sind. Das ist weder für die Betroffenen noch für das gesellschaftliche
725 Zusammenleben gut. Rechtliche Unsicherheit und fehlende Teilhabechancen
erschweren es
726 massiv, anzukommen und in Deutschland ein Zuhause zu finden. Wir wollen die Anzahl
der
727 Menschen, die sich von Duldung zu Duldung hangeln müssen, deshalb möglichst auf
null
728 reduzieren. Für diese Menschen braucht es nach fünf Jahren Aufenthalt ein sicheres
729 Bleiberecht. Heranwachsende, Jugendliche und Familien mit minderjährigen Kindern
sollen nach
730 drei Jahren einen Aufenthaltstitel bekommen. In Fällen, in denen Menschen trotz
731 nachgewiesener ernsthafter Bemühungen keinen Nationalpass erhalten können,
wollen wir einen
732 Passersatzausweis ausstellen, wenn die Betroffenen in Deutschland geboren sind und
ihre
733 Identität geklärt ist. Durch die Umwandlung der Ausbildungs- und
Beschäftigungsduldung in
734 Aufenthaltsrechte verschaffen wir den Menschen einen verlässlichen Zugang zu
Ausbildung und
735 Arbeitsmarkt und sorgen für Planungssicherheit in den Betrieben. Opfer von
Menschenhandel
736 sollen ein sicheres Bleiberecht bekommen. Menschen, die nach sorgfältiger Prüfung
der asyl-
737 und aufenthaltsrechtlichen Voraussetzungen sowie nach Ausschöpfung aller
738 Rechtsschutzmöglichkeiten kein Aufenthaltsrecht erhalten und bei denen keine
739 Abschiebehindernisse entgegenstehen, müssen zügig wieder ausreisen. Wir wollen
dies durch
740 umfassende und unabhängige Beratung und Unterstützung begleiten. Jede
Abschiebung ist mit
741 großen menschlichen Härten verbunden. Abschiebungen, zum Beispiel über
742 Rückübernahmeabkommen, sind das letzte Mittel, wenn die Rückkehr verweigert wird,
743 freiwillige Ausreisen haben immer Vorrang. Haft ohne Verbrechen zur Durchsetzung
der
744 Ausreise ist ein massiver Eingriff in das verfassungsrechtlich garantierte Freiheitsrecht.

745 Die Berücksichtigung des Trennungsgebots und die Gewährung von Rechtsbeistand ist
daher
746 sicherzustellen. Abschiebungen in Kriegs- und Krisenländer werden wir beenden, den
747 Abschiebestopp nach Syrien und Afghanistan bundesweit wieder einsetzen. Wir treten
dafür
748 ein, dass es keine Zusammenarbeit mit syrischen Behörden für Abschiebungen geben
und die
749 Abschiebepartnerschaft mit Afghanistan beendet wird. Die Ausweisung sicherer
Gebiete darf
750 keine Grundlage für Rückführungen in unsichere Länder begründen. In Länder, für die
das
751 Auswärtige Amt aufgrund von Covid-19 eine Reisewarnung ausgesprochen hat, darf
nicht
752 abgeschoben werden.

753 **Wir rücken Feminismus, Queerpolitik und**
754 **Geschlechtergerechtigkeit in**
754 **den Fokus**

755 **Gleichberechtigung in allen Lebensbereichen**

756 Feminismus nimmt alle in den Blick und schafft Selbstbestimmung, Teilhabe und
Gerechtigkeit.
757 Ziel ist eine Gesellschaft, in der alle unabhängig vom Geschlecht selbstbestimmt leben
und
758 auch Frauen überall gleichberechtigt mitgestalten können – von der Arbeitswelt bis in
die
759 Parlamente. Das ist eine Aufgabe für alle Geschlechter. Dafür braucht es auch Männer,
die
760 für eine Gesellschaft eintreten, in der Macht, Möglichkeiten und Verantwortung
gerecht
761 geteilt werden und Sexismus entschieden bekämpft wird. Geschlechtergerechtigkeit ist
eine
762 Querschnittsaufgabe, die wir intersektional denken. Mit einem Gender-Check wollen
wir
763 prüfen, ob eine Maßnahme oder ein Gesetz die Gleichberechtigung der Geschlechter
764 voranbringt, und dort, wo es ihr entgegensteht, dementsprechend eingreifen. Die
Vergabe
765 öffentlicher Aufträge soll auch Kriterien der Geschlechtergerechtigkeit berücksichtigen.
Die
766 neu geschaffene Bundesstiftung Gleichstellung werden wir zu einer effektiven,
verlässlich
767 finanzierten und unabhängigen Institution ausbauen, die gesichertes Wissen zu den
768 Lebenslagen aller Geschlechter bereitstellt und wirksame Maßnahmen für
Gleichberechtigung
769 entwickelt, bündelt und für Wirtschaft, Politik und Öffentlichkeit zugänglich macht.
Hierfür
770 leisten die Sozialwissenschaften und die Genderstudies einen unverzichtbaren Beitrag.
Wir
771 brauchen eine verbindliche Gleichberechtigungsstrategie, die alle Lebens- und
772 Politikbereiche umfasst, ressortübergreifend arbeitet und die Erkenntnisse in
umsetzbare
773 Ziele übersetzt. Es wird Zeit für eine feministische Regierung, in der Menschen aller
774 Geschlechter gleichermaßen für Geschlechtergerechtigkeit eintreten.

775 **Geschlechtsspezifische Gewalt bekämpfen**

776 Schutz vor geschlechtsspezifischer Gewalt, die vor allem Frauen betrifft, ist eine
777 gesellschaftliche Gemeinschaftsaufgabe. Gewalt im häuslichen und persönlichen
Nahbereich ist
778 ein strukturelles Problem, das sowohl in der medialen Darstellung als auch in der
779 Rechtsprechung oft verharmlost wird. Wir brauchen daher mehr Aufklärungsarbeit und
780 spezifische Gewaltpräventionsprogramme. Mit der Istanbul-Konvention haben wir ein
Instrument
781 an der Hand, das die notwendigen Maßnahmen beschreibt. Dazu gehört auch eine
Erweiterung der

782 Kriminalstatistik, damit das Ausmaß von in Deutschland verübten Femiziden und
783 anderen
784 Straftaten, die aus Frauenhass begangen werden, differenziert erfasst wird und diese
Taten
785 systematisch als Hasskriminalität eingestuft werden. Zur Verbesserung des Schutzes
vor
786 geschlechterspezifischer Gewalt muss das Gewaltschutzgesetz evaluiert und novelliert
werden.
787 Gewaltbetroffene Frauen, deren Aufenthaltsstatus von dem Aufenthaltsstatus ihres
Ehemanns
788 oder Partners abhängt, sollen einen eigenständigen Aufenthaltstitel erhalten können.
Polizei
789 und Justiz müssen im Umgang mit Betroffenen sexualisierter Gewalt umfassend
geschult und
790 sensibilisiert sein. Verbale sexuelle Belästigung im öffentlichen Raum wollen wir nicht
hinnehmen und werden auch geeignete Ordnungsmaßnahmen dagegen prüfen. Opfer
von
791 Vergewaltigungen brauchen eine flächendeckende qualifizierte Notfallversorgung
792 einschließlich anonymer Spurensicherung und der Pille danach. Angebote für
psychosoziale
793 Prozessbegleitung sollen gestärkt werden. Wir werden Monitoringstelle einrichten und
die
794 getroffenen Maßnahmen regelmäßig auf ihre Wirksamkeit prüfen. Unser Ziel ist eine
795 Gesellschaft, in der alle Menschen ohne Angst verschieden sein können.

796 **Frauenhäuser absichern**

797 Jeder Mensch hat das Recht auf körperliche Unversehrtheit. Es ist die Pflicht des
Staates,
798 Frauen vor geschlechtsspezifischer Gewalt zu schützen. Frauenhäusern kommt hierbei
eine
799 Schlüsselrolle zu. Deshalb müssen deutlich mehr Frauenhausplätze geschaffen
werden, auch im
800 ländlichen Raum. Denn jede von Gewalt betroffene Frau, ob mit oder ohne Kinder,
braucht eine
801 Anlaufstelle und Schutz - unabhängig von ihrem aufenthaltsrechtlichen Status, ihrer
802 Wohnsituation oder davon, ob sie eine Beeinträchtigung hat. Mit einem gesetzlichen
803 Rechtsanspruch auf Schutz vor geschlechtsspezifischer Gewalt sichern wir über eine
804 Geldleistung des Bundes Betroffene unabhängig von ihrem Einkommen ab und
verbessern den
805 Zugang zu Schutzeinrichtungen und deren Angeboten für alle Frauen. Länder und
Kommunen
806 müssen weiterhin ihrerseits ihrer Finanzierungsverantwortung nachkommen. Für die
807 Aufenthaltszeit in einem Frauenhaus sollen Betroffene, die Sozialleistungen erhalten,
nicht
808 schlechtergestellt werden. Wir brauchen Frauenhäuser, in denen Kinder, auch wenn
sie älter
809 sind, mit aufgenommen werden können. Auch Männer, die Opfer von
Partnerschaftsgewalt
810 geworden sind, brauchen Unterstützung und Zufluchtsräume. Dieses Angebot wollen
wir
811 ausbauen. Zudem müssen intersektionale Schutzkonzepte und Zufluchtsräume,

insbesondere auch
812 für queere, nichtbinäre Menschen, entwickelt und bereitgestellt werden. Wir fördern
die
813 Barrierefreiheit von Frauenhäusern und Beratungseinrichtungen, damit auch für von
Gewalt
814 betroffene Frauen mit Behinderungen Schutzmöglichkeiten zur Verfügung stehen.

815 **Vor Zwang und Ausbeutung schützen, Selbstbestimmung ermöglichen**

816 Menschenhandel zum Zweck der sexuellen Ausbeutung ist ein abscheuliches
Verbrechen, das wir
817 mit den Mitteln des Strafrechts, aber auch präventiv durch ein gemeinsames
europäisches
818 Vorgehen, Information sowie Schutz und Hilfe für die Opfer konsequent bekämpfen
werden. Dazu
819 wollen wir auch einen nationalen Aktionsplan gegen Menschenhandel auflegen. Opfer
von
820 Menschenhandel einfach abzuschieben, ist falsch. Stattdessen würden ihre Anzeige-
und
821 Aussagebereitschaft durch ein dauerhaftes Bleiberecht erhöht und die Strafverfolgung
der
822 Täter*innen würde erleichtert. Zwangsverheiratungen sind
Menschenrechtsverletzungen. Alle
823 Menschen, die davon bedroht sind, brauchen Hilfe und Schutz und gute Beratung
durch
824 verlässlich finanzierte Beratungsstellen. Weibliche Genitalverstümmelung ist eine
massive
825 Verletzung der körperlichen Integrität. Es ist entscheidend, dass wir den Betroffenen
helfen
826 und sie schützen, auch durch internationale Aufklärungs- und Hilfekampagnen. Doch
auch in
827 Deutschland brauchen wir eine Strategie dagegen. Zivilgesellschaftliche
Organisationen, die
828 sich in diesem Bereich engagieren, wollen wir besser unterstützen, die
Kontaktpersonen der
829 Mädchen sowie pädagogisches Personal und Jugendämter sollen geschult und
sensibilisiert
830 werden. Menschen, die in der Prostitution arbeiten, brauchen Rechte und Schutz –
auch vor
831 Stigmatisierung und Kriminalisierung. Das Prostituiertenschutzgesetz werden wir
832 dementsprechend evaluieren und überarbeiten mit dem Ziel, die Arbeitsbedingungen
in der
833 legalen Prostitution zu verbessern. Damit sie ihrer Arbeit sicher nachgehen können,
müssen
834 auch die Prostitutionsstätten strenger kontrolliert werden. Freiwillige, niedrigschwellige
835 und mehrsprachige Beratungsangebote werden wir ausbauen und finanziell
unterstützen.
836 Menschen, die aus der Prostitution aussteigen wollen, unterstützen wir durch
individuelle
837 Hilfen und Beratung bei der Umorientierung. Dies kann gelingen durch Weiterbildung,

838 finanzielle Unterstützung und Hilfe bei der Vermittlung in Erwerbsarbeit außerhalb der
839 Prostitution.

840 **Selbstbestimmung durch Gesundheitsversorgung**

841 Alle Menschen müssen selbst über ihren Körper und ihr Leben entscheiden können.
842 Eine gute Gesundheitsversorgung inklusive eines gesicherten Zugangs und umfassender
843 Informationen zum Schwangerschaftsabbruch ist dafür notwendig. Die Entscheidung, ob eine Frau eine
844 Schwangerschaft abbricht oder nicht, ist allein ihre. In dieser Zeit sind gute Beratungs-
845 und Versorgungsstrukturen notwendig. Wir streiten für eine ausreichende und
846 wohnortnahe Versorgung mit Ärzt*innen, Praxen und Kliniken, die Schwangerschaftsabbrüche
847 vornehmen. Das Thema muss in die Ausbildung von Ärzt*innen nach international anerkannten
848 Standards integriert werden. Neben der professionellen medizinischen Versorgung sind gute
849 Beratungsangebote wichtig. Deshalb werden wir das breite Angebot an Familienplanungs- und
850 Beratungsstellen absichern und die freiwilligen Beratungsangebote ausbauen. Um die
851 Versorgung dauerhaft zu gewährleisten, braucht es eine Entstigmatisierung und
852 Entkriminalisierung von selbstbestimmten Abbrüchen sowie eine generelle
853 Kostenübernahme. Das ist nur möglich, wenn der selbstbestimmte Schwangerschaftsabbruch nicht mehr im
854 Strafgesetzbuch (§ 218 und § 219), sondern außerhalb geregelt wird. Schwangere, die eine
855 Beratung aufsuchen, sowie die Beratungsstellen und Ärzt*innen müssen mit einem
856 bundeseinheitlich verankerten Schutz vor Anfeindungen und Gehsteigbelästigungen
857 geschützt werden. Bei einer ungewollten Schwangerschaft muss der bestmögliche Zugang zu
858 Informationen gewährleistet werden. Um Ärzt*innen vor drohenden Anzeigen zu schützen, gilt es
859 insbesondere den § 219 a schnellstmöglich aus dem Strafgesetzbuch zu streichen. In einem ersten
860 Schritt müssen die Kosten für ärztlich verordnete Mittel zur Empfängnisverhütung für
861 Empfänger*innen von staatlichen Transferleistungen und Geringverdiener*innen unbürokratisch
862 übernommen werden. Perspektivisch soll der kostenfreie und leichte Zugang zu Verhütungsmitteln
863 für alle gelten. Am einfachsten wäre es, diesen Zugang über die Krankenkassen zu regeln.

864 **Queerfeindlichkeit bekämpfen**

865 Lesbische, schwule, bisexuelle, trans*, inter* und queere Menschen sollen
866 selbstbestimmt und diskriminierungsfrei ihr Leben leben können. Dafür und gegen gesetzliche
867 Diskriminierungen sowie Benachteiligungen und Anfeindungen im Alltag werden wir ein starkes Signal
setzen und

868 den Schutz von Menschen aufgrund ihrer sexuellen und geschlechtlichen Identität
869 durch die
870 Ergänzung des Artikels 3 Absatz 3 des Grundgesetzes sicherstellen. Wir werden
871 gemeinsam mit
872 den Organisationen der Community einen bundesweiten ressortübergreifenden
873 Aktionsplan
874 „Vielfalt leben!“ für die Akzeptanz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt vorlegen – mit
875 dem Ziel, LSBTIQ* gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu
876 garantieren, um
877 die Akzeptanz von Vielfalt zu fördern. Dazu gehören auch Maßnahmen zur LSBTIQ*-
878 inklusiven
879 Gesellschaftspolitik sowie die institutionelle Förderung und Projektförderung der
880 LSBTIQ*-
881 Verbände, -Organisationen und -Stiftungen. Das diskriminierende Blutspendeverbot für
882 schwule und bisexuelle Männer sowie transgeschlechtliche Personen wollen wir
883 aufheben.
884 LSBTIQ* sind besonders oft von sexualisierter Gewalt betroffen. Gegen LSBTIQ*
885 gerichtete
886 Hasskriminalität werden wir entschieden bekämpfen. Um queere Jugendliche
887 insbesondere auch
888 im ländlichen Raum zu schützen und zu stärken, wollen wir mit einer bundesweiten
889 Aufklärungskampagne für junge Menschen über die Vielfalt sexueller Orientierungen
890 und
891 geschlechtlicher Identitäten informieren und bezüglich Homo-, Bi-, Trans*- und
892 Queerfeindlichkeit sensibilisieren. Wir werden uns gemeinsam mit den Ländern dafür
893 einsetzen, dass sich geschlechtliche und sexuelle Vielfalt und Diversität in den Lehr-
894 und
895 Bildungsplänen wiederfinden und diese konsequent umgesetzt werden.
896 Queerfeindliche
897 Straftaten sollen statistisch gesondert erfasst werden.

898 **Selbstbestimmung garantieren, Transsexuellengesetz aufheben**

899 Mit einem Selbstbestimmungsgesetz werden wir dafür sorgen, dass das überholte
900 Transsexuellengesetz endlich aufgehoben wird. Eine Änderung des
901 Geschlechtseintrags und des
902 Namens auf Antrag der betroffenen Person werden wir ermöglichen, ohne dass dafür
903 psychologische Zwangsgutachten notwendig sind. Das Offenbarungsverbot werden wir
904 konkretisieren und vorsätzliche Verstöße dagegen sanktionieren. Wir schreiben fest,
905 dass
906 alle nicht notwendigen Operationen und Behandlungen an intergeschlechtlichen
907 Kindern
908 verboten werden und Lücken in den entsprechenden Gesetzen geschlossen werden.
909 Operationen,
910 die als medizinisch notwendig durchgeführt wurden, sollen, unter Berücksichtigung
911 eines
912 strengen Datenschutzes, zentral erfasst werden, um eine bessere Nachvollziehbarkeit
913 für
914 Betroffene und eine bessere Datengrundlage zu erreichen. Bei Gesundheitsleistungen

sowie
897 körperangleichenden Operationen und Hormontherapien muss das
Selbstbestimmungsrecht
898 gesichert sein. Den Anspruch auf medizinische körperangleichende Maßnahmen
wollen wir
899 gesetzlich verankern und dafür sorgen, dass die Kostenübernahme durch das
Gesundheitssystem
900 gewährleistet wird. Wir werden einen Entschädigungsfonds für die Opfer aus dem Kreis
der
901 trans*- und inter*geschlechtlichen Personen, deren körperliche Unversehrtheit verletzt
wurde
902 oder deren Ehen zwangsgeschieden wurden, einrichten.

903 **Wir stärken Sicherheit und Bürger*innenrechte**

904 **Sicherheit für alle und eine gut ausgestattete und bürger*innennahe** 905 **Polizei**

906 Deutschland ist grundsätzlich ein sicheres Land. Das liegt auch an der guten Arbeit der
907 Polizei. Wir wollen, dass das so bleibt. Diebstahl, Einbrüche, Gewalttaten,
Hassverbrechen
908 oder organisierte Kriminalität belasten Opfer und ihre Angehörigen dennoch schwer.
Für ihre
909 Aufgaben wie Prävention, Aufklärung und Strafverfolgung und den Schutz der
Grundrechte
910 wollen wir die Polizei stärken, in der Stadt und auf dem Land, analog und digital. Den
911 früheren Personalabbau bei Bundespolizei und Bundeskriminalamt wollen wir durch
eine
912 Offensive bei der Besetzung offener Stellen beheben und gleichzeitig spezialisierte
913 Ausbildungen und Studiengänge ermöglichen. Wir wollen, dass die Polizei die
Diversität der
914 Bevölkerung widerspiegelt. Die Polizist*innen verdienen unsere Wertschätzung,
genauso wie
915 gute Arbeitsverhältnisse und leistungsfähige Strukturen innerhalb der Behörden.
Sichere und
916 leistungsfähige Datenverarbeitung, kombiniert mit mobiler IT und klar geregelten
917 Kompetenzen, ist dabei eine Grundvoraussetzung moderner Polizeiarbeit. Gutes
polizeiliches
918 Handeln kann jedoch kein Ersatz für gesellschaftliche Problemlösung sein. Deswegen
werden
919 wir die Zusammenarbeit mit zivilen Trägern und externen Expert*innen unterstützen
und weiter
920 ausbauen.

921 **Die besondere Verantwortung der Polizei**

922 Wir wollen eine Gesellschaft, in der alle frei und sicher leben können. Sicherheit muss
923 überall gleichermaßen garantiert sein. Freiheits- und Bürger*innenrechte behandeln
wir nicht
924 als Streichposten der Innenpolitik, sondern als ihre zentralen Schutzgüter. Sicherheit
darf

925 keine Frage der sozialen Schicht, der Herkunft, des Geschlechts, der sexuellen
Identität,
926 des Aussehens oder des Wohnorts sein. Damit die Polizei ihren komplexen Aufgaben
nachkommen
927 kann, muss sie auf das Vertrauen der gesamten Bevölkerung bauen können. Als
ausführendes
928 Organ des staatlichen Gewaltmonopols hat die Polizei zudem eine besondere
Verantwortung. Dem
929 entspricht die Einführung einer individuellen, aber anonymisierten Kennzeichnung für die
die
930 Bundespolizei sowie der Stelle einer/eines unabhängigen Bundespolizeibeauftragten
mit
931 umfassenden Kompetenzen, an die/den sich im Falle von auftretenden Problemen oder
erkannten
932 Missständen sowohl Polizist*innen wie auch Bürger*innen wenden können. Straftaten
im Amt und
933 Todesfälle in Polizeigewahrsam müssen ohne Wenn und Aber aufgeklärt werden. Wir
werden die
934 Kontrollbefugnisse der Bundespolizei so ausgestalten, dass sie nicht mehr zu Racial
935 Profiling führen, und die Einführung sogenannter Ticketsysteme erproben, um Gründe
für
936 polizeiliche Kontrollen für die Betroffenen transparent zu machen. Polizist*innen sollten

937 sich auch nach der Ausbildung verpflichtend fortbilden können und müssen. Wichtige
938 Fortbildungsbereiche sind beispielsweise der Umgang mit Menschen mit psychischen
939 Erkrankungen sowie Antidiskriminierung und die Gefahr von Racial Profiling.
Besondere
940 Belastungen im Dienst sollen regelmäßig, beispielsweise im Rahmen von Supervision,
941 nachbereitet werden. Eine bundesweite, externe Fachstelle zur Seelsorge und
ethischer
942 Bildung ist einzurichten. Das bereits bestehende ZeBuS (Zentrum für ethische Bildung
und
943 Seelsorge in der Polizei NRW) kann hierbei als Vorbild dienen. Längst überfällig sind
944 unabhängige wissenschaftliche Studien zu Rechtsextremismus, Antisemitismus und
Rassismus in
945 den Sicherheits- und Strafverfolgungsbehörden. Wir wollen Polizeiforschung besser
946 ermöglichen und die Polizei dafür stärker öffnen. Rationale Sicherheitspolitik setzt eine

947 solide Faktenlage und klare Zuständigkeiten voraus. Deshalb werden wir unter
anderem den
948 Periodischen Sicherheitsbericht wieder einführen, dessen Aussagekraft sich in der
949 Vergangenheit bewährt hat.

950 **Europäisches Kriminalamt schaffen, organisierte Kriminalität**
951 **verfolgen**

952 Zahlreiche Straftaten finden grenzüberschreitend statt, insbesondere die organisierte
953 Kriminalität und islamistische oder rechtsextreme Terrornetzwerke machen nicht an
954 Landesgrenzen halt. Zum Schutz der Bürger*innen und zur Verteidigung unserer
Freiheit
955 brauchen wir eine stärkere grenzüberschreitende Zusammenarbeit von Polizei und
Justiz: durch

956 gemeinsame europäische Polizeiteams, durch die Aufwertung von Europol zu einem
Europäischen
957 Kriminalamt sowie durch eine engere justizielle Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten,
auch mit
958 Hilfe von Eurojust und bei der Bekämpfung von Betrug zu Lasten der EU-Finanzen mit
dem EU-
959 Betrugsbekämpfungsamt OLAF und der Europäischen Staatsanwaltschaft unter
Nutzung modernster
960 Analysemethoden. Wegen der zunehmenden Vernetzung von europäischen
Datenbanken sind hohe
961 Datenschutzstandards und eine Verbesserung des grenzüberschreitenden
Rechtsschutzes
962 unabdingbar. Diese Zusammenarbeit braucht eine unabhängige Justiz und faire
Strafverfahren
963 in allen EU-Mitgliedstaaten.

964 **Verfassungsschutz neu ordnen**

965 Der Verfassungsschutz hat in der Vergangenheit viel Vertrauen verspielt, vor allem im
966 Hinblick auf den NSU-Komplex. Hier sind Veränderungen, insbesondere durch einen
personellen
967 Neuanfang, zu beobachten, dennoch muss ein struktureller Neustart folgen, mit dem
die
968 Analysefähigkeit des Verfassungsschutzes verbessert wird. Der in Wissenschaft und
969 Zivilgesellschaft schon heute vorhandene Sachverstand über verfassungsfeindliche
970 Bestrebungen muss systematischer genutzt werden. Diese Expertise soll einbezogen
und durch
971 ein Demokratiefördergesetz flächendeckend gestärkt und dauerhaft gefördert werden.
Wir
972 wollen den Verfassungsschutz strukturell neu aufstellen: zum einen mit einem
unabhängigen,
973 wissenschaftlich aus öffentlichen Quellen arbeitenden Institut zum Schutz der
Verfassung.
974 Zum anderen mit einem verkleinerten Bundesamt für Gefahrenerkennung und
Spionageabwehr, das
975 mit rechtsstaatskonformen nachrichtendienstlichen Mitteln klar abgegrenzt von
polizeilichen
976 Aufgaben arbeitet. Hier braucht es auch eine engere und effektivere parlamentarische
977 Kontrolle. Um Vertrauen zurückzugewinnen, werden wir die Kontrolle der Arbeit der
978 Nachrichtendienste stärken und den Einsatz von menschlichen Quellen gesetzlich
regeln.

979 **Rechtsextremismus bekämpfen, Netzwerke zerschlagen**

980 Es gibt mehr als 32.000 Rechtsextremist*innen in Deutschland, die sich trotz des
ausgrenzend
981 völkischen Ansatzes auch transnational immer stärker vernetzen. Die Bekämpfung
982 rechtsextremistischer Strukturen – auch innerhalb der Sicherheitsbehörden – muss
Priorität
983 für alle Sicherheitsorgane haben. Dazu braucht es ein Bündel aus Prävention, Schutz-
und
984 Sanktionsmaßnahmen. Durch eine bundesweit vernetzte Präventionsstrategie wollen
wir die

985 Präventionsarbeit massiv ausbauen und dabei auch die antifeministische und
nationalistisch-
986 völkische Dimension des Rechtsextremismus in den Blick nehmen. Zu Letzterer gehört
zum
987 Beispiel die rechtsextreme und gewaltbereite „Ülkücü-Bewegung“, umgangssprachlich
„Graue
988 Wölfe“ genannt, die wir mit allen politisch und rechtlich zur Verfügung stehenden
Mitteln
989 zurückdrängen wollen. Zivilgesellschaftliche Gruppen leisten eine wichtige Arbeit zur
990 Aufklärung und Zurückdrängung rechtsextremer Strukturen. Sie sollen strukturell und
991 langfristig durch ein Demokratiefördergesetz gefördert werden. Wir werden
unabhängige
992 wissenschaftliche Studien zu
993 Rassismus und Rechtsextremismus in den verschiedenen Sicherheitsbehörden
initiieren,
994 Hassgewalt erfassen und konsequent verfolgen. Rechtsextreme müssen konsequenter
und zügiger
995 als bisher aus Sicherheitsbehörden entfernt werden. Hierfür wollen wir die rechtlichen
996 Voraussetzungen schaffen. Die Mordserie des rechtsterroristischen NSU sowie andere
997 rassistische und rechtsextremistische Terrorakte in Deutschland – zum Beispiel die
Morde in
998 Hanau – sind nach wie vor nicht vollständig aufgearbeitet. Deshalb richten wir nach
dem
999 Vorbild der Stasi-Unterlagen-Behörde ein Archiv über rechten Terror ein, in dem auch
die
1000 Dokumente und Ergebnisse der 13 parlamentarischen Untersuchungsausschüsse zum
NSU
1001 ausgewertet werden und die langfristig Wissenschaftler*innen, Journalist*innen und
der
1002 Zivilgesellschaft zugänglich sind. Unsere Solidarität gilt allen Opfern und Betroffenen
von
1003 rechtsterroristischen, extrem rechten und rassistischen Angriffen. Wir wollen daher auf
1004 Bundesebene einen Fonds für Opfer und Betroffene, insbesondere rechtsextremer,
rassistischer
1005 oder islamistischer Gewalt, einrichten.

1006 **Vor Terrorismus schützen**

1007 Jede Form politisch motivierter Gewalt gefährdet unseren Rechtsstaat. Insbesondere
durch
1008 Terrorismus von gewaltbereiten Rechtsextremist*innen und Islamist*innen ist die
öffentliche
1009 Sicherheit in Deutschland bedroht. Um die offene Gesellschaft, unsere Demokratie und
die
1010 Menschen zu schützen, müssen wir Terror entschieden bekämpfen – durch effektive
1011 intersektional ausgerichtete Präventionsarbeit, bessere Vernetzung der
Sicherheitsbehörden
1012 und eine konsequente Überwachung von sogenannten Gefährder*innen. Dazu braucht
es eine
1013 europäisch abgestimmte Definition des Gefährderbegriffs mit rechtlich überprüfbaren
Ein- und

1014 Ausstufungskriterien. Gefährder*innen müssen engmaschig überwacht werden. Ziel
ist, dass
1015 gegenüber Gefährder*innen offene Haftbefehle konsequent vollstreckt und laufende
Verfahren
1016 über Ländergrenzen hinweg zusammengezogen werden. Die Kooperation und
Kommunikation zwischen
1017 den Sicherheitsbehörden, auch über Ländergrenzen, muss reformiert werden, wozu die
Schaffung
1018 rechtlicher Grundlagen für die Terrorabwehrzentren GTAZ und GETZ gehört. Jenseits
der
1019 Terrorabwehr lehnen wir Grundrechtseingriffe aufgrund einer Einstufung als
sogenannte*r
1020 Gefährder*in ab. Aussteigerprogramme für Menschen aus der rechtsextremistischen
und
1021 islamistischen Szene werden wir ebenso ausbauen wie Hilfs- und Beratungsangebote
für Opfer
1022 und deren Angehörige. Es braucht ein bundeseinheitliches, professionalisiertes
Präventions-
1023 und Deradikalisierungsnetzwerk – analog zu den zivilgesellschaftlichen Trägern, die
sich
1024 bereits besser als die politischen Ebenen in Bund und Ländern vernetzt haben.
Prävention und
1025 Deradikalisierung in Haftanstalten wollen wir stärken. Um Attentate zu erschweren,
werden
1026 wir illegalen Waffenhandel, auch und gerade auf Online-Marktplätzen, verstärkt
verfolgen.

1027 **Mehr Sicherheit durch weniger Waffen**

1028 In Deutschland gibt es über fünf Millionen legale Waffen. Jedes Jahr sterben Menschen
auch
1029 durch legale Waffen, beim Hantieren mit ihnen oder durch Straftaten. Diese reichen
von
1030 häuslicher Gewalt über Amokläufe bis hin zu extremistischen Attentaten. Solche
Straftaten
1031 werden nicht unbedingt durch die berechtigten Legalwaffenbesitzer*innen begangen,
sondern
1032 auch durch Menschen, die sich rechtswidrig Zugang zu diesen Waffen verschaffen, weil
sie
1033 über entsprechende Zugänge, zum Beispiel im gemeinsamen Haushalt, verfügen. Um
ein valides
1034 Bild über die Dimensionen und Ursachen solcher Straftaten zu erhalten, braucht es
eine
1035 verbesserte kriminalstatistische Erfassung. Es muss dokumentiert werden, ob eine
Straftat
1036 mit einer legalen oder illegalen Schusswaffe begangen wurde, ob es bei der Tat auch
zu einer
1037 Schussabgabe kam und ob die oder der Tatverdächtige berechtigt war, die Waffe zu
besitzen
1038 oder nicht. Jeder Mensch, der durch eine Waffe stirbt, ist einer zu viel. Deshalb wollen
wir
1039 die Verfügbarkeit von tödlichen Schusswaffen – außer für Jäger*innen, die ohne diese

Waffen

1040 ihre Aufgaben nicht erfüllen können – schrittweise beenden. Auch im Bereich des
1041 Schießsports
1042 setzen wir uns im Dialog mit Sportschütz*innen für die Umstellung auf nichttödliche
1043 Schusswaffen ein.

1043

1044 **Bevölkerungsschutz krisenfest machen**

1045 Deutschland verfügt über ein herausragendes Netz von Akteur*innen, die im
1046 Katastrophenfall
1047 handlungsfähig sind. Das Rückgrat hierfür bilden die überwiegend freiwilligen
1048 Mitglieder der
1049 Hilfsorganisationen, Feuerwehren und des Technischen Hilfswerks. Die Klimakrise und
1050 die
1051 Herausforderungen unserer modernen Gesellschaft setzen dieses System unter Druck.
1052 Gerade
1053 länderübergreifende Katastrophen, wie Pandemien, Hochwasserereignisse,
1054 Waldbrände oder
1055 flächendeckende Stromausfälle, haben ein enormes Schadenspotenzial und erfordern
1056 koordiniertes Handeln, wenn einzelne Länder an ihre Grenzen stoßen. Wir wollen, dass
1057 sich
1058 der Bund hier stärker engagiert und das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und
1059 Katastrophenhilfe mehr Kompetenzen bekommt. Das freiwillige und
1060 Spontanhelfer*innen-
1061 Engagement wollen wir weiter stärken und für digitale Bereiche, zum Beispiel über ein
1062 Cyber-
1063 Hilfswerk, fit machen. Außerdem setzen wir uns für eine Stärkung des
1064 gesundheitlichen
1065 Bevölkerungsschutzes ein, um die interdisziplinäre Bekämpfung von zukünftigen
1066 Pandemien
1067 sicherzustellen.

1058 **Schutz für Whistleblower*innen**

1059 Abgasmanipulationen, Missstände in Pflegeeinrichtungen, der Verkauf von Facebook-
1060 Nutzerdaten
1061 – kaum einer der großen Wirtschaftsskandale der vergangenen Jahre wäre ohne die
1062 Hinweise aus
1063 den Unternehmen überhaupt an die Öffentlichkeit gelangt. Missstände in
1064 Unternehmen, Behörden
1065 und anderen Bereichen wie Doping im Sport bis hin zu kriminellen Aktivitäten in
1066 Unternehmen
1067 und Behörden brauchen mutige Menschen, die sie ans Licht bringen. Diese
1068 „Whistleblower*innen“ müssen im Interesse von uns allen besser vor Repressalien aus
1069 dem Aus-
1070 und Inland, gesundheitlichen, finanziellen und sozialen Folgen ihrer Meldung geschützt
1071 werden. Das werden wir mit einem Hinweisgeberschutzgesetz, das die EU-
1072 Whistleblower-
1073 Richtlinie ambitioniert und umfassend auch für das gesamte nationale Recht umsetzt,
1074 erreichen. Darin festgeschrieben sind ein zweistufiges Meldeverfahren sowie ein
1075 Entschädigungsfonds, mit dem das persönliche Risiko minimiert wird. Die Furcht vor
1076 einem

1070 ökonomischen und persönlichen Schaden als Hemmnis für eine Hinweisgabe soll so
abgebaut und
1071 potenzielle Hinweisgeber*innen sollen ermutigt werden. Wir wollen, dass
Whistleblower*innen
1072 wie Edward Snowden, dem wir die Aufdeckung der weltweiten Ausspähung und
Massenüberwachung
1073 durch zahlreiche Nachrichtendienste zu verdanken haben, frei und sicher in einem
1074 demokratischen Land leben können, und ihnen dies auch in Deutschland anbieten.

1075 **Zielgerichtete Abwehr konkreter Gefahren**

1076 Ein funktionierender, demokratischer Rechtsstaat muss Sicherheit gewährleisten und
die ihn
1077 konstituierenden Freiheitsrechte wahren. Wir stehen für eine rationale Sicherheits- und

1078 Kriminalpolitik, die Rechtsgüter vor realen Beeinträchtigungen schützt, konkrete
Gefahren
1079 anlassbezogen und zielgerichtet abwehrt sowie eine verhältnismäßige Strafverfolgung
1080 gewährleistet, statt die Bevölkerung mit pauschaler Massenüberwachung unter
Generalverdacht
1081 zu stellen. Sicherheitsgesetze müssen auf den Prüfstand, zukünftig auf valider Empirie
1082 beruhen und hinsichtlich ihrer Wirksamkeit regelmäßig unabhängig evaluiert werden.
Wir

1083 stellen dazu eine Überwachungsgesamtrechnung auf, die laufend fortgeführt wird. Den
Einsatz

1084 biometrischer Identifizierung im öffentlichen Raum, wie beispielsweise
Gesichtserkennung,

1085 lehnen wir ebenso wie die undifferenzierte Ausweitung der Videoüberwachung, die
anlasslose

1086 Vorratsdatenspeicherung, generelle Hintertüren in digitalen Geräten und
Anwendungen oder das

1087 Infiltrieren von technischen Geräten (Online-Durchsuchung bzw. Quellen-TKÜ) ab.
Zudem soll

1088 eine Verpflichtung eingeführt werden, Sicherheitslücken zu melden und aktiv auf ihre
1089 Behebung hinzuwirken. Unternehmen dürfen nicht dazu verpflichtet werden, die IT-
Sicherheit

1090 und Netzintegrität auf Kosten der Allgemeinheit zu gefährden. Wir streiten für eine
1091 technisch und personell gut ausgestattete und zielgerichtete Polizeiarbeit auf klaren
1092 Rechtsgrundlagen. Damit stärken wir auch die Rechtssicherheit für die Arbeit der
Behörden

1093 und schaffen Vertrauen. Die digitale Kompetenz in den Sicherheitsbehörden wollen wir
1094 stärken, damit bestehende Möglichkeiten zur Verbrechensverhütung und -aufklärung
1095 effektiv angewendet werden.

1096 **Wir garantieren den Rechtsstaat und stärken den Verbraucherschutz**

1097 **Konsequent gegen Korruption**

1098 Korruption, Steuerhinterziehung, Geldwäsche oder Manipulationen im Finanzmarkt sind

1099 Rechtsverstöße, die verheerende Auswirkungen auf den Wettbewerb und den freien

Markt, für
1100 Umwelt und Menschen(rechte) haben können. Wirtschaftsstraftaten machen einen
Großteil der
1101 polizeilich erfassten finanziellen Schädigungen aus. Bei Rechtsverstößen werden wir
1102 Unternehmen deshalb künftig wirksamer zur Rechenschaft ziehen. Ziel ist, die bereits
1103 verstreut bestehenden Regelungen in einem eigenständigen Gesetz gegen
1104 Wirtschaftskriminalität zusammenzufassen und zu ergänzen. Um zu verhindern, dass
1105 Rechtsverstöße von Unternehmen wegen organisierter Unverantwortlichkeit nicht
geahndet
1106 werden können, soll künftig auch an das Organisationsverschulden angeknüpft werden
können.
1107 Die Pflicht zum Nachweis der legalen Herkunft großer Zahlungen wollen wir
verstärken.
1108 Sanktionen müssen gemäß den EU-Vorgaben wirksam, angemessen und abschreckend
sein, zum
1109 Beispiel indem unrechtmäßiger Gewinn bei der Abschöpfung geschätzt werden darf
und die
1110 nötigen Ressourcen dafür bereitgestellt werden. Den Sanktionskatalog wollen wir um
weitere
1111 Maßnahmen, wie den Ausschluss von der Vergabe öffentlicher Aufträge, die
1112 Schadenswiedergutmachung sowie verpflichtende Vorkehrungen für Unternehmen zur
Verhinderung
1113 von Straftaten, erweitern und ein öffentliches Sanktionsregister einführen.

1114 Rechtsschutz für jede*n, Gruppenklagen einführen

1115 Menschen müssen ihr Recht auch gegenüber wirtschaftlich Stärkeren wirksam
durchsetzen
1116 können, zum Beispiel in Fällen wie dem Diesel-Abgas-Betrug. Dazu führen wir die
Gruppenklage
1117 ein, damit Menschen auch bei kleineren, aber massenhaft auftretenden Schäden
effektiv zu
1118 ihrem Recht kommen und zum Beispiel Schadensersatz bekommen. Die bisher
eingeführten
1119 kollektiven Klageverfahren, wie die Musterfeststellungsklage, die nur
Verbraucher*innen
1120 zusteht, und das Kapitalanleger-Musterverfahrensgesetz, sind unzureichend. Die
immer
1121 beliebtere und oft wirkungsvolle Rechtsdurchsetzung durch Legal-Tech-Unternehmen
kann
1122 andererseits vielen Menschen schnell und unkompliziert zu ihrem Recht verhelfen. Den
1123 kollektiven Rechtsschutz wollen wir deshalb verallgemeinert und vereinheitlicht in die
1124 Zivilprozessordnung integrieren und die Bündelung individueller Ansprüche im
Rahmen einer
1125 Gruppenklage ermöglichen. Für eine bessere Durchsetzung des Rechts sollen die
1126 Zugangsschranken gesenkt, die Verfahren vereinfacht sowie die Beratungs- und
1127 Prozesskostenhilfe gestärkt werden. Die Verbandsklage-Richtlinie der EU setzen wir
1128 verbraucherfreundlich und zügig in nationales Recht um. Die Auswirkungen
unterschiedlicher
1129 Finanzkraft der Parteien, Möglichkeiten der Prozessverzögerung und der Einfluss von
1130 tatsächlich betroffenen Dritten (zum Beispiel Versicherungen) auf Gerichtsverfahren

müssen
1131 minimiert werden.

1132 **Strafrechtliche Sanktionen mit Vernunft und Augenmaß**

1133 Wir überprüfen die Wirkungen der Straf- und Strafverfahrensrechts-Änderungen der
letzten
1134 Jahre anhand des Maßstabs rationaler, faktenbasierter Kriminalpolitik und reformieren
das
1135 Sanktionensystem mit dem
1136 Ziel von Prävention und Resozialisierung. Dazu gehören Verzicht auf nutzlose
1137 Ersatzfreiheitsstrafen, größere Wirksamkeit von Bewährungsauflagen und Stärkung
von
1138 ambulanten Sanktionsmöglichkeiten.

1139 **Kinderschutz vor Gericht verbessern**

1140 In familienrechtlichen Verfahren werden Entscheidungen getroffen, die erhebliche
1141 Auswirkungen auf das weitere Leben von Kindern und ihren Familien haben können.
Häusliche
1142 Gewalt muss in Entscheidungen über Besuchs- und Sorgerecht berücksichtigt werden.
Es gilt
1143 den Kinderschutz vor Gericht zu stärken und die Meinung von Kindern zu
berücksichtigen.
1144 Anhörungen müssen kindgerecht ausgestaltet sein und mehrfache Befragungen nach
Möglichkeit
1145 vermieden werden. Im familiengerichtlichen Verfahren braucht es entsprechende
1146 interdisziplinäre Angebote, wie zum Beispiel Childhood-Häuser. Wir machen einerseits
die
1147 Fortbildungen für Familienrichter*innen verbindlich und werden diese andererseits
beim
1148 Arbeitspensum der Richter*innen berücksichtigen. Auch in Kindschaftssachen wollen
wir die
1149 Rechtsbeschwerdemöglichkeit zum Bundesgerichtshof herstellen. In Strafverfahren
wollen wir
1150 die Opferrechte von Kindern weiter stärken. Sexualisierte Gewalt gegen Kinder muss
1151 konsequent aufgeklärt und verfolgt werden, vor allem durch mehr – insbesondere auch
auf
1152 Internetkriminalität spezialisiertes – Personal bei Polizei und Staatsanwaltschaften.

1153 **Vor Kostenfallen schützen, Online-Kündigung mit nur einem Klick**

1154 Online-Verträge kann man mit einem Klick abschließen, die Kündigung bedarf aber der
1155 Textform. Auch lange Mindestlaufzeiten und automatische Vertragsverlängerungen um
ein Jahr
1156 sind alles andere als verbraucherfreundlich. Immer noch werden Verbraucher*innen an
Telefon
1157 oder Haustür überrumpelt und ihnen ungewollte Verträge untergeschoben. Wir wollen
1158 Verbraucher*innen vor Vertragsfallen schützen und durchsetzen, dass die Online-
Kündigung so
1159 einfach ist wie die Online-Bestellung. So wie es einen Bestellbutton gibt, muss es auch
1160 einen Kündigungsbutton geben sowie eine verpflichtende Eingangsbestätigung für
Online-/E-
1161 Mail-Kündigungen. Vertragslaufzeiten und automatische Verlängerungen müssen

verkürzt werden

1162– zugunsten des Verbraucherschutzes und des Wettbewerbs. Wir wollen die maximale
1163 Mindestlaufzeit von Verträgen von zwei Jahren halbieren und die stillschweigende
1164 Vertragsverlängerung von einem Jahr auf einen Monat verkürzen. Telefonisch
abgeschlossene
1165 Verträge sollen erst gelten, wenn sie nachträglich bestätigt werden. Auch vor
unseriösen
1166 Haustürgeschäften wollen wir Verbraucher*innen besser schützen.

1167 **Ein Recht auf Reparatur**

1168 Von der Waschmaschine bis zum Handy – viele Geräte landen schon nach kurzer Zeit
auf dem
1169 Müll, weil sie schnell kaputtgehen, nicht reparierbar sind oder keine Softwareupdates
mehr
1170 angeboten werden. Das ärgert die Verbraucher*innen, es verschwendet wertvolle
Ressourcen und
1171 verursacht Berge von Elektroschrott. Wir setzen stattdessen auf Qualität und
Langlebigkeit.
1172 Durch ein Recht auf Reparatur wollen wir Elektroschrott von vornherein vermeiden. Die
1173 Grundlage dafür sind verbindliche Designvorgaben, damit elektronische Geräte so
gestaltet
1174 sind, dass sie möglichst langlebig, reparierbar und recyclingfähig sind. Dabei darf es
nicht
1175 nur um die Hardware eines Geräts gehen. Mindestens für die erwartbare Lebensdauer
müssen
1176 Ersatzteile und Softwareupdates kostengünstig erhältlich sein. Ein Label soll erkennbar
und
1177 vergleichbar machen, wie lange Ersatzteile und Softwareupdates zur Verfügung
gestellt
1178 werden. Durch die Verdopplung der Gewährleistungsfristen auf vier Jahre, die
Erweiterung der
1179 Beweislastumkehr auf zwei Jahre und eine Angabe der vom Hersteller vorgesehenen
Lebensdauer
1180 wollen wir erreichen, dass Geräte für eine längere Lebensdauer gebaut werden. So
werden wir
1181 die Spielräume der EU-Vorgaben voll ausschöpfen und uns gleichzeitig für mehr
1182 Verbraucherschutz in der EU engagieren. Außerdem werden wir den reduzierten
1183 Mehrwertsteuersatz für Reparaturdienstleistungen einführen und uns auf EU-Ebene für
die
1184 Ausweitung auf die Reparatur von Elektrogeräten einsetzen.

1185 **Finanzberatung im Interesse der Kund*innen**

1186 Häufig werden Kund*innen Finanz- und Versicherungsprodukte vermittelt, die am
persönlichen
1187 Bedarf vorbeigehen. Diese Produkte sind häufig gut für die Gewinne der Banken und
1188 Versicherungen, aber schlecht für die Kund*innen. Wir wollen die Finanzberatung vom
Kopf auf
1189 die Füße stellen. Dafür schaffen wir ein einheitliches und transparentes Berufsbild für
1190 Finanzberater*innen. Alle Vermittler*innen und Berater*innen sollen künftig von der
BaFin

1191 beaufsichtigt werden. Wir wollen weg von der Provisionsberatung und schrittweise zu
 1192 einer
 1193 unabhängigen Honorarberatung übergehen. Dafür
 1194 schaffen wir eine gesetzliche Honorarordnung, die Finanzberater*innen stärkt und
 1195 unabhängiger macht. Zusammen mit den Verbraucherzentralen und der Branche
 1196 entwickeln wir
 1197 Honorarmodelle (Ratenzahlungen, Flatrates), die zu Lebenssituation und Präferenzen
 1198 der
 1199 Menschen passen, und senken mit Standardprodukten in der Altersvorsorge die Kosten
 1200 insbesondere für Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen. Die Finanzaufsicht
 1201 soll von
 1202 der Möglichkeit, den Vertrieb von schädlichen irreführenden Finanzprodukten zu
 1203 untersagen,
 1204 häufiger Gebrauch machen und für mehr Finanzbildung sorgen. Zusätzlich wollen wir
 1205 die
 1206 Kompetenzen der BaFin im Verbraucherschutz stärken und die Beteiligungsrechte des
 1207 Verbraucherbeirats ausweiten. Überhöhte Dispozinsen und Gebühren, insbesondere
 1208 für das
 1209 Basiskonto, werden wir begrenzen.

1203 **Wir fördern die Kultur, die Künste und den Sport**

1204 **Krisenfeste Strukturen für die Kultur**

1205 Die Künste sind frei und müssen keinen Zweck erfüllen. Sie sind gleichzeitig von
 1206 zentraler
 1207 Bedeutung für die Selbstreflexion der Gesellschaft, den Zusammenhalt und die
 1208 Persönlichkeitsbildung der/des Einzelnen. Wir wollen, dass die Kulturlandschaft nach
 1209 der
 1210 Pandemie mit ihren monatelangen Schließungen zu neuer Lebendigkeit, Vielfalt und
 1211 Reichhaltigkeit findet und Kultur und kulturelle Bildung endlich selbstverständlicher Teil
 1212 der Daseinsvorsorge werden. Deswegen wollen wir Kultur als Staatsziel im
 1213 Grundgesetz
 1214 verankern. Eine nachhaltige (Wiederaufbau-)Strategie muss die Kommunal Finanzen als
 1215 eine
 1216 wichtige Grundlage für das Kulturleben stärken, das Zuwendungsrecht reformieren,
 1217 mehr
 1218 Kooperationen zwischen Bund, Ländern und Kommunen bei der Finanzierung von
 1219 Kultureinrichtungen und -projekten ermöglichen sowie einen Fonds zum Schutz von
 1220 Kultureinrichtungen vor Verdrängung und Abriss einrichten, der Kulturorte wie
 1221 beispielsweise
 1222 Clubs langfristig absichert. Die öffentliche Kulturförderung soll künftig partizipativ,
 1223 inklusiv und geschlechtergerecht abgestimmt sowie nach transparenten Kriterien
 1224 angelegt
 1225 sein. Ebenso braucht es eine gleiche Wertschätzung bei der Finanzierung und den
 1226 Rahmenbedingungen für alle Kulturformen und -sparten, für die freie Szene und
 1227 institutionell
 1228 geförderte Kultureinrichtungen.

1221 **Kulturschaffende und Kreative besser absichern**

1222 Die Corona-Krise zeigt, unter welchen prekären Bedingungen viele Kultur- und
1223 Medienschaffende
1224 arbeiten. Für eine vielfältige Kulturlandschaft braucht es eine Absicherung, die
1225 Freiräume
1226 bietet und künstlerisches und kreatives Schaffen ermöglicht. Wir setzen uns für gute
1227 Arbeits- und Ausbildungsbedingungen und faire Bezahlung ein, damit an privaten und
1228 insbesondere öffentlichen Kulturinstitutionen prekäre Arbeitsverhältnisse überwunden
1229 werden.
1230 Solo-Selbständige und Kulturschaffende sollen für die Zeit der Corona-Krise mit einem
1231 Existenzgeld von 1.200 Euro im Monat abgesichert werden. Eine Absicherung braucht
1232 es aber
1233 auch darüber hinaus. Die Künstlersozialkasse (KSK) muss finanziell gestärkt,
1234 Rechtssicherheit für die Mitgliedschaft in der KSK, auch für Künstler*innen, die nur
1235 zeitweise für Produktionen versicherungspflichtig angestellt sind, geschaffen und die
1236 freiwillige Weiterversicherung für Selbständige in der Arbeitslosenversicherung
1237 vereinfacht
1238 werden. Es muss sichergestellt werden, dass Urheber*innen für ihre Werke eine
1239 angemessene
1240 Vergütung erhalten. Eine angemessene Beteiligung, insbesondere an den Gewinnen
1241 der
1242 Vertriebsplattformen, sorgt dafür, dass Kultur- und Medienschaffende weiter an ihren
1243 Werken
1244 verdienen können. Nutzer*innen sollen bei digitalen Inhalten bei der Ausleihe und
1245 Weiterveräußerung nicht schlechtergestellt werden als bei analogen Gütern. Aus
1246 diesem Grund
1247 sollen Bibliotheken unter denselben Bedingungen E-Books verleihen dürfen, die sich
1248 für
1249 physische Bücher bewährt haben, ohne dafür Lizenzverträge abschließen zu müssen.

1240 **Kultur in der Gesellschaft**

1241 Aktives Kulturleben ist die Basis von demokratischen Gesellschaften. Hier findet die
1242 Auseinandersetzung darüber statt, wie wir leben wollen. Deshalb muss die
1243 Gesellschaft in
1244 ihrer ganzen Vielfalt im Kulturschaffen sichtbar sein. Wir wollen Kultureinrichtungen
1245 öffnen
1246 und stärken, damit jede*r einfachen Zugang zu ihnen hat und ihre Angebote nutzen
1247 und
1248 gestalten kann. Bestehende soziale, finanzielle oder bauliche Hürden müssen dafür
1249 abgebaut
1250 werden, etwa durch den kostenlosen Eintritt für Schüler*innen in staatlichen Museen,
1251 durch
1252 die Sonntagsöffnung von öffentlichen Bibliotheken oder durch einen Kulturpass für
1253 Menschen
1254 mit geringem Einkommen. Wir wollen gerade solche Kulturangebote kontinuierlich und
1255 flächendeckend fördern, die die Situation und die Bedürfnisse in ihrer Stadt oder ihrer
1256 Gemeinde mitdenken und das als ihre zentrale Zukunftsaufgabe verstehen. In
1257 ländlichen
1258 Regionen, aber auch in urbanen Zentren sollen Kultureinrichtungen Knotenpunkte von
1259 Begegnungen und zu sogenannten „Dritten Orten“ werden, die auch Menschen einen
1260 Zugang zu

1253 Kultur ermöglichen, die davon bislang wenig profitieren. Bei der Besetzung von
Intendanten,
1254 bei der Zusammensetzung von staatlich geförderten Kulturbetrieben, bei der Vergabe
von
1255 Stipendien und Werksaufträgen und bei staatlichen Jurys wollen wir eine
Quotenregelung
1256 einführen, um Geschlechtergerechtigkeit zu gewährleisten, sowie flache Hierarchien
und
1257 partizipative Strukturen fördern. Zudem muss auf angemessene Repräsentanz der
vielfältigen
1258 Gesellschaft geachtet werden. Themen wie Nachhaltigkeit, Diversität und inklusive
Teilhabe
1259 müssen fester Bestandteil der Ausbildung zu Kulturberufen sein. Auch kulturelle
Vielfalt
1260 sowie Transkulturalität, also die gegenseitige Durchdringung von Kulturen, wollen wir
1261 fördern.

1262 **Den Kulturbetrieb ökologischer machen**

1263 Der Kulturbetrieb und die Künste können eine wichtige Rolle bei der Bewältigung der
1264 Klimakrise spielen. Es gibt viele Initiativen und Akteur*innen, die mit großem Einsatz
1265 versuchen, ressourcenschonender zu arbeiten und den Kulturbetrieb ökologisch
auszurichten.
1266 Dieses Engagement werden wir durch eine zentrale Beratungsstelle, den Green
Culture Desk,
1267 unterstützen und einen Green-Culture-Fonds als Förderinstrument einrichten.
Künstler*innen
1268 geben außerdem wichtige Impulse für die nachhaltige Transformation. Wir wollen im
Sinne
1269 eines Fonds für Ästhetik und Nachhaltigkeit ein Instrument zur ressortübergreifenden,
1270 transdisziplinären Förderung schaffen, das den Aufbau von langfristigen Strukturen
1271 ermöglicht sowie freie Experimentier- und Handlungsräume schafft. Damit sind auch
hybride
1272 Modelle der Kooperation zwischen Künstler*innen, Wissenschaftler*innen und
Akteur*innen der
1273 Zivilgesellschaft gemeint.

1274 **Film- und Kinokultur stärken und ins digitale Zeitalter führen**

1275 Den Film als prägendes Medium des Bewegtbildes und Kinos als öffentliche Kulturorte
wollen
1276 wir angesichts des schnellen Wandels der Produktions- und Vertriebsformen stärken.
Um die
1277 künstlerische Qualität und Anziehungskraft des deutschen und europäischen Films zu
steigern,
1278 vereinfachen wir Entscheidungsprozesse: Wir entflechten die Struktur aus
Fernsehsendern und
1279 einer Vielzahl an Gremien zugunsten kriterienbasierter, automatischer Förderungen
und
1280 richten unser Augenmerk verstärkt auf die Förderung von Stoffen und Drehbüchern
sowie des
1281 Nachwuchses. Verbindliche Quoten sorgen dafür, dass Frauen im Film gleiche Chancen
haben.

1282 Soziale Mindeststandards und faire Verwertungswege verbessern die ökonomische
 Lage der
 1283 Filmschaffenden. Ökologische Produktion wird mit finanziellen Anreizen belohnt. Kinos
 und
 1284 Festivals unterstützen wir durch verlässliche Förderinstrumente.

1285 **Erinnerungskultur stärken und öffnen**

1286 Erinnerungskultur trägt entscheidend zur Selbstverständigung und zum
 Zusammenhalt bei und
 1287 ist eine grundlegende Voraussetzung für den Schutz unserer Demokratie. Doch noch
 immer gibt
 1288 es Leerstellen in der Aufarbeitung der deutschen Verbrechen Geschichte. Der
 1289 Nationalsozialismus muss weiter konsequent aufgearbeitet werden. Bisher wenig
 beachtete
 1290 Opfergruppen wie die sogenannten „Asozialen“, „Berufsverbrecher“ und „Euthanasie“-
 Opfer
 1291 wollen wir würdigen und durch eine angemessene Entschädigung anerkennen. Ihre
 1292 Lebensgeschichten sowie die Tatorte der Morde sollen erforscht und gekennzeichnet
 werden.
 1293 Die finanzielle Förderung der Forschungsarbeiten, die Weiterentwicklung der
 pädagogischen
 1294 und wissenschaftlichen Arbeit der Gedenkstätten sowie die weitere Aufarbeitung und
 Rückgabe
 1295 von NS-Raubkunst stehen im Mittelpunkt. Dazu gehört auch, den weiteren
 Verpflichtungen
 1296 gegenüber Ländern, die unter der deutschen Besatzung gelitten haben,
 nachzukommen. Auch die
 1297 SED-Diktatur soll durch die Fortsetzung der Forschung und der politischen
 Bildungsarbeit an
 1298 den Außenstellen des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen weiter
 aufgearbeitet
 1299 werden. Erinnerungsorte an die friedliche Revolution von 1989, die deutsche
 1300 Wiedervereinigung und die folgenden tiefgreifenden Transformationsprozesse in
 Ostdeutschland
 1301 werden wir in Bundesträgerschaft fördern. Auch die regionalen
 Aufarbeitungsinitiativen
 1302 wollen wir stärker in ihrer Arbeit unterstützen und setzen uns für unbürokratische und
 1303 höhere Entschädigungsleistungen für die Opfer und Verfolgten der SED-Diktatur ein.
 Wir
 1304 wollen außerdem rechtliche Regelungen für die Rückgabe von Raubkunst der NS- und
 der DDR-
 1305 Zeit schaffen. Durch eine zentrale Erinnerungs- und Lernstätte werden wir die
 Kontinuitäten
 1306 des Kolonialismus ins Bewusstsein rücken und so eine gesellschaftliche Debatte über
 unser
 1307 koloniales Erbe fördern, die eine antirassistische Perspektive auf Geschichte und
 1308 Gesellschaft ermöglicht. Dazu sind die kritische Aufarbeitung der kolonialen
 Verbrechen und
 1309 die Dekolonisierung öffentlicher Räume zentral und es bedarf einer umfänglichen
 1310 Provenienzforschung, Digitalisierung und transparenten Veröffentlichung sowie
 verbindlicher

1311 Regelungen zur Restitution von Kulturerbe aus kolonialen Kontexten. Das gelingt nur in
enger
1312 Zusammenarbeit mit den Nachkommen und zivilgesellschaftlichen Initiativen der
ehemals
1313 Kolonisierten und Geschädigten weltweit. Gleichzeitig muss sich die deutsche
1314 Erinnerungskultur für die vielfältigen Erfahrungen und Geschichten der Menschen
öffnen, die
1315 nach Deutschland eingewandert sind oder deren Geschichte mit der deutschen
verwoben ist, und
1316 das Gedenkstättenkonzept muss entsprechend weiterentwickelt werden. Wir werden
uns auch für
1317 eine aktive Erinnerungskultur in allen öffentlichen Institutionen einsetzen.

1318 **Ein Entwicklungsplan für den Sport**

1319 Im Sport, dem größten Träger der organisierten Zivilgesellschaft und des freiwilligen
1320 Engagements, werden täglich demokratische Werte wie Gemeinsamkeit, Toleranz,
Integration,
1321 Inklusion, Engagement und Gesundheitsprävention gelebt und vermittelt. Damit
übernimmt der
1322 Sport eine herausragende Rolle für das gesellschaftliche Zusammenleben. Dies
werden wir
1323 fördern und bessere Rahmenbedingungen schaffen. Wir setzen uns dafür ein, dass sich
die
1324 Teilhabe von Frauen im Sport und die Diversität von Sportler*innen und Athlet*innen
auch in
1325 der Besetzung von Entscheidungsgremien niederschlägt. Wir wollen Ideen und
Energien bündeln
1326 und zusammen mit den Sportverbänden, Ländern, Kommunen, der Wissenschaft und
unter
1327 Beteiligung der Bürger*innen einen Entwicklungsplan Sport erarbeiten und umsetzen –
ähnlich
1328 dem Goldenen Plan aus den 1960ern. Ein besonderer Fokus muss dabei vor allem auf
1329 strukturschwachen Regionen, gerade in Ostdeutschland, liegen, denn die Diskrepanz
zwischen
1330 Ost und West ist beim Breitensport auch 30 Jahre nach der friedlichen Revolution ein
1331 Problem. Ausreichend vorhandene und barrierefreie Sportstätten und
Bewegungsräume zählen in
1332 Städten und ländlichen Räumen zur Daseinsvorsorge, deshalb wollen wir, dass
Bewegungs- und
1333 Sportflächen in der Wohnungsbaupolitik und Quartiersplanung fest verankert und die
1334 bestehenden Anlagen unter Beachtung der energetischen Vorschriften durch die
Kommunen
1335 saniert werden können. Dazu gehören auch insbesondere Schwimmsportstätten, denn
unser
1336 Anspruch ist, dass jedes Kind schwimmen lernen kann. Das wollen wir mit einem
Bundesprogramm
1337 zur Sanierung und Instandsetzung von Schwimmstätten erreichen.
Sportgroßveranstaltungen
1338 sollen klimaneutral, sozial, nachhaltig und menschenrechtskonform ermöglicht, ihre
Kosten
1339 transparent dargestellt werden, sodass sie auch einen bleibenden Infrastrukturgewinn

für die
1340 Bürger*innen vor Ort schaffen. Dafür braucht es eine bundesweit einheitliche und
föderal
1341 abgestimmte Gesamtstrategie, bei der von Beginn an Bürger*innenbeteiligung Teil der
Planung
1342 ist. Das Prinzip Prävention ist die beste Vorsorge, daher wollen wir für alle zugängliche
1343 öffentliche Bewegungsräume unterstützen, die es auch Menschen mit einem geringen
Einkommen
1344 ermöglichen, Sport zu betreiben. E-Sport ist längst kein Nischenthema mehr und
begeistert
1345 immer mehr Menschen. Wir wollen neue Wege in Sport- und Jugendvereinen
ermöglichen – mit der
1346 Anerkennung der Gemeinnützigkeit für E-Sport stärken wir ehrenamtliches
Engagement.
1347 Potenziale für Nachwuchsgewinnung in IT- und Kreativwirtschaft wollen wir aktivieren.
Die
1348 Entwicklungen von E-Sport und Gaming werden wir insbesondere im Hinblick auf
Diversität,
1349 Nachhaltigkeit, Jugendschutz sowie Medienkompetenz fördern und zusammen mit
Gamer*innen,
1350 Verbänden und Wissenschaft gestalten; gemeinsam mit allen Akteur*innen stellen wir
uns gegen
1351 Diskriminierung und Hatespeech.

1352 **Spitzensport braucht Breitensport**

1353 Ein starker Breitensport braucht Vorbilder. Im Leistungssport muss es um die
bestmögliche
1354 Förderung von Talenten gehen und nicht allein um die Fixierung auf eine bestimmte
1355 Medaillenzahl. Deshalb wollen wir bei der Förderung des Spitzensports die
Bedingungen und
1356 Perspektiven für Leistungssportler*innen insbesondere für den Nachwuchs in den
Mittelpunkt
1357 stellen. Die bisherigen staatlichen Beschäftigungsmöglichkeiten für
Leistungssportler*innen
1358 werden durch zivile Alternativen ergänzt. Die wichtige soziale und pädagogische Arbeit
von
1359 Trainer*innen im Ehrenamt und Hauptberuf wollen wir aufwerten. Bei der Doping-
Prävention und
1360 im Anti-Doping-Kampf stärken wir die NADA und fordern auf internationaler Ebene
1361 weitreichende Reformen der WADA, die ihre Aufgaben vollständig unabhängig
ausführen und
1362 Athlet*innen echte Mitbestimmung ermöglichen muss. Die Dopingvergangenheit gilt
es lückenlos
1363 aufzuklären, Dopingopfer unterstützen wir angemessen. Auch Korruptionsskandale auf
höchster
1364 Ebene der Sportfunktionär*innen sowie die zunehmende Kommerzialisierung bedrohen
den
1365 Spitzensport. Gerade beim Fußball als Publikumssport gilt es die
Partizipationsmöglichkeiten
1366 von Fans zu erhöhen und ihn wieder stärker gesellschaftlich zu verankern. Deswegen
sollen

1367 Transparenz und Good Governance auch im Sport vorangetrieben werden. Die
Einhaltung von
1368 Menschenrechten muss von Sportverbänden auf Grundlage der UN-Leitprinzipien für
Wirtschaft
1369 und Menschenrechte umgesetzt und bei der Vergabe von Sportgroßereignissen zur
Voraussetzung
1370 gemacht werden. Wir setzen uns für eine nationale Strategie gegen psychische,
physische und
1371 sexualisierte Gewalt im Sport ein, bei der der Aufbau eines unabhängigen Zentrums
für Safe
1372 Sport ein integraler Bestandteil ist. Gegen Rechtsextremismus und andere Formen
1373 gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit im Sport gehen wir mit einem langfristigen
finanziell
1374 starken Bundesprogramm vor, das von einer unabhängigen Stelle beraten wird. Für die
1375 sozialpädagogischen Fußballfanprojekte und deren Koordinationsstelle sichern wir
1376 verlässliche Rahmenbedingungen. Wir schützen die
1377 Bürger*innenrechte von Fans und diese vor ausufernden Datensammlungen und
Kollektivstrafen.
1378 Noch immer vorhandene sexistische Strukturen müssen aufgebrochen und
Sportstätten
1379 gendersensibel geplant werden.

1380 **Wir bauen Europa weiter**

1381 **Die Zukunft der EU demokratisch gestalten**

1382 Wir sehen Deutschland in einer zentralen und historischen Verantwortung für den
Zusammenhalt
1383 und die Fortentwicklung der EU. Zuletzt aber wurde von Berlin aus bestenfalls
verwaltet,
1384 oftmals gebremst. Wir wollen die Europapolitik aktiv und koordiniert gestalten – mit
klarem
1385 Wertekompass, entlang einer starken deutsch-französischen Zusammenarbeit und im
1386 Zusammenspiel mit unseren europäischen Partner*innen. Unser Ziel ist eine
demokratisch
1387 gestärkte EU, die zusammenhält, voranschreitet und ihr ganzes Gewicht gegen die
Klimakrise
1388 und das Artensterben in die Waagschale wirft. Wir stehen ein für ein vereintes Europa
ohne
1389 Schlagbäume, denn die Freizügigkeit ist eine der größten Errungenschaften des
europäischen
1390 Projekts. In manchen Bereichen kommen wir nur mit unterschiedlichen
Geschwindigkeiten voran.
1391 Die verstärkte Zusammenarbeit im Rahmen der Verträge bietet dafür gute
Möglichkeiten und
1392 muss stets im Bestreben, dass sich letztlich alle anschließen können, und mit vollen
1393 Parlamentsrechten erfolgen. Die Weiterentwicklung europäischer Institutionen steht
für uns
1394 in engem Zusammenhang mit dem Ausbau des sozialen Zusammenhalts in der EU. In
den kommenden
1395 Monaten bietet die „Konferenz über die Zukunft Europas“ eine große Chance, die

europäische
1396 Öffentlichkeit zu stärken und gemeinschaftlich mit den Bürger*innen Reformen der EU
zu
1397 entwickeln. Wir wollen sie nutzen für die nächste Phase der europäischen Integration
auf dem
1398 Weg zur Föderalen Europäischen Republik und um europäische Antworten auf die
großen
1399 Herausforderungen zu formulieren. Die Ergebnisse der Konferenz sollen im Rahmen
der
1400 europäischen Gesetzgebung bis hin zu Vertragsänderungen umgesetzt werden.

1401 **Europäisches Parlament stärken**

1402 Die Geschichte der EU ist eine Geschichte zunehmender Legitimität der europäischen
1403 Institutionen. Unser Ziel ist, die parlamentarische Demokratie der Europäischen Union
zu
1404 Stärken: mit einem Parlament, das in allen Bereichen gleichberechtigt mit dem Rat
1405 entscheidet, ein vollwertiges Initiativrecht für die Gesetzgebung und ein starkes
1406 Haushaltsrecht erhält. Es soll die Kommission auf Vorschlag der Kommissions-
Präsident*in
1407 wählen sowie durch ein konstruktives Misstrauensvotum entlassen können. Für die
Wahlen zum
1408 Europäischen Parlament setzen wir uns dafür ein, dass die Bürger*innen mit ihrer
Stimme für
1409 einen Spitzenkandidaten bzw. eine Spitzenkandidatin der Parteien auch die/den
nächste*n
1410 Präsident*in der EU-Kommission bestimmen. Ein Teil der Abgeordneten soll zukünftig
nicht
1411 mehr über viele nationale Listen ins Europaparlament einziehen, sondern über EU-
weite,
1412 transnationale Listen. Wir setzen uns dafür ein, dass die Unionsbürger*innenschaft zu
einer
1413 europäischen Staatsbürger*innenschaft fortentwickelt wird, sodass
Unionsbürger*innen in den
1414 Mitgliedstaaten, in denen sie leben, dieselben Rechte und Pflichten genießen. Wir
wollen,
1415 dass alle EU-Bürger*innen, die ihren dauerhaften Lebensmittelpunkt in Deutschland
haben,
1416 nicht nur bei Kommunal- und Europawahlen, sondern perspektivisch auch bei
Landtags- und
1417 Bundestagswahlen wählen dürfen.

1418 **Mit Mehrheitsentscheidungen Blockaden auflösen**

1419 Die Europäische Union braucht mehr Handlungsfähigkeit, um auf Augenhöhe mit den
heutigen
1420 Herausforderungen voranzukommen. Blockaden durch einzelne Staaten in Bereichen
wie der
1421 Außen- und Sicherheitspolitik und in Steuerfragen oder auch bei Energie und Sozialem
können
1422 wir uns nicht länger leisten. Solange nationale Einzelinteressen das europäische
Gemeinwohl
1423 ausbremsen können, wird die EU keine aktivere Rolle, etwa für mehr

1424 Steuergerechtigkeit oder
mehr Verantwortung für Demokratie und Menschenrechte in der Welt, übernehmen
1425 können. Darum
setzen wir uns dafür ein, für alle verbleibenden Politikbereiche, in denen heute noch
1426 im
Einstimmigkeitsprinzip entschieden wird, Mehrheitsentscheidungen in Mitentscheidung
des
1427 Europäischen Parlaments einzuführen. Das ist auch deshalb wichtig, um bei weiteren
1428 Erweiterungsrounds der EU deren Handlungsfähigkeit zu sichern. Unser Ziel ist es, die
1429 europäischen Institutionen zu einem Zweikammersystem weiterzuentwickeln

1430 **Ein europäisches Vereins- und Gemeinnützigkeitsrecht**

1431 Zum europäischen Gemeinwesen gehört das Zusammenwachsen der
Zivilgesellschaften. Deshalb
1432 setzen wir uns für ein EU-weites Vereins- und Gemeinnützigkeitsrecht ein. Ein
europäischer
1433 Vereinsstatus mit klaren Regeln zu Gründung, Gemeinnützigkeit und Auflösung würde
Vereine
1434 dem Schutz der EU unterstellen und nationaler Willkür entziehen. Zudem wollen wir
die
1435 Europäische Bürger*inneninitiative als zentrales Instrument der Teilhabe der
Bürger*innen
1436 und der Zivilgesellschaft stärken. So sollen Bürger*innen die Einberufung von
Europäischen
1437 Zukunftskonferenzen oder Bürger*innenräten fordern können, von denen auch eine
Reform der
1438 Verträge angeregt werden kann. Ist eine Bürger*inneninitiative erfolgreich, sollte
1439 spätestens nach einem Jahr und einer Prüfung auf Vereinbarkeit mit den EU-
Grundrechten ein
1440 Gesetzesvorschlag folgen und im Europaparlament eine Plenumsabstimmung über das
Ziel der
1441 Initiative stattfinden.

1442 **Einflussnahme auf EU-Gesetzgebung transparent machen**

1443 Mehr Transparenz stärkt die europäische Demokratie und das Vertrauen der
Bürger*innen in
1444 Politik. Um nachvollziehbar zu machen, wofür die Regierungen der Mitgliedstaaten in
Brüssel
1445 eintreten, setzen wir uns für Fristen im Rahmen der Gesetzgebung ein, bis zu denen
eine
1446 öffentliche Debatte im Rat stattgefunden haben muss. Dabei müssen alle Regierungen
ihre
1447 aktuelle Position zum Vorschlag der Ratspräsidentschaft vorlegen. In einer deutschen
1448 Bundesregierung gehen wir hierbei mit gutem Beispiel voran. Auch den Zugang zu EU-
Dokumenten
1449 wollen wir substanziell weiterentwickeln. Die EU arbeitet bei
Interessensvertreter*innen
1450 bereits transparenter als der Bundestag. Wir wollen weitere Schritte gehen – mit
einem
1451 verbindlichen Lobbyregister für alle EU-Institutionen, strikteren Karenzzeiten beim
Wechsel

1452 zwischen Politik und Wirtschaft und einem „legislativen Fußabdruck“, durch den die
 1453 Einflussnahme auf Gesetzgebung überprüfbarer wird, kontrolliert durch eine
 unabhängige
 1454 Ethikbehörde, die Sanktionen verhängen kann.

1455 **Europäische Grundrechte einklagbar machen**

1456 Die EU ist eine Gemeinschaft der Werte und des Rechts. Wir wollen die EU-
 Grundrechtecharta
 1457 langfristig gegenüber den Nationalstaaten einklagbar machen, um so alle EU-
 Bürger*innen in
 1458 ihren Rechten zu stärken. Mit dem EU-Mechanismus für Demokratie,
 Rechtsstaatlichkeit und
 1459 Grundrechte setzen wir uns für ein stärkeres Instrument ein, um Verstöße autoritärer
 1460 Mitgliedstaaten zu sanktionieren. Aus dem jährlichen Rechtsstaatlichkeitsbericht sollen
 1461 konkrete Maßnahmen bis hin zu Vertragsverletzungsverfahren und der
 Nichtauszahlung von
 1462 Subventionen folgen. Der neu geschaffene Rechtsstaatsmechanismus muss sofort zum
 Einsatz
 1463 kommen. Kommunen und Regionen sowie Nichtregierungsorganisationen sollen dann
 direkt von der
 1464 EU gefördert werden können. Bei den Artikel-7-Verfahren zur Rechtsstaatlichkeit
 braucht es
 1465 substanzielle Fortschritte. Alle Mitgliedstaaten sollen sich der Europäischen
 1466 Staatsanwaltschaft anschließen, wenn sie neue EU-Gelder erhalten wollen und
 öffentlich
 1467 Rechenschaft über die Empfänger*innen von Subventionen ablegen. Jede*r siebte
 Europäer*in
 1468 ist Teil einer nationalen oder Sprachminderheit. Wir unterstützen die Minority SafePack
 1469 Initiative und wollen Minderheitenrechte wie den Erhalt von Sprache, Kultur und
 Identität
 1470 sowie Namensführung in der EU stärken.

1471 **Eine öffentlich-rechtliche Medienplattform in Europa**

1472 Ein zusammenwachsendes Europa braucht eigene, öffentliche digitale Orte, an denen
 seine
 1473 Bürger*innen zusammenkommen können, um sich zu informieren, zu partizipieren,
 sich zu
 1474 unterhalten und politisch zu diskutieren. Dafür kommen bislang nur kommerziell
 betriebene,
 1475 digitale Plattformen in Frage. Als zeitgemäße Antwort setzen wir uns darum für eine
 1476 europäische, digitale Plattform in öffentlicher Trägerschaft ein. Sie bündelt europaweit
 1477 qualitativ hochwertige Inhalte – werbefrei, offen und mehrsprachig. Basierend auf
 1478 technischer Offenheit, Interoperabilität und besten Datenschutzstandards kann sie
 darüber
 1479 hinaus gerade auch für die Zivilgesellschaft und Bildungseinrichtungen als
 1480 Kommunikationsplattform dienen, um Inhalte bereitzustellen und in
 Informationskampagnen die
 1481 EU den Bürger*innen näherzubringen. Die Grundlage bildet ein öffentlich-rechtlicher
 Auftrag.

1482 Sie arbeitet zusammen mit den nationalen öffentlichen Rundfunkanstalten, um deren
Inhalte
1483 europaweit zugänglich zu machen, und agiert frei von jedweder politischer
Einflussnahme.

1484 **Europa der Kommunen und Regionen**

1485 Eine demokratische, vielfältige und bürger*innennahe EU lebt von der Stärke der
Kommunen und
1486 Regionen. Getreu dem Subsidiaritätsprinzip soll die EU da unterstützen, wo Kommunen
an ihre
1487 Grenzen stoßen – aber nicht jeden Lebensbereich regulieren. Die Wettbewerbsregeln
des
1488 Binnenmarkts dürfen Kommunen nicht zur Privatisierung öffentlicher Güter zwingen. In
EU-
1489 Handelsabkommen braucht es Ausnahmen für die kommunale Daseinsvorsorge sowie
für öffentliche
1490 und soziale Dienstleistungen. Für mehr europaweite Kooperation wollen wir
1491 Städtepartnerschaften stärken, INTERREG-Programme für grenzüberschreitende
Zusammenarbeit
1492 ausweiten und Euregios und Eurodistrikte durch weniger Bürokratie und mehr
Flexibilität
1493 fördern. Die europäische Zusammenarbeit im Hochschulbereich wollen wir stärken und
in diesem
1494 Sinne das Konzept der European Universities weiterentwickeln. Kommunen und
Regionen brauchen
1495 mehr Mitsprache auf europäischer Ebene, unter anderem über einen gestärkten
Ausschuss der
1496 Regionen. Zur Umsetzung des Green Deal und bei der Gestaltung und Vergabe von
1497 Förderprogrammen setzen wir auf das Partnerschaftsprinzip und unterstützen lokale
kleine und
1498 mittelständische Unternehmen dabei, ihren Beitrag zu leisten. Bürokratie wollen wir
durch
1499 verstärkte Digitalisierung abbauen. EU-Haushaltsmittel sollen künftig auch verstärkt
1500 kommunalen und lokalen zivilgesellschaftlichen Akteur*innen direkt bereitgestellt
werden.

Beschluss Kapitel 6: International zusammenarbeiten

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 13.06.2021
Tagesordnungspunkt: PB-I Kapitel 6: International zusammenarbeiten

1 **Kapitel 6: International zusammenarbeiten**

2 Die großen Herausforderungen unserer Zeit sind global: Pandemien, die Klima- und
3 Biodiversitätskrise, Hunger, Urbanisierung, Migration und die sozial-ökologische
4 Transformation als besondere Aufgabe. Wir können sie nur gemeinsam meistern.
Jahrelang hat
5 Deutschland in Europa und der Welt aber allenfalls moderiert, oft gezögert, ist
abgetaucht.
6 Es ist Zeit, wieder eine kooperative und aktive Politik zu betreiben und als gestaltende
7 Kraft voranzugehen im Sinne einer multilateralen und vorsorgenden, einer kohärenten
und
8 wertegeleiteten Politik – stets europäisch und entlang einer verlässlichen deutsch-
9 französischen Zusammenarbeit, mit unseren Partner*innen innerhalb und außerhalb
Europas,
10 transatlantisch und im Rahmen der Vereinten Nationen.
11 Gestützt auf die Agenda der Vereinten Nationen für nachhaltige Entwicklung, das
Pariser
12 Klimaabkommen, internationale Menschenrechtsnormen und die rechtebasierte
internationale
13 Ordnung setzen wir uns für eine wirkungsorientierte globale Strukturpolitik ein, die den
14 Schutz und die Bereitstellung globaler Gemeingüter, eine gerechte Verteilung von
Ressourcen
15 und Wohlstand sowie Entwicklungschancen für alle als beste Vorsorge gegen die
Klima- und
16 Biodiversitätskrise, Konflikte, Gewalt oder das unermessliche Leid von Hunger, Flucht
und
17 Vertreibung begreift. Wir wollen dazu auch eine europäische Politik der globalen
Vernetzung
18 und Konnektivität vorantreiben und begrüßen entsprechende Partnerschaften
19 Ausgangspunkt unserer Politik ist eine gestärkte, krisenfeste und handlungsfähige
20 Europäische Union. Die Werte, auf denen sie gründet, wollen wir nach innen
verteidigen und
21 nach außen beherzt vertreten: Menschenrechte, Demokratie, Freiheit und
Rechtsstaatlichkeit.
22 Die EU als Friedensmacht ist nicht nur Antwort auf eine lange und schmerzvolle
Geschichte
23 von Kriegen und Feindseligkeiten auf unserem Kontinent, exportiert in die ganze Welt,
24 sondern vor allem ein Zukunftsversprechen, das es einzulösen gilt. Sie ist unser
25 schützenswertes und einmaliges Zuhause. Gerade weil wir überzeugte Europäer*innen
sind,
26 streiten wir für ihre stetige Fortentwicklung. Wir arbeiten für eine europäische
27 Wertegemeinschaft, die ihre Abhängigkeit von Dritten in kritischen Bereichen ab- und

ihre
 28 Souveränität und strategische Handlungsfähigkeit ausbaut – in einem Gleichgewicht
 von
 29 Kooperation, wo möglich, und Eigenständigkeit, wo nötig. So eine EU ist in der Lage,
 30 kritische Infrastruktur und globale Gemeingüter bereitzustellen und zu schützen,
 global für
 31 das Völkerrecht und die universalen Menschenrechte einzustehen. Ein wichtiges
 Fundament
 32 dafür ist es, Spaltung und antidemokratischen Bestrebungen innerhalb Europas
 33 entgegenzutreten. Mit dem größten Binnenmarkt der Welt hat die EU wirtschaftlich
 erheblichen
 34 Einfluss. Diesen Hebel wollen wir nutzen, um die globale Transformation gerecht zu
 gestalten
 35 und ambitionierte Standards zu setzen.

36 Der erheblichen Widerstände und Dilemmata, die das bedeutet, sind wir uns bewusst.
 Mit ihrem
 37 autoritären Hegemonialstreben zwingen Staaten wie China und Russland, die
 Menschen- und
 38 Bürger*innenrechte systematisch aushebeln, andere Staaten nicht nur in
 wirtschaftliche und
 39 politische Abhängigkeit, sondern sie wollen auch Europa spalten. Zugleich wird eine
 globale
 40 sozial-ökologische Transformation ohne China, auch ohne Russland oder Brasilien,
 nicht
 41 möglich sein. Das allein zeigt: Der globale Systemwettbewerb mit autoritären Staaten
 und
 42 Diktaturen ist real, lässt bisweilen nur die Wahl zwischen Regen oder Traufe – und stellt
 43 uns vor derart beachtliche Aufgaben, dass jede Form des Alleingangs zum Scheitern
 verurteilt
 44 wäre. Mit einer Demokratieoffensive treten wir diesem Trend entgegen und stärken die
 globale
 45 Zusammenarbeit von Demokratien und Demokrat*innen. In eine Partnerschaft für
 Demokratie
 46 sollten die Länder, zivilgesellschaftlichen Gruppen und Parlamentarier*innen
 einbezogen
 47 werden, die sich zu ambitionierten demokratischen Standards bekennen. Zudem
 wollen wir die
 48 Stärkung von demokratischer Rechtsstaatlichkeit, regionaler Integration,
 Zivilgesellschaft
 49 und Menschenrechten ressortübergreifend besser koordinieren und ausbauen. Wir
 präferieren
 50 die regelbasierte, multilaterale Zusammenarbeit gegenüber informellen Formaten.

51 Wir können die vielen Widersprüche und Grenzen außen-, entwicklungs- und
 52 sicherheitspolitischen Handelns nicht auflösen. Die Verteidigung von
 Menschenrechten,
 53 Demokratie und das klare Bekenntnis zu Freiheitsbewegungen führen an die Grenzen
 politischer
 54 Handlungsfähigkeit. Wir können uns aber dieser Verantwortung nicht entziehen. Umso
 zentraler

55 ist europäische Kohärenz und sind politische Bündnisse mit allen anderen Staaten,
 56 aber gerade auch Regionen, Kommunen und zivilgesellschaftlichen oder
 57 zwischenstaatlichen Akteur*innen, für die der Wert von Kooperation und die Stärke des Rechts ebenfalls
 58 Grundlage internationaler Beziehungen sind. Diese Bündnisse wollen wir stärken und
 59 selbstbewusst mitgestalten. Deutschlands Vertretung in internationalen Organisationen wollen wir
 60 besser aufstellen und das Engagement stärken. Souverän sind wir nur gemeinsam.

61 Wir setzen auf den ehrlichen Interessenausgleich, auf eine feministische Außenpolitik,
 62 die Achtung der Rechte marginalisierter Gruppen, auf Zusammenarbeit und
 63 Rechtsstaatlichkeit, auf Gewaltfreiheit und koordinierte Krisenprävention und regelbasierte sowie vorrangig
 64 zivile Konfliktbearbeitung in einer eng vernetzten Welt. Unser Ziel ist eine Weltordnung, in
 65 der Konflikte nicht über das Recht des Stärkeren, sondern am Verhandlungstisch gelöst
 66 werden. Und wir reichen allen die Hand, die daran teilhaben wollen. Wir richten unsere Politik
 67 postkolonial und antirassistisch aus, im Wissen um Deutschlands Verantwortung in der
 68 Welt und im Bewusstsein um die Verbrechen des Nationalsozialismus.

69 Als hochentwickelter und exportorientierter Industriestaat gehört Deutschland zu den
 70 Hauptverursachern globaler Erwärmung und agiert als entscheidender Player einer
 71 Globalisierung, die eben nicht nur Wohlstand und Entwicklung bedeutet, sondern auch
 72 zu Ausbeutung von Mensch und Umwelt führt. Diese Verantwortung, insbesondere auch
 73 gegenüber Ländern des globalen Südens, verstehen wir als Antrieb für ambitionierte Veränderung
 74 und entschiedenes Handeln mit dem Ziel globaler Gerechtigkeit und setzen dafür bei uns
 75 selbst an.

76 Das bedeutet auch: Wir fordern die Einhaltung und den Schutz der Menschenrechte
 77 nicht nur von anderen ein, sondern messen uns selbst daran. Menschenrechte sind
 78 völkerrechtliche Pflicht und unverrückbare Grundlage einer wertegeleiteten internationalen Politik.
 79 „Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren“: Artikel 1 der
 80 Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte ist Leitbild unseres Engagements – auch in der
 81 europäischen Geflüchtetenpolitik. Sie ist das große Versagen Europas. In keinem anderen Bereich
 82 scheitern die europäischen Regierungen derart an den eigenen Ansprüchen hinsichtlich Moral,
 83 Menschenrechten und internationalen Rechts.

84 Doch wir haben Möglichkeiten und Regeln, um Flucht angemessen und nach klaren,
85 menschenrechtsbasierten Prinzipien zu begegnen. Diese Regeln gibt es, ebenso wie es
86 immer wieder Momente in unserer Geschichte gab, da nach ihnen gehandelt wurde. Hier
87 wollen wir anknüpfen und – wenn nicht gesamteuropäisch, dann in einer humanitären Koalition
88 der Willigen innerhalb und außerhalb der EU – einen Paradigmenwechsel hin zur
89 konsequenten Vorbeugung gegen Fluchtursachen und zu einem menschenwürdigen Umgang mit
90 Geflüchteten vorantreiben. Wir setzen auf Rationalität und Handlungswillen, auf Humanität und
91 Verantwortung – und auf den unerlässlichen Pragmatismus der Nothilfe.

92 Die Größe und Komplexität der internationalen Herausforderungen, die da vor uns
93 liegen, sollte Messlatte unseres nationalen und internationalen politischen Handelns sein. Die
94 globalen Aufgaben sind erheblich. Wagen wir die notwendigen Antworten.

95 **Wir treiben die sozial-ökologische Transformation voran**

96 **Schubkraft für globale Transformation**

97 Mehr denn je bedrohen Klimaveränderungen und der Verlust von Artenvielfalt
98 menschliche Sicherheit und Freiheit sowie die nachhaltige Entwicklung – überall auf der Welt. Die
99 Zeit drängt. Darum braucht es in den nächsten Jahren einen energischen Schub für eine
100 sozial-ökologische Transformation. Die nachhaltigen Entwicklungsziele der Agenda 2030 und
101 des Klimaabkommens von Paris waren ein Aufbruch. Alle Länder sind seitdem verpflichtet,
102 bei sich zu Hause anzufangen und ihren Beitrag für die gemeinsame Aufgabe zu leisten –
103 schließlich sind es unsere Entscheidungen in Wirtschaft und Handel, bei Agrar- oder
104 Rüstungsexporten, die sich weltweit stark auf Klima, Artenschutz und globale Gerechtigkeit auswirken. Wir
105 wollen alle Politikbereiche in Deutschland auf die Transformation ausrichten und für ein
106 strategisches und kohärentes Handeln in allen Ressorts und Politikbereichen einen
107 Nationalen Rat für Frieden, Nachhaltigkeit und Menschenrechte einrichten sowie einen
108 Nachhaltigkeits- und Menschenrechts-TÜV einführen, mit dem relevante Gesetzesentwürfe auf
109 Vereinbarkeit mit den VN-Nachhaltigkeits- und -Klimazielen sowie Menschenrechtsabkommen überprüft
110 werden. Auch international wollen wir neuen Schwung in die sozial-ökologische Transformation
111 bringen, indem wir auf eine verbindliche Transformationsquote hinwirken und insbesondere die

Länder

112 des globalen Südens in diesem Prozess unterstützen. Wir bündeln die Ausgaben für
113 Entwicklungszusammenarbeit, internationale Klimafinanzierung und Teile der
humanitären
114 Hilfe, um eine globale Transformation entlang der Nachhaltigkeitsziele der Vereinten
115 Nationen und der Pariser Klimaziele zu finanzieren. Dabei halten wir unsere
internationalen
116 Zusagen für Entwicklungszusammenarbeit, Klimafinanzierung und Biodiversität ein.
117 Deutschlands Beitrag dazu ist, die ODA-Quote, also den Anteil der öffentlichen
Ausgaben für
118 Entwicklungszusammenarbeit am Bruttonationaleinkommen, von 0,7 Prozent bis 2025
zu erreichen
119 und weitere 10 Milliarden Euro zur internationalen Klimafinanzierung bereitzustellen.

120 **Klimaaußenpolitik und globale Klimagerechtigkeit**

121 Wir verfolgen eine ambitionierte, nachhaltige und menschenrechtskonforme
Klimaaußenpolitik
122 und setzen uns für globale Klimagerechtigkeit ein: Wir machen Klimaneutralität sowie
die
123 Bewältigung von Klimafolgen zu einer ressortübergreifenden strategischen Priorität
unseres
124 internationalen politischen Handelns. So wollen wir auch der historischen
Verantwortung von
125 Deutschland und Europa gerecht werden. Internationale Kooperation für
Klimagerechtigkeit ist
126 klimapolitisch notwendig, verfolgt die Erreichung der nachhaltigen Entwicklungsziele,
beugt
127 Ressourcenkonflikten vor und sichert Frieden. Denn die Länder des globalen Südens
haben
128 wachsende Energiebedarfe: Mit Klima- und Entwicklungspartnerschaften wollen wir
Innovation
129 für Klimaneutralität global vorantreiben, den massiven Ausbau erneuerbarer Energien
130 unterstützen und Anpassung stärken, damit die Weltgemeinschaft auf den 1,5-Grad-
Pfad kommen
131 kann. Wir wollen Win-win-Situationen für Europa und seine Nachbarstaaten sowie für
Länder
132 mit großen Potenzialen für erneuerbare Energien schaffen und somit postkolonial
sensibel
133 unseren Bedarf an grüner Energie sichern: grünen Wasserstoff statt Öl- und
Gasimporte. Wir
134 stärken die personellen und finanziellen Mittel Deutschlands und der EU für
135 Klimaaußenpolitik sowie für globale Klimagerechtigkeit und richten unsere
diplomatischen
136 Fähigkeiten gezielt auf eine klimagerechte Politik aus. Die bestehenden internationalen

137 Fonds für Klimaanpassung und Klimaschutz wollen wir besser ausstatten und setzen
uns für
138 einen zusätzlichen Fonds zum Ausgleich von Schäden und Verlusten ein, um daraus
zum Beispiel
139 Klimarisikoversicherungen zu
140 finanzieren. Förderungen fossiler Energieträger in unserer Entwicklungs- und

141 Exportfinanzierung werden wir beenden. Entwicklungs- und Investitionsbanken wie die
Weltbank
142 oder die KfW sollen zu Transformationsbanken umgebaut werden.

143 **Klima und Umwelt schützen, Menschenrechte achten**

144 Der Schutz der Menschenrechte verpflichtet zum Klima- und Umweltschutz, umgekehrt
schützt

145 Klima- und Umweltschutz Menschenrechte. Wir treten für verbindliche Mechanismen
zum Schutz

146 von Menschen ein, die aufgrund von Extremwetterereignissen oder schleichender
147 Umweltveränderung ihre Lebensgrundlage verlieren und ihre Heimat verlassen
müssen.

148 Insbesondere regionale Ansätze, die den Betroffenen eine selbstbestimmte und
würdevolle

149 Migration ermöglichen und ihnen Aufenthaltsperspektiven schaffen, unterstützen wir.
Zugleich

150 wollen wir jene Staaten in die Pflicht nehmen, die historisch am meisten zur
Erderwärmung

151 beigetragen haben, um dem Verantwortungsprinzip im Umweltvölkerrecht Rechnung
zu tragen und

152 Heimat- und Aufnahmelande klimabedingter Migration zu unterstützen. Die „Task
Force on

153 Displacement“ der Klimarahmenkonvention UNFCCC wollen wir strukturell stärken und
setzen uns

154 dafür ein, dass ihre Empfehlungen ebenso umgesetzt werden wie der Globale Pakt für
eine

155 sichere, geordnete und reguläre Migration sowie der Globale Pakt für Flüchtlinge. Es
braucht

156 auch die Stärkung des Rechts indigener Gemeinschaften. Initiativen zur Stärkung des
157 Rechtswegs, auch gegen multilaterale Investitionsbanken und das Instrument der
Klimaklagen

158 unterstützen wir. Die französische Initiative, das Umweltvölkerrecht zu kodifizieren und
zu

159 konsolidieren, greifen wir auf und machen uns dafür stark, in einem ersten Schritt das
Recht

160 auf saubere Umwelt in einer Resolution der VN-Generalversammlung zu verbriefen. Da

161 Verbrechen gegen die Umwelt nicht vor Ländergrenzen Halt machen, ist es im
globalen

162 Interesse, dass die internationale Staatengemeinschaft eine Gerichtsbarkeit schafft,
die

163 diese Verbrechen unabhängig und grenzüberschreitend verfolgt.

164 **Armut und Ungleichheit weltweit bekämpfen**

165 Durch die Corona-Pandemie sind Armut und Ungleichheit weltweit dramatisch
angestiegen.

166 Armutsbekämpfung und gerechte Teilhabe sind zentrale Ziele unseres internationalen

167 Engagements. Wir unterstützen Länder dabei, eine sozialorientierte Wirtschafts- und

168 Steuerpolitik zu verfolgen. Wir setzen uns dafür ein, dass Menschen weltweit sozial

169 abgesichert werden, auch über Social Cash Transfers, und dass Kinder und Jugendliche
Zugang

170 zu hochwertiger Schul- und Berufsausbildung erhalten. Gemeinsam mit unseren
Partnerländern
171 wollen wir den Aufbau nachhaltiger und rechtsbasierter sozialer Sicherungssysteme
fördern.
172 Grundsätzlich sollen soziale Sicherungsprogramme einfach zugänglich sein und die
173 vulnerabelsten Gruppen erreichen, die Geschlechtergerechtigkeit herstellen und den
sozialen
174 Zusammenhalt stärken. Um die Effektivität aller Maßnahmen zu erhöhen, wollen wir
175 Wirkungsevaluierung, Transparenz sowie den Austausch mit der Wissenschaft stärken.

176

177

178 **Humanitäre Hilfe stärken**

179 Mit humanitärer Hilfe unterstützen wir weltweit Menschen, die in humanitäre Notlagen
geraten
180 sind. Die Anzahl humanitärer Krisen nimmt zu, sowohl aufgrund bewaffneter Konflikte
als auch
181 infolge klimakrisenbedingter Extremwetterereignisse. Immer mehr Menschen müssen
ihre Heimat
182 verlassen, humanitäre Krisen dauern länger an. Dem werden wir durch eine
kontinuierliche
183 Anpassung der Mittel für die humanitäre Hilfe gerecht. Diese werden bedarfsorientiert
sowie
184 verstärkt mehrjährig vergeben. Damit ermöglichen wir Planbarkeit und Flexibilität für
die
185 Durchführungsorganisationen und erreichen Menschen in Not schnell und
angemessen. Wir setzen
186 uns für die Achtung der humanitären Prinzipien ein und gehen durch die bessere
Verzahnung
187 mit ziviler Krisenprävention und Entwicklungszusammenarbeit die strukturellen
Ursachen an.

188 **Wir stärken die multilaterale Zusammenarbeit**

189 **Vereinte Nationen reformieren**

190 Ohne die Vereinten Nationen ist die multilaterale Zusammenarbeit an der sozial-
ökologischen
191 Transformation nicht zu meistern. Ihre Institutionen versorgen überall auf der Welt
192 Millionen von Geflüchteten, stellen Bildungsmöglichkeiten, Nahrung und
Gesundheitsleistungen
193 zur Verfügung. Sie vermitteln in unzähligen Kriegen und Konflikten und sind der
Rahmen, in
194 dem die beiden wichtigsten multilateralen Abkommen der vergangenen Jahre
ausgehandelt worden
195 sind: die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung und das Pariser
Klimaschutzabkommen. Das
196 Engagement Deutschlands und der EU für die Vereinten Nationen werden wir
finanziell,
197 personell und diplomatisch substanziell verstärken, besser koordinieren und
internationale
198 Vereinbarungen konsequent in nationale und europäische Politik umsetzen. So

schaffen wir die
 199 Voraussetzungen für notwendige Reformen des VN-Systems. Der Sicherheitsrat und
 andere Organe
 200 der Vereinten Nationen sollten an die Realitäten des 21. Jahrhunderts angepasst
 werden.
 201 Dabei geht es um eine gerechtere Repräsentation der Regionen im Sicherheitsrat. Das
 Konzept
 202 der Vetomächte ist nicht mehr zeitgemäß. Wir zielen darauf, dass das Vetorecht
 langfristig
 203 abgeschafft wird. Als Zwischenschritt sollte im Falle von schwersten Verbrechen gegen
 die
 204 Menschlichkeit ein Veto im Sicherheitsrat mit einer Begründung und einem
 Alternativvorschlag
 205 versehen werden. Wenn der Sicherheitsrat im Falle von schwersten
 Menschenrechtsverletzungen
 206 anhaltend blockiert ist, soll die Generalversammlung an seiner Stelle nach dem Vorbild
 der
 207 „Uniting for Peace“-Resolution über friedens erzwingende Maßnahmen, also
 diplomatische
 208 Maßnahmen, Sanktionen oder militärische Maßnahmen gemäß Kapitel VII der UN-
 Charta, mit
 209 qualifizierter Mehrheit beschließen.

210 **Resilienz gegen Epidemien erhöhen - WHO stärken**

211 Zum Schutz vor neuen und zur Bekämpfung der alten Krankheiten setzen wir auf
 verstärkte
 212 internationale Zusammenarbeit und Solidarität unter dem Dach der zu reformierenden
 213 Weltgesundheitsorganisation als Sonderorganisation der Vereinten Nationen. Die WHO
 soll die
 214 koordinierende Organisation der globalen Gesundheit sein. Dazu wollen wir sie mit
 deutlich
 215 höheren Beiträgen und einem klaren Mandat befähigen. Sie soll Gesundheitssysteme
 weltweit
 216 stärken können, damit eine bessere Versorgung lokaler Bevölkerungen sichergestellt
 ist und
 217 die Prävention gegen nichtübertragbare wie übertragbare Krankheiten, deren
 Diagnose und die
 218 Reaktion darauf verbessert werden. Ihre zentrale Rolle in der Pandemievorsorge und -
 219 bekämpfung wollen wir weiter stärken. In den G20 werden wir uns dafür einsetzen, ihr
 einen
 220 formellen Sitz einzuräumen. Mit Blick auf die Bekämpfung der Corona-Pandemie hat
 Priorität,
 221 dass noch in diesem Jahr die bestehenden Kapazitäten zur Produktion von Covid-19-
 Impfstoffen
 222 erhöht und Impfstoffe im Rahmen der COVAX-Allianz an einkommensschwache Länder
 geliefert
 223 werden. Zusätzlich setzen wir uns für einen aktiven Technologie- und Wissenstransfer
 224 bezüglich der Herstellung entscheidender Arzneimittel ein. Die Gewährleistung
 offener,
 225 fairer und flexibler globaler Lieferketten ist dafür genauso Voraussetzung wie die

Aufhebung

226 weltweiter Exportrestriktionen für Covid-19-Impfstoffe. Wo freiwillige
227 Produktionspartnerschaften nicht ausreichen, unterstützen wir Anträge auf Erteilung
von
228 verpflichtenden Lizenzen für Covid-Impfstoffe gegen Entschädigungen und bringen
uns in
229 diesem Sinne bei der WTO für eine temporäre Aussetzung von Patenten für
Technologien zur
230 Bekämpfung von Covid-19 in die Verhandlungen ein. Monopole auf geistiges Eigentum
zur
231 Bekämpfung von Krankheiten dürfen den Zugang zu überlebenswichtigen
Schutzmaterialien,
232 Impfstoffen und Arzneimitteln nicht versperren. Wir unterstützen die Einbindung
Taiwans in
233 die WHO inklusive eines Beobachterstatus.

234 **50 Prozent Frauen in internationalen Verhandlungen**

235 Wir wollen dem Multilateralismus neue Impulse für mehr Zusammenarbeit geben.
Transformation
236 gelingt nur mit Kooperation, und die gelingt nur durch Einbeziehung der betroffenen
237 gesellschaftlichen Gruppen. Nach wie vor ist die gleichberechtigte und intersektionale
238 Teilhabe von Frauen der stärkste Indikator dafür. Wir wollen schrittweise für
Deutschland
239 und Europa eine 50-Prozent-Quote in allen diplomatischen und multilateralen
Verhandlungen,
240 für die Entsendung in internationale Organisationen sowie auf den Umsetzungsebenen
241 durchsetzen. Um das zu ermöglichen, ist eine 50-Prozent-Quote für Frauen im
Auswahlverfahren
242 für das Personal in internationalen Einsätzen, in den international arbeitenden
Ministerien
243 sowie im gehobenen und höheren Europäischen Auswärtigen Dienst notwendig. Es
braucht
244 vergleichbare Kriterien, Standards, Indikatoren und Zeitrahmen für die
Gleichstellungspläne
245 der Ministerien, vergleichbar mit dem „Gender Equality Plan“ nach dem Vorbild der
246 schwedischen Regierung.

247 **Wir arbeiten an guten Beziehungen in einer multipolaren** 248 **Welt**

249 **Für eine aktive europäische Politik mit unseren Nachbarstaaten**

250 Die EU muss vor allem in ihrer direkten Nachbarschaft mehr Verantwortung
übernehmen. Die EU-
251 Erweiterungspolitik ist dabei eine Erfolgsgeschichte, die wir fortschreiben wollen.
Deshalb
252 treten wir für konkrete Fortschritte bei der europäischen Integration der Länder des
253 westlichen Balkans ein. Wir wollen notwendige Reformen, unter anderem bei
Demokratie,
254 Rechtsstaatlichkeit, Korruptionsbekämpfung sowie Inklusion und Schutz von

Minderheiten,
255 insbesondere der Rom*nja, aktiv unterstützen. Die Visaliberalisierung für
Kosovar*innen ist
256 als nächster Schritt genauso unerlässlich wie Fortschritte im Serbien-Kosovo-Dialog,
die
257 Eröffnung der ersten EU-Beitrittskapitel für Albanien und Nordmazedonien oder die
Schaffung
258 einer Bürger*innengesellschaft mit gleichen Rechten für alle Bürger*innen in Bosnien
und
259 Herzegowina. Auch Aussöhnungsprozesse und die politische und juristische
Aufarbeitung der
260 Kriegsverbrechen müssen gestärkt werden. Ethnischen Grenzverschiebungen oder
261 Diskriminierungen erteilen wir eine klare Absage. In Osteuropa streiten viele mutige
262 Menschen in Ländern wie Armenien, Georgien, Ukraine oder Belarus für Demokratie,
263 Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte. Wir stehen an ihrer Seite und fördern
demokratische
264 und sozial-ökologische Transformationsprozesse in der Region, im Rahmen der
Östlichen
265 Partnerschaft der EU und bilateral, etwa durch die stärkere Knüpfung von Geldern an
die
266 nachhaltige Umsetzung von Reformen. Wir unterstützen die demokratische
Zivilgesellschaft und
267 unabhängige Medien vor Ort, wollen mehr Austausch zwischen Ost und West
ermöglichen und
268 Justizreformen vorantreiben. EU-assoziierten Ländern der Östlichen Partnerschaft
wollen wir
269 den Weg zu einem EU-Beitritt offenhalten. Im Süden braucht es eine neue
Mittelmeerpolitik,
270 die gemeinsam Entwicklungspotenziale für die Region realisiert und sich zugleich den
enormen
271 Herausforderungen stellt: Terrorismus, autoritäre Regime, Staatszerfall. Gemeinsam
wollen
272 wir im Rahmen ambitionierter Energiepartnerschaften den Mittelmeerraum zu einer
Plus-
273 Energie-Region machen. Derweil hat zu unserem großen Bedauern mit Großbritannien
erstmal
274 ein Land das gemeinsame Haus der EU verlassen. Es ist gut, dass mit dem Handels-
und
275 Kooperationsabkommen die Grundlage für einen Neubeginn geschaffen wurde. Es
bedarf aber
276 weiterer Anstrengungen, um zu verhindern, dass europäische Standards ausgehöhlt
werden. Das
277 Karfreitagsabkommen und die offene Grenze garantieren den Frieden auf der irischen
Insel.
278 Dieser fragile Frieden darf nicht gefährdet werden. Den Austausch von Studierenden,
279 Forscher*innen und in der beruflichen Bildung zwischen der EU und Großbritannien
wollen wir
280 auch nach dem Brexit lebendig halten.

281 **USA**

282 Die transatlantische Partnerschaft bleibt ein zentraler Stützpfeiler der deutschen
 283 Außenpolitik, jedoch muss sie erneuert, europäisch gefasst, multilateral und an klaren
 284 gemeinsamen Werten und demokratischen Zielen ausgerichtet werden. Als Kern einer
 285 erneuerten transatlantischen Agenda der EU wollen wir einen gemeinsamen starken Impuls für die
 286 weltweite Klimapolitik, ausgehend von den Pariser Klimazielen, geben. Besonders mit
 287 der Etablierung einer starken Klimapartnerschaft kann die transatlantische Partnerschaft
 288 Inspiration und Treiber für eine sozial-ökologische Transformation, die weltweit höchste
 289 Standards setzt, sein. Wir setzen auch bei der Stärkung des Multilateralismus, in
 290 Handelsfragen sowie bei der Gesundheit auf eine gute Kooperation mit den USA. Wir
 291 wollen uns gemeinsam für den weltweiten Menschenrechtsschutz, die Weiterentwicklung
 292 internationaler Rechtsnormen, globale Rüstungskontrolle und Abrüstung, eine regelbasierte
 293 Weltordnung und die Stärkung einer verantwortungsbewussten Handelspolitik einsetzen. Das schließt
 294 eine Verständigung über den Umgang mit autoritären Staaten mit ein. Der
 295 sicherheitspolitische Fokus der USA wird sich auch mit der neuen US-Regierung nicht wieder zuvorderst auf
 296 Europa richten. Die EU und ihre Mitgliedstaaten müssen selbst mehr außen- und
 297 sicherheitspolitische Verantwortung übernehmen. Das gilt insbesondere für die Sicherheit der östlichen
 298 Nachbarländer der EU wie auch der baltischen Staaten und Polens. Wir wollen die
 299 transatlantische Debatte auf vielen Ebenen führen, auch auf den jeweiligen
 300 föderalen und lokalen, sowie in zivilgesellschaftlichen Foren – und damit nachhaltige,
 301 diverse gesellschaftliche Netzwerke knüpfen.

302 **China**

303 China ist Europas Wettbewerber, Partner, systemischer Rivale. Wir verlangen von
 304 China ein Ende seiner eklatanten Menschenrechtsverletzungen, etwa in Xinjiang und Tibet und
 305 zunehmend auch in Hongkong. Es braucht auch einen konstruktiven Dialog mit China, der dort eine
 306 Kooperation sucht, wo es zu konstruktiver Zusammenarbeit bereit ist, und klare
 307 Gegenstrategien bereithält, wo China systematisch versucht, internationale Standards zu
 308 schwächen. Insbesondere in der Klimapolitik streben wir gemeinsame politische,
 309 wirtschaftliche und technologische Anstrengungen sowie eine Einhaltung von
 310 nachhaltigen Produktionsstandards und einen transparenten Fahrplan zur Bekämpfung der
 311 Klimakrise, beispielsweise durch einen Kohleausstieg, in China an. Kooperation mit China darf
 312 nicht zu Lasten von Drittstaaten oder von Menschen- und Bürger*innenrechten gehen. Wir
 halten uns an

313 die „Ein-China-Politik“ der Europäischen Union und betonen, dass die Vereinigung mit
Taiwan
314 nicht gegen den Willen der Bevölkerung Taiwans erzwungen werden darf. Gleichzeitig
wollen
315 wir den politischen Austausch mit Taiwan ausbauen. Unsere Handelsbeziehungen mit
China
316 wollen wir nutzen, um fairen Marktzugang für ausländische Investitionen,
Rechtssicherheit
317 und gleiche Wettbewerbsbedingungen einzufordern. Wir erwarten, dass China die
entscheidenden
318 Kernnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) ratifiziert und jede Form von
319 Zwangsarbeit beendet. Das EU-Lieferkettengesetz muss angesichts der
320 Menschenrechtsverletzungen – etwa in Xinjiang – Waren aus Zwangsarbeit den
Zugang zum
321 Binnenmarkt ebenso verwehren, wie es Unternehmen für ihre Produkte in Haftung
nimmt.
322 Deutschland sollte sich außerdem für eine Fact-Finding-Mission zu Xinjiang im Rahmen
des VN-
323 Menschenrechtsrats einsetzen und die Unterdrückung der Uigur*innen als
Völkerstraftaten
324 bezeichnen. Dem europäisch-chinesischen Investitionsabkommen CAI können wir in
seiner
325 jetzigen Form nicht zustimmen. Wir werden an einer engen europäischen und
transatlantischen
326 Koordinierung gegenüber China arbeiten.

327 **Indo-Pazifik**

328 Wir setzen uns für eine freie und offene indo-pazifische Region auf der Grundlage
globaler
329 Normen und des Völkerrechts ein. Wir wollen eine umfassende Kooperation mit der
Region,
330 insbesondere in den Bereichen Rechtsstaatlichkeit und Demokratie, Stärkung des
331 Multilateralismus und bei Digitalisierung und Klimaschutz. Australien, Japan,
Neuseeland,
332 Südkorea und auch Taiwan betrachten wir ebenso als wichtige Partnerländer, wie wir
die
333 strategischen Partnerschaften mit Indien und mit ASEAN ausbauen wollen. Die
Stärkung der
334 Zivilgesellschaften ist ein integraler Bestandteil unserer Indo-Pazifik-Strategie. Wir
335 entwickeln eine indo-pazifische Handelspolitik, die nachhaltige bilaterale
336 Handelsbeziehungen mit gleichgesinnten Partner*innen in einem multilateralen
Rahmen
337 vorsieht, demokratisch und transparent zustande kommt und sich für globale
338 Gemeinwohlinteressen wie Klimaschutz, Sozialstandards und Menschenrechte
einsetzt. Wir
339 streben an, einen intensivierten Dialog zu Frieden und Sicherheit mit Partner*innen im
Indo-
340 Pazifik zu führen. Die vor allem vom steigenden Meeresspiegel Betroffenen verdienen
unsere
341 verstärkte, konkrete Unterstützung. Auch soll sich Deutschland aktiv für eine globale
EU-

342 Konnektivitätsstrategie einsetzen, um gemeinsame Infrastrukturentwicklung nach
343 qualitativ
343 hohen internationalen Standards entsprechend den Bedürfnissen unserer
Partner*innen zu
344 realisieren.

345 **Russland**

346 Russland hat sich zunehmend in einen autoritären Staat gewandelt, dessen
Außenpolitik durch
347 militärische und hybride Mittel immer offensiver Demokratie, Stabilität und Frieden in
der
348 EU und in der gemeinsamen Nachbarschaft gefährdet. Gleichzeitig erstarkt die
349 Demokratiebewegung in Russland. Die mutige Zivilgesellschaft, die der immer
härteren
350 Repression durch den Kreml die Stirn bietet und für Menschenrechte, Demokratie,
351 Rechtsstaatlichkeit und sexuelle Selbstbestimmung kämpft, wollen wir
352 unterstützen und den kulturellen, politischen und wissenschaftlichen Austausch mit ihr
353 intensivieren. Für eine Lockerung der Sanktionen, die wegen der völkerrechtswidrigen
354 Annexion der Krim und des militärischen Vorgehens in der Ukraine gegen Russland
verhängt
355 wurden, hat die EU klare Bedingungen formuliert. An diesen werden wir festhalten und
die
356 Sanktionen bei Bedarf verschärfen. Wir verlangen, dass die russische Regierung ihre
Zusagen
357 aus dem Minsker Abkommen umsetzt. Das Pipeline-Projekt Nord Stream 2 trägt nicht
zum
358 Klimaschutz bei, richtet sich gezielt gegen die energie- und geostrategischen
Interessen der
359 Europäischen Union, gefährdet die Stabilität der Ukraine und muss daher gestoppt
werden. Es
360 braucht außerdem einen konstruktiven Klima-Dialog mit Russland, wobei bei einzelnen
361 Schritten die Menschenrechte geschützt werden müssen.

362 **Türkei**

363 Die Türkei und die EU verbindet sehr viel mehr, als sie trennt: gesellschaftlich,
kulturell,
364 wirtschaftlich. Gerade die Beziehungen zwischen Deutschland und der Türkei sind,
auch durch
365 die gemeinsame Migrationsgeschichte, eng und vielfältig. Wir stehen an der Seite all
derer,
366 die in der Türkei für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, Gleichstellung und
Menschenrechte
367 kämpfen. Wir verurteilen die Menschenrechts- und Rechtsstaatsverletzungen, fordern
eine
368 sofortige Freilassung aller politischen Gefangenen und die Rückkehr zu einem
politischen
369 Dialog- und Friedensprozess in der kurdischen Frage. Wir weisen die aggressive
Außenpolitik
370 der türkischen Regierung entschieden zurück und fordern sie auf, zu einer

multilateralen
371 Außen- und Sicherheitspolitik zurückzukehren. Das gilt es auch in der NATO zu
372 thematisieren, nicht zuletzt mit Blick auf die völkerrechtswidrige Militäroffensive der
373 Türkei in Nordsyrien. Wir verurteilen den Austritt der Türkei aus der Istanbul-
Konvention
374 und fordern sie auf, diesen wieder rückgängig zu machen. Die Wiederaufnahme der
Gespräche
375 über einen EU-Beitritt ist unser politisches Ziel. Sie kann es aber erst geben, wenn die
376 Türkei eine Kehrtwende zurück zu Demokratie und Rechtsstaatlichkeit vollzieht. Die
Türkei
377 hat mehr Geflüchtete – vor allem aus Syrien – aufgenommen als die 27
Mitgliedstaaten der EU
378 zusammen. Der bestehende „EU-Türkei-Deal“ untergräbt jedoch internationales
Asylrecht, ist
379 gescheitert und muss beendet werden. Wir fordern die Türkei auf, die Genfer
380 Flüchtlingskonvention vollumfänglich umzusetzen. Die Türkei ist kein sicherer
Drittstaat.
381 Eine neue Bundesregierung muss die von der Kommission angestoßenen
Verhandlungen über ein
382 neues Abkommen dafür nutzen, aus den Fehlern der Vergangenheit zu lernen. Das
neue Abkommen
383 muss völkerrechts- und rechtsstaatskonform sein und darf nicht die Flucht bekämpfen,
sondern
384 muss
385 die Perspektiven der Menschen verbessern. Daher soll es die notwendige finanzielle
und
386 logistische Unterstützung vor Ort garantieren, die Türkei bei der Aufnahme von
Geflüchteten
387 unterstützen und verbindliche Kontingenzusagen zur Umsiedlung schutzbedürftiger
388 Geflüchteter in die EU machen. Im Gegenzug muss die Türkei garantieren, Geflüchtete
gut zu
389 versorgen und zu integrieren. Geflüchtete dürfen nicht zum Spielball gemacht werden.
Solch
390 ein Abkommen muss im Parlament debattiert und beschlossen werden. Menschen in
Deutschland
391 dürfen von der türkischen Regierung und ihren Unterstützer*innen weder
instrumentalisiert
392 noch überwacht oder gar bedroht werden. Wir wollen gerade in schwierigen Zeiten
den
393 Austausch mit der menschenrechtsorientierten und demokratischen Zivilgesellschaft
in der
394 Türkei und Jugendaustauschprogramme ausbauen.

395 **Naher und Mittlerer Osten**

396 Partnerschaften mit den Staaten und Gesellschaften des Nahen Ostens und der
südlichen
397 europäischen Nachbarschaft sind ein wichtiger Bestandteil unserer Außen-, Klima- und
398 Menschenrechtspolitik. Wir setzen auf vielfältige Formen der Zusammenarbeit, etwa
durch
399 Stärkung der Zivilgesellschaften im Bemühen um mehr Beteiligung, Kooperation bei
der

400 Bewältigung der Herausforderung Klimawandel und Förderung unabhängiger und
nachhaltiger
401 Wirtschaftsstrukturen, gerade für junge Menschen. Eine Vermittlung zur Verständigung
402 zwischen dem Iran und den arabischen Golfstaaten gehört ebenso zu den Aufgaben
europäischer
403 Außenpolitik wie Bemühungen zur Mediation von offenen Konflikten, zum Beispiel in
Syrien,
404 Libyen und Jemen, sowie die Verhinderung von Staatszerfall, Korruption, sozialen
405 Verwerfungen und Vertreibungen in der gesamten Region. Durch die Bewahrung und
das
406 Wiederaufleben des Atom-Abkommens mit dem Iran (JCPOA) kann ein nukleares
Wettrüsten im
407 Nahen Osten verhindert
408 werden. Frieden, Sicherheit und menschenwürdige Lebensverhältnisse für alle
Menschen im
409 Nahen Osten sind ein zentrales Anliegen deutscher Außen- und Sicherheitspolitik, auch
und
410 besonders mit
411 Blick auf einen nachhaltigen Frieden zwischen Israelis und Palästinenser*innen. Die
412 Sicherheit des Staates Israel ist ein Teil der deutschen Staatsräson. Die Existenz und
die
413 Sicherheit Israels als nationale Heimstätte des jüdischen Volkes mit gleichen Rechten
für
414 all seine Bürger*innen sind unverhandelbar. Wir treten für die Fortsetzung der engen
415 deutsch-israelischen Beziehungen ein. Die anhaltende Bedrohung des Staates Israel
und seiner
416 Souveränität in seiner Nachbarschaft und den Terror gegen seine Bevölkerung
verurteilen wir.
417 Sowohl die Eskalation von Gewalt als auch völkerrechtswidrige Maßnahmen wie die
Annexion von
418 besetzten Gebieten oder den fortschreitenden Siedlungsbau kritisieren wir, da sie dem
Ziel
419 einer friedlichen und politischen Lösung des Konflikts und einer Beendigung der
Besatzung
420 entgegenstehen. Für Frieden und Sicherheit braucht es eine Zweistaatenregelung auf
der
421 Grundlage der Grenzen von 1967 mit zwei souveränen, lebensfähigen und
demokratischen Staaten
422 für Israelis wie für Palästinenser*innen. Wir werden uns für Wahlen, einen
423 Demokratisierungsprozess sowie den Aufbau rechtsstaatlicher Strukturen in den
424 palästinensischen Gebieten starkmachen. Europa soll sich hierfür eng mit der neuen
US-
425 Regierung koordinieren.

426 **Nachbarschaft und Partnerschaft mit den Staaten Afrikas**

427 Die afrikanischen Staaten und Europa sind regional wie historisch eng verbunden. Wir
blicken
428 differenziert auf den afrikanischen Kontinent und seine Regionen in all ihrer
429 Vielseitigkeit. Europäische Afrikapolitik muss sich von patriarchalen Denkmustern frei
430 machen, die europäische Verantwortung annehmen und die jeweiligen Interessen in

Einklang

431 bringen. Dafür soll Deutschland im Rahmen der EU eine aktivere Rolle übernehmen.
Die
432 Zusammenarbeit zwischen der EU und Afrika soll sich auf Klimaschutz, Digitalisierung,
433 Technologietransfer, zivile Krisenprävention und die sozial-ökologische Transformation
434 fokussieren sowie faire und sichere Migrationswege aus Afrika nach Europa
ermöglichen. Mit
435 der Zivilgesellschaft, dem Kultur- und Wissenschaftsbetrieb in Afrika wollen wir
verstärkt
436 zusammenarbeiten und die vielfältige afrikanische Diaspora in Europa stärker
beteiligen. Die
437 Fortsetzung einer einseitigen Politik, die in weiten Teilen auf der Abwehr von
Geflüchteten,
438 unfairen
439 Handels- und Agrarpolitik und der Ausbeutung von Rohstoffvorkommen fußt, lehnen
wir ab und
440 machen
441 uns für eine gemeinsam entwickelte EU-Afrika-Strategie stark. Der Afrikanischen Union
und
442 den Regionalorganisationen stehen wir bei der Umsetzung ihrer Agenda 2063, der
afrikanischen
443 Freihandelszone und der regionalen Entwicklungs- und Friedensagenden zur Seite.

444 **Lateinamerika**

445 Wir setzen uns für eine gut abgestimmte Lateinamerika- und Karibik-Politik
Deutschlands und
446 der EU ein, die die sozial-ökologische Transformation befördert und Menschenrechte
schützt.
447 Viele Staaten Lateinamerikas haben in der Vergangenheit auf ein auf
Rohstoffausbeutung
448 basierendes Wirtschaftsmodell gesetzt, was zu Schäden für die Menschen, die Natur
und die
449 Volkswirtschaften geführt hat. Zudem sind die meisten lateinamerikanischen Staaten
massiv
450 von der Corona-Krise betroffen. Lateinamerika beherbergt vitale Zivilgesellschaften
und
451 starke soziale Bewegungen. Soziale Ungleichheiten, Korruption, verkrustete
Machtstrukturen,
452 patriarchale Gesellschaftsbilder und eine Art des Wirtschaftens, die die natürlichen
453 Lebensgrundlagen zerstört, werden zunehmend in Frage gestellt und progressive
Alternativen
454 entworfen. Gleichzeitig nehmen in vielen Ländern autoritäre Regierungsstile zu und
der
455 Raubbau an der Natur weitet sich aus. Indigene, Umwelt-, LSBTIQ*-, Frauen- und
456 Menschenrechtsaktivist*innen sind massiv bedroht und bedürfen internationaler
Aufmerksamkeit
457 und Unterstützung. Die Ökosysteme Lateinamerikas spielen eine zentrale Rolle beim
Schutz
458 globaler Gemeingüter wie des Klimas und der Biodiversität. Handelspolitik, wie das
Mercosur-
459 Abkommen, muss verbindlich an Leitlinien zum Schutz der Menschenrechte, des

Klimas und der
460 Umwelt ausgerichtet sein. Ökologische Nachhaltigkeit, demokratische Teilhabe,
Frieden und
461 Geschlechtergerechtigkeit stehen daher im Zentrum unserer Zusammenarbeit mit den
Staaten und
462 Zivilgesellschaften Lateinamerikas. Die Streichung vieler Staaten Lateinamerikas als
463 Partnerländer der deutschen Entwicklungszusammenarbeit ist kurzfristig, dies wollen
wir
464 ändern.

465 **Wir verteidigen die Menschenrechte**

466 **Menschenrechtsverteidiger*innen schützen**

467 Menschenrechtsverteidiger*innen sind Held*innen. Sie verteidigen überall auf der
Welt, oft
468 unter Lebensgefahr für sich und ihre Familien, die Einhaltung der Menschenrechte an
469 vorderster Front. Sie bedürfen unseres Schutzes, unserer Solidarität und aktiven
470 Unterstützung – auf allen Ebenen. An den besonders betroffenen deutschen
471 Auslandsvertretungen sollten deshalb Menschenrechtsreferent*innen als extra
Anlaufstelle
472 etabliert und sollte eine ressortübergreifende systematische Berichterstattung über
die
473 Menschenrechtssituation im Land eingeführt werden. Für
Menschenrechtsverteidiger*innen, die nicht
474 in ihrem Land bleiben können, weil sie dort akut gefährdet sind, wollen wir schneller
und
475 häufiger als bisher humanitäre Visa bereitstellen und die neu eingerichtete Elisabeth-
476 Selbert-Initiative zu ihrer temporären Aufnahme ausbauen. Auf internationaler Ebene
setzen
477 wir uns für den Ausbau von Förderungsmöglichkeiten für zivilgesellschaftliche
Initiativen
478 und die finanzielle Stärkung der entsprechenden Schutzinstrumente und Institutionen,
wie
479 beispielsweise Sonderberichterstatter*innen, ein. Wir werden die jüngsten Erklärungen
und
480 Empfehlungen auf VN-Ebene zum Schutz von Menschenrechtsverteidiger*innen
umsetzen. Darüber
481 hinaus setzen wir uns auch für den Schutz und die gezielte Förderung von
482 Menschenrechtsverteidiger*innen aus EU-Mitgliedstaaten ein.

483 **Kriegsverbrecher*innen zur Rechenschaft ziehen**

484 Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Völkermord und Kriegsverbrechen dürfen nicht
ungestraft
485 bleiben – als Zeichen der Gerechtigkeit an die Opfer, als Signal der Abschreckung, als
486 Voraussetzung für Frieden und Versöhnung. Das deutsche Völkerstrafrecht bietet die
487 Möglichkeit der Verurteilung auch hier in Deutschland. Dazu werden wir die
Kapazitäten beim
488 Bundeskriminalamt und bei der Generalbundesanwaltschaft ausbauen. Die
Ermittlungen in Fällen
489 sexualisierter Gewalt sollten verbessert und die Strafprozessordnung sollte dort

reformiert

490 werden, wo sie den Besonderheiten von Völkerstrafrechtsverfahren noch nicht
Rechnung trägt.

491 Darüber hinaus setzen wir uns für die zivilrechtliche Haftbarmachung von
Unternehmen für

492 schwerste Menschenrechtsverletzungen ein. International setzen wir uns für eine
langfristige

493 finanzielle Unterstützung von zivilgesellschaftlichen Organisationen und die
Vernetzung

494 relevanter Akteur*innen in diesem Bereich sowie für die – politische und finanzielle

495 –Stärkung des Internationalen Strafgerichtshofes und andere Institutionen wie den

496 Mechanismus der Vereinten Nationen für die Untersuchung und Verfolgung von
schwersten

497 Kriegsverbrechen in Syrien (IIIM) ein. Wir setzen uns dafür ein, dass alle Staaten dem

498 Römischen Statut des Internationalen Strafgerichtshofs beitreten. Gerade Kinder und

499 Jugendliche, die sexualisierte und geschlechtsbasierte Gewalt, Entführungen,
Rekrutierung

500 als Kindersoldat*in erlebt haben, leiden unter schweren Traumata. Wird dieses Leid
nicht

501 aufgearbeitet, beeinträchtigt es das Leben dieser Menschen und ihrer Familien sowie
den

502 gesellschaftlichen Zusammenhalt über Generationen. Die individuelle
Traumabearbeitung wollen

503 wir durch mehr qualifiziertes Personal und sichere Traumazentren vor Ort auch mit
unseren

504 internationalen Partner*innen und in Deutschland deutlich ausbauen.

505 **Keine Überwachungstechnologie für Diktaturen und Autokratien**

506 Verschlüsselte Kommunikation rettet tagtäglich Menschenleben. In den sozialen
Medien werden

507 Menschenrechtsverletzungen, die ansonsten unentdeckt geblieben wären, für alle
sichtbar. Und

508 ohne Satellitenbilder ließe sich etwa die Vertreibung ganzer Dorfgemeinschaften in

509 Kriegsgebieten gar nicht erst nachvollziehen. Zugleich sind es oft europäische

510 Überwachungstools, die es autokratischen Regierungen ermöglichen, unliebsame
Aktivist*innen

511 zu verfolgen. Biometrische Erkennungssysteme, wie etwa identifizierende

512 Gesichtserkennungssoftware, stellen besonders für Menschenrechtsverteidiger*innen,

513 Medienschaffende und verfolgte Minderheiten in autoritären Staaten eine zusätzliche

514 Bedrohung dar. Wir zielen auf ein Verbot für die Ausfuhr, den Verkauf und die
Weitergabe von

515 Überwachungsinstrumenten an repressive Regime. Entsprechende Schutzklauseln
wollen wir in

516 der deutschen wie europäischen Exportkontrolle verankern. Wir fördern die

517 Entkriminalisierung verschlüsselter Kommunikation, stellen uns der Schwächung von

518 Verschlüsselungstechnologien und -standards entgegen und stärken die Multi-
Stakeholder-

519 Governance des Internets auf internationaler Ebene. Im Rahmen unserer
internationalen

520 Zusammenarbeit setzen wir uns für den freien Zugang aller zu digitaler Technologie
ein. Den

521 freien Zugang zu Informationen als einem globalen öffentlichen Gut gilt es zu fördern
und zu
522 schützen. Durch die Unterstützung von Trainings stärken wir die sichere digitale
Vernetzung
523 zivilgesellschaftlicher Organisationen weltweit.

524 **Für Selbstbestimmung von Frauen und Mädchen weltweit**

525 Die Gleichstellung der Geschlechter ist ein Menschenrecht. Ohne
Geschlechtergerechtigkeit
526 kann auch Armut nicht wirksam bekämpft werden. In vielen der ärmsten oder
527 konfliktgebeutelten Länder sind Frauen und Mädchen besonders von Armut, Hunger
und Gewalt
528 betroffen. Wir setzen uns konsequent für die Rechte von Frauen und Mädchen weltweit
ein, für
529 ein selbstbestimmtes Leben, und werden alle diplomatischen Möglichkeiten nutzen,
damit die
530 Istanbul-Konvention Anwendung findet. Bildung und Gesundheit sind dafür die
Schlüssel. Wir
531 engagieren uns dafür, Frauen und Mädchen den uneingeschränkten Zugang zu
gleichwertiger
532 Bildung zu sichern sowie ihre sexuellen und reproduktiven Rechte zu schützen. Wir
setzen uns
533 dafür ein, dass Frauen und Mädchen weltweit uneingeschränkt Zugang zu
empfangnisverhütenden
534 Mitteln erhalten. Es braucht innovative Bildungsangebote wie kompakte nachholende
535 Grundbildung für Frauen oder Berufsbildung in Krisen- und Post-Konflikt-Kontexten.
Unsere
536 internationale Zusammenarbeit werden wir darum finanziell und konzeptionell auf
diese
537 Aufgabe hin ausrichten, die Erreichung der Geschlechtergerechtigkeit als
Querschnittsaufgabe
538 sowie reproduktive Gesundheit und das Recht auf Bildung in allen Projekten verankern.

539 **Menschenrechtskonventionen umsetzen, Institutionen stärken**

540 Um Menschenrechte tatsächlich und rechtlich durchsetzen zu können, müssen
internationale
541 Menschenrechtskonventionen ratifiziert, konsequent implementiert und
542 Menschenrechtsinstitutionen gestärkt werden. Es gilt insbesondere, die nun
angestoßene
543 Umsetzung der ILO-Konvention für die Rechte indigener Völker abzuschließen, das 12.
544 Zusatzprotokoll zur Europäischen Menschenrechtskonvention über Antidiskriminierung,
das
545 Fakultativprotokoll zum Sozialpakt und die Wanderarbeiterkonvention der Vereinten
Nationen
546 sowie die VN-Erklärung über die Rechte von Kleinbauern und -bäuerinnen zu
ratifizieren. Das
547 ist für Deutschland seit vielen Jahren überfällig. Den Prozess für ein VN-Abkommen zu
548 Wirtschaft und Menschenrechten (sog. Binding Treaty) wollen wir unterstützen und
aktiv
549 vorantreiben. Darüber hinaus wollen wir einen eigenen Straftatbestand „erzwungenes
550 Verschwindenlassen“ in Deutschland schaffen, um das Defizit in der Umsetzung der

551 Internationalen Konvention gegen das erzwungene Verschwindenlassen zu beheben.
Auf
552 europäischer Ebene setzen wir uns für die Umsetzung der Urteile des Europäischen
553 Gerichtshofs für Menschenrechte ein. Das Instrument der gezielten EU-Sanktionen
gegen
554 Menschenrechtsverbrecher*innen befürworten wir. Die Beauftragte der
Bundesregierung für
555 Menschenrechtspolitik und Humanitäre Hilfe wollen wir strukturell besser ausstatten
und die
556 finanzielle Ausstattung der Nationalen Stelle zur Verhütung von Folter und des
Deutschen
557 Instituts für Menschenrechte wollen wir mindestens verdoppeln, damit sie ihre
gesetzlichen
558 Aufgaben angemessen erfüllen können. Auf internationaler Ebene setzen wir uns für
die
559 Stärkung der VN-Fachausschüsse und -Sonderberichterstatter*innen ein.
Menschenrechte und
560 Demokratieförderung sind Grundpfeiler unserer entwicklungspolitischen Arbeit.

561 **Rechte von Minderheiten schützen**

562 Der Umgang mit Minderheiten ist der Gradmesser für den Menschenrechtsschutz in
einer
563 Gesellschaft. Wir setzen uns dafür ein, die Rechte von Minderheiten auf internationaler
Ebene zu stärken – auch innerhalb der EU. Nach wie vor setzen die einzelnen Staaten
den
564 durch die Vereinten Nationen vorgegebenen Minderheitenschutz in nationales Recht
um, ohne
565 dass einheitlich kontrolliert wird, ob das umfassend genug ist. Damit ist der Schutz
566 lückenhaft. Wir werden außenpolitisch für die weltweite Umsetzung der Yogyakarta-
Prinzipien
567 um Schutz von LSBTIQ* eintreten. In der Entwicklungspolitik wollen wir hier einen
neuen
568 Fokus setzen und unser Engagement deutlich steigern. Selbst innerhalb der EU gibt es
große
569 Unterschiede: Es existieren keine gemeinsamen EU-Mindeststandards, kein
einheitlicher
570 Rechtsrahmen, der den Schutz und die Förderung von Minderheiten gewährt. Das
wollen wir
571 ändern. Wir werden uns für die Verabschiedung der 5. Antidiskriminierungsrichtlinie
einsetzen, damit international anerkannte Menschenrechte in der EU eine
572 Rechtsgrundlage
573 erhalten und die VN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen auf
574 europäischer Ebene rechtlich umgesetzt wird. Den EU-Aktionsplan gegen Rassismus
treiben wir
575 national und international voran.

577 **Wir schützen Geflüchtete**

578 **Eine menschenrechtsorientierte Geflüchtetenpolitik in Europa umsetzen**

579 Wir treten für eine Europäische Union ein, die ihre humanitäre und rechtliche
580 Verpflichtung,
581 den Zugang zum Grundrecht auf Asyl zu garantieren, und die Notwendigkeit,
582 Verfahren nach
583 völkerrechtlichen Standards fair und zügig durchzuführen, einhält. So schwer das
584 derzeit in
585 der EU der 27 auch ist. Deutschland spielt dabei eine zentrale Rolle. Die neue
586 Bundesregierung muss die Menschenrechte und das Asylrecht verteidigen. Zustände
587 wie in den
588 Lagern auf den griechischen Inseln, auf dem Mittelmeer oder an der Grenze zu
589 Kroatien
590 bedeuten einen Bruch mit europäischen Werten und Menschenrechten. Der Blockade
591 einer
592 gemeinsamen und humanen Geflüchtetenpolitik zwischen den Mitgliedstaaten
593 begegnen wir mit
594 folgendem Plan: In gemeinschaftlichen von den europäischen Institutionen geführten
595 Registrierungscentren in den EU-Staaten mit rechtsstaatlich und europäisch
596 kontrollierten
597 Außengrenzen sollen die Geflüchteten registriert werden und einen ersten Check
598 durchlaufen,
599 ob Einträge in sicherheitsrelevanten Datenbanken vorliegen. So wissen wir, wer zu uns
600 kommt,
601 und werden zugleich unserer humanitären Verantwortung gerecht. Die Menschen, die
602 nach Europa
603 kommen, müssen medizinisch und psychologisch erstversorgt und
604 menschenrechtskonform
605 untergebracht werden. Unter Berücksichtigung persönlicher Umstände wie familiärer
606 Bindungen
607 oder der Sprachkenntnisse bestimmt die EU-Agentur für Asylfragen schnellstmöglich
608 den
609 Aufnahme-Mitgliedstaat für die Durchführung des Asylverfahrens. Der zugrunde
610 liegende,
611 zügige Verteilmechanismus stützt sich zunächst auf die Bereitschaft von
612 Mitgliedstaaten,
613 Regionen und Städten, Geflüchtete freiwillig aufzunehmen. Wer das tut, erhält Hilfe
614 aus
615 einem EU-Integrationsfonds. Reichen die Aufnahmeplätze nicht aus, weiten alle
616 Mitgliedstaaten im Verhältnis von Bruttoinlandsprodukt und Bevölkerungsgröße
617 verpflichtend
618 ihr Angebot aus oder leisten einen mindestens gleichwertigen Beitrag zu den
619 Gesamtkosten.
620 Das Asylverfahren findet dann im aufnehmenden Mitgliedstaat statt. Vorgezogene
621 Asylverfahrensprüfungen an den Außengrenzen sind damit nicht vereinbar. Die
622 Kommission
623 stellt sicher, dass die gemeinsamen Regeln und Standards eingehalten werden und für
624 alle
625 Menschen gelten. Wir werden mit handlungswilligen Ländern und Regionen
626 vorangehen, um die
627 derzeitige katastrophale Situation an den Außengrenzen zu beenden.
628 Menschenunwürdige Lager
629 und geschlossene Einrichtungen, Transitzonen oder europäische Außenlager in

Drittstaaten
607 lehnen wir ab.

608 **Sichere und legale Fluchtwege schaffen**

609 Niemand sollte für das völkerrechtlich verbrieftete Recht, um Asyl zu ersuchen, das
eigene
610 Leben oder das der Familie riskieren müssen. Genau das ist aber bittere Realität:
Immer noch
611 reichen die Möglichkeiten für sichere Zugangswege bei weitem nicht aus und
Geflüchtete sind
612 deshalb gezwungen, auf lebensgefährliche Routen durch die Wüste oder über das
Meer
613 auszuweichen. Wir wollen sichere und legale Zugangswege schaffen – damit Menschen
Schutz
614 finden und um zu verhindern, dass Schlepper aus der Not und dem Leid der
Geflüchteten Profit
615 schlagen können. Dabei sind wir dem besonderen Schutz der Familie gemäß
Grundgesetz, VN-
616 Kinderrechtskonvention und Europäischer Menschenrechtskonvention verpflichtet und
treten
617 dafür ein, die Einschränkungen beim Familiennachzug wieder aufzuheben. Familien
gehören
618 zusammen und das Kindeswohl hat oberste Priorität. Auch Menschen mit subsidiärem
619 Schutzstatus müssen deshalb ihre Angehörigen ohne die bisherigen Einschränkungen
nachholen
620 können und mit Geflüchteten gemäß der Genfer Konvention gleichgestellt werden. Wir
wollen
621 den Geschwisternachzug wieder ermöglichen. An deutschen und europäischen
Botschaften braucht
622 es mehr Personal und die Möglichkeit, digital Anträge zu stellen, um die Wartezeiten
für
623 Visa für Familienangehörige zu verkürzen. In Fällen, in denen die Beschaffung von
624 Identitätsnachweisen durch Schutzberechtigte bei Behörden ihres Herkunftsstaates
dort
625 lebende Angehörige gefährdet, setzen wir uns für die pragmatische Erteilung von
626 Passersatzpapieren ein. Auch mit humanitären Visa möchten wir Schutzbedürftigen die
627 Möglichkeit geben, sicher nach Europa zu kommen und hier um Asyl zu ersuchen. Wir
setzen uns
628 außerdem für die Aufnahme afghanischer Ortskräfte und ihrer Angehörigen ein, die
durch ihre
629 Zusammenarbeit mit deutschen Institutionen wie der Bundeswehr oder der GIZ in
Gefahr sind.
630 Das individuelle Asylrecht bleibt unangetastet.

631 **Sichere Zugangswege durch humanitäre Aufnahmepartnerschaft**

632 Im Rahmen des Resettlement-Programms des UNHCR werden durch die Vereinten
Nationen
633 anerkannte, besonders schutzbedürftige Geflüchtete solidarisch und geordnet auf die
634 Aufnahmeländer verteilt, statt sie ihrem Schicksal auf gefährlichen Fluchtrouten zu
635 überlassen. Das rettet Leben, nimmt Schleppern die Geschäftsgrundlage und folgt

einem
636 bewährten, planbaren Verfahren. Im Globalen Pakt für Flüchtlinge ist die
Weltgemeinschaft
637 übereingekommen, das Resettlement zu verstärken. Doch faktisch sinkt die Zahl der
638 Aufnahmeplätze seit Jahren. Wir schlagen vor, zusammen mit der neuen US-
Administration und
639 Kanada sowie anderen in einer globalen humanitären Partnerschaft die Aufnahme aus
dem
640 Resettlement-Programm deutlich auszubauen und mittelfristig die Erfüllung von
mindestens dem
641 jeweils fairen Anteil am jährlichen, vom UNHCR ermittelten Resettlement-Bedarf
entsprechend
642 der Wirtschaftskraft zu erreichen. So stärken wir die Vereinten Nationen, werden
langfristig
643 der globalen Verantwortung Europas gerecht, schaffen Planbarkeit auf allen Seiten,
gehen mit
644 gutem Beispiel voran und regen andere Staaten an, dem internationalen Bündnis
beizutreten.
645 Daneben werden wir sicherstellen, dass sich das geplante EU-Resettlement an den
UNHCR-
646 Kriterien orientiert. Das individuelle Asylrecht bleibt durch das Resettlement
unangetastet.

647 **Landesaufnahmeprogramme und ein Patenschaftsprogramm ermöglichen**

648 Mehrere Bundesländer und über 200 Kommunen in Deutschland sind bereit, mehr
Geflüchtete als
649 von der Bundesregierung zugesagt bei sich aufzunehmen. Dass diese weiteren
Aufnahmeplätze
650 dringend gebraucht werden, ist angesichts der elenden Zustände in den Lagern an
den EU-
651 Außengrenzen, etwa auf den griechischen Inseln oder an der bosnisch-kroatischen
Grenze,
652 offensichtlich. Wir wollen eine humanitäre Aufnahmepolitik, bei der der Bund und die
Länder
653 kooperativ zusammenarbeiten und die die Aufnahmebereitschaft von Kommunen und
Ländern nicht
654 mehr ignoriert. Länder, Landkreise, Städte und Gemeinden sollen mehr Mitsprache-
und
655 Gestaltungsmöglichkeiten erhalten, wenn es um die humanitäre Aufnahme
Geflüchteter geht. Mit
656 einer Änderung der Zustimmungsregel zwischen dem Bundesinnenministerium und
den Ländern von
657 Einvernehmen in Benehmen wollen wir klarstellen, dass sich Bundesländer künftig
über den
658 Königsteiner Schlüssel hinaus selbständig und frei für die Aufnahme von Geflüchteten
659 entscheiden können. Der Bund soll weiter die finanziellen und infrastrukturellen
Aufgaben
660 erfüllen und die Aufnahmebereitschaft fördern. Auch europäische Gelder können im
Rahmen der
661 aufnehmenden Staaten und Regionen eingesetzt werden. Wir werden wieder verstärkt
humanitäre

662 Bundesaufnahmeprogramme sowie Kontingente aus den EU-Staaten mit
Außengrenzen auf den Weg
663 bringen. Ein Patenschaftsprogramm nach dem Vorbild Kanadas kann die
Willkommenskultur
664 fördern. Gruppen aus Mentor*innen oder Vereine können dabei die Unterstützung von
665 Geflüchteten zusagen und so durch Relocation- und Resettlement-Möglichkeiten
konkret
666 Menschen helfen.

667 **Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte an den Außengrenzen sichern**

668 Ein gemeinsamer Raum der Freizügigkeit und ohne Binnengrenzen braucht
kontrollierte
669 Außengrenzen. Doch Grenzen sind nur rechtsstaatlich kontrolliert, wenn
Menschenrechte an
670 diesen Grenzen geschützt werden und der Zugang zum Recht auf Asyl gesichert ist.
Dass
671 tausende Menschen jährlich im Mittelmeer ertrinken, weil europäische Regierungen
ihnen nicht
672 ausreichend sichere Zugangswege ermöglichen und auch die Rettung aus Seenot
verweigern, ist
673 eine Schande. Wir streiten weiter für eine zivile und flächendeckende, europäisch
674 koordinierte und finanzierte Seenotrettung. Da ein gemeinsames Vorgehen aller
europäischen
675 Mitgliedstaaten derzeit nicht möglich erscheint, wollen wir mit jenen Staaten
vorangehen,
676 die die Seenotrettung als völkerrechtliche Pflicht ernst nehmen, und einen eigenen
Beitrag
677 leisten: Gerettete müssen zum nächsten sicheren Hafen gebracht werden, um dann
nach einem
678 Verteilmechanismus unverzüglich auf aufnahmebereite Mitgliedstaaten, Regionen oder
Städte
679 aufgeteilt zu werden. Wir stehen fest an der Seite zivilgesellschaftlicher
680 Rettungsinitiativen und treten dafür ein, dass die Kriminalisierung und behördliche
681 Behinderung ihrer Arbeit beendet wird. So wollen wir die Registrierung von Schiffen
der
682 Menschenrechtsbeobachtungs- und Seenotrettungsorganisationen rechtssicher und
einfacher
683 gestalten. Wir setzen auf eine europäische Grenzkontrolle, die den gemeinsamen
Schutz der
684 Menschenrechte zur Grundlage hat und ihre Aufgaben wahrnimmt, ohne sie zur
Fluchtabwehr zu
685 missbrauchen. Das Asylrecht beruht auf der Einzelfallprüfung, das völker- und
686 europarechtlich verbrieftes Nichtzurückweisungsgebot gilt immer und überall. Die
Genfer
687 Flüchtlingskonvention gilt uneingeschränkt. Ihre Aushöhlung führt weder zu mehr
Sicherheit
688 noch zu mehr europäischer Handlungsfähigkeit in der Geflüchtetenpolitik. Dennoch
erleben wir
689 derzeit einen systematischen Rechtsbruch an den EU-Außengrenzen: Menschen
werden
690 misshandelt, schutzlos auf dem Wasser zurückgelassen oder ohne Zugang zu

Asylverfahren

691 abgewiesen. Pushbacks, von nationalen Grenzpolizeien oder Frontex begangen,
müssen rechtlich
692 und politisch geahndet werden. Deutschland darf sich an völker- und
mensenrechtswidrigen
693 Einsätzen nicht beteiligen, Verstöße müssen verfolgt werden und Konsequenzen
haben. Wir
694 werden uns dafür einsetzen, dass Intransparenz und Menschenrechtsverletzungen bei
EU-
695 Agenturen wie Frontex keinen Raum mehr haben. Wir unterstützen die europäischen
Initiativen,
696 die die strukturellen Probleme beim Menschenrechtsschutz bei den Grenzkontrollen
mit
697 strukturellen Veränderungen beheben wollen. Das staatliche und zivilgesellschaftliche
698 Menschenrechtsmonitoring, vor allem durch die EU-Grundrechteagentur, wollen wir
ausbauen. Es
699 bedarf einer engen parlamentarischen Kontrolle von Frontex-Einsätzen sowie einer
700 systematischen Menschenrechtsbeobachtung vor Ort.

701 **Aufnahme- und Transitländer unterstützen**

702 Die humanitäre Versorgung von Geflüchteten außerhalb der Europäischen Union ist
Bestandteil
703 unserer globalen Verantwortung. Wir wollen die finanzielle und logistische
Unterstützung von
704 Erstaufnahme- und Transitländern wie der Türkei, dem Libanon, dem Sudan, Pakistan
oder
705 Uganda sowie der dort tätigen Hilfsorganisationen ausbauen. Die deutsche und
europäische
706 Zusammenarbeit mit Drittstaaten muss stets so erfolgen, dass Menschen- und
Grundrechte sowie
707 internationale Asylstandards eingehalten werden. Sie darf außerdem nicht auf die
708 Verhinderung von Flucht abzielen, wie es derzeit mit der sogenannten libyschen
Küstenwache
709 und der Erdogan-Regierung der Fall ist. Die bestehenden „Migrationspartnerschaften“,
die
710 Fluchtabwehr und Rückführungen zur Bedingung etwa von
Entwicklungszusammenarbeit machen,
711 lehnen wir daher ab, genauso wie die Kooperation mit der libyschen Küstenwache.
Statt
712 „sichere Herkunftsländer“ zu definieren, brauchen wir für Rückführungen
713 menschenrechtskonforme Rückübernahmeabkommen. Wir wollen denjenigen Ländern,
die ihren
714 Staatsbürger*innen nach einer Rückkehr Sicherheit effektiv garantieren, im Gegenzug
über
715 Visaerleichterungen oder Ausbildungspartnerschaften verlässliche Aussicht auf eine
geordnete
716 Migration eröffnen. Rückübernahmeabkommen dürfen aber nicht zur Bedingung in
anderen
717 Politikbereichen, etwa entwicklungspolitischer oder rechtsstaatlicher Unterstützung,
gemacht

718 werden, nicht für Drittstaatsangehörige gelten oder das Einwanderungsrecht
719 konterkarieren.

719 **Fluchtursachen strukturell angehen**

720 Uns ist bewusst: Nicht alle Ursachen von Vertreibung können wir beeinflussen. Viele
721 Menschen
722 fliehen, weil sie verfolgt oder ihnen grundlegende Rechte vorenthalten werden. Umso
723 entscheidender ist konsequentes Handeln überall dort, wo auch unser Wirtschaften
724 und
725 Konsumieren andernorts zu Ausbeutung oder Perspektivlosigkeit führen. So wollen wir
726 verhindern, dass Menschen überhaupt fliehen und ihre bisherige Heimat unfreiwillig
727 verlassen
728 müssen. Deshalb rücken wir die strukturellen Ursachen von Flucht und Vertreibung
729 und unsere
730 dahin gehende Verantwortung ins Zentrum unserer Politik. Denn viele politische
731 Entscheidungen, die wir in Deutschland und Europa treffen, haben direkte
732 Auswirkungen auf
733 die Lebensbedingungen in anderen Weltregionen. Wir machen uns deshalb stark für
734 zivile
735 Krisenprävention und wollen mit einer restriktiven Ausfuhrkontrolle europäische
736 Rüstungsexporte an Diktaturen, menschenrechtsverachtende Regime und in
737 Kriegsgebiete
738 beenden. Wir setzen uns für ein gerechtes Handelssystem ein, das auch den
739 Interessen der
740 Menschen im globalen Süden dient. Und wir treiben die sozial-ökologische
741 Transformation
742 unserer Wirtschaft voran.

734 **Wir streiten für eine gerechte Weltwirtschaftsordnung**

735 **Globale Krisenprävention**

736 Die Corona-Krise führt in vielen Ländern des globalen Südens zu Kapitalflucht und
737 Währungskrisen und offenbart so die Schwächen der Währungsordnung. Unser Ziel
738 bleibt
739 langfristig der Aufbau eines kooperativen Weltwährungssystems. Der IWF muss in
740 Krisensituationen sehr viel mehr Liquidität unkonditioniert bereitstellen können. Dafür
741 werden wir uns für eine deutliche Aufstockung der Sonderziehungsrechte einsetzen.
742 Deutschland und Europa könnten vorangehen und nicht genutzte
743 Sonderziehungsrechte Ländern
744 des globalen Südens zur Verfügung stellen, wie Kanada es bereits getan hat. Der IWF
745 sollte
746 Ländern des globalen Südens auch bei der Einführung und Durchführung von
747 Kapitalverkehrskontrollen helfen und dafür mit den Staaten mit globalen Finanzzentren
748 zusammenarbeiten. Das Stimmengewicht muss sich zugunsten von Ländern des
749 globalen Südens
750 verschieben. Die EU-Staaten sollten ihre Stimmrechte zusammenlegen.

747 **Entwicklung ermöglichen, Schuldenkrisen lösen**

748 Viele Länder des globalen Südens befinden sich in einer Schuldenkrise. Das derzeitige
749 Schuldendienstmoratorium ist richtig, verschiebt das Problem aber in die Zukunft. Wir
750 brauchen solide Schuldenrestrukturierungen und auch Schuldenerlasse, die Ländern
Luft für
751 eine nachhaltige Entwicklung verschaffen. Um für künftige Überschuldungskrisen
vorzuzorgen,
752 setzen wir uns für ein bei den Vereinten Nationen angesiedeltes, transparentes und
753 unabhängiges Schuldenrestrukturierungsverfahren für Staaten ein. Private
Gläubiger*innen
754 müssen rechtlich dazu verpflichtet werden, an einem solchen Verfahren teilzunehmen,
damit
755 Entschuldungen nicht mehr blockiert werden können und so etwa Geierfonds auf
Kosten anderer
756 profitieren. Solange eine internationale Lösung nicht durchsetzbar ist, müssen
Deutschland
757 und andere Regierungen mit koordinierter Gesetzgebung den Anfang machen. Damit
wollen wir
758 den zu hoch verschuldeten Staaten im globalen Süden weitere Handlungsspielräume
für sozial-
759 ökologische Transformationsprozesse ermöglichen, etwa um ihre Gesundheits-,
Bildungs- und
760 Sozialsysteme zu verbessern.

761 **Spekulation mit Nahrungsmitteln verbieten**

762 Nahrungsmittelpreise sind oft starken Schwankungen unterworfen. Verantwortlich
dafür sind
763 nicht nur Wetter und Ernten, sondern auch skrupellose Spekulant*innen, denen die
764 Gewinnmaximierung vor Nahrungsmittelsicherheit geht. Auch andere lebenswichtige
Ressourcen,
765 wie Wasser, werden immer mehr zu einer spekulativen Ware. Wir werden uns in der EU
für
766 striktere Regulierungen einsetzen, um exzessive Nahrungsmittelspekulation zu
verhindern.
767 Dafür braucht es strenge Berichtspflichten für Händler*innen sowie strikte Preis- und
768 Positionslimits an allen europäischen Rohstoff-Börsen. So wirken wir unkontrollierten,
769 marktverzerrenden Spekulationen entgegen, ohne die für die Agrarbranche wichtigen
770 Absicherungsmechanismen an den Terminmärkten zu gefährden.

771 **Wir treten ein für Frieden und Sicherheit**

772 **Vorausschauend für den Frieden**

773 Unsere Außen- und Sicherheitspolitik zielt darauf, Konflikte zu verhindern, und setzt
774 deshalb auf Vorausschau gemäß der VN-Agenda für nachhaltige Entwicklung.
Deutschland soll
775 bei der politischen Entschärfung von Konflikten und in der zivilen Konfliktbearbeitung
auf
776 globaler Ebene eine treibende Kraft werden. Wir ergänzen den traditionellen
777 Sicherheitsbegriff um die menschliche Sicherheit und rücken damit die Bedürfnisse
von
778 Menschen in den Fokus. Den Europäischen Auswärtigen Dienst (EAD) und die

Gemeinsame Außen-
 779 und Sicherheitspolitik (GASP) gilt es zu stärken, einschließlich der Rolle des/der Hohen
 780 Vertreter*in. Die Leitlinien „Krisen verhindern, Konflikte bewältigen, Frieden fördern“
 781 wollen wir um einen Aufbauplan mit zivilen Planzielen ergänzen und den Auswärtigen
 Dienst
 782 für dessen heutige Aufgaben fit machen. Die personellen und finanziellen Mittel für
 zivile
 783 Krisenprävention sollten gezielt erhöht und durch eine Reform des Zuwendungsrechts
 784 langfristig planbarer werden. Wir wollen eine permanente und schnell einsatzbereite
 Reserve
 785 an EU-Mediator*innen und Expert*innen für Konfliktverhütung, Friedenskonsolidierung
 und
 786 Mediation aufbauen. Wir wollen mehr ressortgemeinsame Analysen,
 Krisenfrüherkennung und
 787 Projektplanung, eine engere Abstimmung mit internationalen Partner*innen sowie
 einen
 788 angemessen ausgestatteten Fonds „Krisenprävention, Konfliktbewältigung und
 789 Friedensförderung“. Wir möchten lokale zivilgesellschaftliche Konzepte und
 Akteur*innen in
 790 der Friedensförderung stärker unterstützen. Den Zivilen Friedensdienst (ZFD) wollen
 wir
 791 weiterentwickeln und bedarfsgerecht ausbauen, das Zentrum für Internationale
 792 Friedenseinsätze (ZIF) sowie die Friedens- und Konfliktforschung stärken. Das
 793 Stiftungskapital der Deutschen Stiftung
 794 Friedensforschung wollen wir erhöhen, den neu eingerichteten Fachbereich an der
 Deutschen
 795 Hochschule der Polizei und andere wissenschaftliche Einrichtungen insbesondere
 personell und
 796 durch Strategien der Entfristung stärker fördern. Auch die Erfolge und Chancen der
 zivilen
 797 Krisenprävention und Konfliktbearbeitung wollen wir der Bevölkerung durch mehr und
 798 zielgerichtete Öffentlichkeitsarbeit vermitteln.

799 **Internationale Politik feministisch gestalten**

800 Wir gestalten unsere Außen-, Entwicklungs-, Handels- und Sicherheitspolitik
 feministisch.
 801 Frauen, Mädchen und marginalisierte Gruppen wie LSBTIQ*-Personen sind in
 besonderem Maße von
 802 Kriegen, Konflikten und Armut betroffen. Die Wahrung ihrer Rechte und ihrer Rolle als
 803 Gestalter*innen in der internationalen Politik fördert Frieden, Entwicklung, Stabilität
 und
 804 Sicherheit. Es geht darum, die diversen Perspektiven von Frauen, Mädchen und
 805 marginalisierten Gruppen zu stärken, zu schützen und bei allen bi- oder multilateralen
 806 Verhandlungen immer mindestens gleichberechtigt einzubeziehen. Dazu braucht es
 auch
 807 Genderanalysen für einzelne Länderkontexte in regelmäßigen Abständen und eine
 enge
 808 Zusammenarbeit mit feministischen Akteur*innen in Deutschland und in
 Partnerländern. Wir
 809 wollen sie nachhaltig finanziell und politisch unterstützen und bedarfsgerechte
 Strategien,

810 Gender Budgeting und eine bessere Ressortkoordinierung stärken. Es gilt die
Umsetzung der
811 Agenda 1325 „Frauen, Frieden, Sicherheit“ innerhalb Deutschlands wie international
812 voranzutreiben, sexualisierte und genderbasierte Gewalt entschieden einzudämmen,
die
813 reproduktiven Rechte von Frauen zu schützen und die Sicherheit und Partizipation von
Frauen
814 und Mädchen in der Prävention gegen Konflikte, bei der Transformation von Konflikten
und in
815 Stabilisierungsprozessen in den Fokus zu nehmen. Geschlechterbildern, die sich
nachteilig
816 auf Frieden, Sicherheit und Entwicklung auswirken, möchten wir entgegenwirken.
Hierzu wollen
817 wir gemeinsam mit Zivilgesellschaft und Wissenschaft verbindliche Leitlinien für eine
818 feministische Außenpolitik der Bundesregierung erarbeiten.

819 **Koloniales Unrecht aufarbeiten und internationale Beziehungen dekolonialisieren**

820 Ziel unserer internationalen Politik ist eine selbstkritische und gleichberechtigte
821 Zusammenarbeit. Wir können das Unrecht, das die Menschen in den früheren Kolonien
des
822 Deutschen Reiches erleiden mussten, weder ungeschehen machen noch
wiedergutmachen. Umso
823 wichtiger ist es, dass wir vergangenes Unrecht wie den Völkermord an den Ovaherero
und Nama
824 benennen, für diese und andere begangene Verbrechen wie im Maji-Maji-Aufstand um
Vergebung
825 bitten und dafür mit Worten und Taten Verantwortung übernehmen. Aber aus den
Verbrechen der
826 Kolonialzeit erwächst auch eine besondere Verantwortung für unser internationales
Handeln
827 heute. Wir wollen strukturelle Ungerechtigkeiten, wie benachteiligende Klauseln in
828 Handelsabkommen, ungerechte Wohlstandsverteilung und fehlende Repräsentanz im
VN-
829 Sicherheitsrat, Stück für Stück abbauen. Auch unser Natur- und Umweltschutz muss
830 postkolonial sein. Das bedeutet, die Menschen- und Landrechte indigener und lokaler
831 Gemeinschaften zu stärken und zu achten. Die lokale Zivilgesellschaft, Menschen in
der
832 Diaspora und Nachfahren der Opfer kolonialer Verbrechen sind Partner*innen. Mit
ihnen
833 gemeinsam wollen wir Prozesse zur Aufarbeitung stärken und zusammen mit unseren
europäischen
834 Partner*innen dafür sorgen, dass eine umfangreiche Aufarbeitung der kolonialen
Verbrechen
835 stattfindet.

836 **Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik stärken**

837 Gerade vor dem Hintergrund des zunehmenden Autoritarismus und der weltweiten
Angriffe auf
838 Kunst- und Wissenschaftsfreiheit wollen wir die Zusammenarbeit mit der UNESCO und
dem

839 Europarat intensivieren und die Auswärtige Kultur-, Bildungs- und Wissenschaftspolitik
 840 stärken. Sie sichert Zugänge zur Zivilgesellschaft, vor allem in Krisenzeiten, stärkt
 841 demokratischen Austausch und baut neue Partnerschaften auf. Das
 zivilgesellschaftliche Eine-
 842 Welt-Engagement und die entwicklungspolitische Bildungsarbeit wollen wir stärker
 843 unterstützen. Auch die Aufarbeitung der Verbrechen des Nationalsozialismus werden
 wir durch
 844 internationale Kultur- und Jugendbegegnungen und durch zivilgesellschaftlichen
 Austausch
 845 stärken. Unser Ziel ist es, dass alle jungen Menschen während ihrer Schul-,
 Ausbildungs-
 846 oder Studienzeit die Möglichkeit haben, europäische bzw. internationale
 847 Austauschereferenzen zu sammeln. Die Verantwortung für die koloniale Vergangenheit
 848 Deutschlands wollen wir zum Beispiel in gemeinsamen Geschichtsbuchkommissionen
 mit
 849 ehemaligen kolonialisierten Staaten aufarbeiten. Kulturmittlerorganisationen, wie etwa
 850 Goethe-Institute, und die deutschen Schulen im Ausland sollen finanziell besser
 ausgestattet
 851 und digital fit gemacht werden, die Programme für verfolgte Künstler*innen und
 852 Wissenschaftler*innen sowie Maßnahmen gegen Desinformationskampagnen wollen
 wir verstärken.

853 **Europarat und OSZE stärken**

854 Frieden in Europa bedeutet mehr als Frieden, Sicherheit und Stabilität in der EU. Damit
 die
 855 Vision einer friedlichen Zukunft für alle Europäer*innen Wirklichkeit werden kann,
 wollen
 856 wir die gemeinsamen, über die EU hinausreichenden europäischen Institutionen wie
 den
 857 Europarat und die OSZE stärken und weiterentwickeln, auch damit wir alle
 europäischen
 858 Staaten einbinden. Nur so können wir tatsächlich ein effektives und starkes System
 859 kollektiver Sicherheit in ganz Europa schaffen. Es bleibt unser Ziel, die östlichen
 860 Nachbarstaaten der Europäischen Union auf der Basis gemeinsamer Werte für eine
 solche
 861 Perspektive zu gewinnen und die demokratischen Zivilgesellschaften vor Ort zu
 unterstützen,
 862 was gerade
 863 angesichts der nationalistischen und rückwärtsgewandten Politik Russlands, die
 Europas
 864 Sicherheit und die Selbstbestimmung der Nachbarländer Russlands untergräbt, nötig
 ist. Die
 865 OSZE als Forum für Dialog und fairen Interessenausgleich braucht mehr finanzielle und
 866 personelle Ressourcen sowie ein aktiveres Engagement seitens der Bundesregierung
 und der
 867 teilnehmenden Parlamentarier*innen. Sie soll als Akteurin für Rüstungsbegrenzung,
 Abrüstung
 868 und den gemeinsamen Kampf gegen die Klimakrise gestärkt sowie in ihren Aktivitäten

zur
869 Umsetzung des Minsker Abkommens unterstützt werden. Den andauernden Versuchen
autoritärer
870 Staaten, die OSZE-Agenda entlang ihrer Interessen zu dominieren, kann nur
gemeinsam mit
871 anderen liberalen Demokratien der OSZE für eine wertegeleitete und
völkerrechtsorientierte
872 Politik begegnet werden.

873 **Neuer Schub für Abrüstung**

874 Abrüstung und Rüstungskontrolle bedeuten global mehr Sicherheit für alle. Angesichts
der
875 wachsenden militärischen Risiken in Europa ist eine Wiederbelebung der
konventionellen
876 Rüstungskontrolle unabdingbar. Erste Schritte sollen weitere deeskalierende
Maßnahmen in
877 Konfliktzonen sowie die Wiederaufnahme des Sicherheitsdialogs und militärischer
Kontakte
878 zwischen NATO und Russland sein. Auch über Europa hinaus wollen wir alle Länder
einbeziehen,
879 insbesondere auch China. Unser Anspruch ist noch immer nichts Geringeres als eine
880 atomwaffenfreie Welt. Nach der Aufkündigung des Vertrags über nukleare
Mittelstreckensysteme
881 (INF-Vertrag) zwischen den USA und Russland ist eine neue Vertragsinitiative nötig.
Eine
882 Stationierung neuer Mittelstreckenraketen auf dem europäischen Kontinent lehnen wir
ab. Wir
883 wollen den transatlantischen Neustart nach der US-Präsidentschaftswahl und das
Wiederbeleben
884 des New-START-Vertrags nutzen, um mit den USA über Barack Obamas „Global Zero“
ins Gespräch
885 zu kommen. Wir wollen ein Deutschland frei von Atomwaffen und einen Beitritt
Deutschlands
886 zum VN-Atomwaffenverbotsvertrag. Eine Welt ohne Atomwaffen gibt es nur über
887 Zwischenschritte. Als ersten Schritt sollte Deutschland als Beobachter an der
888 Vertragsstaatenkonferenz teilnehmen. Darüber hinaus wollen wir in der kommenden
889 Legislaturperiode folgende Prozesse initiieren: eine internationale Initiative zur
890 Reduzierung der Zahl von Atomwaffen, einen Verzicht der NATO auf jeden Erstschlag
und eine
891 breite öffentliche Debatte über die veralteten Abschreckungsdoktrinen des Kalten
Krieges.
892 Wir wissen, dass dafür – auch angesichts der russischen konventionellen und
nuklearen
893 Aufrüstung – zahlreiche Gespräche im Bündnis notwendig sind, auch mit unseren
europäischen
894 Partnerstaaten, und vor allem die Stärkung der Sicherheit und Rückversicherung
unserer
895 polnischen und baltischen Bündnispartner*innen.

896 **Keine deutschen Waffen in Kriegsgebiete und Diktaturen**

897 Exporte von Waffen und Rüstungsgütern an Diktaturen, menschenrechtsverachtende
898 Regime und in
899 Kriegsgebiete verbieten sich. Für die Reduktion von europäischen Rüstungsexporten
900 wollen wir
901 eine gemeinsame restriktive Rüstungsexportkontrolle der EU mit einklagbaren
902 strengen Regeln
903 und Sanktionsmöglichkeiten. Kooperationen mit dem Sicherheitssektor anderer
904 Staaten müssen
905 an die Einhaltung demokratischer, rechtsstaatlicher und menschenrechtlicher Kriterien
906 geknüpft werden. Für Deutschland werden wir ein Rüstungsexportkontrollgesetz
907 vorlegen, ein
908 Verbandsklagerecht bei Verstößen gegen das neue Gesetz einführen und für eine
909 wirksame
910 Endverbleibskontrolle sorgen. Hermesbürgschaften für Rüstungsexporte darf es nicht
911 geben.
912 Den Einsatz von Sicherheitsfirmen in internationalen Konflikten wollen wir streng
913 regulieren
914 und private Militärfirmen verbieten.

907 **Autonome tödliche Waffensysteme international ächten**

908 Autonome tödliche Waffensysteme, die keiner wirksamen Steuerung mehr durch den
909 Menschen bei
910 Auswahl und Bekämpfung von Zielen unterliegen, stellen eine unberechenbare
911 Bedrohung dar. Im
912 Sinne von Frieden und Stabilität wollen wir Autonomie in Waffensystemen international
913 verbindlich regulieren und Anwendungen, die gegen ethische und völkerrechtliche
914 Grundsätze
915 verstoßen, international verbindlich ächten und verbieten. Das gilt auch für digitale
916 Waffen
917 wie Angriffs- und Spionagesoftware. Hierbei müssen Deutschland und die EU eine
918 globale
919 Führungsrolle einnehmen. Um eine Militarisierung des Weltraumes zu verhindern,
920 wollen wir
921 weiterentwickelte, international verbindliche Regeln auf den Weg bringen.

916 **Sicherheit im Cyber- und Informationsraum schaffen**

917 Digitalisierung und neue Technologien bieten viele neue Möglichkeiten, schaffen aber
918 auch
919 Risiken für offene, demokratische Gesellschaften und werfen in bestimmten Bereichen
920 schwerwiegende ethische, politische und rechtliche Fragen auf. Sie verändern
921 Möglichkeiten
922 staatlicher und nichtstaatlicher Einflussnahme auf individuelle Freiheiten und
923 gesellschaftliche Diskurse, demokratische Abstimmungsprozesse sowie die moderne
924 Kriegsführung. Der Staat ist in der Pflicht, die Bevölkerung effektiv vor solchen
925 Angriffen
926 zu schützen. Für Früherkennung, Analyse und das gemeinsame Vorgehen staatlicher
927 Stellen
928 braucht es ressortübergreifende Strategien zur Bekämpfung hybrider Bedrohungen,
929 klare

925 rechtliche Vorgaben und eine starke parlamentarische Kontrolle für das Handeln der
926 Bundeswehr im Cyberraum. Die Bundeswehr braucht ein an Schutz und Defensive
orientiertes
927 Selbstverständnis im digitalen Raum. Gleichzeitig müssen alle staatlichen Institutionen
928 kontinuierlich ihre Resilienz stärken und gerade Betreiber*innen kritischer
Infrastrukturen
929 hierbei unterstützt werden. Wir setzen uns für neue internationale Übereinkünfte ein,
um die
930 üstungskontrolle digitaler Güter und das Völkerrecht zu stärken. Die Gültigkeit der VN-
931 Charta muss ausgedehnt und das humanitäre Völkerrecht auch im Cyberraum
angewendet werden.
932 Hierfür muss auch die europäische Zusammenarbeit ausgebaut werden, wozu
Deutschland einen
933 entsprechenden Beitrag leisten muss.

934 **Internationale Schutzverantwortung wahrnehmen**

935 Es ist wichtig, frühzeitig auf Konflikte einzuwirken und zu verhindern, dass sie zu
936 bewaffneten Auseinandersetzungen eskalieren. Uns leitet das Konzept der
„Responsibility to
937 Prepare, Protect and Rebuild“ der Vereinten Nationen, das die Staatengemeinschaft
938 verpflichtet, Menschen vor schwersten Menschenrechtsverletzungen und Verbrechen
gegen die
939 Menschlichkeit sowie Völkermord zu schützen. Die Staaten sind gleichermaßen
verpflichtet,
940 ihre Instrumente für Prävention, Krisenreaktion und Nachsorge bzw. Wiederaufbau
941 kriegszerstörter Gesellschaften auszubauen. Wir unterstützen internationale Einsätze
im
942 Rahmen der Vereinten Nationen, die zu Stabilität, dem Schutz der Zivilbevölkerung
und der
943 Umsetzung von Friedensprozessen beitragen. Wir streben an, Ressourcen- und
Fähigkeitslücken
944 in diesem Bereich zu beheben und den zivilen und militärischen Beitrag zu VN-
Einsätzen
945 signifikant zu erhöhen. Den Frauenanteil unter entsandten Einsatzkräften,
Polizist*innen und
946 Soldat*innen, besonders auch in Leitungspositionen, wollen wir durch gezielte
Rekrutierung
947 deutlich erhöhen. Die Anwendung militärischer Gewalt als Ultima Ratio, wenn alle
anderen
948 Möglichkeiten wie Sanktionen oder Embargos ausgeschöpft wurden, kann in manchen
Situationen
949 nötig sein, um Völkermord zu verhindern und die Möglichkeit für eine politische Lösung
eines
950 Konflikts zu schaffen. Ein
951 Einsatz braucht einen klaren und erfüllbaren Auftrag, ausgewogene zivile und
militärische
952 Fähigkeiten und unabhängige (Zwischen-)Evaluierungen. Bewaffnete Einsätze der
Bundeswehr im
953 Ausland sind in ein System gegenseitiger kollektiver Sicherheit – das heißt nicht in
954 verfassungswidrige Koalitionen der Willigen – und in ein politisches Gesamtkonzept

955 einzubetten, basierend auf dem Grundgesetz und dem Völkerrecht. Bei Eingriffen in
 die
 956 Souveränität eines Staates oder dort, wo staatliche Souveränität fehlt, braucht es ein
 957 Mandat der Vereinten Nationen. Wenn das Vetorecht im Sicherheitsrat missbraucht
 wird, um
 958 schwerste Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu decken, steht die
 Weltgemeinschaft vor
 959 einem Dilemma, weil Nichthandeln genauso Menschenrechte und Völkerrecht schädigt
 wie
 960 Handeln.

961 **Moderne Bundeswehr**

962 Der Auftrag und die Aufgaben der Bundeswehr müssen sich an den realen und
 strategisch
 963 bedeutsamen Herausforderungen für Sicherheit und Friedenssicherung orientieren und
 in ein
 964 gesamtstaatliches Handeln einfügen. Deutschland soll sich auf seine Bündnispartner
 verlassen
 965 können und genauso sollen sich die Bündnispartner auf Deutschland verlassen
 können. Dazu
 966 gehört auch, dass die Bundeswehr entsprechend ihrem Auftrag und ihren Aufgaben
 personell und
 967 materiell sicher und planbar ausgestattet und bestmöglich organisiert sein muss. Dass

968 Soldat*innen mit nicht ausreichender Schutzausrüstung in Einsätze gehen, ist nicht
 969 hinnehmbar. Neben einer ausreichenden und optimalen Ausrüstung zu jeder Zeit
 wollen wir,
 970 dass die Soldat*innen nach Einsätzen umfassend betreut und unterstützt werden und
 das
 971 Angebot für Einsatzgeschädigte ausgebaut wird. Die Bundeswehr soll die Vielfalt und
 972 Diversität unserer Gesellschaft in ihrer Personalstruktur widerspiegeln.
 Menschenfeindliche
 973 Ideologien und rechtsextremistisches Verhalten sind mit dem Auftrag der Bundeswehr
 und den
 974 Pflichten der Soldat*innen in keiner Weise vereinbar. Daher werden wir dies
 konsequent
 975 verfolgen und derartige Strukturen zerschlagen. Neben der umfassenden Aufklärung
 ist die
 976 wirksame Prävention entscheidend, durch eine praktizierte und weiterentwickelte
 Innere
 977 Führung, verantwortungsbewusste Personalgewinnung und zeitgemäße, verbindliche
 politische
 978 Bildung. Die Rekrutierung Minderjähriger sowie den bewaffneten Einsatz der
 Bundeswehr im
 979 Inneren lehnen wir ab und wollen den Freiwilligen Wehrdienst im Heimatschutz
 beenden sowie
 980 die politische Bildung in Schulen, durch Stärkung ziviler Krisenprävention und
 981 Konfliktbearbeitung, gleichberechtigt gestalten. Bewaffnete Drohnen wurden und
 werden
 982 vielfach auch von unseren Bündnispartnern für extralegale Tötungen und andere
 983 völkerrechtswidrige Taten eingesetzt. Ein solcher Einsatz ist für uns GRÜNE undenkbar

und
984 mit dem deutschen Verfassungs- und Wehrrecht nicht vereinbar. Gleichzeitig erkennen
wir an,
985 dass diese Systeme Soldat*innen in gewissen Situationen besser schützen können.
Deshalb muss
986 klargemacht werden, für welche Einsatzszenarien der Bundeswehr die bewaffneten
Drohnen
987 überhaupt eingesetzt werden sollen, bevor über ihre Beschaffung entschieden werden
kann.
988 Auch technische Herausforderungen wie mögliche Hackability müssen in der
Gesamtabwägung eine
989 wichtige Rolle spielen.

990 **NATO strategisch neu ausrichten**

991 Die NATO leidet unter divergierenden sicherheitspolitischen Interessen innerhalb der
Allianz
992 bis hin zu zwischenstaatlichen Konflikten. Ihr fehlt in dieser tiefen Krise eine klare
993 strategische Perspektive. Trotzdem bleibt sie aus europäischer Sicht neben der EU eine
994 unverzichtbare Akteurin, die die gemeinsame Sicherheit Europas garantieren kann und
die als
995 Staatenbündnis einer Renationalisierung der Sicherheitspolitik entgegenwirkt. Wir
werden uns
996 im Rahmen des laufenden Strategieprozesses für eine Neuaufstellung der NATO und
darauf
997 aufbauend eine Debatte über eine faire Lastenverteilung und eine ausgewogene
Beteiligung der
998 Mitgliedstaaten einsetzen, um strategische Interessen auf Grundlage von
europäischen Werten
999 wie Multilateralismus, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit gemeinsam zu entwickeln
und
1000 geschlossener und überzeugender zu vertreten. Das nicht auf Fähigkeiten und
Befähigung
1001 ausgerichtete NATO-2-Prozent-Ziel gibt darauf keine Antwort und wir lehnen es
deshalb ab.
1002 Wir setzen uns für eine neue Zielbestimmung ein, die nicht abstrakt, national und
statisch
1003 ist, sondern von den gemeinsamen Aufgaben ausgeht, und werden mit den NATO-
Partnern darüber
1004 das Gespräch suchen. Dazu zählt auch eine stärkere militärische Zusammenarbeit und
1005 Koordinierung innerhalb der EU und mit den europäischen NATO-Partnern wie
Großbritannien und
1006 Norwegen.

1007 **Europas Sicherheit gemeinsam gestalten**

1008 Gemeinsam mit den internationalen Partnern muss die Europäische Union ihrer
Verantwortung
1009 für die eigene Sicherheit und Verteidigung gerecht werden. Die Gemeinsame
Sicherheits- und
1010 Verteidigungspolitik (GSVP) setzt eine gemeinsame EU-Außenpolitik voraus. Wir wollen

eine
1011 EU-Sicherheitsunion etablieren mit einer starken parlamentarischen Kontrolle und
einer
1012 gemeinsamen restriktiven Rüstungsexportpolitik mit strengen Regeln und
einklagbaren
1013 Sanktionsmöglichkeiten. Anstatt immer mehr Geld in nationale militärische
Parallelstrukturen
1014 zu leiten, wollen wir die verstärkte Zusammenarbeit der Streitkräfte in der EU
ausbauen,
1015 militärische Fähigkeiten bündeln, eine effizientere Beschaffung erreichen und
allgemein
1016 anerkannte Fähigkeitslücken gemeinsam und durch eine Konsolidierung des
europäischen
1017 Rüstungssektors schließen. Dafür sind eine geeignete Ausstattung, der Ausbau von
EU-
1018 Einheiten sowie eine Stärkung und Konsolidierung der gemeinsamen EU-
Kommandostruktur und
1019 europäischer Initiativen wie zum Beispiel der Permanent Structured Cooperation
(PESCO)
1020 nötig. Gemeinsame EU-Auslandseinsätze sollten stärker vom Europäischen Parlament
begleitet
1021 und kontrolliert werden. Die Umwidmung von bisher ausschließlich für zivile Zwecke
1022 vorgesehenen Geldern aus dem EU-Haushalt für militärische Zwecke lehnen wir ab.

Beschluss Regieren auf Augenhöhe mit der Zukunft

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 13.06.2021
Tagesordnungspunkt: PB-R Regieren auf Augenhöhe mit der Zukunft

1 **Regieren auf Augenhöhe mit der Zukunft**

2 Liebe Wähler*innen,
3 wir haben Ihnen in diesem Programm beschrieben, welche Richtung wir mit einer
4 neuen Politik
5 einschlagen wollen und welche Projekte nach unserer Überzeugung in eine bessere
6 Zukunft
7 führen. Wenn wir in Zeiten des Umbruchs und der epochalen Aufgaben das Beste
8 ermöglichen
9 wollen, muss sich aber nicht nur der Inhalt von Politik ändern, sondern auch die Art
10 und
11 Weise, wie wir Politik machen, wie eine Regierung das Land führt.
12 In demokratischen Gesellschaften begründet sich Führung durch die Kraft der
13 Überzeugung. Ja,
14 man kann mit politischen Mehrheiten „durchregieren“ und nach vier Jahren schauen,
15 ob Sie mit
16 den politischen Entscheidungen einverstanden waren oder nicht. Dieses einfache
17 Prinzip vom
18 Gewinnen und Verlieren im Vierjahresrhythmus allein hat sich aber als zu schwach
19 erwiesen,
20 um die gegenwärtigen gesellschaftlichen Herausforderungen zu stemmen.
21 Demokratische
22 Gesellschaften können mehr, indem sie sich vernetzen, voneinander lernen und ihre
23 Kräfte
24 bündeln. Die großen Herausforderungen unserer Zeit bewältigen wir nur gemeinsam.
Das Ende
der jetzigen politischen Ära kann zugleich der Beginn eines neuen politischen
Selbstverständnisses und Miteinanders sein.
Wir sind als Politiker*innen dem Gemeinwohl verpflichtet und damit beauftragt, Ihnen,
den
Menschen in diesem Land, zu dienen. Wir brauchen die lebendige, kontroverse
Diskussion und
die Bereitschaft, Zustände und Konzepte zu hinterfragen und zu lernen, sonst geht es
nicht
voran. Wer dagegen mit Unterstellungen arbeitet, bewusst Missverständnisse
provoziert,
erstickt Debatten. Wir aber wollen sie ermöglichen.
Wir wissen, dass Sie sich genauso ernsthafte Gedanken über unsere Zukunft als
Gesellschaft
machen wie wir. Und deshalb sagen wir: Ja, unsere Vorhaben sind ambitioniert, nicht
zuletzt
die Menschheitsaufgabe Klimaschutz, weil weniger den Herausforderungen nicht

gerecht würde.

25 Und nein, wir können nicht versprechen, dass jedes einzelne Projekt genau so
Wirklichkeit
26 wird. Wir können nicht versprechen, dass niemand durch Klimaschutz belastet wird.
Wir können
27 nicht vorhersagen, welche Spielräume der Staat nach Corona haben wird. Niemand
kennt alle
28 Bedingungen der Zukunft. Aber: Sie kennen jetzt unsere Vorschläge und Ziele, unsere
29 Ansichten und unsere Haltung. Was wir Ihnen versprechen: Wir haben uns seit vielen
Jahren
30 vorbereitet, und wir werden alles daransetzen, so viel zu erreichen, wie wir irgend
möglich
31 machen können. Denn Regieren ist kein Selbstzweck. Unser Anspruch ist nicht weniger
als eine
32 Erneuerung des Landes.

33 Die großen Transformationsaufgaben, der Zusammenhalt unserer Gesellschaft fordern
mehr denn
34 je den Willen zur Kooperation, zum Zusammenführen, zum Kompromiss, der mehr ist
als die
35 Summe seiner Teile. Die großen Aufgaben unserer Zeit werden nicht gelingen, wenn
eine
36 Regierung denkt, alles allein zu schaffen. Sie können nur gelingen, wenn viele sich
37 verantwortlich fühlen, wenn so viele wie möglich sich als Teil des Teams begreifen. Wir
38 wollen Verantwortung übernehmen, aber wir wissen, dass wir Ihre Unterstützung
brauchen
39 werden. Wir bitten Sie, sich einzubringen, einzumischen und laden Sie ein, mit uns
40 voranzugehen. Mit gebündelter Kraft können wir gemeinsam vieles schaffen.

41 Wir möchten dafür das Verhältnis von Regierung, Parlament und Bürger*innen neu
begründen:
42 starke Parlamente und Abgeordnete, neue Formen der Beteiligung, etwa über
Bürger*innenräte,
43 die frühe Einbeziehung von Bürger*innen bei Planungsprozessen, die transparente
Einbeziehung
44 der demokratischen Zivilgesellschaft und wissenschaftlicher Fakten. Regieren heißt
nicht
45 Allwissenheit, Opposition heißt nicht aus Prinzip dagegen. Oft erkennen die Menschen,
die
46 ein Gesetz direkt betrifft, als Erste seine unbeabsichtigten Wirkungen. Wir wollen
zuhören
47 und einbeziehen, damit unsere Politik eine bessere wird.

48 Dazu gehört auch ein neuer Stil in der Zusammenarbeit innerhalb einer Regierung. Als
Partei
49 haben wir Teamgeist und Kooperation in den letzten Jahren erfolgreich erprobt und
gelebt.
50 Diese Idee wollen wir nun einbringen – angefangen damit, dass die volle
Gleichberechtigung
51 von Frauen selbstverständlich ist. Wir wollen eine Koalition führen, die versucht, das
Beste
52 aus Gegensätzen zu machen, anstatt sich mit dem kleinsten gemeinsamen Nenner
53 zufriedenzugeben. Die anerkennt, dass ein Koalitionspartner Wertvolles an den Tisch

bringt
54 und ebenso recht haben kann. Eine Koalition, die diejenigen einbezieht, die nicht im
55 Koalitionsausschuss sitzen. Nicht alle Menschen fühlen sich von uns vertreten, das
wissen
56 wir. Umso wichtiger ist es, auch auf diejenigen zuzugehen, die uns nicht wählen oder
wählen
57 werden.

58 Die Corona-Krise hat gezeigt, wie viel unser Staat leistet – und wo es mangelt.
Ungleichheit
59 ist gewachsen, aber ein dichtes soziales Netz hat bisher verhindert, dass sich die
Corona-
60 Pandemie zu einer tiefgreifenden sozialen Krise entwickelt. Ärzt*innen, Pfleger*innen
und
61 Krankenhäuser haben Enormes geleistet. Aber die Pandemie hat auch gezeigt, wo
unser Staat an
62 seine Grenzen gerät. Faxgeräte, besetzte Hotlines, Behördenrennerei und Planungen,
die wegen
63 Personalmangels eine gefühlte Ewigkeit nicht umgesetzt werden, mahnen uns, dass
sich etwas
64 ändern muss.

65 Auch dazu haben wir Ihnen in unserem Programm Vorschläge gemacht. Wir wollen
unsere
66 Verwaltung modernisieren, sie kreativer, digitaler und innovativer machen und besser
67 ausstatten. Wir wollen Mut machen, zu experimentieren und eine positive Fehlerkultur
zu
68 entwickeln. Unsere Staatlichkeit soll bunter und feministischer werden. Wir wollen
69 Spielräume für dringend notwendige Zukunftsinvestitionen schaffen, die Potenziale der

70 Erneuerbaren ausschöpfen und die Nachfragemacht des Staates für Innovation und
71 Nachhaltigkeit nutzen.

72 Weil sozial-ökologische Transformation und Digitalisierung, die Modernisierung des
Staates
73 und des öffentlichen Dienstes nur als Gemeinschaftsprojekte gelingen, wollen wir
einen
74 Konvent auf den Weg bringen, um aufbauend auf den Lehren aus der Pandemie das
Zusammenspiel
75 von Bund, Ländern und Kommunen neu und tiefgreifend zu justieren. Wir planen den
Aufbau
76 neuer Behörden und Verwaltungsstrukturen, weil wir einen starken und effizienten
Staat
77 wollen, der zu den Aufgaben passt. Dazu gehört dann auch, dass wir überprüfen, was
es nicht
78 mehr braucht, was zugemacht werden kann, was besser werden muss.

79 Das wollen wir nach der Wahl anpacken, gemeinsam mit Ihnen und den anderen
demokratischen
80 Parteien, ohne Scheuklappen und Dogmatismus. Ein Zurück in die Gräben von mehr
oder weniger
81 Staat, mehr oder weniger Regulierung, mehr oder weniger Föderalismus, das ist der
Aufgabe

- 82 nicht angemessen. Für die großen Aufgaben des kommenden Jahrzehnts gilt es mehr
zu wagen.
- 83 Und zu machen.
- 84 Jetzt liegt es bei Ihnen. In Wahlen entscheidet eine Gesellschaft darüber, wer sie sein
85 will. Wahlen sind ein Moment der Freiheit. Nutzen Sie ihn – für die Freiheit.